



## 36. Sitzung

Wiesbaden, den 12. Mai 2004

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	2319	77. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>erfolgreicher Bürokratieabbau in Hessen</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	2319	– Drucks. 16/2265 – . . . . .	2335
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	2319	<i>Angenommen</i> . . . . .	2345
Tarek Al-Wazir . . . . .	2358	Dieter Posch . . . . .	2335
Frank Gotthardt . . . . .	2358	Uwe Frankenberger . . . . .	2337
Reinhard Kahl . . . . .	2358	Michael Boddenberg . . . . .	2340
Vizepräsidentin Schönhut-Keil . . . . .	2359	Evelin Schönhut-Keil . . . . .	2342
		Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	2344
		Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	2345
Bericht des Präsidenten des Landtags über die <b>Angemessenheit der Entschädigungen von Abgeordneten und zur Anpassung von Leistungen nach dem Hessischen Abgeordnetengesetz zum 1. Juli 2004</b>			
– Drucks. 16/2256 – . . . . .	2319	4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein <b>Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung (HBO)</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	2319	– Drucks. 16/2164 – . . . . .	2345
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	2319	<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr (federführend) und dem Innenausschuss (beteiligt) überwiesen</i> . . . . .	2349
47. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>„Osterweiterung“ der Europäischen Union – Hessen begrüßt die neuen EU-Staaten</b>		Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	2345
– Drucks. 16/2219 – . . . . .	2319	Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	2346
<i>Angenommen</i> . . . . .	2335	Jürgen Frömmrich . . . . .	2347
Hierzu:		Dieter Posch . . . . .	2348
Änderungsantrag der Fraktion der SPD		Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	2348
– Drucks. 16/2259 – . . . . .	2320	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	2349
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	2334		
Änderungsantrag der Fraktion der FDP		5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes</b>	
– Drucks. 16/2260 – . . . . .	2320	– Drucks. 16/2192 – . . . . .	2349
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	2335	<i>Nach erster Lesung dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	2349
Dr. Peter Lennert . . . . .	2320	Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	2349
Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	2322	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	2349
Christel Hoffmann . . . . .	2324		
Ruth Wagner (Darmstadt) . . . . .	2326, 2334	71. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen</b>	
Minister Jochen Riebel . . . . .	2328	– Drucks. 16/2234 zu Drucks. 16/2050 neu – . . . . .	2349
Tarek Al-Wazir . . . . .	2331	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>	
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) . . . . .	2332	<i>Gesetz beschlossen</i> . . . . .	2349
Gerhard Bökel . . . . .	2333	Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) . . . . .	2349
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	2334	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	2349
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	2334		
34. Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend <b>„Entbürokratisierung“</b>			
– Drucks. 16/2206 – . . . . .	2335		
<i>Angenommen</i> . . . . .	2345		
73. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Masterplan Bürokratieabbau des Bundes als Vorbild für die Landespolitik</b>			
– Drucks. 16/2261 – . . . . .	2335		
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	2345		

Seite	Seite
6. Bericht des Landesschuldenausschusses nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über <b>Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 (GVBl. S 93); hier: 52. Bericht über die Prüfung der Schulden im Haushaltsjahr 2002 nach § 6 Abs. 2 des Hessischen Schuldengesetzes</b>	
– Drucks. 16/2143 – . . . . .	2350
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	2350
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	2350
8. Antrag der Abg. Eckhardt, Faeser, Habermann, Hartmann, Hofmann, Hofmeyer, Pighetti, Rudolph, Schaub, Siebel, Tesch, Waschke (SPD) und Fraktion betreffend <b>Schaffung einer Härtefallkommission in Hessen</b>	
– Drucks. 16/2015 – . . . . .	2350
<i>Dem Innenausschuss überwiesen</i> . . . . .	2357
Sabine Waschke . . . . .	2350, 2355
Peter Beuth . . . . .	2350, 2356
Jürgen Frömmrich . . . . .	2351, 2356
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	2353
Minister Volker Bouffier . . . . .	2354
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	2357
3. <b>Hinweis auf den bereits geleisteten Eid von zwei richterlichen Mitgliedern des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen nach § 9 Abs. 3 und 2 StGHG</b>	
<i>Vollzogen</i> . . . . .	2357
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	2357
Karin Wolski . . . . .	2357
Präsident Dr. Günter Paul . . . . .	2357
52. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>unzulässiger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung durch Veränderungen des Gemeindevirtschaftsrechts</b>	
– Drucks. 16/2224 – . . . . .	2359
<i>Dem Innenausschuss (federführend) und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr (beteiligt) überwiesen</i> . . . . .	2371
Günter Rudolph . . . . .	2359
Eva Kühne-Hörmann . . . . .	2362
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	2363
Jürgen Frömmrich . . . . .	2365, 2367, 2370
Michael Boddenberg . . . . .	2367
Minister Volker Bouffier . . . . .	2368
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil . . . . .	2371
7. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Absage der Finanzminister des Bundes und der Länder zu den Steuerreformmodellen der Oppositionsfraktionen im Deutschen Bundestag</b>	
– Drucks. 16/1999 – . . . . .	2371
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	2382
11. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>unverantwortliche Vorschläge zur Vergrößerung der Steuerausfälle durch die Oppositionsfraktionen im Deutschen Bundestag</b>	
– Drucks. 16/2057 – . . . . .	2371
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	2382
16. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>neue Steuerkonzepte für den Aufschwung</b>	
– Drucks. 16/2073 – . . . . .	2371
<i>Angenommen</i> . . . . .	2382
19. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend <b>neues und einfacheres Einkommensteuergesetz für mehr Transparenz und höheres Wachstum</b>	
– Drucks. 16/2099 – . . . . .	2371
<i>Ziffer 1 bis 3 und 5 bis 7 angenommen, Ziffer 4 abgelehnt</i> . . . . .	2382
Norbert Schmitt . . . . .	2371
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	2373
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	2374
Dr. Peter Lennert . . . . .	2375, 2379
Roland von Hunnius . . . . .	2377
Minister Karlheinz Weimar . . . . .	2379
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) . . . . .	2382
Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	2382
9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Innenminister Bouffier als Sicherheitsrisiko</b>	
– Drucks. 16/2052 – . . . . .	2382
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	2393
13. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Gefährdung der inneren Sicherheit in Hessen durch Personalabbau bei der Polizei</b>	
– Drucks. 16/2060 – . . . . .	2382
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	2393
Tarek Al-Wazir . . . . .	2383, 2392
Manfred Schaub . . . . .	2384, 2392
Birgit Zeimetz-Lorz . . . . .	2386
Dr. Andreas Jürgens . . . . .	2386
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	2388
Minister Volker Bouffier . . . . .	2390
Frank Gotthardt . . . . .	2392, 2393
Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	2393
66. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petitionen</b>	
– Drucks. 16/2173 – . . . . .	2393
<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i> . . . . .	2393
Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	2393

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil  
Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter  
des Landes Hessen beim Bund Jochen Riebel  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
MinDirig Wolfgang Hannappel  
Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
Staatssekretär Harald Lemke  
Staatssekretär Herbert Landau  
MinDirig Bernd Frommelt  
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard  
Staatssekretär Bernd Abeln  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Michael Denzin  
Hildegard Pfaff



(Beginn: 9.03 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie herzlich zu der heutigen Plenarsitzung begrüßen. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich Ihnen frist- und satzungsgemäß den **Bericht des Präsidenten des Landtags über die Angemessenheit der Entschädigungen von Abgeordneten und zur Anpassung von Leistungen nach dem Hessischen Abgeordnetengesetz zum 1. Juli 2004** darlegen.

Aufgrund von § 5 Abs. 3 Satz 3, § 6 Abs. 1 Nr. 5 Satz 5 und § 9 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 3 Satz 3 des Hessischen Abgeordnetengesetzes vom 18. Oktober 1989, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juli 2003, teilt das Hessische Statistische Landesamt dem Präsidenten des Landtags für seinen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigungen die prozentuale Veränderung einer gewogenen Maßzahl der Einkommensentwicklung in Hessen sowie den Preisentwicklungssatz mit.

Nach der Mitteilung des Landesamtes über die Einkommensentwicklung, die vom Juli 2002 bis zum Juli 2003 eingetreten ist, ergibt sich nach dem Ergebnis dieser Berechnung eine Veränderung von 2,21 %. Gemessen am Verbraucherpreisindex für Hessen betrug die Veränderungsrate im Zeitraum von Juli 2002 bis Juli 2003 0,7 %.

Daher können, so der Text der Vorlage, zum 1. Juli 2004 folgende angemessene Erhöhungen in Betracht kommen: Grundentschädigung auf 6.634 €, steuerpflichtiger Auszahlungsbetrag der Grundentschädigung sowie Übergangsgeld auf 6.616 €, steuerpflichtige Auszahlungsbeträge der nicht versorgungsfähigen Amtszulagen für den Präsidenten des Landtags und die Fraktionsvorsitzenden auf 3.308 €, für die Vizepräsidenten auf 1.654 € und Kostenpauschale auf 521 €.

Darüber hinaus hat eine Erhöhung finanzielle Auswirkungen, soweit die Berechnung von Versorgungsleistungen nach Bestimmungen des hessischen Abgeordnetenrechts an der Anpassung zu bemessen ist.

Nach § 5 Abs. 3 Satz 1, § 6 Abs. 1 Nr. 5 Satz 4 und § 9 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 3 Satz 1 HessAbgG werden die Entschädigungen der Abgeordneten und die Versorgung mit Zustimmung des Landtags angepasst.

Das ist der Bericht. Der letzte Satz muss nun ergänzt werden. Das wird im Protokoll ein Teil des Vorgangs sein. Der Hessische Landtag hat im Juli vorigen Jahres eine Anpassung der Entschädigungen um 1,4 % beschlossen. Diese Anpassung wurde noch im vergangenen Jahr bis zum 31.12. dieses Jahres ausgesetzt. Damit tritt dieser Beschluss vom Juli 2003 am 1. Januar 2005 wieder in Kraft. Gleichzeitig hat damals die Aufstockung der Aufwandsentschädigung stattgefunden, weil sie nicht im Aussetzungsbeschluss beinhaltet war.

Damit stelle ich erstens fest, dass aufgrund unseres Beschlusses zum 1. Juli dieses Jahres keine Erhöhung der Abgeordnetenentschädigungen auf der Grundlage dieses von mir eingebrachten Angemessenheitsberichtes erfolgen wird.

Zweitens stelle ich fest, dass wir auch auf die Erhöhung der Aufwandsentschädigung in diesem Jahr verzichten

werden. Sie würde 4 € betragen. Das war mein Vorschlag. Bis jetzt habe ich keinen Widerspruch gehört. Das heißt, um es einfach zu sagen, der Angemessenheitsbericht bleibt ohne Folgen. Wir werden schauen, wie wir im nächsten Jahr mit dem gleichen Vorgang umgehen.

Meine Damen und Herren, das ist mein Bericht. Ich frage Sie, ob jemand meiner Feststellung widerspricht, dass wir in diesem Jahr entsprechend unserem Beschluss, auch bei der Aufwandsentschädigung, auf die Erhöhung verzichten. Wenn jemand widerspricht, soll er dies jetzt kundtun.

(Gerhard Bökel (SPD): Unsere Arbeitszeit, daran müssen wir etwas ändern!)

Das ist nicht der Fall. – Ich habe heute Morgen am Rande mit einem Kollegen gesprochen. Man kann seinen Stundenlohn individuell festlegen. Das ist richtig, je nachdem. – Dann ist das so vereinbart. Der Angemessenheitsbericht ist gegeben.

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung. Erledigt sind die Punkte 1 a, 1 b und 2, der zusammen mit den Punkten 40 und 54 aufgerufen war. Wir tagen heute bis 18 Uhr und machen zwei Stunden Mittagspause. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 47, dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU zum Thema Osterweiterung, Drucks. 16/2219. Dann folgt Tagesordnungspunkt 34, der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP zur Entbürokratisierung, Drucks. 16/2206. Danach folgen Tagesordnungspunkt 4, der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zur HBO, Drucks. 16/2146, und Tagesordnungspunkt 5, Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Heilberufsgesetzes, Drucks. 16/2192. Das alles ist Ihnen bekannt.

Vor Eintritt in die Mittagspause werden die Mitglieder des Staatsgerichtshofes hier anwesend sein. Wir werden die heute Morgen im Wahlausschuss gewählten richterlichen Mitglieder hier vereidigen. Nach der Mittagspause machen wir um 15 Uhr mit der Drucks. 16/2224 weiter, dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung.

Entschuldigt fehlen bis ca. 10 Uhr Herr Staatsminister Dr. Alois Rhiel, der den 4. Mittelstandstag des Verbandes der Automobilindustrie in Gravenbruch eröffnet, und Herr Staatsminister Jochen Riebel ab heute Nachmittag, der in seiner Zuständigkeit als Minister für Bundesangelegenheiten in Berlin ist.

Heute um 19 Uhr findet das Skatturnier im Restaurant des Hessischen Landtags statt. Der Erlös aus dem Skatturnier wird dem Gemeinnützigen Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoffern und zur Verhütung von Straftaten e. V. „Weißer Ring“ zur Verfügung gestellt. Die Skatspieler sind darauf hingewiesen, dass sie pünktlich sind.

Unsere Landtagself eröffnet heute Abend die Spielsaison. Um 19.30 Uhr in Gernsheim findet das Rückspiel gegen die Fußballmannschaft von Ballance 2006 statt. Es handelt sich hierbei um eine Benefizveranstaltung, die von unserem ehemaligen Mitspieler Bernd Behnke zugunsten des Kinderschutzbundes Ried organisiert wird. Unter anderem spielen Bernd Hölzenbein, Jürgen Grabowski und Uwe Bein mit. Wir werden sehen, was morgen früh der Vizepräsident zu verkünden hat. Wir drücken euch trotzdem die Daumen.

Damit rufe ich **Tagesordnungspunkt 47** auf:

**Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend „Osterweiterung“ der Europäischen Union – Hessen begrüßt die neuen EU-Staaten – Drucks. 16/2219 –**

hierzu:

**Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Drucks. 16/2259 –**  
und

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucks. 16/2260 –**

Als erstem Redner erteile ich Herrn Abg. Dr. Lennert für die Fraktion der CDU das Wort.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt um Ruhe bitten, sonst muss ich mit der Einzelbenennung von Abgeordneten fortfahren. Das möchte ich nicht.

**Dr. Peter Lennert (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 1. Mai 2004 sind zehn neue Mitgliedstaaten der Europäischen Union beigetreten. Dies sind Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Zypern und Malta. Damit ist die Zahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union durch die größte Erweiterung in ihrer Geschichte von bisher 15 auf 25 Staaten angewachsen.

450 Millionen Menschen gehören nunmehr der Europäischen Union an. Wir freuen uns, die neuen Mitgliedstaaten und Mitbürger in der Europäischen Union begrüßen zu können.

(Allgemeiner Beifall)

Mit der Erweiterung wurde die unsinnige politische Spaltung Europas überwunden. Europa ist wieder vereinigt. Gleichzeitig verändert sich das Gesicht der Europäischen Union deutlich. Die EU ist nicht nur erheblich größer geworden. Sie ist damit auch vielfältiger und heterogener geworden. Um die Erweiterung zu einem Erfolg werden zu lassen, bedarf es deshalb nicht nur nachhaltiger Anstrengungen. Vielmehr bedarf es auch neuer Lösungsansätze. Das betrifft beispielsweise die Struktur- und Agrarpolitik. Auch muss die mittel- bis langfristige Finanzierung der Europäischen Union auf eine solide und dauerhafte tragfähige Grundlage gestellt werden. Im Übrigen hat in den kommenden Jahren die Konsolidierung des Erreichens im Vordergrund zu stehen.

Die europäische Idee ist aus der größten Katastrophe in der Geschichte Europas, dem Zweiten Weltkrieg, entstanden. Die Gründungsväter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hatten eine Vision. Sie wollten das Austragen von Konflikten auf europäischem Boden ein für alle Mal verhindern. Diese Idee, die zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geführt hat, ist auch heute noch gültig. Nur aus Frieden und Freiheit kann wahrer und dauerhafter Wohlstand erwachsen.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Mit der Erweiterung ist der größte Binnenmarkt der Welt entstanden. Deutschland und Hessen liegen im Zentrum dieses Marktes. Hessische Unternehmen exportieren Güter und Dienstleistungen in die Partnerländer der Europäischen Union. Hessen ist in Europa zentrale Dreh-

scheibe im Luft-, Schienen- und Straßenverkehr. Frankfurt ist mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank zum finanz- und währungspolitischen Herzen Europas geworden. Angesichts dieser günstigen Ausgangslage wird die Osterweiterung zur großen Chance für die Wirtschaft und für Arbeit.

Die Mehrheit der Deutschen begrüßt die Erweiterung der Europäischen Union. Das zeugt von politischer Reife. In zahllosen wirtschaftlichen Kontakten und Partnerschaften wird dieses Europa auch schon gelebt. Zugleich zeigt sich aber in allen Umfragen, dass sich eine große Mehrheit unserer Bürger große Sorgen wegen der Erweiterung macht.

(Beifall des Abg. Clemens Reif (CDU))

Sie sind der Meinung, die Erweiterung erfolge zu schnell und sei zu schlecht vorbereitet. Sie haben Sorge um ihren Arbeitsplatz. Sie haben Sorge vor dem Verlust an Wohlstand. Sie haben Sorge vor steigender Kriminalität. Diese Sorgen muss eine verantwortungsvolle Politik aufnehmen und sich damit auseinandersetzen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Aber nicht verstärken!)

Leichtfertig über diese Sorgen hinwegzugehen würde die Zustimmung zu Europa und zur Europäischen Union nicht fördern, sondern zusätzliche Skepsis und Vorbehalte hervorrufen.

Die bestehenden Sorgen haben handfeste Gründe. Deutschland ist auf die Erweiterung schlecht vorbereitet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In Deutschland stagniert die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit ist viel zu hoch. Die meisten öffentlichen Haushalte sind überschuldet.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ja! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP):  
Aber nicht der Offenbacher!)

Deutschland lebt heute von der Substanz. In ausländischen Zeitungen können wir von der großen Sorge über Deutschland als kranken Mann Europas lesen. Früher wäre es undenkbar gewesen, dass Deutschland so weit abrutschen könnte, dass es zum Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung in der Europäischen Union wird.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Durch die Erweiterung werden jetzt die Versäumnisse rot-grüner Politik schonungslos offen gelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Jetzt zeigt sich: Die Strukturkrise, die unser Land erschüttert, ist hausgemacht. Schröders Politik der ruhigen Hand lähmt unser Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Darüber hinaus hat die Bundesregierung in den Beitrittsverhandlungen schlecht verhandelt. Sie hat wichtige deutsche Interessen nicht durchgesetzt.

So, wie die Wiedervereinigung Deutschland grundlegend verändert hat, so wird auch die Osterweiterung die Europäische Union grundlegend verändern. Die meisten Beitrittsländer erreichen hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft nicht einmal die Hälfte des Durchschnitts der Europä-



schen Union. Die EU ist viel größer geworden, und ihre Unterschiede haben zugenommen. Das stellt uns vor neue Risiken und Herausforderungen. Die Europäische Union muss sich daher künftig auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Ansonsten würde sich die Europäische Union finanziell überfordern. Sie würde sich vor allem aber auch in ihrer Integrationsfähigkeit überfordern. Nach dieser Osterweiterung braucht die Europäische Union dringend eine Phase der Konsolidierung. Die Fähigkeit der Europäischen Union zur Erweiterung ist mit der Durchführung der Osterweiterung an eine Grenze gelangt. Wenn die Europäische Union die Türkei beitreten lassen würde, wäre sie in ihrer Integrationsfähigkeit in Europa überfordert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Europa hat geographische, geschichtliche und kulturelle Grenzen. Wer diese Grenzen überschreitet, gefährdet die politische Union Europas. Außerdem muss sorgfältig darauf geachtet werden, dass die Kriterien zur Aufnahme eines Mitgliedstaates in die Europäische Union für alle Kandidaten in gleicher Weise gelten. Von daher stellt die Forderung des Bundeskanzlers, man möge der Türkei Beitrittsverhandlungen für den 1. Juli 2005 anbieten, nicht nur einen Verstoß gegen den EU-Vertrag dar. Es ist vielmehr auch ein Affront gegenüber den jetzt beigetretenen Staaten. Diese haben sich über Jahre hinweg bemüht, die politischen Kriterien für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union und als europäische Demokratie zu erfüllen – dies sind Rechtsstaatlichkeit und Schutz von Minderheiten –, bevor mit ihnen Verhandlungen aufgenommen wurden. Wenn man jetzt etwa aufgrund schlechten Gewissens gegenüber den USA der Türkei einen Rabatt einräumen würde oder es tun würde, weil die SPD hofft, damit ihr dramatisch geschrumpftes Wählerpotenzial aufzubessern, würde man damit nicht nur Deutschland einen Bärendienst erweisen, sondern der gesamten Europäischen Union.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Immerhin hat die Europäische Kommission festgestellt, dass die Türkei trotz all der guten Fortschritte, die wir ausdrücklich begrüßen, die Beitrittskriterien zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erfüllt. Ein Beitrittsautomatismus hätte den Effekt, dass die Türkei schnell erkennen würde, dass die Europäische Union die von ihr aufgestellten Kriterien nicht so genau nimmt und dass ausreichender politischer Druck ebenso zum Erfolg führt. Das Entstehen eines solchen Eindrucks wäre nicht nur hierzulande fatal. Vielmehr würde es die Europäische Union weltweit unglaubwürdig erscheinen lassen. Trotz der geopolitischen Bedeutung der Türkei und der langjährigen Freundschaft, die es zwischen der Türkei und Deutschland gibt, sind wir entschlossen in der Auffassung, dass die Regeln eingehalten werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es muss sich erst erweisen, ob die in der Türkei durchgeführten Reformen, die den Willen zur Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit zeigen, tragfähig sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Das stimmt! Wie unterstützt man das?)

Im Zusammenhang mit dem Beitrittswunsch der Türkei wird immer wieder die These aufgestellt, die Europäische Union sei kein christlicher Klub. Diese These mag griffig sein, geht aber am wesentlichen Punkt vorbei.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die CDU ist auch kein christlicher Klub!)

Im Zusammenhang von Religion und Politik ist nämlich deutlich zu unterscheiden zwischen der Glaubensfreiheit auf der einen Seite und der kulturprägenden Wirkung des Christentums und des Islams auf der anderen Seite.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen, dass insbesondere in der Europäischen Union jeder seinen Glauben leben kann, selbstverständlich innerhalb unserer verfassten Regeln des Zusammenlebens. Im Übrigen verbindet die abrahamitischen Religionen Judentum, Islam und Christentum mehr, als sie trennt. Jedoch ist die Europäische Union weltanschaulich neutral, aber wertemäßig eindeutig vom europäischen Menschenbild bestimmt, das durch die Aufklärung und die christliche Anthropologie geprägt ist. Daraus entwickeln sich das Verständnis der unantastbaren Menschenwürde, die Menschenrechte, die Gleichheit von Frau und Mann, die rechtsstaatliche Demokratie, die Pressefreiheit und schließlich auch die soziale Marktwirtschaft.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Wann gab es die letzte Pöpstin?)

Bisher gibt es noch keinen islamischen Staat, der unsere Werteordnung praktiziert. Wenn sie sich in der Türkei entwickeln würde, wäre dies allerdings ein großer Gewinn.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Und wie unterstützen wir das?)

Dass wir den Wunsch nach einer solchen Entwicklung nicht einfach mit der Realität vertauschen dürfen, erkennen wir an den großen Integrationsproblemen, die sich in Deutschland trotz vielfältiger guter Erfahrungen immer wieder stellen. Niemals sollte man sagen: nie. Aber im Lichte heutiger Erkenntnis muss daher eher eine privilegierte Partnerschaft das Modell für die absehbare Zukunft sein.

(Beifall bei der CDU)

Die Europäische Union muss die jetzt geschehene Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten sowohl wirtschaftlich als auch politisch leben. Sie muss sich Klarheit über ihre Identität und ihre Grenzen verschaffen. Sie muss Handlungsfähigkeit bewahren, auch wenn statt 15 Mitgliedern nun 25 entscheiden.

Der Beitrittsantrag Kroatiens wäre da noch vergleichsweise unproblematisch. Was aber ist mit Moldawien, der Ukraine, Russland und Georgien? Sie alle sind zweifellos Länder innerhalb Europas, und sie sind regelrecht scharf darauf, in Europa einzutreten. Doch kann die Europäische Union alle diese Staaten aufnehmen, oder droht vielleicht eine Überforderung durch ein grenzenloses Wachstum? Im Rahmen der Verfassungsdiskussion müssen wir auch diese Frage beantworten. Eine grenzenlose Europäische Union würde sich verlieren. Die Frage nach dem finalen Europa muss geklärt werden, bevor mit einem Beitritt der Türkei eine Vorentscheidung getroffen wird, die Europäische Union über die geographischen Grenzen auszudehnen.

(Beifall bei der CDU)

Wir halten es deswegen für wichtig, erstens die jetzt beschlossene Erweiterung erst einmal zu verkraften und zweitens die Kandidaten auf die genaue Erfüllung der

Beitrittskriterien zu verpflichten. Verfassungsstaatlichkeit, Binnenmarktfähigkeit und Integrationsfähigkeit sind keine leeren Worthülsen, sondern unabdingbare Voraussetzungen für ein gutes Gelingen der Europäischen Union. Das konstruktive Angebot der Union liegt auf dem Tisch. Die Türkei ist ein Freund und Partner Europas. Wir treten ein für eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn das?)

aber nicht für eine Vollmitgliedschaft innerhalb der Europäischen Union. Bei der Europawahl am 13. Juni steht auch unser von der Verantwortung für Deutschland und Europa getragenes Türkei-Modell zur Abstimmung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt ist doch klar, warum wir die Debatte haben!)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Erweiterung der Europäischen Union stellt alle Mitgliedstaaten vor neue Herausforderungen. Es gibt Risiken, aber die Chancen sind ungleich größer. Es ist gerade für Deutschland ein beruhigendes Gefühl, an seiner Ostgrenze Freunden und Partnern zu begegnen, die die gleichen Ziele verfolgen: Frieden, Sicherheit und Wohlstand in funktionierenden Demokratien und mit marktwirtschaftlichen Strukturen. Wir werden alles tun, damit unsere Kinder und Kindes-kinder in diesem gut leben können, ihre Heimat haben und sich wohl fühlen in der Einheit Europas und in der Vielfalt europäischer Kulturen und Lebensarten. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war eine schwache Wahlkampfrede!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte ich hier und heute noch einmal ganz ausdrücklich die neuen Beitrittsländer der Europäischen Gemeinschaft begrüßen. Wir freuen uns über den Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten, weil wir den Tag des Beitritts einen Meilenstein in der Überwindung der gewaltsamen Trennung Europas durch den Eisernen Vorhang sehen, weil diese Erweiterung Ausdruck von Hoffnung auf ein dauerhaft befriedetes Europa ist. Wir wissen, dass in den alten ebenso wie in den Beitrittsstaaten die Menschen mit einer Mischung aus Ängsten und Freude, aus Erwartung und Sorge auf den Prozess schauen, auf den Prozess der Erweiterung, der mit dem 1. Mai das Ende des Beitrittsprozesses und den Anfang einer weiteren gemeinsamen Entwicklung darstellt. Wir wünschen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft, dass sie dieses Vertragswerk mit Leben erfüllen, die Anstrengungen gemeinsam tragen und gemeinsam um ein Gelingen des Projektes ringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

So hätten wir uns einen Antrag vorgestellt, mit dem der Hessische Landtag die neuen Mitgliedstaaten begrüßt. Ich

stelle mir vor, wenn der Landtagspräsident Kartmann in die neuen Beitrittsländer reist, wo wir uns z. B. mit der Wielkopolska um gute Kontakte der Parlamente bemühen, und wenn er dann gefragt wird, ob die Erweiterung Thema im Landtag war, wenn er dann den Antrag der CDU-Landtagsfraktion aus der Tasche ziehen und sagen muss, dass dies unsere parlamentarische Reaktion auf den Beitritt der neuen Staaten in die EU ist, dann kann er sich eigentlich nur wünschen, in den Boden zu versinken; denn dieser Antrag als Begrüßung der neuen Beitrittsländer ist so abgrundtief peinlich, dass ihn kein auch wie immer gearteter Änderungsantrag korrigieren kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Abschnitt I.1 ist eine floskelhafte Begrüßung, zwei Sätze. Der Abschnitt I.2 besteht aus vier Sätzen, in welcher Form Hessen von der Erweiterung profitiert. Falsch ist er nicht, aber als Begrüßung arrogant und egozentrisch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Abschnitt II enthält vier weitere Sätze zu einem Ereignis, das frühestens in 10 bis 15 Jahren stattfinden wird, nämlich dem Vollbeitritt der Türkei. Damit wird klar, dass dieser Antrag einzig und allein der Eröffnung des Europawahlkampfes in diesem Parlament dient, und das in Form eines geistigen Tiefflugs über die Stammtische dieses Landes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das alles tun Sie unter dem Deckmantel der Begrüßung der neuen Beitrittsländer. Ich kann Sie nur bitten: Ersparen Sie uns diesen Gesichtsverlust. Ziehen Sie diesen Antrag zurück, und stampfen Sie ihn ein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Es ist doch auch Wahlkampf, was Sie jetzt machen!)

Sie sind doch sonst nicht so feige mit Ihren Hardliner-Positionen. Sinn und Zweck ist – wir haben es bei Herrn Lennert gehört – zum einen die Beschimpfung der Bundesregierung und zum anderen die Diskussion über den Türkei-Beitritt. Die können Sie haben, aber dann sollten wir vorher die Fakten klären.

Lassen Sie mich erstens mit einem Zitat beginnen:

Die Türkei gehört zu Europa. Die Türkei soll vollberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft sein. Dieser Wunsch und die Tatsache, dass wir in ihm mit unseren türkischen Freunden einig sind, sind der stärkste Ausdruck der Gemeinschaft.

Jetzt verrate ich Ihnen auch, von wem das Zitat stammt. Es stammt von Walter Hallstein, CDU-Bundestagsabgeordneter der Adenauer-Ära und damals Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Er sagte das 1963 anlässlich der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der Türkei.

Wir reden hier also über ein CDU-Versprechen aus dem Jahre 1963, aus der Zeit, als in der Türkei eine Militärdiktatur herrschte. Walter Hallstein hat ihnen ein Versprechen gegeben, und das war gut so.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)



Zweitens zu den Fakten. Seit 1966 besteht mit der Türkei eine Zollunion. Das entspricht in etwa dem, was Sie sich unter einer privilegierten Partnerschaft vorstellen. Sie sind also ein klein wenig spät mit Ihrem Vorschlag.

Drittens. 1987 hat die Türkei den Beitritt zur Europäischen Union beantragt.

Viertens. Erst zwölf Jahre später, im Dezember 1999, erhielt die Türkei nach Prüfung der Voraussetzungen den Status eines Beitrittskandidaten. Damit ist die EU eine Verpflichtung eingegangen. Wenn nämlich die Türkei die Vertragsbedingungen erfüllt, müssen Beitrittsbehandlungen eröffnet werden. Alles andere ist ein Bruch international gültiger Verträge.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Fünftens. Im Dezember 2004 will die EU eine Entscheidung über eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen treffen. Diese Entscheidung wird auf der Grundlage exakt festgelegter Kriterien fallen. Das soll im Dezember 2004 entschieden werden, nichts anderes. Es wird über einen weiteren Schritt der Türkei in die EU, der einen weiteren, jahrelangen Prozess nach sich ziehen wird, und das mit einem offenen und zeitlich befristeten Ausgang, entschieden.

Sechstens. Für diesen Prozess wird sowohl von deutscher als auch von türkischer Seite ein Zeitkorridor von 10 bis 20 Jahren angenommen, bis die Türkei die Kriterien für einen Vollbeitritt erfüllen könnte. – Das sind die Fakten.

Diese Fakten interessieren Sie in Ihrem Antrag offenbar überhaupt nicht. Sie betätigen sich als Kaffeesatzleser. Sie blicken in eine ferne Zukunft, in das Jahr 2015, und prophezeien, vor dem Hintergrund der jüngsten Erweiterung wäre die EU mit dem Beitritt der Türkei deutlich überfordert.

Das sehen Sie im Jahr 2004, vier Tage nachdem die EU-Erweiterung um zehn neue Staaten stattgefunden hat. Diese finstere Vision macht nur Sinn, wenn man weiß, Sie wollen bei den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck erwecken, die Türkei würde noch im Jahr 2004 beitreten, und die Europawahl sei eine Abstimmung der Bürger über den Beitritt der Türkei. Mit dieser Strategie belügen Sie die Bürgerinnen und Bürger wissentlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Doch damit nicht genug der finsternen Prophezeiung. Ihr Blick geht noch einmal ins Jahr 2015 und später, und dieser Blick besagt, Sie wüssten zum heutigen Zeitpunkt, dass die Türkei die Voraussetzungen für eine Vollmitgliedschaft nicht erfüllt. Das ist der Gipfel der Arroganz und Volksverdummung, wenn Sie die Menschen glauben machen wollen, die CDU Hessen kenne am 04.05.2004 das Ergebnis einer Untersuchung, zu der die EU irgendwann zwischen 2015 und noch später eine ganze Reihe sorgfältiger Prüfungen und Untersuchungen durchführen wird, um zu einer Entscheidung zu kommen.

Meine Damen und Herren, man könnte den Antrag, abgesehen vom ersten Absatz, schlicht und ergreifend als inhaltlich falsch bezeichnen und ihn ablehnen. Wir müssen aber über Ihr politisches Kalkül reden, das hinter Ihrem Antrag steckt. Was Sie hier versuchen aufzubauen, ist ein Geisterbahnszenario. An jeder Ecke sollen die Bürger erschrecken und zurückzucken bei dem Gedanken, dass die Türkei EU-Mitglied werden könnte. Durch die Geister-

bahn schwebt dann Angela Merkel und wedelt als Rettungsel mit der privilegierten Partnerschaft.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schönes Bild!)

Sie und Ihre gesamte CDU vergessen nur eines: In dieser Geisterbahn befinden Sie sich in einem irrealen Szenario und nicht auf dem Boden der Realität.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zum Glück gibt es in der Geisterbahn auch noch ein paar Aufrechte in der CDU. Ich würde mir wünschen, in diesem Hause wäre es auch so, das wird die Abstimmung zeigen. Es gibt den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Volker Rühle, der nüchtern feststellt: Wenn die EU Ende des Jahres feststellt, dass die Türkei die Bedingungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllt, dann sollte die Union das akzeptieren. – So ist es, und nicht anders.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn die Türkei den Status der Beitrittsverhandlungen erreichen will, verlangt die EU die Einhaltung stabiler Kriterien, der Kopenhagener Kriterien, d. h., dass die rechtsstaatlichen Institutionen stabil und demokratisch sein müssen, die Menschenrechte eingehalten werden und der Schutz der Minderheiten garantiert sein muss. Diese Bedingungen sind nicht verhandelbar, sie müssen erfüllt werden.

Auf diesem Weg ist die Türkei schon ein weites Stück gegangen, aber der Fortschrittsbericht der EU listet detailliert gegenwärtige Mängel auf und fordert deren Beseitigung, z. B. bei der Einschränkung der Religions- und Versammlungsfreiheit, bei Folter, bei dem nach wie vor zu starken Einfluss des Militärs. Wir GRÜNEN haben im Europaparlament genau diesen Einschätzungen zugestimmt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Na also, was soll denn dann die ganze Rede?)

Wir müssen aber auch die energischen Reformbemühungen der Türkei anerkennen, und wir müssen eingestehen, dass diese ohne die Perspektive eines EU-Beitritts und der dazu gehörenden Überprüfungen nicht stattgefunden hätten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Eines ist klar: Wenn wir diesem Reformprozess und den Menschen in der Türkei, die diesen Reformprozess gestalten, die Perspektive entziehen, dann schwächen wir diesen Prozess ganz entscheidend. Dann ist mit gravierenden Rückschritten zu rechnen. Damit würden wir in Europa eine Flanke aufreißen, um deren mühsamen Aufbau sich Außenpolitiker von Adenauer über Kohl bis Fischer jahrzehntelang bemüht haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wir würden Wasser auf die Mühlen der reaktionären Kräfte der Türkei und der gesamten islamischen Welt gießen, die dem Westen schon immer mit Misstrauen und Ablehnung begegnet sind und kein Interesse am friedlichen Zusammenleben der Religionen und Kulturen haben. Wenn die hessische CDU zur Unversöhnlichkeit der

Religionen aufruft, dann frage ich Sie: Was wollen Sie den muslimischen Balkanstaaten sagen, wenn diese beitreten wollen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wollen Sie ernsthaft in Europa ethnische Inseln schaffen? – Das Türkeithema fahren Sie, um innenpolitisch Profit daraus zu schlagen. Ob Sie damit den sozialen Frieden in unserem Land gefährden, ist Ihnen gleichgültig. Sie wollen auf Stimmenfang gehen, Ängste schüren, die Gesellschaft spalten und auf der Welle der latenten Ausländerfeindlichkeit in Deutschland surfen. Haben Sie diesmal schon Ihre Unterschriftenlisten gedruckt, damit Sie an den Wahlständen propagieren können: Hier können Sie gegen die Türken unterschreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Textbausteine Ihrer Wahlhelfer sind ebenso falsch wie demagogisch. Gestern Abend wurde bei der Wahlkampf-eröffnung in Petersberg von der CDU verbreitet, Deutschland müsse mit der Zuwanderung von 10 bis 18 Millionen Türken rechnen. Es ist unglaublich, mit diesen Zahlen Ängste zu schüren. Sie selber wissen, dass diese Zahlen völlig unrealistisch sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Mit wie viel rechnen Sie denn?)

Sie wenden sich gegen die türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, ihre Kinder und Enkel, die die CDU-Bundesregierung umworben hat, damit sie nach Deutschland kommen. Auf den Podien höre ich immer das Argument, die Werte des türkischen Volkes seien mit denen des deutschen Volkes nicht vereinbar. Leider fehlt Ihren Abgeordneten an dieser Stelle ein Textbaustein, denn keiner konnte mir bisher erklären, welche Werte Ihrer Ansicht nach die Türken haben, welche Werte Ihrer Ansicht nach die Deutschen haben und warum Ihrer Ansicht nach die Werte eines Sizilianers und eines Schweden so gut zusammenpassen wie die eines Türken und eines Deutschen.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ich kann es Ihnen erklären, warum sie so gut zusammenpassen: Sie passen zusammen, weil sie sich alle unter dem Dach der Charta der Grundrechte zusammengefunden haben. Fakt ist, Europa ist eine Wertegemeinschaft.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Diese Werte sind in der Charta der Grundrechte festgelegt, denen sich jeder unterwirft, der sich der EU anschließt. Sie sind dort niedergelegt, und das ist die Wertegemeinschaft der Europäischen Gemeinschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das Schlimmste an Ihrer Argumentation ist, dass Sie der Sache Europas schaden. Aufgrund Ihrer ideologischen Verböhrtheit nehmen Sie in Kauf, den inneren und äußeren Frieden Europas, den Frieden Deutschlands und den sozialen Frieden in Hessen zu gefährden. Sie haben nichts verstanden von dem Projekt Europa,

(Frank Gotthardt (CDU): Gut, dass Sie uns das erklären!)

das Frieden, Sicherheit und Wohlstand schaffen will durch die Überwindung von Feindbildern, durch eine faire Zusammenarbeit unter Zurückstellung nationaler, religiöser und politischer Egoismen.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kollegin Hoffmann für die Fraktion der SPD.

#### **Christel Hoffmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hessen begrüßt die neuen EU-Staaten. Das ist für die SPD-Fraktion selbstverständlich. Wir freuen uns, dass Europa am 1. Mai einen weiteren wichtigen Schritt in seiner Entwicklung vollzogen hat.

(Beifall bei der SPD)

Die europäische Integration hat nach dem Zweiten Weltkrieg in den Staaten Westeuropas zu einer einzigartigen Phase des Friedens und des Wohlstands geführt. Die Staaten Mittel- und Osteuropas waren von dieser Entwicklung ausgeschlossen. Es ist ein einmaliges historisches Ereignis, die neuen Mitglieder wieder in der Familie der europäischen Länder begrüßen zu können. Über den historischen Augenblick hinaus ist mit dieser Begrüßung die Freude darüber verbunden, dass der Kalte Krieg, der Europa teilte, damit endgültig überwunden ist.

(Beifall bei der SPD)

Von der historischen Erklärung, die Robert Schuman am 9. Mai 1950 abgab, war es ein langer Weg bis zu dem Entwurf eines Verfassungsvertrags durch den Europäischen Konvent.

Die europäische Integration ist das Werk großer Staatsmänner, die über alle Parteigrenzen hinweg daran mitgewirkt haben. Frau Merkel dagegen wird man nicht dazu zählen. Für die europäische Integration stehen Namen wie Robert Schuman und Konrad Adenauer. Es war Willy Brandt, der mit seiner Ostpolitik einen entscheidenden Beitrag zur Öffnung nach Osten geleistet hat.

(Beifall bei der SPD)

Der Kniefall des Nobelpreisträgers vor dem Mahnmal im ehemaligen Warschauer Getto ist unvergessen.

Doch nun zur Gegenwart und zu dem CDU-Antrag. Die CDU schreibt in ihrem Entschließungsantrag, dass Hessen mit der Erweiterung noch mehr in das Zentrum der Europäischen Union rückt. Das ist eine Feststellung, die sich zunächst auf geographische Gesichtspunkte bezieht. Die CDU schreibt weiter, dass die Osterweiterung eine große Chance für Arbeit und Wirtschaft bedeutet. Auch das ist richtig.

Aber wir haben in Hessen eine Landesregierung, die dabei ist, die Chancen Hessens in Europa zu verspielen.

(Beifall bei der SPD)

Die vielfältigen Potenziale des Landes werden nicht ausgeschöpft. Die Kreditwürdigkeit des Landes wurde wegen der miserablen Haushalts- und Finanzpolitik bereits zurückgestuft.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung. Im innerdeutschen Vergleich ist Hessen im Jahr 2002 auf den Platz 8 und im Jahr 2003 auf den Platz 7 abgerutscht.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Was den Flughafenausbau betrifft, Frau Kollegin Wagner, so hat die Europäische Kommission der Landesregierung klipp und klar gesagt, an welchen Punkten sie ihre Hausaufgaben schlecht gemacht hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Im Prinzip ist die in dem CDU-Antrag enthaltene Beschreibung aber richtig. Es gibt sowohl bei uns als auch in den neuen Mitgliedsländern Ängste und Bedenken gegenüber der EU-Erweiterung. Wir sind gemeinsam aufgefordert, deutlich zu machen, dass nur eine große und starke Europäische Union den Zukunftsaufgaben im Zeitalter der Globalisierung gewachsen sein wird.

Doch das, was in dem CDU-Antrag anschließend steht – Frau Hölldobler-Heumüller hat vorhin darauf hingewiesen –, stellt einen Rückfall der europapolitischen Diskussion in die Sechzigerjahre des letzten Jahrhunderts dar. Wir haben einen Änderungsantrag dazu vorgelegt und bitten um eine getrennte Abstimmung zu dem zweiten Teil des CDU-Entschließungsantrags.

Bevor ich mich damit und mit dem Änderungsantrag der FDP im Einzelnen beschäftige, möchte ich den Beitrag eines Redners aus dem Jahr 1997 zitieren. Dieser Redner sagte zum Abschluss des Sondergipfels des Europäischen Rats in Luxemburg am 21. November 1997:

Ich habe in der Debatte auf zweierlei hingewiesen, nämlich erstens darauf, dass wir, die Bundesrepublik Deutschland, sehr damit einverstanden sind, dass die Türkei in der Perspektive der Zukunft eine Chance hat, der Europäischen Union beizutreten. Die Voraussetzungen im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte, der Kurdenfrage und des Demokratieaufbaus, die ich eben genannt habe, gehören natürlich dazu.

Meine Damen und Herren, dieser Redner war Helmut Kohl, Kanzler, CDU-Vorsitzender und überzeugter Europäer.

(Beifall bei der SPD)

Lassen wir jetzt Revue passieren, was seit 1997 geschah. 1999 wurde die Türkei auf dem Europäischen Rat in Helsinki als Beitrittsland anerkannt. Das bedeutet, dass sie auf der Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen Beitrittsländer gelten, Mitglied der Europäischen Union werden soll.

2001 schloss die Europäische Union mit der Türkei eine Beitrittspartnerschaft, die im Dezember 2002 vom Europäischen Rat in Kopenhagen bekräftigt wurde. Außerdem vereinbarte der Rat in Kopenhagen, dass im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Berichts und der Empfehlungen der Kommission die Beitrittsverhandlungen zu eröffnen seien, sofern die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfülle.

Der letzte Beitrittsbericht der Kommission vom Dezember 2003 benannte Fortschritte und zeigte noch bestehende Defizite auf. Das jüngste Kurden-Urteil in der Türkei stimmt mich in dieser Hinsicht sehr besorgt. Trotzdem begrüßen wir die Reformen, die die Türkei bereits unternommen hat, als wichtige Schritte.

Ich möchte die Kopenhagener Kriterien noch einmal nennen. Zunächst einmal handelt es sich um das politische Kriterium, nämlich dass stabile politische Institutionen als eine Garantie für die Rechtsstaatlichkeit vorausgesetzt werden. Dann kommt das wirtschaftliche Kriterium, also das Vorhandensein einer funktionierenden Marktwirtschaft. Ferner geht es um die Fähigkeit, das EU-Recht zu übernehmen.

In diesem Zusammenhang darf ich an Folgendes erinnern. Die Verhandlungen mit den Ländern, deren Beitritt wir heute begrüßen, begannen vor elf Jahren. Wenn mit der Türkei zu Beginn des Jahres 2005 Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden, wird es vermutlich 10 bis 20 Jahre dauern, bis ein Beitritt erfolgen kann. Daher ist das in dem CDU-Antrag vorgebrachte Argument, die Integrationskraft der EU werde überfordert, schlicht falsch.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die CDU in ihrem Entschließungsantrag vorbringt, die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zu Beginn des nächsten Jahres bedeute nicht unbedingt einen Beitritt der Türkei, ist das ebenfalls eine irreführende Gleichsetzung.

Nun zu der privilegierten Partnerschaft, die die CDU-Vorsitzende ins Gespräch gebracht hat. Durch die Schaffung der Zollunion existiert bereits seit 1995 eine privilegierte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Das ist alles nichts Neues.

Von der CDU-Vorsitzenden stammt auch das Argument, über den EU-Beitritt der Türkei sei in der EU beraten worden, als die Europäische Union nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, aber noch keine Wertegemeinschaft gewesen sei. Wer so argumentiert – Herr Kollege Klein, auch wenn Sie sagen, das sei ein gutes Argument –, zeigt damit, dass er ein gespaltenes Verhältnis zum europäischen Recht hat.

(Beifall bei der SPD)

Es sind international anerkannte europäische Rechtsakte, die das Vorgehen der EU begründen. Wer so argumentiert, stellt in politischer Hinsicht auch die Zuverlässigkeit der Europäischen Union infrage.

Herr Kollege Lennert, es gibt christliche Werte, und es gibt islamische Werte. Aber es gibt weder eine christliche noch eine islamische Anthropologie. So viel zur Begrifflichkeit.

Richtig an dem Argument der CDU-Vorsitzenden ist, dass es in Europa einerseits und in der Türkei andererseits unterschiedliche kulturelle Entwicklungen gibt. Wer aber eine EU-Mitgliedschaft der Türkei an unüberbrückbaren kulturellen Hindernissen scheitern lassen will, der schlägt auch den in Europa lebenden Muslimen die Tür zur Integration in die europäische Gesellschaft zu. Das gilt genauso für die in Deutschland lebenden Türken.

(Beifall bei der SPD)

Sie bringen nämlich genau die kulturelle Prägung mit, die die Gegner eines EU-Beitritts der Türkei nicht innerhalb der Europäischen Union sehen wollen. Das ist in Deutschland innenpolitisch nicht zu vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Die Werte, auf die sich der Konventsentwurf bezüglich der Menschenrechtscharta bezieht, sind unteilbar. Es sind die Werte der Aufklärung, die sich ursprünglich aus einem christlichen Menschenbild ableiten. Ein Beitritt der Tür-



kei zur Europäischen Union, ob in 10 oder 15 Jahren, bedeutet daher auch die Versöhnung der Werte eines islamisch geprägten Landes mit laizistischem Staatsaufbau mit den Werten der Aufklärung. Das ist eine historische Chance, vor allem vor dem Hintergrund des islamischen Fundamentalismus.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Der laizistische Staat Türkei mit seiner positiven demokratischen Entwicklung kann und wird Modellcharakter für die Demokratisierung der islamischen Welt haben.

Als Fazit: Die CDU instrumentalisiert die Beitrittsperspektive der Türkei als Wahlkampfthema für die Europawahl am 13. Juni. Das ist auf den CDU-Parteitag am letzten Wochenende klar geworden. Die CDU lenkt damit von ihrem eigenen Versagen hinsichtlich ihrer außenpolitischen Vorstellungen ab. Ich will das kurz erklären. Im Konventionentwurf zum Verfassungsvertrag sind unter dem Kapitel „Die Außenbeziehungen der Union“ die Grundsätze der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik niedergelegt. Diese Grundsätze der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union stehen in krassem Gegensatz zu denen der CDU, die eine deutsche Beteiligung am Irak-Krieg wollte.

Zum Abschluss: Zur Begrüßung der neuen Mitglieder in der Europäischen Union hätte ich mir hier im Landtag eine inhaltlich andere Debatte gewünscht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir begrüßen die neuen Länder, und wir wollen weiterhin eine Beitrittsperspektive für die Türkei – auch mit Blick auf den sozialen und inneren Frieden in unserem eigenen Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Ruth Wagner für die Fraktion der FDP.

#### **Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen, am 8. Mai, jährte sich zum 59. Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges, eines Krieges, den Deutsche verursacht haben, den sie nach Europa und in große Teile der Welt getragen haben. Millionen von Toten – Zivilisten, Soldaten, Ermordete, Vertriebene – waren zu beklagen. Erst in den Tagen nach dem Ende des Krieges und in den folgenden Jahren ist das ganze Ausmaß des Holocaust an Juden, Sinti, Roma und an so genanntem unwertem Leben klar geworden. Deshalb markiert der 8. Mai 1945 nicht nur das Ende des Krieges, sondern auch die Befreiung von einer Diktatur.

Mit diesem Datum verbindet sich historisch eine dritte Tatsache. Mit der Konferenz von Jalta begann die Teilung Europas. Der Eiserne Vorhang hat Europa fünf Jahrzehnte lang geteilt. Deshalb will ich sehr emotional sagen: Der 1. Mai 2004 ist vor dem Hintergrund dieser historischen Tatsache eine unglaublich tolle Erfahrung, die wir gemeinsam machen sollten.

(Allgemeiner Beifall)

Ich war vor einem Jahr an Ostern in Malta. An dem Tag, an dem ich auf dem Flughafen gelandet bin, ist das Ergebnis der Volksbefragung zum Beitritt zur EU bekannt gegeben worden. Meine Damen und Herren, ich habe noch niemals ein derartiges Fest aus Anlass des Beitritts zur EU gesehen. Erfreulicherweise – das werden Sie mir nachsehen – war die Insel aus diesem Anlass in die Farben blau und gelb getaucht. Auch das hatte ich noch nie gesehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Tagelang und nächtelang wurde gefeiert. Ich habe immer nur gedacht: Hoffentlich werden die Malteser nicht enttäuscht. – Das wird sich in den nächsten Monaten und Jahren erweisen.

Es sind nun 25 EU-Staaten, die sich in freier Selbstbestimmung am 1. Mai dieses Jahres zusammengefunden haben. Ich will sehr dezidiert sagen: Es gibt keine Trennung in ein „altes“ und ein „neues“ Europa, wie sich das manche Kriegsherren aktuell vorstellen. Das „neue“ und das „alte“ Europa lässt sich nicht durch die Unterteilung in Kriegswillige und Kriegsunkwillige trennen,

(Beifall bei der FDP)

sondern die europäischen Staaten sind durch eine Tradition von Werten verbunden. Das hat der Kollege Lennert hier schon gesagt. Die Geltung der Menschenrechte, die Ächtung der Folter – aus aktuellem Anlass nach meiner Auffassung ganz vorne zu nennen –, Toleranz und Achtung der Minderheitenrechte, Rechtsstaatlichkeit, die demokratische Legitimierung parlamentarischer Organe und die Unabhängigkeit der Gerichte und der Medien – das sind die Werte der Europäischen Konvention. Das sind die Werte, die Europa aus der Bill of Rights von 1776 übernommen hat. Deshalb gibt es keine Teilung in ein „altes“ und ein „neues“ Europa.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das sind die Werte, die die Welt bestimmen sollten. Sie gelten für die amerikanischen Staaten, sie gelten für alle Kontinente dieser Erde, und sie gelten selbstverständlich für alle Beitrittswilligen, die ein Europa des Friedens und der Freiheit wünschen.

Ich glaube, darauf können wir stolz sein. Ich habe aus anderem Anlass hier schon einmal gesagt: Ich denke, das ist eine neue Wertetradition, die auch die junge Generation wünscht. Die jungen Menschen in Hessen und in Deutschland wollen stolz auf das sein, was ihre Großeltern und Eltern nach 1945 geschaffen haben – nicht nur wirtschaftlichen Wohlstand, sondern auch einen Wertestaat, in dem sich alle wohl fühlen. Die jungen Leute wollen nicht mehr nur an die Diktatur der Nazizeit erinnert werden, sondern stolz auf die Tradition sein, die sich in Deutschland in den letzten 60 Jahren zum Glück gefestigt hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Ostpolitik aller deutschen Regierungen, begonnen im Jahre 1972, hat dazu beigetragen, dass wir sehr wohl auf die Geschichte des Krieges rekurrieren und die Gräueltaten nicht vergessen werden. Frau Hoffmann, das haben Sie zu Recht gesagt. Versöhnung lässt sich nur erreichen, wenn man die Erinnerung und das Gedenken wach hält. Das heißt, es gibt für die jungen Menschen, die zwei Generationen nach dem Krieg geboren wurde, überhaupt keinen Anlass, von einer „kollektiven Täterschaft“ oder von

„Kollektivschuld“ zu sprechen, sondern sie sprechen von einer kollektiven Verantwortung für das Gedenken und die Erinnerung als Voraussetzung für die Versöhnung der europäischen Staaten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ich will hinzufügen: Meine Damen und Herren, vielleicht hatten Sie Gelegenheit, in den letzten Tagen eine sehr gute Geschichtssendung von Guido Knopp im ZDF zu sehen, die, wie ich fand, das Thema Vertreibung in einer außerordentlich abgewogenen, aber historisch trotzdem unglaublich bedrückenden Art und Weise aufgearbeitet hat – und zwar für alle Staaten, die infolge der Kriegsgeschehnisse im Zweiten Weltkrieg Vertreibungen angeordnet haben. Das galt für die Deutschen, für die Stalinisten und auch für die Tschechen. Deshalb gehört die Wahrheit an einem solchen Tag der Freude auf den Tisch.

(Beifall bei der FDP)

Wir sollten auch bei einer solchen Debatte im Hessischen Landtag darauf achten, dass wir uns nicht um der kleinkarierten politischen Münze und eines aktuellen Wahlkampfes willen auseinander dividieren lassen. Wenn ich mir die drei Anträge anschau, muss ich sagen: Sie sind in weiten Teilen völlig identisch. Es ist doch eine unglaublich positive Entwicklung der letzten Jahrzehnte, dass es bei der Einschätzung derartiger Vorgänge zwischen den vier Fraktionen im Deutschen Bundestag und in den Länderparlamenten im Grundsatz keine Unterschiede mehr gibt.

Die Frage – darauf komme ich noch –, wie man die Türkei am Ende behandelt, ist, wenn man sich die reine Antrags- und Beschlusslage anschaut, eine Frage der Wertigkeit in bestimmten Einzelpositionen, ob nämlich mittlerweile die Entwicklung in einem solchen Land so weit gediehen ist, dass Verhandlungen aufgenommen werden und z. B. die Bedingungen von Kopenhagen erfüllt werden können. Wenn man will, kann man sagen, die Diskussion geht darum: Ist das Glas halb voll, oder ist es halb leer? – Deshalb will ich davor warnen, dass wir wieder künstliche Gegensätze hochspielen. Das ist die Attitüde, wie das leider die Vertreterin der GRÜNEN gemacht hat.

Meine Damen und Herren, ernsthafte Probleme, die es gibt, müssen auch ernsthaft benannt werden. Ich komme darauf zurück. Natürlich hat die bisherige EU einen großen Friedens- und Stabilitätsfaktor in der Welt gebildet. 52 Jahre lang haben wir hier eine Vereinigung eines halben Kontinenten gehabt, die in der Welt von großer Bedeutung war. Die wirtschaftlichen Chancen sind ohne Zweifel vorhanden.

Frau Hoffmann, ich will einmal sagen: Es ist doch nicht so, dass Hessen und auch diese Regierung die Chancen, die in der rein wirtschaftlichen Zusammenarbeit liegen, nicht erkannt haben. Ein Drittel aller hessischen Unternehmen investiert heute schon in die neuen Mitgliedstaaten. Wir sind unglaublich abhängig vor allem in der Wirtschaft des Rhein-Main-Gebietes, aber auch erheblich mit den kleinen und mittleren Betrieben in der ganzen Fläche in Hessen von den neuen Märkten, die wir durch den Beitritt erreichen. Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, wenn Kritik an der Landesregierung geübt wird. In dem Fall gibt es eine klare Kontinuität der Regierungen der letzten Jahre.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, in den Zeiten der Teilung sowohl Deutschlands wie auch Europas haben die Bezie-

hungen insbesondere der Städte, des Landes und vor allen Dingen der vielen Privaten im kulturellen Bereich immer gehalten. Die Kultur war sozusagen das Ferment der Einheit in den Zeiten der Teilung.

Ich will einmal zwei Bereiche nennen, die ich selbst sehr intensiv mitverfolgt habe. Im Jahre 1980 ist es mir mit einem meiner ersten Beiträge in diesem Haus gelungen, das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt zu verankern und nicht nach Mainz gehen zu lassen.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Besser wäre es in Wiesbaden gewesen!)

Das war die Auseinandersetzung. Das Deutsche Polen-Institut mit Herrn Dedecius, dem Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, ist eines der großen kulturellen Markenzeichen Hessens und Deutschlands geworden. Das ist das, was uns weitergeführt hat. Die Darmstädter Sezession, 1908 gegründet und nach dem Krieg neu erstanden, hat mit dem Krakauer Kunstverein seit 1983 gemeinsame vierwöchige Malsessionen in Südf frankreich durchgeführt.

Meine Damen und Herren, was dort an Völkerverständigung erreicht worden ist, war die Voraussetzung für staatliche Einbindung und später die Zusammenarbeit in vielen Bereichen. Jede Stadt, die Verbindung zu Polen, zu Litauen, zu Estland und nach Ungarn eingegangen ist, hat im Grunde für die Friedensarbeit und die europäische Einigung mehr tun können, als das alle Bundesregierungen in diesen Jahren tun konnten.

Deshalb bin ich sehr froh, dass wir das weiterführen. Es ist wichtig, dass z. B. die Partnerstaaten mit dem Kernbereich Wielkopolska, Polen, mit Hessen zusammenarbeiten. Meine Damen und Herren, ich will auch nicht vergessen: Was wir etwas aus dem offiziellen Status der Partnerschaften herausgenommen haben, das sind die drei baltischen Staaten. In der Regierungszeit von Wallmann und Gerhardt haben wir als Land Hessen die Patenschaft für diese drei baltischen Staaten übernommen. Ich war als Fraktionsvorsitzende mit meiner Fraktion und der gesamten LPK im Jahre 1995, unmittelbar nach der Demokratisierung, in Vilnius, als noch die Barrikaden vor dem Parlament standen.

Die Affinität der Litauer zu Deutschland, zur deutschen Sprache, zur deutschen Forschung und zu unserer Kultur ist so groß, dass wir das unbedingt aufgreifen und ähnlich wie bei der Wielkopolska die Patenschaft, die es auch z. B. von Städten nach Tallinn, Estland, gibt, aufnehmen sollten. Herr Riebel, ich wäre sehr dafür, dass wir die baltischen Staaten wieder näher in unser Blickfeld rücken. Das, was wir z. B. mit dem litauischen Gymnasium über viele Jahre getan haben, weist darauf hin, dass wir dort gute Beziehungen haben.

Meine Damen und Herren, Litauen ist ein Beispiel dafür, dass trotz der zwei Katastrophen des Hitler-Stalin-Paktes diese Affinität zur deutschen Kultur nicht zur Entfremdung zu Deutschland geführt hat, sondern gerade zu einem Akt der Versöhnung wurde. Meine Damen und Herren, die wirtschaftlichen wie die kulturellen Beziehungen sind die große Chance für Hessen als ein Land mitten in Deutschland, das in seiner Wirtschaft auf Export angewiesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb glaube ich, dass wir als Hessen den Reformprozess gut weitertreiben können. Das gilt sowohl für Bulgarien wie auch für Rumänien. Wir wissen, wie schwierig die



Situation dort ist. Ich hatte Gelegenheit – der Präsident weiß das –, mit Rumänien Kontakte zwischen den Hochschulen zu bilden. Die Marburger Universität hat sich in den letzten zehn Jahren hieran sehr aktiv beteiligt. Wir müssen alles daransetzen – das ist unsere Aufgabe –, dass alle Beitrittskandidaten die Beitrittskriterien auch erfüllen können. Das ist doch die Sorge der CDU in Bezug auf die Türkei. Meine Damen und Herren, ich will das deutlich sagen: Wir müssen daran arbeiten, dass die Beitrittsfrage der Türkei nicht zu einer populistischen Debatte führt.

(Beifall bei der FDP und demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Liebe Freunde, das gilt für Sie, die links geklatscht haben, genauso: Die Unterstützung der deutschen Regierung – damals Kohl und Hallstein – ist für den wirtschaftlichen Bereich gesetzt worden. Es sind immer die Bedingungen genannt worden: Einhaltung der Menschenrechte, Unabhängigkeit der Gerichte, die Behandlung von Gefangenen in den Gefängnissen. – Ich will hinzufügen: Auch die FDP hat sich in ihrer Beschlussfassung auf dem letzten Bundesparteitag in dieser Frage sehr schwer getan, weil die einen sagen: Möglicherweise ist das, was an Fortschritten schon erreicht ist, dazu angetan, zu sagen, man kann jetzt schon sagen, dass der Beitritt klar ist. – Ich bin da sehr viel vorsichtiger. Die Mehrheit der FDP sieht das auch so. Wir sehen die Fortschritte, sagen aber deutlich: Zum jetzigen Zeitpunkt können wir noch nicht zustimmen.

(Heike Habermann (SPD): Das steht auch nicht zur Debatte!)

Das heißt nicht, dass man die Verhandlungen nicht beginnt. Die Verhandlungen müssen beginnen können, damit sozusagen im Verlaufe des Verhandlungsprozesses klar wird, welche Desiderate noch da sind.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will ganz deutlich sagen – da wird mir Herr Bouffier zustimmen –: Wir haben überhaupt keine Kenntnisse davon, wie z. B. junge 12- bis 14-jährige Mädchen in Deutschland behandelt werden, die von männlichen türkischen Verwandten hier eingeflogen und zu Zwangshochzeiten gezwungen werden. Das wissen wir doch alles nicht. Wir wissen es erst dann, wenn daraus entsetzliche Kriminalfälle bis hin zur Ermordung werden. Sie tauchen in Frauenhäusern auf. Dann wissen wir, was passiert ist. Deshalb dürfen wir nicht und die GRÜNEN schon gar nicht die Augen davor verschließen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer tut denn das?)

was eventuell an Menschenrechtsverletzungen immer noch vorhanden ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist doch die Frage.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

#### **Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Herr Präsident, ich will zum Schluss kommen. – Ich glaube schon, dass die Einhaltung der gemeinsamen Werte, die

ich zu Beginn meiner Rede genannt habe, einschließlich der Religionsfreiheit für alle, auch eine Chance für das Christentum in der Türkei ist. Ich wiederhole das, meine Damen und Herren. Nicht nur das Bauen von Moscheen in Deutschland einzuklagen kann die Forderung sein – dann muss es auch die Möglichkeit geben, christliche Gotteshäuser in der Türkei zu bauen.

Ich glaube, dass wir die religiöse Offenheit als Teil unserer Menschenrechtsvorstellungen einklagen können. Sie sind auch Teil der Kopenhagener Bedingungen. Unter diesen Bedingungen ist die FDP bereit, einen Beitritt der Türkei zu fordern. Aber wir sagen: Noch ist sie nicht so weit. Sie muss dafür den Beitrag leisten, der für alle europäischen Beitrittsländer gefordert wird. – Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Riebel.

#### **Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir ist der Gedanke eines früheren Lehrers, den wir als Schülerinnen und Schüler fast ausnahmslos geschätzt, um nicht zu sagen, verehrt haben, bis heute wichtig geblieben, nämlich der Gedanke, dass das Heute nur im Spiegel des Gestern erkennbar ist.

Das auf unsere europapolitische Debatte übertragen heißt nicht anderes, als dass wir uns die jüngste, die jüngere und die 300, 400 Jahre alte Geschichte Europas einmal vor Augen führen müssen. Bei dieser Betrachtung komme ich zu dem Ergebnis, dass dieser im Weltmaßstab verhältnismäßig kleine Kontinent Europa in den letzten 300, 400 Jahren durch unzählige bilaterale und multilaterale kriegerische Auseinandersetzungen gekennzeichnet ist. Wir Deutsche haben insbesondere im vergangenen Jahrhundert mit dem Zweiten Weltkrieg einen Beitrag dazu geleistet. Damals sind wir von Verbrechen regiert worden. Als ich zu den Beitrittsfeierlichkeiten in der Wielkopolska war, kam bei mir schon das Gefühl der außerordentlichen Freude auf, dass das am 1. Mai geschehen kann, aber gleichzeitig, ohne dass ich das dort einem Dritten gesagt hätte, mehr als nur ein bisschen Scham über das, was wir Deutsche in Polen und anderen Ländern zu verantworten haben.

Deswegen komme ich zu dem Ergebnis – jenseits all der Dinge, die richtigerweise lobend hervorgehoben werden, welche Chancen die Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Mittel- und Osteuropa insbesondere für unser Land Hessen bringt –, dass man die Freude und die Inhalte, die damit zusammenhängen, nicht auf dieses Thema verkürzen kann. Der 1. Mai ist aus meiner Sicht deswegen ein besonderer und in der Tat ein historischer Tag, weil, soweit Menschen überhaupt prognosefähig sind, nach menschlichem Ermessen für die Zukunft ausgeschlossen erscheint – wenn ich das auch sagen darf: für alle Ewigkeit und alle Zukunft –, dass diese 25 europäischen Staaten, die sich zur EU zusammengeschlossen haben, noch einmal gegeneinander Krieg führen. Das halte ich für das wichtigste Thema in diesem Zusammenhang: Krieg scheint unter den 25 für die Zukunft ausgeschlossen zu sein. Damit wird eine Sehnsucht erfüllt, die alle Menschen im Herzen tragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Anzumerken ist noch, auch daran will ich erinnern, dass in der Geschichte der Menschheit parlamentarische Demokratien untereinander noch nie Kriege geführt haben – mit einer Ausnahme, dem Falkland-Krieg. Aber den kann man bei dieser historischen Betrachtung vernachlässigen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Argentinien war damals keine Demokratie!)

Weil das so ist, ist der Demokratisierungsprozess, den wir wo auch immer begünstigen und bestärken müssen, die zentrale Frage, um Frieden nach den offenbar gemeinsamen Vorstellungen zu sichern.

Deshalb können wir festhalten, dass die Europäische Union am 1. Mai ihre ganz außerordentliche Chance genutzt hat, Frieden, Freiheit und Sicherheit der 25 in Europa zu stärken, zu festigen, festzuschreiben, und dass Staaten, die aus meiner Sicht immer zu Europa gehört haben, nunmehr am Projekt dieser europäischen Integration teilnehmen.

In einer der Diskussionen, die ich in den Kreisen und Städten führe, hat sich jemand gemeldet und gesagt, Polen komme dann endlich auch zu Europa. Mein Hinweis war, bei allem Respekt vor dem Redebeitrag: Natürlich ist Polen ein uralter, schon immer europäischer Staat.

(Beifall bei der FDP)

Er kommt nicht sozusagen als Neuling zur Europäischen Union, sondern er war schon immer dabei, aber er war für Jahre und Jahrzehnte getrennt.

Meine Damen und Herren, deswegen rege ich an, zu unterstreichen, dass der Hessische Landtag bei der positiven Beurteilung der vollendeten Erweiterungsrunde ganz offenkundig einer Meinung ist. Das haben wir auch am vergangenen Freitag bei der Veranstaltung im Biebricher Schloss festgestellt.

Zu dem Thema Türkei und dem, was damit zusammenhängt, empfehle ich uns allen – wenn ich mir das erlauben darf zu sagen: mit Nachdruck – eher sehr leise und sehr nachdenkliche Töne, weil es unterschiedliche, fein zisierte Ausstrahlungen gibt, die so einfach, wie sie teilweise von diesem Pult aus vorgetragen worden sind, aus meiner Sicht nicht sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schwere Kritik an Dr. Lennert!)

Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller, Sie erlauben mir, ganz ruhig und gelassen zu sagen, dass in diesem Zusammenhang am Pult des Hessischen Landtags Worte wie „Volksverdummung“, „reaktionäre Kräfte in der Türkei“ und Äußerungen über latente Ausländerfeindlichkeit dem Thema nicht angemessen sind.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So weit kommt es noch! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat damit angefangen? – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Natürlich, getroffen, und dann wird gebellt. Aber es ist erlaubt, das in diesem Zusammenhang zu sagen.

(Anhaltende Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem Mitbewerber im politischen Diskurs ein hohes Maß an unseriösen Argumenten und Hintergedanken zu unterstellen, die er nicht offen zu nennen bereit sei, das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist in einem demokratischen Diskurs aus meiner Sicht nicht erlaubt; das darf ich sagen. Sie dürfen anderer Auffassung sein.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind wir!)

Lassen Sie mich meine Gedanken zu dem Thema privilegierte Partnerschaft vortragen.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie das Ihren Wahlkämpfern!)

Privilegierte Partnerschaft bedeutet aus Sicht der Landesregierung das Bemühen, die institutionelle Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei zu verbessern. Das Stichwort Assoziationsabkommen ist bereits genannt worden.

(Reinhard Kahl (SPD) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gibt es doch schon! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seit 1995!)

Privilegierte Partnerschaft bedeutet auch, dass in vielen Politikfeldern eine Reihe von Lockerungen, beispielsweise im Zusammenhang mit der Zollunion, denkbar wäre. Assoziationsabkommen bedeutet auch, dass eine Verstärkung der Zusammenarbeit in der von allen Beteiligten gewünschten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik denkbar ist. Jeder weiß, dass die NATO vorhanden ist, dass es einer prinzipiellen Neukonstruktion des Verhältnisses der Europäischen Union sowohl zur NATO als auch im Rahmen der transatlantischen Beziehungen bedarf

(Reinhard Kahl (SPD): Die Türkei ist doch Mitglieder der NATO!)

und dass in diesem Zusammenhang eine Neukonstruktion des Verhältnisses der Europäischen Union zur Türkei nicht nur denkbar, sondern wünschenswert ist.

(Beifall des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles Unfug, was Sie da reden! Alles schon da!)

Meine Damen und Herren, Beispiele zeigen, dass es gute und intensive Beziehungen zur Türkei geben kann, auch und zunächst – auf dieses „zunächst“ lege ich ausdrücklich Wert – ohne förmliche Überlegungen zur Aufnahme. Aus meiner Sicht ist es keine Frage, dass die Türkei ihren Platz in Europa haben muss. Es ist auch überhaupt keine Frage, dass die Türkei ein wichtiges Bindeglied, eine wichtige Brücke von Kontinentaleuropa zur islamischen Welt darstellt. Es ist überhaupt keine Frage – auch das ist heute Morgen von dieser Stelle aus gesagt worden –, dass durch all das, was man als Nähe zur Europäischen Union bezeichnen kann, eine Fülle von Reformen in der Türkei in Gang gesetzt worden ist. Die türkischen Regierungen haben wichtige Legislativreformen in Gang gesetzt. Die heikle Frage innerhalb der Türkei, wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, kulturelle Rechte und die zivile Kon-

trolle über das Militär geschaffen werden konnten und können, ist ausgesprochen positiv angegangen worden.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr richtig!)

Innertürkische Vorschriften zur Bekämpfung der Folter, zur Unzulässigkeit der Folter, Überlegungen zur Abschaffung der Todesstrafe sind wirksam in Gang gesetzt worden. All dies ist positiv. Das bedeutet, dass offenkundig die islamisch geprägte Kultur und Lebenswelt in der Türkei versucht, ihre Tradition in Übereinstimmung mit demokratischen Werten, den unseren vergleichbar, zu bringen.

Meine Damen und Herren, damit es bei niemandem irgendwelche Missverständnisse gibt, will ich als ersten Satz sagen, dass in dem kritischen Diskurs Islam, christliches Abendland, Judentum nicht die Spur eines Anscheins entstehen kann, dass ich mir vorstelle, dass es eine, wie auch immer geartete, hierarchische Ordnung gibt. Im Gegenteil, das ist völlig gleichrangig. Wenn es notwendig ist, sage ich den weiteren Satz, dass ich selbst, als jemand, der sich intensiv mit der Geschichte der Türkei beschäftigt hat, größten Respekt vor der staatsmännischen Leistung des osmanischen Reiches habe und auch bereit bin, darüber zu reden. Meine Damen und Herren, gleichwohl ist das sehr positive und von einer Seite dieses Hauses vehement öffentlich vorgetragene Argument, mit Beitrittsverhandlungen zu beginnen, aus meiner Sicht ein erhebliches Problem.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Es ist deswegen ein erhebliches Problem, weil derjenige, mit dem Beitrittsverhandlungen begonnen werden, sozusagen unterstellen muss, dass die Bereitschaft, ihn aufzunehmen, offenkundig ist. Sonst beginnt man nicht mit Beitrittsverhandlungen. Da gibt es nicht unerhebliche Probleme.

Aus meiner Sicht ist es ein altes Versäumnis der europäischen Staats- und Regierungschefs, dass sie es verpasst haben, der Türkei eine vernünftige Alternative zu Aufnahmeantrag und Beitritt aufzuzeigen.

Meine Damen und Herren, wir müssen in aller Ruhe und Gelassenheit darüber reden, dass es ganz unterschiedlich geprägte Strukturen und Kulturen in dem christlich geprägten Abendland und in der moslemisch geprägten Türkei gibt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit! – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das darf man nicht wegdiskutieren. Herr Kollege Al-Wazir, man muss hinzufügen: In der Türkei fehlen grundsätzliche Entwicklungen wie in Europa, beispielsweise die Renaissance, die Aufklärung und die Trennung zwischen geistlicher und politischer Autorität. Wenn hier am Pult gesagt wird, in der Türkei würde der Laizismus herrschen, dann stelle ich fest, dass Sie sich mit diesem Thema nicht beschäftigt haben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist unverschämt!)

Jeder, der genauer hinsieht, stellt fest, dass es in der Türkei nach wie vor einen Religionsminister gibt. Dieser Religionsminister ist in religiösen, kirchlichen Fragen letztentscheidend. Sie können mir glauben, ich könnte jetzt extemporierend sagen: Ein Problem der Türkei ist, dass 1923, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, der Großmufti abgeschafft worden ist. Das war die religiöse Autorität, die letztendlich in religiösen Fragen entschieden hat.

Damals hat die Türkei entschieden, dass der Großmufti durch einen Minister ersetzt wird. Niemand aus unserer abendländisch geprägten Kultur kann behaupten, dies sei ein laizistischer Staat, wenn in der Regierung ein Minister ist, der in religiösen Fragen letztendlich entscheidet.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was machen Sie mit den Balkanstaaten?)

Meine Damen und Herren, es darf auch nicht weggeredet werden, dass zwischen der Türkei und Europa ein ganz erhebliches sozioökonomisches Gefälle besteht.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich füge hinzu: Europa sollte alles tun, um innertürkische Prozesse der Aufklärung, der Renaissance und einer geistig-wissenschaftlichen Entwicklung zu begünstigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese Entwicklung muss die Türkei aber ohne Druck von außen, aus eigener Kraft, durchlaufen. Sie muss sich selbst so entwickeln, damit in 30 oder wer weiß wie vielen Jahren gesagt werden kann, dass dies ein Land ist, das die Europäische Union aufnehmen und verkraften kann.

Ein letzter Hinweis. In der Türkei sind derzeit eine außergewöhnliche demographische Stärke und eine nicht unerhebliche ökonomische Schwäche kombiniert. Das macht ebenfalls eine besondere Brisanz des Beitrittsgesuchs der Türkei aus.

Zu guter Letzt ist für mich ein Argument gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, dass durch einen Beitritt der Türkei im Ergebnis eine nachhaltige Überdehnung der räumlichen Ausdehnung der Europäischen Union stattfinden würde. Das kann auch keiner, der verständig über dieses politische Feld redet, wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Hinweis. Ich will nicht falsch verstanden werden. Aber eine Europäische Union mit den Außengrenzen zu Syrien, zum Irak und zum Iran hat für mich keine vernünftige Dimension als Europäische Union.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, ich denke, das können wir uns nicht zumuten.

Zu guter Letzt. Sie nehmen alle zur Kenntnis, was uns die Demoskopie sagt.

(Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

Ich bin auch, und zwar nachdrücklich, dafür, dem Volk aufs Maul zu schauen, aber nicht immer dann, wenn es gefällt, dem Volk nach dem Munde zu reden. 66 % der Deutschen lehnen zu dieser Stunde einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union ab.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu dieser Stunde will ihn auch keiner!)

Das sollte Ihnen zu denken geben. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sie wissen es alle.



Ich will mit einem Hinweis schließen, der sich ebenfalls mit der Geschichte beschäftigt. Ich glaube, es ist nicht ganz falsch – ich lege Wert darauf, auch dies ohne Schaum vor dem Mund zu sagen –, dass wir als Zeitzeugen in den vergangenen Jahrzehnten zur Kenntnis genommen haben, dass sich Sozialdemokraten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und insbesondere ihre führenden Köpfe bei Kernfragen europäischer und deutscher Politik sehr prinzipiell und grundsätzlich getäuscht haben. Ich will Ihnen das in aller Freundlichkeit sagen, wenn ich daran erinnere, wie Sozialdemokraten predigend durchs Land gezogen sind und die von Bahr erfundene Äquidistanz für das Allheilmittel aus damaliger politischer Sicht gehalten haben.

Heute ist aus der Rückschau zu sagen: Äquidistanz hieß und heißt auch heute noch die gleiche politische Entfernung zwischen Bonn und Moskau wie zwischen Bonn und Washington. Dass das ein prinzipiell falscher Gedanke war, ist heute offenkundig. Sie haben sich bei der grundsätzlichen Einschätzung der Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der damaligen DDR getäuscht. Was damals Oskar Lafontaine verkündet hat, war ebenso falsch, wie heute erkennbar ist, wie – als letztes Beispiel – Ihr vehementes Bekämpfen des NATO-Doppelbeschlusses, von dem jeder weiß, dass er durchgesetzt werden musste. Diese politische Entscheidung hat zu sehr positiven Folgen für die Bundesrepublik Deutschland und ganz Europa geführt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hier rufe ich Ihnen zu: Bei dem Thema EU-Beitritt und Beitrittsverhandlungen irren Sie genauso prinzipiell wie bei den drei von mir genannten Themen. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Riebel, wir haben uns vorgenommen, zumindest wir, in aller Ruhe, wie Sie gesagt haben, die Menschen mitzunehmen und Lust auf Europa zu machen. Ich kann Ihnen sagen: Sowohl der Antrag der CDU als auch Ihr Redebeitrag haben leider überhaupt keine Lust auf Europa gemacht,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

sondern Sie haben heute versucht, die Europawahlkampagne der hessischen CDU im Landtag zu eröffnen. Sie haben das mit billigen Argumenten versucht, was den angeblich bevorstehenden Beitritt der Türkei zur Europäischen Union angeht.

Erstens. Die Europäische Union ist kein christlicher Klub. Die Europäische Union ist auch nicht das Abendland, sondern die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, zu der jeder, unabhängig von seiner Religion, gehören kann, wenn er diese Werte teilt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Punkt. Herr Riebel, man sollte in der Debatte über die Frage Abendland, Morgenland, die Sie hier angefangen haben, vielleicht nicht so heroisierend mit der europäischen Geschichte umgehen. Es gab die Renaissance und die Aufklärung, es gab aber auch die Inquisition und den Holocaust. Es ist nicht lange her, dass es in vielen Ländern der Europäischen Union mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht so weit her war. Ich darf daran erinnern, dass das Wahlrecht für Frauen in Deutschland 1918 und in Frankreich 1944 eingeführt worden ist.

Es ist gesagt worden, die Türkei erfüllt die Beitrittskriterien nicht. Nein, die Türkei erfüllt die Beitrittskriterien momentan nicht. Unzweifelhaft erfüllt die Türkei momentan die Kriterien für einen Beitritt zur Europäischen Union nicht. Aber die Türkei hat in den letzten Jahren auch unzweifelhaft Fortschritte gemacht, was die Situation der Menschenrechte und z. B. die Abschaffung der Todesstrafe angeht. Ich sage Ihnen: Unserer Meinung nach reichen diese Fortschritte nicht aus. Aber wir erkennen diese Fortschritte an.

Wir wissen auch, wie diese Fortschritte zustande kommen. Diese Fortschritte wären niemals zustande gekommen, wenn nicht die Perspektive des Beitritts zur Europäischen Union am Horizont wäre. Denn deswegen strengt sich die politische Elite der Türkei an, die Beitrittskriterien zu erfüllen. Frau Zeimet-Lorz, wenn man sagen würde: „Es wird keinen Beitritt geben, wir machen mit den Gesprächen darüber Schluss“, dann würde die Türkei auf diesem Weg stoppen und zurückfallen. Das kann sich Europa aber nicht leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen deswegen auch: Malen Sie nicht den Teufel an die Wand. – Sie haben das heute sehr nett ausgedrückt. Sie haben gesagt: „die besondere demographische Stärke, verbunden mit besonderer ökonomischer Schwäche“.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ja!)

– Herr Irmer ist genau der Richtige, der da ruft. – Wenn Sie auf eine Wahlkampfveranstaltung gehen, dann wird das da so ausgedrückt: Leute, Millionen armer Türken werden uns überrollen. – Sie wissen selbst, dass das Quatsch ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist die Wahrheit!)

Denn der Beitritt steht nicht bevor. Außerdem kann es zu Entwicklungen kommen. Schauen Sie sich einmal Irland an.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist doch überhaupt nicht zu vergleichen!)

Irland war jahrhundertlang das Armenhaus Europas. Wenn es da eine Kartoffelkäferplage gab, verhungerten Millionen Menschen, weil es dort außer Kartoffeln fast nichts zu essen gab. Ich habe das jetzt einmal ganz brutal ausgedrückt. Millionen Iren sind in aller Herren Länder ausgewandert. Sie wanderten z. B. in die USA aus. Heute ist Irland ein Land mit Wachstumsraten, von denen fast alle anderen Länder der Europäischen Union träumen können.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Ist das so, weil die Iren ausgewandert sind?)

Ist das das Konzept der Bundesregierung für die Bundesrepublik Deutschland?)

Inzwischen herrscht dort ein Lebensstandard, der mit dem der Vergangenheit nicht mehr vergleichbar ist.

Ich sage Ihnen deshalb: Vor 15 Jahren konnten wir uns alle nicht vorstellen, dass mit Estland, Lettland und Litauen nicht nur drei ehemalige Staaten des Ostblocks, sondern sogar drei ehemalige Staaten der Sowjetunion zur NATO und zur Europäischen Union gehören würden. Genauso wenig können wir uns jetzt vorstellen, welche Dynamik entstehen kann, wenn man der Türkei die richtige Perspektive gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen das sehr ernst. Denn ich hoffe, dass es auch unter Ihnen noch Menschen gibt, die langfristig und jenseits der Frage denken, wie viel Prozent man am 13. Juni 2004 mit welcher Kampagne auch immer erreichen will.

Es handelt sich da um ein langfristiges Friedensprojekt. Denn die Frage: „Sind der Islam und die Demokratie vereinbar?“, ist für Europa, also den Kontinent, der zwischen der arabischen Welt und Amerika liegt, die entscheidende Frage der Zukunft. Es ist die entscheidende Frage der Zukunft, weil wir ein Interesse daran haben, dass das Modell Türkei gelingt. Dieses Modell kann am besten gelingen, wenn es eine Perspektive zum Beitritt, keine Garantie des Beitritts, aber eine Perspektive des Beitritts gibt. Das bedeutet dann aber auch: Wenn die Bedingungen, die nicht verhandelbar sind, erfüllt sind, dann muss man auch zu dem Versprechen stehen, das von Konrad Adenauer über Helmut Kohl alle deutschen Bundeskanzler gegeben haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

So sieht es aus.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss meiner Rede. – Ich wundere mich, dass die Partei Helmut Kohls, dass die Europapartei CDU solche Anträge stellt und dass von den Abgeordneten der CDU solche Reden gehalten werden. Eigentlich ist das fast schon das Ende der Europapartei CDU. Ich hoffe deshalb, dass Sie noch überlegen, ob Sie auf diesem Weg nicht umkehren wollen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Jung für die CDU-Fraktion.

**Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Von der SPD und den GRÜNEN wurde die Art und Weise beklagt, in der hier die Debatte geführt wird. Sie haben gesagt, das sei billiger Stil. Angesichts dessen, was

die SPD und die GRÜNEN hier zu dem Thema vorgetragen haben, muss ich diesen Vorwurf zurückreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich finde, wir haben mit dem ersten Absatz unseres Entschließungsantrags bewusst die historische Dimension deutlich gemacht, die sich mit dem 1. Mai 2004 in Europa aufgetan hat. Es wurde nämlich der Brückenschlag gemacht. Damit hat eine historische Vision, die Winston Churchill damals in Zürich proklamierte, ihre Erfüllung gefunden. Das ist ein historischer Beitrag. Frau Wagner, Sie haben zu Recht auf die historische Dimension hingewiesen. Bei der Frage, welche Vision es für Europa gibt, geht es auch um die Fragen des Friedens, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Da sind wir einen Schritt vorangegangen. Der Eisenerne Vorhang wurde überwunden. Es war immer auch die Politik der Bundesregierungen von Konrad Adenauer bis zu Helmut Kohl, zu verdeutlichen, dass die deutsche Einheit immer nur eine Seite der Medaille ist und dass sich die andere Seite auf die Europäische Union bezieht. Ich finde deshalb: Es ist ein Tag der Freude, dass am 1. Mai 2004 dieser Brückenschlag über den ehemaligen Eisernen Vorhang gelungen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch das gehört zur Debatte dazu: Wer hat denn damals, als es um die Freiheit und die soziale Gerechtigkeit und um die Frage der Einheit Europas ging, gehandelt? Es waren doch die Ungarn, die damals den Stacheldrahtzaun aufgeschnitten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

In Polen war es die Solidarnosc, die mit ihrer Bewegung dazu beigetragen hat. Es ist deshalb richtig und notwendig, diesen Schritt jetzt zu vollziehen.

Ich komme jetzt zum zweiten Punkt. Dieses Europa muss dann aber auch mit Inhalten gefüllt und gelebt werden. Wir weisen dabei deutlich darauf hin, dass wir die Menschen nicht überfordern dürfen. Die Menschen haben dafür nämlich ein Gefühl. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass diese neue Europäische Union mit den 25 Staaten mit Leben erfüllt wird. Wir müssen es beispielsweise endlich schaffen, dass der Entwurf des Verfassungsvertrags gemeinsam verabschiedet wird. Sie wissen, dass wir es gern hätten, dass es in diesem Verfassungsvertrag einen Gottesbezug gibt. Herr Al-Wazir, das, was Sie vorgetragen haben, war falsch. Denn auch schon jetzt sieht der Entwurf vor, dass es einen Bezug auf die religiösen, die humanistischen und die historischen Entwicklungen Europas gibt und dass das seine Geltung hat. Ich finde, die Europäische Union ist keine Gesellschaft ohne Werte. Vielmehr handelt es sich um eine Wertegemeinschaft, die sich auf der Grundlage der christlichen und humanistischen Werte fortentwickeln muss.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Jörg-Uwe Hahn und Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Die Wahrheit ist doch, dass Sorgen bestehen.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben nicht zugehört!)

Ich finde, wir als Politiker müssen, wenn wir mit den Menschen sprechen, gegenüber diesen selbstverständlich verdeutlichen, welche Chancen und Perspektiven für unser Land in einem solchen Prozess stecken. Wir haben halt in der Europäischen Union keine Randlage mehr. Deutschland liegt nicht mehr an der Zonengrenze, am Eisernen Vorhang. Jahrzehntlang hat das Land so gelebt. Viele von



uns haben die gesamte Entwicklung unmittelbar miterlebt und mit erlitten. Wir befinden uns jetzt aber in der Mitte Europas. Damit hat das Land Hessen zusätzliche Perspektiven. Frau Wagner, Sie haben zu Recht auf die Entwicklung der Exporte hingewiesen. Auch dort gibt es Chancen, die wir nutzen müssen. Wir müssen die Menschen in einen positiven Prozess für eine Europäische Union der 25 Staaten mitnehmen.

Lassen Sie mich Folgendes als Drittes sagen. Ich glaube, dass wir jetzt allerdings auch dafür sorgen müssen, dass deutlich wird, welche Verantwortung auf den verschiedenen Ebenen besteht und dass das nicht verwischt wird. Auch das gehört zu dem Thema und zu der Debatte, die es im Zusammenhang mit dem Verfassungsvertrag gegeben hat. Die Kompetenzen müssen klar sein. Es muss klar werden, welche Kompetenzen es auf der kommunalen Ebene, der regionalen, der nationalen und der europäischen Ebene gibt. Ich habe immer gesagt: Nicht jede Aufgabe in Europa ist eine Aufgabe für Europa. Aber die Europäische Union muss endlich in die Lage versetzt werden, die Aufgaben, die sie wahrnehmen muss, wahrzunehmen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an außenpolitische Fragestellungen, bei denen ein gemeinsames Handeln notwendig wäre. Auch in Zukunft muss es da ein gemeinsames Auftreten geben. Damit würde ein Beitrag zur Entwicklung des Friedens und zur Entwicklung der Freiheit in der Welt geleistet. Dabei handelt es sich meines Erachtens um eine wichtige Aufgabe, bei der es noch ein Stück weit zu einer Verbesserung kommen muss, damit die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, die jetzt 25 Staaten umfasst, auch in Zukunft gewährleistet ist.

Wenn ich dann aber sage: „Wir dürfen aber nicht in einen Prozess kommen, der die Menschen der Europäischen Union im Grunde genommen überfordert“, dann stellt sich doch zu Recht eine Frage. Im Dezember sollen mit der Türkei Verhandlungen mit der Perspektive des Beitritts aufgenommen werden. Ich finde, der eine oder andere hat zu Recht darauf hingewiesen, dass damit die Europäische Union überfordert wird. François Mitterrand war es, der einmal gesagt hat: Wir dürfen nicht zu einer Europäischen Union kommen, bei der die Letzten, die dazu kommen, sozusagen feststellen, dass diese Europäische Union im Innern schon völlig ausgeblutet ist. – Damit hat er Recht. Wir müssen die Europäische Union in dieser Dimension fortentwickeln

(Beifall des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

und dürfen die Menschen nicht so überfordern, dass es dann am Schluss mit einer Freihandelszone endet. Das ist nicht der Weg, den wir für Europa vorsehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nur wenige Sätze zum Thema Beitritt der Türkei sagen. Es ist unbestritten – es hat auch keiner etwas anderes gesagt –, dass sich die Türkei derzeit nicht in einem Zustand befindet, der sie in die Lage versetzen würde, den Beitritt zur Europäischen Union zu vollziehen. Das ist die Wahrheit. Wir reden hier über Menschenrechte usw., und dann nehmen wir hier Leute aus Asylgründen auf. Das passt doch nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommt der zweite Punkt. Wenn Sie die Leute fragen, ob sie der Meinung sind, dass jetzt ein Beitritt erfolgen sollte, dann sagt die überwiegende Mehrheit Nein.

Wenn Sie die Leute fragen, ob sie der Meinung sind, dass die Türkei völlig ausgeschlossen sein sollte, sagt ebenfalls die überwiegende Mehrheit Nein. Das will zu Recht auch niemand, weil wir der Türkei nicht die Perspektive für Europa in einem positiven Prozess verbauen dürfen.

(Zurufe der Abg. Christel Hoffmann und Norbert Schmitt (SPD))

Die überwiegende Mehrheit von 70 % sagt dann: Eine privilegierte Partnerschaft ist genau der richtige Weg,

(Christel Hoffmann (SPD): Jetzt kneift er!)

weil die Vollmitgliedschaft mit der Identität Europas nicht übereinstimmt, aber die privilegierte Partnerschaft der Türkei einen Weg eröffnet, der eine positive Zusammenarbeit gewährleistet, ohne die Vollmitgliedschaft letztlich zu ermöglichen, die Europa in seinen Dimensionen sprengt.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie sieht die denn aus?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb ist das aus meiner Sicht genau die richtige Perspektive, um den Schritt Europas vom 1. Mai auch in Zukunft positiv zu vollziehen, die Identität Europas zu bewahren, Europa positiv nach vorne zu entwickeln, aber auch Partnerschaften in der Region einzugehen. Ich denke, deshalb ist unser Antrag in allen Punkten der richtige Weg, um ein Europa zu bauen, das die Grundprinzipien von Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit auch in Zukunft umsetzen kann und einen positiven Weg für die Menschen in Deutschland und die Menschen in Europa entwickelt. – Besten Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Bökel für die SPD-Fraktion.

#### **Gerhard Bökel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich beginnt jetzt erst so richtig die Arbeit nach den Feierlichkeiten des 1. Mai. Wir sind uns alle sehr wohl bewusst, dass der Reformdruck, der auf den neuen Staaten der Europäischen Union gelastet hat, fortgesetzt werden muss. Aber es wird auch große Anforderungen an uns geben, z. B. in der Wissenschaft, der Forschung, der wirtschaftlichen Entwicklung mitzuhalten, weil wir jetzt schon eine unglaubliche Dynamik in den neuen Staaten feststellen können.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Zweite Bemerkung. Herr Minister Riebel, Sie haben uns zum Abschluss mit Ihrer üblichen Intellektualität sehr flexibel darauf hingewiesen, welche historischen Fehler die Sozialdemokraten gemacht hätten. Ich kann Ihnen nur sagen, ich weiß sehr wohl, was Staatsmänner wie de Gasperi, Schuman und Adenauer getan haben, um die Westintegration, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die EU aufzubauen. Ich sage Ihnen aber genauso: Ohne sozialdemokratische Bundeskanzler, ohne einen Willy Brandt wäre es nicht so weit gekommen, dass wir jetzt selbstverständlich über dieses neue Europa reden können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) – Günter Rudolph (SPD), zu Abg.

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) gewandt: Herr Genscher hat er vergessen!

Sie haben Ausführungen zum Islam gemacht. Meine Damen und Herren, wir hatten die Diskussion schon im Europaausschuss. Sie greifen etwas kurz. Es war der Kollege von Hunnius, der Sie, Herr Minister, in beeindruckender Weise mit sehr dezenten Worten darauf hingewiesen hat, dass Sie bitte darüber nachdenken sollten, welche Rolle der Islam in vergangenen Jahrhunderten in Europa, von Spanien bis Bulgarien, gespielt hat. Also tun wir nicht so, als spiele der Islam erst jetzt eine Rolle, wenn es um die Türkei geht. Ganz konkret ist es jetzt schon der Fall.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Erlauben Sie Zwischenfragen, Herr Bökel? – Frau Kollegin Wagner.

**Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Lieber Herr Bökel, wären Sie bereit, mit uns gemeinsam zu sagen, dass es auch der Architekten der neuen Ostpolitik und der deutschen Einheit, von Walter Scheel über Genscher und Kinkel, gebraucht hat?

**Gerhard Bökel (SPD):**

Ich sage ganz ausdrücklich Ja.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Aber sage noch dazu, was die drei zu Westerwelle sagen!)

– Meine Damen und Herren, jetzt lassen wir es. Wir wollen nicht noch weitere Namen aufzählen, aber wir sind uns in diesem Punkt einig.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass der jetzige Verhandlungsstand mit der Türkei nichts Neues ist. Es ist nicht nur Walter Hallstein gewesen, es war nicht nur Konrad Adenauer, der sehr konkret gesagt hat, wir müssen die Türkei an die Europäische Gemeinschaft heranzuführen. Es ging bis in die Regierungszeit von Helmut Kohl. Herr Klein, wie Sie jetzt mit Ihren Altvorderen umgehen, kann ich gar nicht verstehen. Da muss noch etwas anderes eine Rolle spielen.

Wenn ich mir anschau, was beispielsweise im Lahn-Dill-Kreis auch in der CDU publiziert wird, dann sehe ich: Es geht Ihnen gar nicht um den Beitritt der Türkei. Es geht Ihnen um die Türken, die hier sind. Sie wollen Vorbehalte und Ängste schüren, aber das können wir nicht mitmachen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wenn jetzt wieder gesagt worden ist, wie viele Millionen Türken nach Deutschland kämen, dann müssen wir völlig klar sagen, dass es eine Unverschämtheit ist, solche Ängste zu schüren.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Herr Irmer, das ist genau das, was Sie falsch in die Welt setzen. Das ist genau der Unfug, den Sie in die Welt setzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, alle seriösen Untersuchungen zeigen – wir hatten eine ähnliche Diskussion, als es um Portugal oder Griechenland ging und Ängste geschürt wurden, dass nun alle Arbeitnehmer hereinkommen –, dass der Zuwanderungsdruck abnehmen wird, je mehr der Wohlstand in den Ländern steigt, die jetzt Mitglieder der Europäischen Union werden oder künftig die Chance haben, bei uns mitzuwirken.

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Der Zuwanderungsdruck wird abnehmen, und außerdem würde mit einer Türkei genau das Gleiche verabredet wie mit den anderen Aufnahmestaaten, dass man nämlich genau festlegt, in welchem Zeitraum überhaupt Arbeitnehmer hierher kommen.

Meine Damen und Herren, so weit sind wir aber noch gar nicht. Wir sind in der Situation, dass die Staatschefs, linke wie rechte, entschieden haben, dass sie sich jetzt zusammensetzen, um zu überlegen, ob mit der Türkei offiziell Verhandlungen mit dem Ziel einer Aufnahme begonnen werden. Das ist ein Zeitfenster von zehn, zwölf, fünfzehn Jahren. Ich sage in aller Ruhe, weil Herr Riebel gesagt hat, wo Sozialdemokraten gestanden haben, und mit Blick darauf, wie insbesondere die CDU und der Kollege Dr. Jung hier argumentiert haben: Ende des Jahres werden die europäischen Staatschefs von Chirac bis Schröder

(Aloys Lenz (CDU): Den gibt es dann nicht mehr!)

der Türkei eine sehr konkrete Möglichkeit geben, mit Verhandlungen zu beginnen. Ich sage Ihnen: Nicht wir werden im Abseits stehen, sondern die Hessische Landesregierung und diese CDU.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU):  
Ende des Jahres ist Schröder nicht mehr Bundeskanzler!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen. – Herr Kollege Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, unabhängig von den Änderungsanträgen bitten wir, den Ursprungsantrag in den Abschnitten I und II getrennt abzustimmen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jawohl, das machen wir.

Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 16/2259 zu Drucks. 16/2219. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer lehnt diesen Antrag ab? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ablehnung der Fraktionen der CDU und der FDP abgelehnt worden.

Änderungsantrag der FDP, Drucks. 16/2260 zu Drucks. 16/2219. Wer wünscht diesem Antrag zuzustimmen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dieser Antrag bei Zustimmung der FDP und Ablehnung durch alle anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen zum Ursprungsantrag, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucks. 16/2219.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Nicola Beer (FDP): Abschnitweise, bitte!)

Wer wünscht Abschnitt I zuzustimmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltung? – Damit ist Abschnitt I einstimmig zugestimmt worden.

Wer wünscht Abschnitt II zuzustimmen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist Abschnitt II mit den Stimmen der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen angenommen worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, bevor ich Tagesordnungspunkt 34 aufrufe, möchte ich Ihnen mitteilen, dass noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist: der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Personalvermittlungsstelle, Drucks. 16/2270. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 80 und wird zusammen mit den Tagesordnungspunkten 10 und 53 aufgerufen.

(Zuruf von der CDU: Sonntagnachmittag!)

– Wenn du so lange hier bleiben willst, ich bin da.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 34:**

**Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend „Entbürokratisierung“ – Drucks. 16/2206 –**

gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 73:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Masterplan Bürokratieabbau des Bundes als Vorbild für die Landespolitik – Drucks. 16/2261 –**

und **Tagesordnungspunkt 77:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend erfolgreicher Bürokratieabbau in Hessen – Drucks. 16/2265 –**

auf. Wir haben 15 Minuten Redezeit vereinbart. – Herr Posch, es ist Ihr Setzantrag, Sie haben das Wort.

**Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die allgemeine Unruhe im Saal lässt den Eindruck aufkommen,

**Präsident Norbert Kartmann:**

Darf ich bitten, Platz zu nehmen oder hinauszugehen?

**Dieter Posch (FDP):**

als hätte dieses Thema nichts mit dem vorherigen Tagesordnungspunkt zu tun. Ich will das ausdrücklich verneinen. Das Thema Abbau von Bürokratie in Deutschland hat etwas mit der Osterweiterung der Europäischen

Union zu tun. Herr Kollege Bökel hat eben zu Recht darauf hingewiesen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland nach der Erweiterung der Europäischen Union im Wettbewerb mit den Beitrittsländern befindet. Sie haben völlig Recht; aber wir werden diesen Wettbewerb in der Europäischen Union nur dann bestehen, wenn wir in der Frage des Bürokratieabbaus in Deutschland etwas bewerkstelligen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Wettbewerbsfähigkeit in unserem Lande ist dadurch beeinträchtigt, dass wir heute in unserem Lande Bürokratiekosten haben, die die Investitionsbereitschaft reduzieren. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir in der gegenwärtigen politischen und wirtschaftspolitischen Diskussion und Entwicklung benötigen.

Eine Vielzahl staatlicher Hilfen für deutsche Unternehmen, Subventionen und Förderprogramme, wäre entbehrlich, wenn die Bürokratiekosten in diesem Land zu Gründung niedriger wären. Jeder Euro niedrigere Genehmigungsgebühren, jedes schnellere Verfahren von Unternehmen oder zum Bau von Infrastruktur würden Spielraum für Investitionen und damit für den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze schaffen.

Wir haben es in Deutschland mit einer Entwicklung zu tun, dass die Gesetzgeber auf allen Ebenen geglaubt haben, alles und jedes regeln zu müssen. Die Gesetzgeber in Deutschland haben sich von der Überzeugung leiten lassen, Einzelfallgerechtigkeit in die Gesetze bringen zu müssen. Je mehr Einzelfallgerechtigkeit wir im Gesetz schaffen wollen, umso mehr Ungerechtigkeit haben wir am Schluss.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die gute Absicht des Gesetzgebers, vieles im Detail zu regeln, bewirkt in Wahrheit das Gegenteil, weil damit die ökonomische Entwicklung dieses Landes schwer geschädigt wird. Bei der Frage des Bürokratieabbaus handelt es sich nicht um eine Frage des Verwaltungsabbaus, nicht um ein Tätigkeitsgebiet für Gesetzestechniker und Verwaltungsreformer, sondern es ist ein wirtschaftspolitisches Thema par excellence.

Das hat mittlerweile auch der Bundeswirtschaftsminister erkannt und deswegen erneut Vorschläge zum Bürokratieabbau vorgelegt. Der Bundeswirtschaftsminister kann einem Leid tun, denn die Kosten, die er über einen Bürokratieabbau einsparen würde, werden durch ein solch unsinniges Gesetzesvorhaben wie die Ausbildungsabgabe gerade einmal wieder kassiert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden es an anderer Stelle in diesen Tagen noch zu diskutieren haben und haben uns auch in den letzten Plenarsitzungen mit dem Thema Ausbildungsplatzabgabe befasst. Diese Ausbildungsplatzabgabe verursacht einen Verwaltungsaufwand von 70 Millionen € und benötigt eine zusätzliche Behörde mit 500 Mitarbeitern. Das ist exakt das Gegenteil von dem, was wir eigentlich wollen, nämlich kein Bürokratieabbau.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wie sieht die Situation in Hessen aus? – In der Legislaturperiode von 1999 bis 2003 haben wir 40 % der Verwal-



tungsvorschriften und 15 % der Rechtsverordnungen, insgesamt 3.500 Regelungen in Form von Verwaltungsvorschriften aufgehoben. Wir haben das Landesplanungsrecht entrümpelt, und wir haben die Hessische Bauverordnung geändert, sodass genehmigungsfreies Bauen erlaubt wird. Weiterhin haben wir die Gesetze befristet. Dies hat die CDU-Fraktion zu einem zusätzlichen Antrag veranlasst, den wir ohne weiteres mittragen können, denn es ist das Ergebnis der Arbeit, die wir in den letzten vier Jahren gemeinsam erbracht haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das ist eine eindrucksvolle Bilanz, ich füge aber hinzu: All das, was wir auf Landesebene tun, reicht nicht aus. Insgesamt ist das, was auf Bundesebene und Landesebene zu tun ist, bei Weitem noch nicht ausreichend. Die Länder haben nur einen eingeschränkten Spielraum, selbstständig Bürokratiekosten zu reduzieren, weil die Grundlagen vieler Vorschriften nicht in den Landesgesetzen, sondern in den Bundesgesetzen sind. Ich nenne nur ein paar Beispiele aus dem Katalog von Herrn Clement: Beseitigung von Drittwidersprüchen im Baurecht, eine Zweistufigkeit anstelle einer Dreistufigkeit bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen, die Umnutzung landwirtschaftlich genutzter Flächen im Außenbereich. All das sind Dinge, bei denen der eigentliche Regelungsbedarf nicht auf Landesebene sondern auf Bundesebene ist. Aus diesem Grund kann ich die Landesregierung nur auffordern, die Vorschläge im Bundesrat zu unterstützen, damit wir dann die gesetzliche Grundlage haben, die Folgebeschlüsse auf Landesebene umzusetzen.

Wie sieht die Situation eines mittelständischen Unternehmers aus? – Ich lasse noch einmal Revue passieren, was Ihnen wahrscheinlich auch häufig widerfährt: Wenn heute ein Sohn eines Unternehmers zum Bürgermeister kommt und sagt, er wolle das Unternehmen seines Vaters übernehmen und eine neue Maschinenhalle bauen, dann sagt der Bürgermeister, das sei wunderbar, man werde eine Baugenehmigung erteilen, und dann sei alles in Ordnung. Beim nächsten Gespräch sagt der Bürgermeister, er habe sich vertan, es gehe nicht mit einer Baugenehmigung, es müsse ein Bebauungsplan aufgestellt und der Flächennutzungsplan geändert werden. Bei der nächsten Besprechung sagt er dann, es sei gar nicht so einfach, dafür müsse der Regionalplan geändert werden, und zu dem Regionalplan müsse ein Abweichungsverfahren kommen. Ob man das hinbekomme, wisse man gar nicht so genau. Notfalls müsse die Regionalversammlung angewiesen werden, dieses Abweichungsverfahren durchzukriegen.

(Zurufe der Abg. Michael Boddenberg (CDU) und Marco Pighetti (SPD))

Meine Damen und Herren, Sie wissen das, ich könnte das jetzt bis zum Ende durchdeklinieren. Aber dass der Unternehmer sagt, er überlege sich, ob er die Maschinenhalle noch baue, ist doch wohl nachvollziehbar.

(Beifall bei der FDP)

Hinzu kommt, dass am 20. Juni – wir sollten uns damit aktuell befassen – eine Regelung in Kraft treten wird, wonach auch bei den Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen die so genannte Plan-UVP durchzuführen ist. Ergo sagt der Bürgermeister, er werde seine Stadtverordneten bitten, den Aufstellungsbeschluss noch vor dem 20.06.2004 zu fassen, damit er dies nicht tun müsse.

Dies ist ein Beispiel, wie ein Unternehmer heute behandelt wird, welches bürokratische Gestrüpp er durchkämpfen muss, wenn er so etwas machen will.

Meine Damen und Herren, die Weltbank hat eine Analyse vorgelegt, in der sie 130 Staaten daraufhin untersucht hat, wo das bürokratische Dickicht am dichtesten ist. Dabei hat sich herausgestellt, die bürokratischen Hindernisse, die bei einer Unternehmensgründung zu überwinden sind und die staatlichen Eingriffe in den Arbeitsmarkt sind die entscheidenden Kriterien. Ich will das jetzt nicht im Einzelnen durchgehen. Es steht allerdings fest, dass sich die Bundesrepublik Deutschland sowohl bei der Unternehmensgründung als auch beim Arbeitsmarkt immer auf den hintersten Rängen befindet. Bei der Regulierung des Arbeitsmarkts liegen gerade noch Spanien, Portugal und Griechenland hinter uns.

Wir befinden uns in allen diesen Bereichen im letzten Drittel, und das kann nicht angehen. Wenn man in Dänemark mit der höchsten Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt die schnellste Möglichkeit hat, ein Unternehmen zu gründen, dann will doch wohl niemand hier in diesem Lande behaupten, dass dort unsoziale Verhältnisse bestehen. Man hat dort die Situation erkannt und war bereit, etwas zu verändern.

(Beifall bei der FDP)

Wir diskutieren im Moment die Einhaltung der 3-%-Defizitgrenze durch die Staaten der Europäischen Union. Ich bin sicher, auch dafür gilt das, was ich eben zur Osterweiterung der Europäischen Union gesagt habe. Wenn der Arbeitsmarkt in diesem Land flexibler wäre, hätten wir kein Problem, einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. Dann könnten letztendlich auch Probleme wie die Einhaltung der 3-%-Defizitgrenze bewältigt werden.

Erlauben Sie mir, auf zwei weitere Fragen einzugehen, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Der Bundeswirtschaftsminister hat sie angesprochen. Zunächst einmal geht es um die Verdingungsordnung. Wir sind auf dem besten Wege, im Vergaberecht einen bürokratischen Dschungel entstehen zu lassen, der dem ursprünglichen Gedanken, einen europaweiten Wettbewerb zuzulassen, entgegenwirkt. Es macht keinen Sinn, dass wir bei der Vergabe nach VOB eine Grenze von 6 Millionen € haben. Ein mittelständisches Unternehmen, das wegen eines solchen Investitionsvolumens nach Luxemburg laufen muss, um sich dort die Antragsformulare abzuholen und sie anschließend auszufüllen, wird sich an einer derartigen Ausschreibung nicht beteiligen, und das zu Recht. Aber das schadet der wirtschaftlichen Entwicklung.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen möchte ich die Landesregierung auffordern, in dieser Frage aktiv zu werden. Ich weiß, dass im Bundestag über dieses Thema diskutiert wird. Ich sehe überhaupt keinen Grund dafür, eine solche Grenze beizubehalten. Nach Ansicht der FDP wäre es durchaus vertretbar, diese Grenze auf einen Betrag von 25 Millionen € anzuheben. Das würde bedeuten, dass regionale Unternehmen eine wesentlich größere Chance hätten, auf dem hessischen Markt aktiv zu werden und Bauinvestitionen zu tätigen. Wir müssen davon abgehen, bei einem Auftrag, dessen Volumen knapp über dieser Schwelle liegt, ein europaweites Vergabeverfahren durchzuführen. Das ist schlicht und ergreifend nicht mehr vertretbar.

Lassen Sie mich deswegen einen zweiten Punkt ansprechen, den wir hier in einem anderen Zusammenhang immer wieder diskutiert haben. Es geht um die Genehmigungsverfahren. Die FDP-Fraktion hat in einer der letzten Plenarsitzungen einen Antrag eingebracht, den wir in dem zuständigen Ausschuss behandeln. Darin geht es um das Verhältnis der Planfeststellungsverfahren zu den Raumordnungsverfahren: Wo können wir darauf verzichten?

(Jürgen Walter (SPD): Sie schaffen doch lauter neue Gremien! Das haben wir gestern gehört! Das finden Sie gut! Ist das Entbürokratisierung? – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war doch nur ein Scherz!)

– Mit Verlaub, Sie haben nicht zugehört. Wir diskutieren das Thema im Ausschuss, und der Ausschuss ist kein zusätzliches Gremium.

Ich habe über das größte Projekt, das wir im Rahmen der hessischen Landespolitik zu realisieren haben, noch einmal nachgedacht. Es handelt sich um den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Wir als Politiker – als Gesetzgeber – nehmen es fast klaglos hin, dass es eine unglaubliche Zahl von Möglichkeiten gibt, ein solches Verfahren zu torpedieren. Ich bin einmal durchgegangen, wie viele Möglichkeiten es bei einem solch großen Projekt gibt, den Rechtsweg zu beschreiten. Dabei bin ich auf zwölf Möglichkeiten gekommen.

Das fängt mit der Klagemöglichkeit an, wenn es darum geht, Betretungsrechte auszusprechen. Weiter geht es mit den unterschiedlichen Verfahren hinsichtlich der luftverkehrsrechtlichen Genehmigungen, der Betriebsgenehmigungen und der Planfeststellung. Hinzu kommt, dass wir die europarechtlichen Regelungen immer mehr als ein Instrument begreifen müssen, das in nationale Verwaltungsstreitverfahren Eingang findet. Jede Rechtsstreitigkeit kann, wenn man sich auf europarechtliche Regelungen beruft, dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt werden.

Klagen wegen der Betretungsrechte, Klagen gegen den Bestand, Klagen gegen Lärmkontingente, Klagen gegen den Landesentwicklungsplan – all das halten wir nicht für vertretbar. Wir sind der Auffassung, dass wir, wenn das Land Hessen wettbewerbsfähig bleiben will, weiter gehende Reformen in Angriff nehmen müssen, die beispielsweise darin bestehen, solche Verfahren zusammenzuführen.

Deswegen will ich einem Eindruck gleich widersprechen. Es geht nicht darum, die Belange der Menschen nicht mehr ausreichend zu berücksichtigen. Ich kann sowohl die Belange der Menschen als auch die des Umwelt- und des Naturschutzes in gleicher Weise berücksichtigen. Aber man braucht nicht eine solche Vielschichtigkeit der Verfahren zu haben; denn diese Vielschichtigkeit der Verfahren – mit ihren jeweiligen Rechtsmöglichkeiten – führt dazu, dass wir nicht mehr in der Lage sind, große Infrastrukturvorhaben zu realisieren.

(Beifall bei der FDP)

Das ist der Grund, warum wir die Initiative des Bundeswirtschaftsministers zum Anlass genommen haben, hier noch einmal darüber zu diskutieren. Der Bundeswirtschaftsminister hat neuralgische Punkte angesprochen. Er hat beispielsweise das Aufbrechen des Schornsteinfegermonopols erwähnt.

Ich sage sehr selbstkritisch: Wir haben vielleicht häufig nur bestimmte politische Bereiche gesehen, in denen wir

einen Entbürokratisierungsbedarf haben. Natürlich sind auch Politikfelder, in denen es noch Monopole gibt, in die Diskussion einzubeziehen. Diese Monopole sollten aufgebrochen werden, um einer Vielzahl von Wettbewerbern die Chance zu geben, in diesen Bereichen tätig zu werden.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Abg. Posch, Ihre Redezeit ist fast abgelaufen.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Wenn sie nur fast abgelaufen ist, nutze ich den Rest noch.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Ich wollte Sie nur warnen. Jetzt ist sie abgelaufen.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Frau Präsidentin, ich bin nicht am Ende; das bin ich nie. – Ich appelliere an den Hessischen Landtag, die Entbürokratisierung nicht nur als ein Thema der Verwaltungsjuristen zu begreifen, sondern sie auch unter ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten. Sie ist dazu geeignet, den wirtschaftlichen Aufschwung in unserem Land sicherzustellen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Herr Kollege Posch. – Jetzt ist Herr Frankenberger für die SPD-Fraktion an der Reihe. Sie haben das Wort.

#### **Uwe Frankenberger (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Posch, im Befund sind wir uns sicherlich weitgehend einig. Alle reden davon, dass sie weniger Bürokratie wollen. Viele reden ständig darüber, dass sie weniger Bürokratie wollen. Sehr viele reden nur darüber, tun aber nichts.

Da sich Ihr Antrag zunächst einmal mit der Initiative des Bundeswirtschaftsministers Clement befasst, will ich Ihnen von dieser Stelle aus sagen: Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung in Berlin will weniger Bürokratie, und sie schafft das auch. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben Recht: Das ist in der Tat kein reines Verwaltungsthema, sondern es geht um die ökonomische Zukunft unseres Landes.

Der vorliegende Antrag der FDP, in dem vordergründig der Bundeswirtschaftsminister gelobt wird – worüber wir uns freuen –,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Alle von euch, oder freut sich nur ein Teil?)

macht aber auch deutlich, dass die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag ihre Position offenbar noch nicht richtig gefunden hat. Eine wirklich knallharte Oppositionspolitik möchte die FDP in Hessen nicht betreiben. Auf der ande-



ren Seite möchte sich die Hessische Landesregierung beim Regieren nicht mehr von der FDP hineinreden lassen. Da stellt sich die Frage, wie man unter diesen Bedingungen noch richtig wahrgenommen werden soll.

Gut, dass es Berlin gibt. Dass das Lob, das die FDP dem Bundeswirtschaftsminister gezollt hat, hoch zu bewerten ist, erkennt man, wenn man sich gleichzeitig die Äußerungen des FDP-Fraktionsvorsitzenden Hahn in Richtung Berliner FDP-Führung vor Augen hält. Er hat am 08.05.2004 in der „Fuldaer Zeitung“ in Richtung Wolfgang Gerhardt und Guido Westerwelle gesagt:

Es gilt, endlich Konsequenzen aus dem matten Erscheinungsbild der Liberalen auf Bundesebene zu ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Ob das die Hilfestellung ist, die die Liberalen in Berlin von der hessischen FDP erwartet haben, wage ich zu bezweifeln. Das kann ich nicht richtig nachvollziehen.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Hahn greift auch nur die FDP auf Bundesebene an, habe ich gelesen!)

Herr Kollege Posch, als ich Ihre Worte gehört habe – Sie haben sehr viel von Bürokratieabbau geredet –, habe ich mich an die gestrige Debatte erinnert. Ich halte es sozusagen für einen Widerspruch in sich, dass Sie sich in der Diskussion um das Ballungsraumgesetz, das durch die Einrichtung von Zwangszweckverbänden nachweisbar zu mehr Bürokratie führt – der Kollege Hahn hat das hier sehr vehement verteidigt –, als die Partei zu profilieren versuchen, die die Bürokratie abbauen will. Nein, meine Damen und Herren, das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns über die lobenden Worte über Bundeswirtschaftsminister Clement. Sie zeigen damit, dass Sie der jetzigen Bundesregierung in Berlin wesentlich mehr zutrauen als Ihrem ehemaligen Koalitionspartner in Wiesbaden, mit dem zusammen Sie immerhin 16 Jahre lang in Berlin und Bonn regiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Daher lässt sich die Verantwortung der FDP nicht leugnen. Zusammen mit der CDU tragen Sie die Verantwortung dafür, dass dieses Land nach 16 Jahren Regierung unter Helmut Kohl an dem in dieser Zeit entstandenen Reformstau fast erstickt wäre.

(Beifall bei der SPD – Heinrich Heidel (FDP): Die Zeit tut euch immer noch weh!)

Die FDP ist damit ein leuchtendes Beispiel für alle diejenigen, die ich zu Beginn erwähnt habe: von Bürokratieabbau reden, aber in der Verantwortung stehend genau das Entgegengesetzte tun.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man 16 Jahre lang versäumt hat, die Dinge zu tun, die man hätte tun müssen, dann sind die Maßnahmen, die man jetzt treffen muss, um vieles schmerzhafter, als wenn man früher gehandelt hätte. Oft sind diejenigen, die vorher durch Ignoranz, Wegschauen und Opportunismus für die entstandenen Probleme verantwortlich sind, anschließend die lautesten Kritiker und meinen, dass die notwendigen Reformen viel zu langsam vorangehen. Nein, meine Damen und Herren von der FDP, das kann ich Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen. Die SPD lässt sich angesichts

Ihrer Verantwortung dafür, dass Deutschland nach 16 Jahren schwarz-gelber Regierung droht den Anschluss an die Weltspitze zu verlieren – die Zahlen sind nicht erst seit 1998, sondern schon seit 1993 schlecht –, von Ihnen keine Ratschläge bezüglich des Tempos bei der Durchführung von Reformen und der Entbürokratisierung erteilen.

(Beifall bei der SPD)

In Wirklichkeit geht es Ihnen eigentlich nur um pauschale und plumpe Diffamierungen der Politik der Bundesregierung. Da machen wir selbstverständlich nicht mit.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Gern nehmen wir von der SPD-Fraktion Ihren Antrag zum Anlass, um klarzustellen: Bei der Initiative der Bundesregierung zum Bürokratieabbau handelt es sich nicht um einen „Versuch“ der Deregulierung und Entbürokratisierung, wie Sie es nennen, auch nicht um einen neuen Vorstoß, sondern um eine Aktion, die seit einiger Zeit läuft, die bereits Erfolge gezeigt hat und weiter betrieben wird. Die Bundesregierung hat Prioritäten definiert, Fristen zur Umsetzung genannt und einen Fahrplan vorgelegt. Dass ein Prozess der Entbürokratisierung nicht von heute auf morgen abgeschlossen ist, liegt in der Natur der Sache. Bürokratieabbau wird von der Bundesregierung zu Recht als eine Dauer- und als Querschnittsaufgabe für alle Ressorts begriffen.

Die Initiative Bürokratieabbau startete mit Kabinettsbeschluss vom 26. Februar 2003. Neben bestimmten Eckpunkten wurde auch ein 13 Punkte umfassendes Sofortprogramm beschlossen, das z. B. die Reform der Handwerksordnung umfasst. In dem Zusammenhang: Die Debatte über die Handwerksordnung ist ein weiteres leuchtendes Beispiel dafür, dass Sie zwar von Bürokratieabbau reden, dass es aber, wenn es konkret wird, mit den Forderungen von CDU und FDP nach weniger Bürokratie und mehr Reformen nicht sehr weit her ist. Immer dann, wenn es ernst wird, ist die vermeintlich eigene Klientel wichtiger, als es die notwendigen Reformen sind.

(Zurufe von der CDU)

Auch die Modernisierung des Lohnsteuerverfahrens, die Reduzierung der Belastungen der Wirtschaft und andere Einzelmaßnahmen des Projekts werden zu spürbaren Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger führen.

Am 9. Juli 2003 hat das Kabinett das Gesamtkonzept der Initiative Bürokratieabbau und weitere Projekte beschlossen. Mit diesem Gesamtvorhaben haben die Bundesministerien ein gemeinsames Thema angepackt, das an Komplexität kaum zu überbieten ist. Diese Herkulesaufgabe wird als Gemeinschaftsaufgabe ressortübergreifend bearbeitet. Das ist übrigens der elementare Unterschied zu Hessen: Von der Hessischen Landesregierung ist ein derart umfassendes Konzept, mit dem ein so heißes Eisen angepackt wird, überhaupt nicht zu erwarten. Dem stehen die allseits bekannten Ressortegoismen entgegen – und der Hessische Ministerpräsident.

Die Bundesregierung hat es geschafft, innerhalb dieser Initiative verschiedene Politikfelder zu verknüpfen und ein echtes Gesamtkonzept zu schaffen, von dem einzelne Projekte bereits umgesetzt sind. Das ist eine nicht hoch genug einzuschätzende Leistung. Dass ein so komplexes Vorhaben auch Reibungspunkte mit sich bringt, ist nur natürlich. Bei der Initiative Bürokratieabbau handelt es sich um eine konzertierte, abgestimmte Aktion und nicht um einen unstrukturierten Projektaktionismus, wie ihn die Hessische Landesregierung betreibt.

(Beifall bei der SPD)

Auf Bundesebene ist Bürokratieabbau als Daueraufgabe verankert. Meine Damen und Herren von der FDP, insofern tragen Sie die berühmten Eulen nach Athen, wenn Sie im dritten Absatz Ihres Entschließungsantrags „weitere Vereinfachungen und Streichungen“ von der Bundesregierung fordern.

Die Initiative Bürokratieabbau ist unter Beteiligung der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften und der kommunalen Spitzenverbände entstanden. Bundeswirtschaftsminister Clement hat diese zentralen Institutionen im Dezember 2002 aufgefordert, konkrete Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Hemmnisse zu benennen und gleichzeitig Vorschläge zu ihrer Umsetzung zu machen. Hier wurde nicht obrigkeitstaatlich verfügt – wie das im Gegensatz dazu die Hessische Staatskanzlei tut –, sondern die Einbeziehung und Anhörung der Betroffenen realisiert, wie es sich für ein anständiges demokratisches Verfahren gehört.

(Beifall bei der SPD)

Nur so kann man das Vertrauen der Betroffenen gewinnen. Das gesamte Verfahren zeichnet sich durch Transparenz aus. Der Umsetzungsstand der einzelnen Maßnahmen ist abrufbar und nachvollziehbar. Bremen, Ostwestfalen-Lippe und West-Mecklenburg stehen als Testregionen zur Verfügung. Im Mittelpunkt der Initiative stehen die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen, die in den unterschiedlichen Handlungsfeldern von überflüssiger und lästiger Bürokratie entlastet werden sollen, ohne jedoch notwendige Schutz- und Sicherheitsforderungen preiszugeben. Darin unterscheidet sich die SPD grundsätzlich von der Position der CDU, die im Zusammenhang mit Bürokratieabbau immer nur mehr Eigenverantwortung und mehr Risikobereitschaft fordert. Wir Sozialdemokraten sind uns in diesem Prozess immer der Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger bewusst. Wir werden die Betroffenen nicht im Regen stehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten auch nichts von rein populistischen Vorschlägen, wie z. B. denen des Mitglieds der CDU-Bundestagsfraktion Dr. Fuchs, der einfach nur rein rechnerisch fordert, für jede neue Rechtsverordnung zwei alte Rechtsverordnungen abzuschaffen. Das ist zwar plakativ, aber letztendlich substanzlos. Wer allein die Quantität zum Maßstab von Bürokratieabbau nimmt, der verabschiedet sich von seinem politischen Gestaltungsraum. Das ist nicht unser Anspruch.

(Beifall bei der SPD)

Wir finden es daher richtig, dass sich die Bundesregierung auf fünf für die sozial- und wirtschaftspolitische Reformpolitik Deutschlands bedeutende Handlungsfelder konzentriert: Arbeitsmarkt und Selbstständigkeit, Wirtschaft und Mittelstand, Forschung, Technologie und Innovation, Zivilgesellschaft und Ehrenamt, Dienstleistungen und Bürgerservice. Die Projektliste umfasst ein breites Spektrum an Einzelmaßnahmen aus allen Ressorts – von Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen für Kleinunternehmen bis zur Reform des Rechtsberatungsgesetzes. Diese Projektliste ist nicht im Alleingang entstanden, sondern unter Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Institutionen.

Ich stelle Ihnen nun ein Beispiel dafür vor, wie wir uns ein vorbildliches Gesamtkonzept zur Förderung der Wirtschaft vorstellen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat

die Initiative „Pro Mittelstand“ gestartet, die aus den Elementen Gründerinitiative, Mittelstandsfinanzierung und Angeboten zur Aus- und Weiterbildung besteht. Damit sind acht Projekte zum Bürokratieabbau verzahnt, z. B. die Modernisierung der Arbeitsstättenverordnung, des Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes und die Reform der Handwerksordnung. Es liegt klar auf der Hand, dass hier das wirtschaftspolitische Ziel, nämlich die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland, in verschiedenen Facetten Hand in Hand verfolgt und langfristig sicher auch erreicht wird.

Meine Damen und Herren, es wäre für die Zukunft von Hessen nur gut, etwas Vergleichbares vom hessischen Wirtschaftsminister z. B. für die Wirtschaftsförderung zu hören. Ich habe den Eindruck, das wäre ein bisschen zu viel verlangt; denn wenn es um Wirtschaftsförderung geht, haben wir den Eindruck, dass der Wirtschaftsminister nur das abnickt, was in der Staatskanzlei ausgekocht wurde.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Kehren wir bei diesem für Hessen so unerfreulichen Thema lieber wieder zum Bürokratieabbau durch die Bundesregierung zurück. Am 1. Januar 2004 traten die Gesetze zur Reform des Handwerksrechts, zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung der Kleinunternehmen – die so genannte kleine und große HWO-Novelle – in Kraft. Auf die unerfreulichen und teilweise wenig sachbezogenen Auseinandersetzungen mit CDU und FDP, bis diese Reformen umgesetzt werden konnten, habe ich bereits hingewiesen.

Mit diesen Reformen wurden entschieden unnötige bürokratische Hürden für Existenzgründungen beseitigt. Die Regelung, dass sich erfahrene Gesellinnen und Gesellen nach einer bestimmten Anzahl von Jahren Berufserfahrung, wovon ein Teil in leitender Position ausgeübt sein muss, selbstständig machen können, bringt eine weitere enorme Erleichterung für qualifizierte Menschen, die in die Selbstständigkeit streben.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat mit dieser Novelle angemessen auf die Realität reagiert. Bürokratieabbau und Deregulierung entlasten Handwerker deutlich. Sie schaffen eine Vielfalt an neuen Perspektiven für Menschen, die jetzt einfacher die Herausforderungen der Selbstständigkeit übernehmen können, denn die Risiken sind deutlich kleiner, kalkulierbarer und damit beherrschbarer geworden.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Sie müssen zum Ende kommen, Herr Kollege.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Das spricht für das Augenmaß und das Verantwortungsbewusstsein des Bundeswirtschaftsministeriums.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Das ist auch der Unterschied zu Hessen. In Hessen werden durch die „Operation düstere Zukunft“ Arbeitsplätze für Menschen und keine Bürokratie abgebaut. Das allein ist schon schlimm genug.

(Beifall bei der SPD)

Das Perfide daran ist, dass Sie, wenn Sie von Bürokratieabbau und Zukunftsfähigkeit reden, immer diejenigen meinen, die am wenigsten verdienen. Nachweisbar ist: Bei dem Stellenabbau haben Sie sich in Hessen auf die mittleren und niedrigen Lohngruppen konzentriert.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): SPD-Bürokratieabbau!)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

So, jetzt sind Sie wirklich am Ende Ihrer Redezeit.

**Uwe Frankenberger (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die CDU hat Herr Abg. Boddenberg das Wort.

(Zuruf von der SPD: Der neue wirtschaftspolitische Sprecher! – Günter Rudolph (SPD): Weil der Boddenberg alles selber machen muss!)

**Michael Boddenberg (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung von Herrn Frankenberger unterstreiche ich – das tue ich häufig an anderer Stelle auch –, nämlich: Es wäre schon viel geholfen, wenn all diejenigen, die über ein Thema reden, auch im eigenen Beritt dafür sorgen würden, dass sie sich nach bestem Wissen und Gewissen und mit größtmöglichem Engagement an das halten, was sie in Landtagsreden verkünden.

Das Stichwort Bürokratieabbau – Herr Posch hat darauf hingewiesen – eignet sich wirklich, einige grundsätzliche Fragen zu erörtern, z. B.: Wollen wir nicht langsam, aber sicher ehrlich den Diskurs dahin gehend führen, wofür Staat und hoheitliche Aufgaben einmal gedacht waren und was wir alle miteinander zwischenzeitlich nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern und den Kommunen daraus gemacht haben?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Posch, ich glaube, diese Debatte lohnt sich. Wir sind dabei. Aber der Antrag beschäftigt sich zunächst einmal mit dem Versuch. Man muss sehr deutlich machen: Das ist der dritte Versuch. – Da es schon zwei Versuche vorher gegeben hat, muss man sagen: Möglicherweise ist es auch beim dritten Mal nur der Versuch, etwas anzukündigen und zu verkaufen.

(Beifall des Abg. Dieter Posch (FDP))

Am Ende muss man bei näherem Hinsehen feststellen, dass die Wirkung nahe null geblieben ist. Es ist der Versuch, der von dem Herrn Wirtschaftsminister, der in Berlin hin und wieder auch Ankündigungsminister genannt wird – Frau Schönhut-Keil –, unternommen worden ist, diesmal unter dem Stichwort Bürokratieabbau. Wenn man das ankündigt, muss man damit rechnen, dass ein Jahr oder zwei Jahre später hingeguckt wird, was aus der Ankündigung geworden ist.

Wenn man sich heute anschaut, dass aus ursprünglich 54 geplanten Bürokratieabbauprojekten gerade einmal einige – genau gesagt: neun – umgesetzt worden sind, und

das zwei Jahre nach Ankündigung, dann kann man wirklich davon sprechen, dass nur der Hauch dessen umgesetzt worden ist, was als Schwerpunkt verfolgt wurde. Schwerpunkte in den Aussagen des Ministers waren ganz andere Dinge als die, die wir jetzt vorfinden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Posch hat zu Recht auf die Belastung der Wirtschaft hingewiesen. Herr Posch, wir reden über eine Belastung im Durchschnitt von 31.000 €. In dieser Höhe sind alle deutschen Unternehmen unabhängig von der Größenordnung materiell und finanziell mit bürokratischen Auflagen belastet. Das sind die kleinen Handwerker, die regelmäßig vieles an Berichten abzuliefern haben, wo man sich hin und wieder fragt: Wer verarbeitet eigentlich auf der anderen Seite diese gesamten Werke und Informationen? – Das sind natürlich auch und gerade größere, vor allen Dingen große mittelständische Unternehmen, die einen Wust an bürokratischen Dingen zu erledigen haben. Und da reden wir über Wettbewerbsbenachteiligung? Herr Posch hat angesprochen, wo wir international stehen, wo wir alle aufgerufen sind, diese zu beseitigen.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) und bei der FDP)

Auch da will ich sagen – Herr Posch hat ebenfalls darauf hingewiesen –: Wir haben gerade im Vollzug von anderen bundespolitischen Themen, Stichworte: Ausbildungsplatzabgabe und Hartz IV, genau das Gegenteil von dem, was Sie vorgeben zu tun, Herr Frankenberger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dieter Posch (FDP))

Allein der Versuch, der im Herbst des Jahres möglicherweise noch stattfinden wird, eine Million Akten von kommunalen Unternehmungen und Verwaltungseinheiten auf die Bundesagentur zu übertragen, die damit verbundenen Schwierigkeiten, was Datenschutz und vieles andere angeht, allein dieses Unterfangen zeigt deutlich, wo Sie weitermachen wollen, nämlich hin zu noch mehr Zentralismus und nicht genau in die umgekehrte Richtung, wie es richtig wäre, zu dezentraler Struktur und Subsidiarität.

Meine Damen und Herren, das sehen wir bei Hartz IV. Das sehen wir bei dem Thema Ausbildungsplatzabgabe. Das sehen wir bei dem Versuch, europäisches Vergabericht neu zu strukturieren. Bei all dem, was Sie in der Praxis tun, scheitern Sie in der Frage des Bürokratieabbaus.

Meine Damen und Herren, auch das ist angesprochen worden, die Selbstständigkeit in Deutschland ist schwerer als in manch anderen Ländern zu erlangen. An der Stelle muss man eines noch dazusagen. Zwischen 45, 46 Tagen, die das angeblich in Deutschland dauert, und den vier Tagen in den USA oder in einigen skandinavischen Ländern gibt es noch ein bisschen was dazwischen. Wenn ich von Bürokratieabbau rede, rede ich nicht davon, dass wir aufhören, sämtliche Vorschriften über das Thema Existenzgründung abzuschaffen. Sie haben das Thema Handwerksordnung angesprochen. Ich habe dazu gerufen: Ich glaube, Sie verwechseln dort etwas.

Die Handwerksordnung war und ist eine klare Vorgabe, die sich über viele Jahrzehnte bewährt hat, eine bestimmte Qualifikation für eine bestimmte Selbstständigkeit vorzuschreiben. Herr Frankenberger, so, wie Sie darüber reden, ist es eine Verdrehung der Zusammenhänge. Das ist gerade so, als würden Sie am Ende sogar die Abschaffung des Abiturs unter dem Stichwort Bürokratieabbau fordern. Das ist eine völlig irre Diskussion, die Sie an-



zetteln. Insofern verwahre ich mich dagegen, dass hier völlig wesensfremde Themen unter der genannten Überschrift „Wir wollen weniger Bürokratie“ in einen Topf geworfen werden.

Sie haben gesagt: Reden wir nicht nur darüber, sondern handeln wir. – Lieber Herr Frankenberger, ich weiß nicht, wie oft Sie nicht dabei waren, wenn wir im Landtag darüber gesprochen haben. Wenn eine Landesregierung in Deutschland Vorbildliches geleistet hat, dann ist es die Hessische Landesregierung schon zu Zeiten der Koalition mit der FDP gewesen, aber auch jetzt in der Fortsetzung mit der absoluten Mehrheit. Es muss offensichtlich immer wiederholt werden, dass wir in den ersten vier Jahren seit 1999 dreieinhalbtausend Regelungen abgeschafft haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn hin und wieder der Vorwurf kommt, das spürten die Unternehmer gar nicht, dann sage ich: Mein Gott, wenn die das noch nicht einmal merken, dann ist das möglicherweise noch nicht einmal das Ende unserer Bemühungen, sondern wir werden weiterhin alles das, was wir in den vergangenen Jahrzehnten in Papierform und schriftlich auf den Weg gebracht haben, durchforsten müssen. Deswegen ist und bleibt die Abschaffung von unnützen Verwaltungsvorschriften eine wesentliche Aufgabe in der Landesverwaltung.

Für Feinschmecker will ich sagen, was wir früher so alles geregelt haben. Da gab es einen Erlass, der sich mit der Präparation von tot aufgefundenen Tieren beschäftigte. Herr Frankenberger, das haben Sie auch schon gehört: Da gab es einen Erlass, der sich mit Züchterbescheinigungen für Schildkröten beschäftigte, also einen hessischen Erlass über die Zucht von Schildkröten.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Liebe Evi Schönhut-Keil, dann gab es einen Erlass, der sich mit dem Handel von Elfenbein-Kunstgegenständen beschäftigte. Es gab noch einen Erlass, der sich mit der Kennzeichnung von Kraftfahrzeugen für das Befahren gesperrter Feld- und Waldwege beschäftigte. Allesamt Dinge – ich glaube, Karl Dall hat das einmal besungen –, die der Mensch nicht braucht. Ich befürchte, es wird noch ein paar solcher versteckter Erlasse und Papiere in der Landesverwaltung geben.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unbestritten! Die Frage ist aber, wer sie anwendet!)

Kollege Frankenberger hat angesprochen, was wir eigentlich tun müssten. Er hat auf den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verwiesen. Ich finde, da stehen ein paar sehr richtige Punkte drin. Da steht z. B. drin – das haben Sie moniert –, dass, wenn eine neue Verordnung in Kraft gesetzt werden soll, zwei alte abgeschafft werden sollen. Das steht aber als Sollvorschrift formuliert, Herr Frankenberger. Das soll heißen, jeder, der einen neuen Erlass auf den Weg bringen will, wird gleichzeitig gezwungen, zumindest zu prüfen, ob es nicht möglich ist, dafür zwei alte abzuschaffen, und sei es durch Bündelung und Aktualisierung verschiedener alter Erlasse.

In diesem Antrag steht noch mehr drin. Da steht drin, was wir in Hessen als erstes Bundesland unternommen haben – das kommt mir hin und wieder ein wenig zu kurz –, nämlich die Befristung von Gesetzen.

(Beifall des Abg. Dieter Posch (FDP))

Heute freuen wir uns, dass viele andere Bundesländer diesem Weg gefolgt sind. Aber wir fordern auch die Bundesregierung auf, bei Gesetzesvorhaben zu prüfen, ob man Gesetze, die verabschiedet werden, nicht von vornherein, wie wir es gemacht haben, mit einer Frist von fünf Jahren versieht.

(Beifall des Rudi Haselbach (CDU))

Das heißt doch nicht, dass man das immer macht. Das heißt auch nicht, dass man das bei Gegenständen macht, die langfristiger Regelung bedürfen, wo es auf Verlässlichkeit für die Betroffenen ankommt. Aber vom Grundsatz her ist das ein sehr richtiger Weg. Gerade in diesen Tagen sind wir dabei, zu prüfen, welche der zu Beginn der letzten Legislaturperiode verabschiedeten Gesetze heutigen Bedürfnissen noch standhalten und welche möglicherweise außer Kraft gesetzt respektive verändert werden müssen. Dieser Weg muss dringend zur Nachahmung empfohlen werden.

Meine Damen und Herren, zum Stichwort Beweislastumkehr. Ich finde es auch spannend, wenn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion formuliert: Dann lassen wir uns doch einmal, zumindest für eine bestimmte Zeit, auf Quantitäten festlegen. Verpflichten wir uns doch, jedes Jahr 200 Gesetze zu prüfen, auf veraltete Inhalte zu durchforsten und am Ende möglicherweise abzuschaffen.

Das Gleiche gilt für Genehmigungsverfahren. Was spricht denn dagegen, dass man in der Tendenz dahin kommt, wie wir das beispielsweise bei der Hessischen Bauordnung gemacht haben, dass zukünftig häufiger angezeigt und weniger beantragt werden muss? Es ist doch ein beispielhaftes Gesetz, das wir in der letzten Legislaturperiode verabschiedet haben, wonach Menschen, die im Wohnungsbau unter 22 m bleiben wollen, künftig die Möglichkeit haben, das den Bauaufsichtsbehörden anzuzeigen, und damit die Verwältung in die Pflicht setzen, zu reagieren, und nicht, wie es bei Genehmigungsverfahren in der Vergangenheit häufig der Fall war und auch heute noch ist, teilweise jahrelang auf Baugenehmigungen warten müssen. Bitte nehmen Sie mir das ab: Irgendwann durfte ich auch einmal auf kommunaler Ebene mitwirken. Ich glaube, die Erfahrung haben wir alle gemacht. Die 90 Tage, die von den Kommunalen immer wieder vorgegeben wurden, sind eine statistische Größe, die bei näherem Hinsehen der Prüfung nicht standhält.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) und bei der FDP)

Es ist heute noch so. Sie werden als Abgeordnete die entsprechenden Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern auf dem Tisch haben, dass sich Baugenehmigungsverfahren nicht nur im Unternehmensbereich, sondern auch in der privaten Sphäre häufig noch über viele Monate, wenn nicht sogar Jahre hinziehen.

Meine Damen und Herren, wir alle miteinander sind aufgefordert, jeder an seinem Platz, das zu tun, was wir können. Der englische Ökonom Parkinson hat für uns in dieser Frage vieles Wertvolle hinterlassen. Ich erinnere mich noch, es ist bestimmt 15 Jahre her, eine kurze Beschreibung Parkinsons gelesen zu haben. Er beschrieb ein Unternehmen, das 27 Mitarbeiter beschäftigte und das nicht eine einzige Schraube produzierte, aber diese 27 Mitarbeiter an einem 8-Stunden-Tag voll auslastete. Er beschrieb in einer sehr zynischen, aber auch treffenden Weise, wie man es schaffen kann, dass man sich im Grunde nur mit sich selbst beschäftigt.



Da sind wir alle gefragt, übrigens auch die Abgeordneten des Hessischen Landtags hin und wieder bei der Formulierung von Anträgen und Anfragen, ein wenig genauer hinzuschauen, ob das denn alles sinnvoll und zielführend ist. Insofern bleibt es im Moment bei dem Appell. Die Vorschläge vonseiten der CDU/CSU in Berlin liegen auf dem Tisch. Hessen handelt schon lange mit einer erfolgreichen Landesregierung und wird beim Thema Bürokratieabbau weiterhin Vorreiter in der Republik sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Nächste Rednerin ist Frau Schönhut-Keil für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

#### **Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Frankenberger, das matte Erscheinungsbild der FDP hat sich zumindest nach dem heutigen Setzpunkt nicht verflüchtigt. Ich würde sogar sagen, es hat sich über das ganze Haus gelegt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen will ich ganz kurz einsteigen. Herr Kollege Boddenberg, natürlich sind auch wir GRÜNE für Entbürokratisierung und Deregulierung. Wer aber an der Stelle suggeriert, man könne das Kind gleichsam mit dem Bade ausschütten, nach dem Motto: „Weg damit“, der raubt nicht nur der Politik jegliches Gestaltungs- und Lenkungsrecht, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern die Sicherheit und das Vertrauen in Verwaltungshandeln und -vollzug. Insofern ist das immer eine Abwägungsfrage.

Um es kurz zusammenzufassen: Wir sind weder der Auffassung, „Wirtschaft wird ausschließlich in der Wirtschaft gemacht“, noch glauben wir, dass alles, nur wenn es in Richtlinien, Verordnungen und Gesetze gegossen wird, dann auch dazu beiträgt, dass die Welt im Kern gut wird. So ist es natürlich nicht. Wir stehen für eine Politik, die lenkt, die Rahmen setzt, die aber auch Gestaltung zulässt und die die Bürgerinnen und Bürger nicht über Gebühr gängelt.

Herr Kollege Posch, Sie haben hier allerdings Äpfel mit Birnen verglichen. Kein Mensch wird Ihnen ernsthaft widersprechen, dass sinnlose Bürokratie abgeschafft gehört. Aber im Einzelfall ist es doch ein Abwägungsprozess. Da ist es schon verwunderlich, dass ausgerechnet die FDP hier einen Antrag stellt, um Bürokratieabbau anzumahnen. Denn Sie waren es doch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, die in den vergangenen Jahren eher als Besitzstandswahrer der Lobbyverbände denn als rigorose Reformer aufgetreten sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich sage es einmal aus meiner eigenen Erfahrung in der letzten Legislaturperiode: als strotzende Lobbyisten von Apotheken-, Ärzteverbänden und Pharmaindustrie, im Wirtschaftsbereich natürlich als Vertreter der Handwerksverbände.

Da kann ich Ihnen – auch Ihnen, Herr Kollege Boddenberg – natürlich nicht das Beispiel der Handwerksordnung ersparen. Diese Diskussion ist uns allen noch sehr

gut in Erinnerung. Da trennt sich doch meines Erachtens die Spreu vom Weizen. Wer redet nur vom Bürokratieabbau, und wer betreibt ihn wirklich? Bundeswirtschaftsminister Clement hat sich doch vehement für eine Reform im Handwerksrecht eingesetzt. Er wollte von ursprünglich 94 Handwerken 65 aus dem Meisterzwang befreien. Nun sind es 53 geworden, dabei tendenziell leider die kleineren Handwerke mit weniger Beschäftigten, aber immerhin. Diese Novelle kann doch mit vollem Recht als der umfassendste Liberalisierungsschritt im Handwerksrecht seit 1953 bezeichnet werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dass den Konservativen in der Union hier die Liberalität ein wenig zu weit geht, das kann nun wirklich ernsthaft niemanden überraschen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das hat nichts mit Liberalität zu tun, das war Kahlschlag im Handwerk!)

– Herr Kollege Boddenberg, schön, dass Sie auch auf dem Ton sprechen. Denn wer sollte sich eher für das Handwerksrecht einsetzen, dessen Wurzeln in den Zünften des Mittelalters liegen, wenn nicht Sie als Konservative? – Aber ärgerlich finde ich es schon, wenn sich auch die FDP an die Seite der Besitzstandswahrer stellt, nach dem Motto: Deregulierung überall, aber nicht bei mir, Entbürokratisierung unbedingt, aber nicht bei uns.

(Dieter Posch (FDP): Sie scheinen die letzte Legislaturperiode nicht hier gewesen zu sein!)

Meine Damen und Herren, wer Bürokratieabbau tatsächlich will, Herr Kollege Posch, darf auch nicht vor Interessengruppen zurückschrecken, die der eigenen Partei nahe stehen. Die niedrige Selbständigenquote in Deutschland, die wir alle beklagen – derzeit 9,9 % in Deutschland gegenüber 14 % im EU-Durchschnitt –, muss erhöht werden. Da sind wir uns doch einig. Kaum eine Reform kann die Selbständigenquote in unserem Land unmittelbarer und wirksamer erhöhen als eben diese Reform des Handwerksrechts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Meine Damen und Herren, wenn ich das alles so anschau, kann ich nur eines sagen: Wenn wir weiter so arbeiten, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn es in diesem Land nicht vorwärts geht.

Noch eines. Wir sind auch der Meinung, dass wir uns mit den Lobbyverbänden darüber streiten müssen, was in diesem Land noch geregelt werden soll und was nicht. Der Schwerpunkt der Überlegungen muss sein – auch da sind wir zumindest in der Überschrift mit Ihnen einer Meinung -: Wie schaffen und sichern wir neue Arbeitsplätze in diesem Lande? Meine Damen und Herren, aber es darf doch nicht der Preis sein, dass wir sämtliche sozialen und ökologischen Standards, die in diesem Land mühselig erkämpft und erarbeitet worden sind, über Bord werfen. Das muss im Jahr 2004 doch eine Messlatte sein, an der wir uns abarbeiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Im Zusammenhang mit dem Thema Arbeitsplätze und Findung geeigneten Personals möchte ich noch eine Bemerkung zu dem Thema Zuwanderungsgesetz machen. Wir alle waren und sind doch der Meinung, dass wir in

Deutschland in bestimmten Bereichen einen Fachkräftemangel haben oder noch bekommen werden. Dies betrifft hoch qualifizierte Wissenschaftler oder auch Experten in der Informatik.

Es waren doch die Kollegen von der Union, die in der aktuellen Debatte um ein Zuwanderungsgesetz lediglich die innere Sicherheit im Auge hatten. Sie fordern jetzt eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz nicht nur bei Einbürgerungen – das mag man noch nachvollziehen können –, sondern auch bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen oder -berechtigungen. Sie können doch schon jetzt nicht bei einer Einbürgerung garantieren, dass die Anfrage vor dem Fristablauf, innerhalb von sechs Monaten, erteilt wird. Meine Damen und Herren, wollen Sie tatsächlich so in der Welt dafür werben, dass qualifizierte Fachkräfte nach Deutschland kommen? Es ist doch schon jetzt kein Wunder, dass immer mehr dieser Menschen sich einen Arbeitsplatz in einem anderen europäischen Land suchen, wenn sie nicht gleich in die Vereinigten Staaten gehen.

Um es kurz zu sagen: Was Sie derzeit im Ausländerrecht fordern, ist das Gegenteil von Entbürokratisierung. Es ist pure Gängelung. Alles andere werden wir an anderer Stelle debattieren. Das ist nur ein Beispiel.

Ich bin, wie alle, die bislang geredet haben, der Meinung, dass Deregulierung zu den Aufgaben gehört, die nie abgeschlossen sind. Ich denke, das weiß auch der Bundeswirtschaftsminister. Man kann ihm viel nachsagen, verehrte Kollegen, aber nicht, dass er seine Position schnell aufgibt. Herr Kollege Posch, Herr Clement mag viel verdient haben, aber sicherlich nicht Ihr Mitleid. Ich kann Ihnen auch versprechen, dass wir zu alledem nicht lauthals Ja rufen werden, sondern es wird vor allen Dingen immer eine Entscheidung in der Sache sein.

Meine Damen und Herren von der FDP, Ihr Antrag ist durchaus spitzfindig formuliert. Herr Posch, Sie geben vor, Herrn Clement zu loben. Dabei liegt Ihnen nichts fern. Sie picken sich ein paar Sachen aus dem umfassenden Katalog heraus, die Ihnen genehm sind, um einen versteckten Vorwurf an die Bundesregierung zu formulieren. Ich denke, entlarvend sind der letzte Absatz und Ihr reales Regierungshandeln in Verantwortung. Wir GRÜNE glauben nicht, dass man so einfach, wie Sie es hier suggerieren, Genehmigungs- und Planungsrecht streichen kann.

(Dieter Posch (FDP): Doch!)

Das glauben wir nicht, ebenso wenig, wie man in einer Art hessischem Wunder Bürger- und Kundenfreundlichkeit erlangen kann. Auch hier muss im Einzelfall und an dem konkreten Thema abgewogen werden. Denn Sie müssen damit leben, dass wir nicht alle ein Weltbild haben und dass wir nicht alle die gleichen Bedürfnisse haben. Dem muss man Rechnung tragen.

Wie schwierig das ist, zeigt der ewige Evergreen des Ladenschlussgesetzes. In den Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts wurden problemlos komplette Sommerlöcher mit Endlosdebatten zum Ladenschlussgesetz ausgefüllt. Ich darf sanft daran erinnern, dass Sie von der FDP viele Jahre lang in Bonn versucht haben, mit zu regieren. Das zeigt doch, dass auch in Ihrem Lager die Bäume nicht in den Himmel wuchsen. Sie waren sich nicht einig. Weit reichende Änderungen brauchen eben Geduld. – Um beim Thema zu bleiben: Je weiter die Einkaufsmöglichkeiten ausgedehnt wurden, umso geringer ist unseres Erachtens jetzt der Handlungsdruck, weitere Reformen zu

beginnen. Im Übrigen sind nicht allein die Öffnungszeiten ein Kriterium für den Konsum, sondern zumindest auch die Kaufkraft der Bevölkerung. Uns erscheint das Thema zumindest zum heutigen Zeitpunkt ausreichend geregelt.

Meine Damen und Herren, ein Vorschlag, den wir als Landesparlamentarier ganz genau prüfen sollten, betrifft die Experimentierklausel bei der Gewerbeordnung und den Gaststättengesetzen. Es könnte durchaus interessant sein, bestimmte Vorschriften dieser Gesetze in einzelnen Ländern probeweise auf vier Jahre auszusetzen. Allerdings gehört dazu die Bereitschaft, unterschiedliche Rechtslagen über Landesgrenzen hinweg zu akzeptieren. Sonst macht das Ganze keinen Sinn.

Andere Vorschläge des Bundeswirtschaftsministers können sicher mit einer sehr breiten Zustimmung rechnen. Dazu zähle ich die Erleichterung bei der Umsatzsteuerzahlung von kleinen und mittleren Unternehmen, die Vereinfachung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, IHKs als Annahmestellen für die Eintragung ins Handelsregister – um nur einige zu nennen.

Zum Abschluss ein Satz zu dem CDU-Antrag. Herr Kollege Boddenberg, wenn Sie das brauchen, können Sie sich gerne selbst loben, auch täglich.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja! Von Ihnen würde ich es auch nicht erwarten!)

Viel Vergnügen dabei. Vieles, was Sie vorgeschlagen haben, Herr Kollege Boddenberg, ist auch okay. Aber Sie mogeln sich doch hier vor der Öffentlichkeit um die Wahrheit herum. Sie wissen genauso gut wie wir, dass viele der 3.500 Regelungen, die Sie außer Kraft gesetzt haben, schon längst überholt waren und nicht mehr angewandt worden sind.

(Petra Fuhrmann (SPD): Im Gegenteil! – Michael Boddenberg (CDU): Das war der Grund!)

Sie müssen dafür keine Schildkröten und Feldwege bemühen. – Regen Sie sich doch nicht auf. Es gibt doch gar keinen Grund. Ich will Ihnen doch nur sagen: Wir sind auch der Meinung, dass unsinnige Regelungen abgeschafft gehören, dass Erlasse, Richtlinien und Verordnungen, die sich gleichsam zu einem Dschungel aufgebläht haben, die keiner mehr überblicken kann, überprüft und abgeschafft werden müssen. Das ist doch alles völlig unstrittig.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich finde, jetzt könnten Sie uns einmal loben!)

– Dafür, dass Sie Sachen in den Papierkorb geschmissen haben? Haben Sie es nötig, dass ich Sie dafür lobe? Ich bitte Sie. Das ist kein Grund, das so aufzublasen. Wir würden uns freuen, wenn Sie endlich wirkliche Entbürokratisierungsmaßnahmen in die Hand nähmen, anstatt es sich so einfach zu machen.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend erscheint mir der Antrag der FDP nicht zustimmungsfähig. Ich habe es eben ausgeführt.

(Dieter Posch (FDP): Das habe ich aber nicht verstanden!)

Bei den konkreten Sachpunkten werden wir messen, wie ernst es Ihnen mit diesem Thema wirklich ist, aber nicht bei dieser Art von Schaufensteranträgen einfachster Machart.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

### Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Hessische Landesregierung hat Herr Staatsminister Rhiel das Wort.

### Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Bundesrepublik Deutschland ist die wirtschaftliche Lage derzeit die schwierigste seit vielen Jahrzehnten. Immer wieder werden drei Schwerpunkte genannt, wo die Politik daran erinnert wird, dass sie dringend handeln muss. Das ist zum Ersten die Steuerreform, zum Zweiten die Reform des Arbeitsmarktes und zum Dritten der Bürokratieabbau. Beim letzten Thema sind wir.

Wir haben in der Debatte erlebt, dass letztlich alle drei Punkte zusammenhängen. Hier ist Handeln dringend geboten. Was wir in dieser Zeit versäumen, werden wir in Zukunft noch bitter bereuen. Deswegen kommt es darauf an, dass wir uns unter dem Aspekt der Entbürokratisierung an ein Leitbild erinnern, dass wir uns daran erinnern, dass wir klare und einfache Regeln als Handlungsrahmen für die Wirtschaft brauchen, um so die Chancen für Kreativität und Innovation zu fördern und dadurch zu mehr wirtschaftlichem Wachstum und schließlich zum Wohlstand der Gesellschaft zu kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns die Situation in der Bürokratie anschauen und das Regelwerk näher beurteilen, dann kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir von diesem Leitbild weit entfernt sind. Über 5.000 Bundesgesetze und Rechtsverordnungen mit mehr als über 85.000 Verwaltungsvorschriften zieren die Rahmenbedingungen, die in Deutschland für wirtschaftliches Handeln Gültigkeit haben.

Im Steuerrecht sind es noch mehr. Weltweit gibt es einen Wust von steuerlichen Vorschriften. Allerdings beträgt der Anteil, der davon in Deutschland beheimatet ist, 70 %. Diese Zahl beweist, dass die internationale Untersuchung, die vor kurzem durchgeführt worden ist, sicherlich zu Recht zu dem Ergebnis kommt, dass Deutschland bei dem Kriterium der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit unter den Industrieländern inzwischen von Platz 5 auf den 20. Platz abgerutscht ist.

(Petra Fuhrmann (SPD): In Hessen geht das schneller: von 1 auf 12!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist ein deutliches Warnzeichen. Wenn wir nicht jetzt handeln, dann werden wir die Folgen weiter bitter zu ertragen haben.

Denn wir haben jetzt bereits im dritten Jahr einen Stillstand beim Wachstum. Die Entwicklung im Jahr 2004 zeigt eindeutig, dass die Wachstumsprognosen, die sehr optimistisch waren, inzwischen mehr und mehr zurückgeschraubt werden müssen. Das, was uns morgen der Arbeitskreis Steuerschätzungen hinsichtlich der Frage vorlegen wird, wie hoch die Steuereinnahmen sein werden und welche Konsequenzen das für die öffentlichen Haushalte haben wird, wird uns dann noch einmal die Augen öffnen.

Es wurde bereits von den Vorrednern darauf hingewiesen, wie hoch die Belastung jedes Unternehmens, aber insbesondere der mittelständischen Unternehmen, durch das ist, was sie aufgrund bürokratischer Vorschriften abwickeln müssen. Der Aufwand in Tagen und Stunden wurde

genannt. Insgesamt entsteht der deutschen Wirtschaft ein Aufwand in einer Größenordnung von 46 Milliarden €, der notwendig wird, um die Vorgaben der Bürokratie abzarbeiten. Wenn man die 46 Milliarden € mit einem durchschnittlichen Steuersatz multiplizieren würde, dann würde man erkennen, welche Entlastung und Einnahmesteigerung sich letztlich für die öffentlichen Haushalte ergeben würde.

Es wurde hier bereits deutlich unterstrichen: Wir brauchen deshalb in der Tat ein entschlossenes Deregulierungs- und Entbürokratisierungskonzept, das sich konsequent am ordo-ökonomischen Leitbild der sozialen Marktwirtschaft orientiert.

All das, was die Bundesregierung sicherlich in guter Absicht angestoßen hat, ist inzwischen geschrumpft. Der „Spiegel“ spricht von einer Resterampe, auf der das liege, was noch von dem übrig geblieben sei, was es im Rahmen des so genannten Masterplans gegeben hat. Ursprünglich gab es einmal 1.000 Vorschläge, die in einer großen Aktion eingesammelt und von der Wirtschaft eingebracht wurden. Von diesen sind in dem ursprünglich vorgelegten Masterkonzept 54 übrig geblieben. Es wurden dann gerade einmal neun Vorschläge umgesetzt, von denen sieben de facto gescheitert sind.

Bundeswirtschaftsminister Clement ist mit 34 Maßnahmen ins Kabinett gegangen und mit etwa 29 herausgekommen. Wichtige Maßnahmen, die eben noch von Frau Schönhut-Keil und ebenfalls von Herrn Frankenberger positiv bewertet wurden, haben bereits während der Phase der Einbringung, also bis das Kabinett darüber entscheidet, einen schleichenden Tod gefunden. Das sind die Maßnahmen, die Sie angesprochen haben. Das betrifft beispielsweise die Erleichterung der Umsatzsteuervorauszahlung. Da hat Herr Eichel eine Änderung abgelehnt. Ebenso verlief es bei der Erleichterung der Anmeldung zur Rückzahlung der Ökosteuern und ähnlichen einzelnen Programmen.

In der Tat gibt es einen wesentlichen Unterschied zwischen dem, was auf der Bundesebene angekündigt wird, und dem, was dann umgesetzt wird. Wir können aber auch einen Unterschied zum Land Hessen wahrnehmen, das hinsichtlich des Abbaus der Bürokratie Vorbildliches geleistet hat. Das betrifft zum einen all die Maßnahmen, die in der letzten Legislaturperiode umgesetzt wurden. Diese Maßnahmen haben zu einer echten Verschlinkung geführt. 3.500 Vorschriften abzuschaffen ist in der Tat eine Meisterleistung. Das ist eine Leistung, die wir erst richtig würdigen können, wenn wir es mit dem vergleichen, was es auf Bundesebene derzeit an Stückwerk gibt und was man sich dort gegenwärtig vornimmt.

Hinzu kommt, dass das Hessische Landesplanungsgesetz erhebliche Erleichterungen vorsieht, die Zug um Zug umgesetzt werden.

Es geht aber nicht nur um den Abbau von Vorschriften. Es ist deutlich geworden, dass es vor allem auch darum geht, dass der Zeitraum für Genehmigungsverfahren verkürzt wurde. Wir dürfen dabei schon stolz darauf hinweisen, dass sich die Kommunen in Hessen im Durchschnitt auf einem guten Weg befinden, und zwar nicht zuletzt dadurch, dass wir in der Hessischen Bauverordnung Rahmenbedingungen geschaffen haben, die zu einem schnelleren Baubeginn führen. Wir werden die Effizienz dieser Prozesse auch dadurch steigern, dass wir die Chancen und Möglichkeiten, die das E-Government, also das elektroni-



sche Government, bietet, nutzen, um die Verwaltungsprozesse zu optimieren.

Mit Stolz können wir hier auch vortragen, dass es die Hessische Landesregierung war, die auf der CeBIT eine besondere Auszeichnung, also einen Preis, dafür gewonnen hat, dass sie etwas unternommen hat, was auf dem Sektor, der die Logistikunternehmen betrifft, zu sehr schnellen Genehmigungsverfahren geführt hat. Das soll Beispiel geben und nun in ganz Deutschland umgesetzt werden.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Der Abbau der Bürokratie stellt sicherlich eine Aufgabe dar, die man nicht mit einem Federstrich erledigen kann. Hierfür braucht man einen echten Ansatz und einen festen Willen. Man braucht klare Ziele, die Zug um Zug umzusetzen sind. Diese Aufgabe hat sich die Hessische Landesregierung gestellt. Sie wird in dieser Legislaturperiode die Verwaltungsvereinfachung ganz konsequent fortsetzen. Die Arbeitsgruppe „Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren“ ist bereits dabei, dies Stück um Stück umzusetzen. Hierbei muss lange an dicken Brettern gebohrt werden. Dieses Bohren benötigt Ausdauer. Dazu wird Motivation benötigt.

Wir sind dann auch sehr erfreut, wenn wir in Einzelfällen Lob erfahren. Dies war beispielsweise im letzten Jahr bei dem größten Genehmigungsverfahren hinsichtlich der Gentechnologie der Fall. Dabei ging es um eine Produktionsanlage für die Herstellung gentechnologisch erzeugten Insulins bei der Firma Aventis. Damals lagen nur dreieinhalb Monate zwischen der Antragstellung und der Genehmigung. Damit wurde die Genehmigung in Rekordzeit erteilt. Damit hat sich das Land Hessen auch auf internationaler Ebene deutlich als ein Land dargestellt, das die Interessen der wirtschaftenden Unternehmen ernst nimmt, das partnerschaftliche Beziehungen mit der Wirtschaft hat und Genehmigungen schnell erteilt. Der Produktionsstandort und Wirtschaftsstandort Hessen soll auch in Zukunft ein Qualitätsmerkmal sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch etwas sagen. Herr Posch hatte bereits zu Beginn seiner Rede darauf hingewiesen. In Deutschland kommt es nicht darauf an, darauf zu achten, wie die öffentliche Hand die Unternehmen möglicherweise noch stärker materiell unterstützen kann. Denn für materielle Unterstützung mittels Zuschüssen und dergleichen hat die öffentliche Hand ohnehin nicht die Mittel. Das weisen die hoch defizitären Haushalte aus. Es kommt darauf an, vor allem eines zu tun: Den Unternehmen müssen mehr Freiräume verschafft werden, damit sie sich im internationalen Wettbewerb wieder einen Vorsprung erarbeiten können.

Ich meine, in der jüngsten Vergangenheit hat das niemand so deutlich gesagt, wie es der Vorstandsvorsitzende von SAP, das hier ganz in der Nachbarschaft beheimatet ist, in einem Interview getan hat. Er hat gesagt: Ich brauche keine Zuschüsse, wenn mein Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben soll. Ich brauche aber Freiheit.

Wir arbeiten zügig und konsequent daran, den Raum für freies unternehmerisches Handeln zu erweitern. Damit werden wir den Standort Hessen noch stärker profilieren. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns dabei unterstützen würden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die drei alternativen Entschließungsanträge. – Ich bitte Sie, sich zu setzen, damit wir sehen können, wie die Voten ausfallen.

Ich rufe zunächst zur Abstimmung des Entschließungsantrags der Fraktion der FDP betreffend „Entbürokratisierung“ auf. Das ist Drucks. 16/2206. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dafür gestimmt haben die Mitglieder der Fraktionen der FDP und der CDU gegen die Stimmen der Mitglieder der SPD und der GRÜNEN. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Masterplan Bürokratieabbau des Bundes als Vorbild für die Landespolitik, Drucks. 16/2261, zur Abstimmung auf. Wer will diesem Antrag zustimmen? Ich bitte um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist dieser Antrag bei Zustimmung von SPD und GRÜNEN mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt worden.

Ich komme zum Schluss zum Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend erfolgreicher Bürokratieabbau in Hessen, Drucks. 16/2265. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist bei Ablehnung von SPD und GRÜNEN und Zustimmung von CDU und FDP auch dieser Antrag angenommen. Angenommen wurden also die Anträge Drucks. 16/2206 und 16/2265.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 4:**

### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Bauordnung (HBO) – Drucks. 16/2164 –**

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs hat Herr Schäfer-Gümbel für die SPD-Fraktion das Wort. Fünf Minuten Redezeit.

### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über 200.000 registrierte Brände jährlich stellen in Deutschland eine erschreckende Größenordnung dar. Im Jahre 2002 kamen nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes bei Bränden 550 Menschen ums Leben, weil Schlafende aufgrund der eintretenden Vergiftung durch den hohen Kohlenmonoxidgehalt im Brandrauch ohnmächtig wurden und schließlich verstarben. Allein in Hessen starben 2002 nach meinen Zahlen 24 Männer und 14 Frauen den Tod durch Rauch, Feuer und Flamme.

Auch viele Kinder unter den Brandopfern könnten noch am Leben sein, wenn es in den Wohnungen Rauchmelder gegeben hätte.

Das ist der zentrale Satz einer Resolution der 50. Verbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Hessen e. V. vom 24. April dieses Jahres.

Viele öffentliche Aktivitäten der Feuerwehren vor Ort und der Politik haben auf dieses Problem und auf die Möglichkeiten einer frühen Brand- und Raucherkenntnis durch so genannte Rauchwarnmelder hingewiesen. Leider haben diese Aktivitäten nicht den durchschlagenden Erfolg gehabt, den sich alle Beteiligten gewünscht haben.



Die Erfahrungen in europäischen Ländern, die den Einsatz von Brandmeldern gesetzlich vorschreiben, zeigen, dass die Anzahl der Todesfälle rapide abnimmt. Der Einbau von Rauchwarnmeldern an neuralgischen Stellen in privaten Neubauwohnungen schafft optimale Voraussetzungen, um Leben zu retten. Deshalb legen wir heute einen Gesetzentwurf vor, dessen Ziel es ist, den Brand bereits im Stadium der Rauchentwicklung zu entdecken, um Zeit für die Brandmeldung, Brandbekämpfung sowie für die Flucht zu gewinnen. Der Gesetzentwurf beschränkt sich darauf, die Verpflichtung der Installation von Rauchmeldern in Neubauten im privaten Bereich vorzuschreiben. Ein bürokratischer Mehraufwand ergibt sich dadurch nicht.

Wir haben auch in diesem Zusammenhang ganz bewusst auf die Bestimmung eines konkreten Verfahrens – batteriebetrieben oder an die Stromversorgung angeschlossen – verzichtet, um den bürokratischen Aufwand möglichst gering zu halten.

Natürlich werden Feuerwehren und Politik auch weiterhin an die Wohnungsinhaberinnen und Wohnungsinhaber der Altbauwohnungen appellieren, Wohn- und Schlafräume sowie Flure zur Erhöhung des allgemeinen Sicherheitsstandards ebenfalls mit kostengünstigen Rauchwarnmeldern auszustatten. Mit dem Gesetzentwurf kommen wir den sinnvollen Vorschlägen der Feuerwehren zur gesetzlichen Regelung nach, ohne die finanzielle Belastung des Bauherrn merklich zu erhöhen. Ein batteriebetriebener Rauchwarnmelder ist heute im Fachhandel bereits ab 4 € erhältlich.

(Dieter Posch (FDP): 2,99 €!)

– Noch billiger, sehr gut, Herr Posch. – Herr Milde hat Gott sei Dank gestern schon eine Pressemeldung zu der Position der CDU in dieser Frage abgegeben. Die Erklärung liegt mir vor, sie ist gestern schon verteilt worden. Dort wird auf eine bundeseinheitliche Regelung verwiesen.

(Lachen bei der SPD – Jürgen Walter (SPD): Das ist die Bürokratiefraktion da drüben!)

Herr Milde, ich glaube Ihnen gerne, dass es Ihnen schwer fällt, hier einen SPD-Gesetzentwurf vorzustellen. Aber, unter uns: Die Meister der Subsidiarität, die es immer wieder einfordern, fordern bei den Rauchmeldern eine bundeseinheitliche Regelung. Das ist, ehrlich gesagt, ein Treppenwitz.

(Beifall bei der SPD – Dieter Posch (FDP): Das war gemeinsame Haltung aller Bundesländer, mein Lieber!)

Herr Posch, es ist aber auch so, dass das Bundesland Saarland, konservativ regiert, und das Land Rheinland-Pfalz, SPD/FDP-regiert, entsprechende Gesetzesvorschläge gemacht haben. Der Vorschlag, den wir Ihnen nun unterbreiten, ist dezidiert an das Gesetz von Rheinland-Pfalz angelehnt.

(Zuruf des Abg. Dieter Posch (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rauchwarnmelder können Menschenleben retten. Das sollte uns reichen, um aktiv zu werden. Wir gehen davon aus, dass alle Kolleginnen und Kollegen das so sehen, und bitten Sie daher um Zustimmung zu unserem Entwurf. Wir freuen uns auf konstruktive Beratungen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Milde für die Fraktion der CDU.

(Jürgen Walter (SPD): Schlägst du jetzt einen Pflichtverband für Rauchmelder vor? Mit Zwangsmitgliedschaft?)

### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Einen Zweckverband? Das wäre auch eine Idee. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schäfer-Gümbel, Sie hätten sich gar nicht so abstrampeln müssen. Wenn Sie die Debatte um die Hessische Bauordnung vor eineinhalb Jahren mitbekommen hätten, dann wüssten Sie, dass wir einheitlich der Meinung sind, dass das geregelt werden muss. Wir haben schon damals gesagt, es muss eine Form der gesetzlichen Regelung geben. Wir haben uns auch damals schon nur darüber unterhalten, ob es Sinn hat, dass wir das in einem Alleingang in Hessen in die Hessische Bauordnung aufnehmen, wenn alle anderen rundherum es nicht in ihren Bauordnungen haben. Es war damals die einheitliche Meinung aller Bauminister in Deutschland, es war auch einstimmiger Beschluss der ARGEBAU, dass es nicht geregelt werden soll, dass man auf das Prinzip der Freiwilligkeit setzt, was übrigens mit großem Erfolg gemacht wurde.

Vielleicht haben Sie den Ausführungserlass zur Hessischen Bauordnung gelesen, empfehlen kann ich es nicht für jemanden, der das nicht unbedingt beruflich braucht. Darin findet sich der Ausfluss der damaligen Diskussion zur Bauordnung und der Diskussion mit dem Landesfeuerwehrverband. In dem Ausführungserlass zur Bauordnung, den Architekten und Ingenieure an die Hand bekommen – das ist das Entscheidende –, haben wir klar festgelegt, dass in allen Schlafräumen Rauchmelder zu installieren sind. Es gab Kampagnen mit dem Landesfeuerwehrverband, die auch von der Landesregierung unterstützt wurden, Rauchmelder einzubauen. Das ist geschehen. Vor allem haben wir erreicht, dass das auch bei der Substanz geschieht. Dort ist es viel wichtiger als bei Neubauten, weil der Bestand wegen der älteren Substanz stärker durch Feuer bedroht ist. Die Substanz wird mehr erhalten, weil wir mehr in den vorhandenen Gebäuden erreichen. All das ist erfolgt.

Es gibt inzwischen eine neue Diskussionslage, auch auf Druck der Feuerwehr, die sich fragt, warum sie sich immer abstrampeln muss und keine gesetzliche Regelung kommt. Deshalb haben die Länder Saarland und Rheinland-Pfalz das sozusagen als Pilotprojekt in ihre Bauordnungen aufgenommen, um Druck auf die Bauministerkonferenz zu machen. Den Entwurf von Rheinland-Pfalz haben Sie praktisch abgeschrieben, ob zu 99 oder zu 100 %, das vermag ich nicht zu sagen.

Das Land Hessen hat in der Bauministerkonferenz einen Antrag gestellt, das jetzt zum Thema zu machen, und es wird bis zum Sommer entschieden werden, ob man sich einheitlich auf eine solche Formulierung in einer Musterbauordnung und damit auf eine Aufnahme in die Länderbauordnungen einigen kann. Wenn das nicht geschieht – Sie haben meinen Presseartikel von gestern schon zitiert; ich hoffe, Sie haben ihn zu Ende gelesen –, werden wir als CDU-Fraktion in Hessen zumindest dem Weg der Länder Saarland und Rheinland-Pfalz folgen und eine gesetzliche Regelung schaffen, die unbürokratisch ist und alle anderen rechtlichen Fragen, die es rundherum gibt, außer Acht lässt, z. B. die Frage, wer das alles kontrolliert oder welches Bauprodukt genommen werden darf.

(Zuruf des Abg. Dieter Posch (FDP))

Wir werden es so machen wie in Rheinland-Pfalz. Damit kommen wir sehr nahe an Ihren Gesetzentwurf heran. Daher sage ich zum praktischen Verfahren, weil wir uns über die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von Rauchmeldern hier nicht streiten wollen: Wir werden Ihren Gesetzentwurf, den Sie hier eingebracht haben, in den Ausschüssen normal debattieren. Wir werden ihn sowieso über die Sommerpause hinwegretten müssen, weil wir das nicht schon beim nächsten Mal in die zweite Lesung bringen können. In der Zeit werden wir die Entwicklung abwarten und dann gemeinsam zu einem Gesetzestext kommen. Insofern sind Ihr Ansinnen und Ihr Gesetzentwurf nicht verkehrt. Es fällt auf fruchtbaren Boden, und Sie rennen bei uns offene Türen ein. Wir sind in diesem Bereich bereits aktiv. Aber es ist nicht verkehrt, dass Sie es noch einmal gebracht haben. Es war nicht falsch. – Vielen Dank, wir werden den Brandschutz in Hessen unterstützen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Abg. Frömmrich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Milde, es ist schön, dass Sie Zustimmung signalisieren. Nachdem wir auf verschiedensten Veranstaltungen, ich z. B. zuletzt beim Feuerwehrverbandstag in Hofgeismar, den Worten Ihres Innenministers gelauscht haben, glaube ich, dass es eine breite Mehrheit für dieses Thema gibt. Wenn es eine breite Mehrheit gibt, frage ich mich, warum wir die Behandlung unseres Antrags verschieben mussten. Er stand schon auf der Tagesordnung der letzten Plenarsitzung, und er stand auch schon für die Sitzung im Ausschuss an. Von Ihrer Fraktion ist damals gebeten worden, ihn zu verschieben, damit man sich noch einmal abstimmen könne.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wenn das so weit gediehen ist, wie Sie hier sagen, dann hätte man den Antrag auch behandeln können.

Meine Damen und Herren, Wohnungsbrände – das ist hier gerade schon erwähnt worden – haben dramatische Folgen für Leib und Leben von Menschen. Die meisten Menschen sterben nicht an den Flammen, sondern durch giftige geruchlose Rauchgase, z. B. Kohlenmonoxid, das den Menschen im tiefen, festen Schlaf lässt, anstatt ihn zu wecken. 70 % der Brandopfer werden im Schlaf überrascht. Rauchmelder können also Leben retten. Sie geben selbst bei wenig Rauch Alarm, das schafft Zeit, sich und andere in Sicherheit zu bringen und die Feuerwehr zu alarmieren.

Höchstens 7 % der Haushalte in Deutschland sind mit diesen Geräten ausgestattet. Für öffentliche Gebäude wie beispielsweise für Hotels sind Rauchmelder Pflicht, für Privathaushalte, in denen vier Fünftel der Brände entstehen, jedoch nicht. In den meisten Bundesstaaten in den USA und in Kanada sind diese Geräte längst vom Gesetzgeber vorgeschrieben. 80 % der Haushalte sind dort bereits mit diesen Geräten ausgestattet.

(Florian Rentsch (FDP): Natürlich!)

Auch in Großbritannien und Skandinavien besitzen über 50 % der Wohnungen dank intensiver Aufklärung durch die Feuerwehren mindestens einen Rauchmelder. Durch ihren Einsatz, so schätzen offizielle Studien, ist die Anzahl der Brandopfer um 45 % zurückgegangen.

Nun ist offensichtlich auch in der CDU die Einsicht gewachsen, in dieser Frage etwas zu unternehmen. Wie man auf dem Feuerwehrverbandstag in Hofgeismar erfahren konnte, ist der Innenminister nun auch bereit, einer gesetzlichen Regelung nicht mehr ablehnend gegenüberzustehen. Er verweist allerdings auch darauf, dass man erst den Versuch unternehmen wolle, eine bundesgesetzliche Regelung herbeizuführen.

Wenn Sie jetzt auf einmal in die Puschen kommen, begrüßen wir das ausdrücklich. Aber ich frage Sie, warum Sie das nicht viel früher gemacht haben und warum Sie nicht viel früher diesen Druck aufgebaut haben.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich könnte Ihnen hier Pressemitteilungen der Feuerwehrverbände von vor weiß ich nicht wie vielen Jahren vorlesen, ich kann Ihnen auch jetzt die zum 50. Jahrestag verabschiedete Resolution zu Rauchmeldern vorlesen. – Wir begrüßen es, dass die CDU in dieser Frage in Bewegung kommt, aber es wäre doch schön gewesen, wenn wir in diesem Punkt schon etwas weiter wären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihren Blick noch einmal auf einen Punkt lenken, den Herr Kollege Milde angesprochen hat. Wenn wir eine gesetzliche Regelung vorschreiben, werden wir uns nur in dem Neubaubestand bewegen. Es muss auch eine Lösung gefunden werden, wie man im Altbaubestand, in dem durch die Bausubstanz die meisten Brände entstehen, zu einer wirtschaftlichen Lösung kommen kann. Aus diesem Grund fordere ich an dieser Stelle die Versicherungswirtschaft auf, einen Rauchmelderbonus in die Feuerversicherung der Gebäudevversicherung einzuführen. Damit würde der Einbau vor allem im Wohnungsbestand deutlich vorangetrieben.

Im Unterschied zu einer gesetzlichen Regelung, die im Übrigen nur im Neubau wirkt, setzen wir damit auf eine freiwillige Lösung und damit auch auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger.

Dieser Bonus wäre praktisch eine Win-Win-Situation, weil viele davon profitieren würden. Die Versicherungen würden davon profitieren, weil die Schadenssummen nicht mehr so hoch sind, die Versicherten würden durch geringere Beiträge profitieren. Damit hätten wir eine Win-Win-Situation.

Nachdem sich auch gerade die Feuerwehren ganz drastisch dafür einsetzen, dass wir auch im vorbeugenden Brandschutz etwas machen, müssen wir jetzt wirklich in die Puschen kommen, den Feuerwehren entgegenkommen und eine gesetzliche Regelung schaffen. Ich würde mich freuen, wenn wir bei den Debatten in den zuständigen Ausschüssen zu einer schnellen Lösung kommen, die dann auch den Forderungen der Feuerwehren gerecht wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ein kurzer Zwischenruf an die Geschäftsführer: Wir müssen überlegen, welchen Tagesordnungspunkt wir noch vor der Mittagspause nach diesem Tagesordnungspunkt aufrufen.

Das Wort hat Herr Abg. Posch für die FDP-Fraktion.

**Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kaum haben wir die Frage der schlankeren Gesetze und der Standards, die in Gesetzen enthalten sein müssen, diskutiert, fordern wir einen Tagesordnungspunkt später stärkere und strengere Maßnahmen. – Das nur als Vorbemerkung.

Die Frage der Rauchmelder ist bei der Novellierung der Hessischen Bauordnung in der letzten Legislaturperiode kontrovers diskutiert worden. Ich will die Berechtigung von Rauchmeldern überhaupt nicht bestreiten. Das, was hier in der Sache gesagt worden ist, dass sie Schäden verhindern und Leben retten können, ist völlig unstrittig. Die Frage ist nur, ob dies schon wieder gesetzlich kodifiziert werden muss. Wenn man es gesetzlich kodifiziert, dann muss auch sichergestellt werden, dass diese Regelung eingehalten wird. Ich übertreibe jetzt einmal: Man muss neben jeden Rauchmelder einen Aufsichtsbeamten stellen, nur dann ist zu erreichen, was wir tatsächlich wollen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Frömmrich, Sie haben gesagt, dass durch Aufklärung das Verantwortungsbewusstsein der Menschen gestärkt worden ist und die Menschen Rauchmelder angeschafft haben. Ja bitte, dann machen wir es doch so. So können wir erreichen, dass Schäden vermieden werden.

(Beifall bei der FDP)

Es ist eine Sache der Architekten und der Bauherren, sich dieser Verantwortung bewusst zu sein und zu sagen: Dann kaufe ich eben so ein Ding für 2,99 € bei Obi oder wo auch immer und baue es ein. – Müssen wir denn alles in dieser Welt regeln und dafür sorgen, dass ein Aufsichtsbeamter daneben steht?

(Beifall bei der FDP)

Herr Milde, Sie haben gesagt, Sie wollten einmal sehen, was sich auf Bundesebene abspiele. Meine Damen und Herren, es gibt seit über 20 Jahren eine Diskussion über die Bauordnung, bestimmte Dinge bundeseinheitlich zu regeln, das ist die Diskussion um die Mustersatzung gewesen. Die Mustersatzung – das habe ich zu einem anderen Zeitpunkt schon gesagt – kenne ich schon aus dem Studium. Sie wurde nämlich bei den Juristen immer als Beispiel für das Verwaltungsrecht genommen. Es ist in der Tat gelungen, innerhalb der Musterbauordnung verbindliche Regelungen einzuführen. Wenn jetzt andere Länder ausbüchsen, dann ist das nicht unbedingt ein Grund, dass wir diesem Ausbüchsen anderer Länder folgen. Wir appellieren an diejenigen, die Bauherren sind, das zu tun. So muss es doch auch möglich sein, eine solche Sache zu erreichen.

Ich fasse unsere Sicht zusammen: Erstens sind Rauchmelder sinnvoll, sie können genau das erreichen, was wir hier gesagt haben. Zweitens werden verantwortungsbewusste Bauherren Rauchmelder einbauen. Es handelt sich nach unserer Auffassung um eine in eigener Verantwortung zu treffende Entscheidung.

Im Übrigen sage ich zum Verfahren: Man sollte jetzt nicht eine isolierte Vorschrift bei der Hessischen Bauordnung ändern. Sie wissen, dass wir in der Hessischen Bauordnung seinerzeit eine Vorschrift beschlossen haben, die uns ohnehin verpflichtet, einen Erfahrungsbericht entgegenzunehmen. Bei der Diskussion um den Erfolg der Bauordnung könnte man das aufgreifen. Einen eigenen Gesetzgebungsvorgang wegen dieser Angelegenheit halten wir aus diesem Grund schlicht und ergreifend für völlig unvertretbar. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Dr. Alois Rhiel.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann die Position der Landesregierung mit wenigen Worten zusammenfassen.

Erstens. Wir unterstützen grundsätzlich diese Initiative. Herr Posch hat darauf hingewiesen, sie ist damals im Rahmen der Bauministerkonferenz bei der Erarbeitung einer Mustersatzung diskutiert worden. Damals haben sich alle Bundesländer entschieden, dies nicht durch Gesetz festzulegen. Diese Vereinbarung gilt, auch wenn jetzt zwei Länder ausgeschert sind. Im Sinne eines Miteinanders gehört diese Beratung in die Bauministerkonferenz, also an den Ort, an dem wir damals diese Vereinbarung getroffen haben. Ich habe bereits den entsprechenden Antrag gestellt.

In der Bauministerkonferenz sind übrigens Minister aller Parteien vertreten: Minister der SPD, der FDP und auch ein Minister der GRÜNEN, nämlich der Kollege Vesper aus Nordrhein-Westfalen, der diese Position ausdrücklich unterstrichen hat. Deswegen verstehe ich diese parteipolitische Auseinandersetzung hier überhaupt nicht.

Zweiter Punkt. Wir sollten festhalten, dass dieser Gesetzentwurf einen wesentlichen Bereich außen vor lässt, nämlich die Altbauten. Wenn wir eine Regelung schaffen, müsste sie auch diesen Bereich einbeziehen.

Der dritte Punkt, den ich hier ansprechen möchte, ist auch im Hinblick auf die Wohnungsinhaber und -mieter wichtig. Wir müssen erkennen, dass die Einführung einer solchen gesetzlichen Pflicht heute dadurch erleichtert wird, dass die Technik weit fortgeschritten ist. Es gibt heute technologische Lösungen, durch die sich ein solcher Sicherheitsstandard bereits mit einem wesentlich geringeren Aufwand realisieren lässt. Deshalb stellt auch die Einbeziehung von Altbauten kein finanzielles Problem mehr dar.

Zu Beginn ist kritisiert worden, dass wir uns mit unserem gemeinsamen Vorgehen gegen den Föderalismus richteten und dass dies – das wird irrtümlich hier gesagt – eine Verstärkung der bürokratischen Instanzen bedeute. Genau das ist aber nicht der Fall.

Die Unternehmen, die solche Anlagen herstellen und vertreiben, klagen immer wieder darüber, dass es in den Bundesländern zu viele unterschiedliche Regelungen und Vorschriften gebe. Wenn wir uns bemühen, bundesweit – nicht durch ein Bundesgesetz, wohlgerne, sondern durch eine freiwillige Vereinbarung der Länder – eine



möglichst einheitliche Regelung zu schaffen, tragen wir dazu bei, die bürokratischen Hemmnisse zu reduzieren, anstatt sie zu vergrößern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die erste Lesung des Gesetzentwurfs beendet.

Es ist vereinbart, dass er zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und dem Innenausschuss, beteiligt, überwiesen wird. – Dem widerspricht niemand. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes – Drucks. 16/2192 –**

Eine Aussprache wird nicht gewünscht.

(Nicola Beer (FDP): Aber die Sozialministerin muss den Gesetzentwurf einbringen!)

– Das ist richtig. – Frau Ministerin Lautenschläger wird den Gesetzentwurf einbringen.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Landesregierung hat zum Ziel, die seit der letzten Novellierung des Heilberufsgesetzes im Jahr 2002 eingetretene Entwicklung auf den Sektoren des EU-Rechts und des Bundesrechts sowie in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu berücksichtigen.

Eine wesentliche Änderung betrifft die Einführung einer neuen Bezeichnung für das Gebiet Allgemeinmedizin und die dazugehörigen Folgeregelungen. Hintergrund für die vorgesehene Einführung der neuen Gebietsbezeichnung ist eine Einigung des Bundes und der Länder mit der EU-Kommission zur Vermeidung eines Verfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof. Diplomhaber aus EU-Ländern mit der Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung „Praktische Ärztin“ oder „Praktischer Arzt“ dürfen nun die Bezeichnung „Fachärztin für Allgemeinmedizin“ oder „Facharzt für Allgemeinmedizin“ führen.

Ich darf in dem Zusammenhang auch daran erinnern, dass bereits bei der Einbringung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Heilberufsgesetzes am 26. September 2002, der die Umsetzung der EU-Richtlinie 2001/19/EG und dabei insbesondere die Auswirkungen auf die spezifische Ausbildung in der Allgemeinmedizin zum Gegenstand hatte, auf die Möglichkeit eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission hingewiesen wurde.

Als Folge der Einigung, die nun erreicht werden konnte, wurde eine Änderung des Heilberufsgesetzes erforderlich, die auch Übergangsregelungen umfasst. Die Verpflichtung zur Änderung des Heilberufsgesetzes in diesem Bereich betrifft alle Bundesländer.

Antragsteller, die die Voraussetzungen der EU-Richtlinie erfüllen, erhalten im Vorgriff auf die Gesetzesänderung schon jetzt die Erlaubnis zum Führen dieser Bezeichnung. Weitere Änderungen im Heilberufsgesetz, die andere Ge-

bierte der ärztlichen Weiterbildung betreffen, tragen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Führung der Gebietsbezeichnung „Allgemeinmedizin“ Rechnung. Aber sie betreffen auch die künftige Zuständigkeit der Landesärztekammer Hessen. – Ich möchte Sie um die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf in den Beratungen der Ausschüsse bitten.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit ist der Gesetzentwurf eingebracht.

Er soll nach der ersten Lesung dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Widerspricht dem jemand? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 71** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen – Drucks. 16/2234 zu Drucks. 16/2050 neu –**

Dieser Gesetzentwurf ist die Grundlage unserer Beschlussfassung, da ihn der Haushaltsausschuss zur zweiten Lesung unverändert an uns zurücküberwiesen hat. Damit können wir in die Beratung eintreten. Es ist keine Aussprache gewünscht. Damit kommen wir zur Beschlussfassung in zweiter Lesung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Bericht muss sein!)

– Leute, ihr müsst geduldiger sein. – Dazu ist eine Berichterstattung notwendig. Berichterstatter ist Herr Abg. Hoff. – Dr. Jung übernimmt die Berichterstattung.

**Dr. Franz Josef Jung (Rheingau), Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich übernehme gern die Aufgabe, für den Kollegen Hoff den Bericht zu erstatten.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 32. Plenarsitzung am 23. März 2004 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 5. Mai 2004 beraten und ist einstimmig zu der von mir wiedergegebenen Beschlussempfehlung gekommen. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum nicht immer so?)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Dr. Jung. – Dann stimmen wir in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf ab. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Gesetzentwurf einstimmig angenommen worden und wird zum Gesetz erhoben.



Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 6:**

**Bericht des Landesschuldenausschusses nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 (GVBl. S 93); hier: 52. Bericht über die Prüfung der Schulden im Haushaltsjahr 2002 nach § 6 Abs. 2 des Hessischen Schuldengesetzes – Drucks. 16/2143 –**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist keine Aussprache vorgesehen. Es ist vereinbart worden, ihn an den Haushaltsausschuss zu überweisen. Widerspricht dem jemand? – Dann verfahren wir so.

Jetzt müsste ich eigentlich die Tagesordnungspunkte 7, 11, 16 und 19 aufrufen. Das schaffen wir bis zur Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs aber nicht mehr.

(Nicola Beer (FDP): Tagesordnungspunkt 8!)

– Tagesordnungspunkt 8; das muss man mir laut zurufen.  
– Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Antrag der Abg. Eckhardt, Faeser, Habermann, Hartmann, Hofmann, Hofmeyer, Pighetti, Rudolph, Schaub, Siebel, Tesch, Waschke (SPD) und Fraktion betreffend Schaffung einer Härtefallkommission in Hessen – Drucks. 16/2015 –**

Fünf Minuten Redezeit pro Fraktion sind vereinbart. Das Wort hat Frau Kollegin Waschke für die SPD-Fraktion.

**Sabine Waschke (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kolleginnen, meine Damen und Herren! Während der Sitzung des Petitionsausschusses in der vergangenen Woche ist mir noch einmal klar geworden, wie wichtig und richtig unser Antrag auf Einrichtung einer Härtefallkommission in Hessen ist.

(Beifall bei der SPD)

„Gesetze können nicht so formuliert werden, dass sie Härtefälle ausschließen.“ Das ist ein Zitat aus dem Bericht der Süsmuth-Kommission. Das ist vielen von uns in der besagten Sitzung klar geworden. Wie kam es dazu? Eine Kollegin hat eine Petition zur Berücksichtigung angemeldet – die erste zur Berücksichtigung angemeldete Petition in dieser Legislaturperiode. Während der Diskussion haben wir mehrfach nach unseren humanitären Spielräumen gefragt. Weder die Frau Staatssekretärin noch sonst jemand konnte diese Frage beantworten, denn wir haben keine Spielräume.

Aus humanitären Gründen muss es aber eine Möglichkeit geben, Menschen in extremen Notsituationen ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu geben. Auch bei den Vermittlungsgesprächen über das Zuwanderungsgesetz war der Vorschlag, eine Härtefallkommission einzurichten, im Gegensatz zu anderen Überlegungen unstrittig. CDU-Ministerpräsident Müller aus dem Saarland hat sich hierfür stark gemacht, und auch der Innenminister von Baden-Württemberg, Thomas Schäuble, befürwortet die Einrichtung einer Härtefallkommission. In anderen Bundesländern – Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin – arbeiten solche Kommissionen bereits sehr erfolgreich. Mit unseren Forderungen befinden wir uns in guter Gesellschaft mit den Kirchen in Hessen, den Flüchtlingsorganisationen, den Wohlfahrtsverbänden, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte und vielen anderen.

Im Unterschied zum Petitionsausschuss setzt sich die Härtefallkommission aus Personen zusammen, die über langjährige Erfahrungen im Bereich der Flüchtlings- und Ausländerarbeit verfügen. Auch die Mitglieder des Petitionsausschusses sollten nach unseren Vorstellungen die Härtefallkommission anrufen können, um sich in humanitären Fragen fachlich beraten zu lassen. Das Recht der Abgeordneten, eine eigene Entscheidung zu treffen, wird nicht beschnitten, da die Äußerungen der Härtefallkommission nur einen empfehlenden Charakter haben. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich die Verfahren im Petitionsausschuss auf diese Weise verkürzen ließen.

Wie sieht im Moment die Wirklichkeit aus? Wir Abgeordneten bearbeiten die uns vorliegenden Petitionen, telefonieren herum, versuchen, uns durch ein Wirrwarr von Gesetzen zu lesen, sprechen mit den Mitarbeitern des Petitionsreferates, stellen eine Petition zur Beratung – und entscheiden dann in manchen Fällen doch noch nicht. So gesehen ist die Härtefallkommission keine Konkurrenz zum Petitionsausschuss, sondern eine notwendige Ergänzung.

Wir würden mit der Einrichtung einer Härtefallkommission für die gebotene Einzelfallgerechtigkeit sorgen. Es gibt Fälle, die können durch gesetzliche Vorgaben nicht erfasst werden. Ich will Ihnen hierzu ein Beispiel nennen. Es geht dabei um Folter. Folter ist kein Asyl begründender Aspekt, wenn nicht nachgewiesen werden kann, dass jemand aufgrund politischer Verfolgung gefoltert worden ist. Ein klassisches Beispiel in diesem Bereich sind Frauen, deren Männer politisch verfolgt werden. Wenn diese Frauen gefoltert werden, werden sie nicht als Flüchtlinge anerkannt, weil sie nicht nachweisen können, dass sie selbst politisch verfolgt werden. Das ist ein klassischer Fall, der klarmacht, dass Menschen immer wieder durch gesetzliche Raster fallen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist meine feste Überzeugung – ich sage das ausdrücklich auch als Christin –: Wir müssen Menschen in sehr schwierigen Lebenssituationen einen dauerhaften Schutz in unserem Land gewähren. Wenn geltende Gesetze Schutzlücken aufweisen, müssen wir Möglichkeiten finden, um Menschen in besonderen Härtesituationen helfen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb fordert die SPD-Fraktion die Einrichtung einer Härtefallkommission in Hessen. Ich bitte Sie dabei um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Beuth für die Fraktion der CDU.

**Peter Beuth (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird den Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung einer Härtefallkommission ablehnen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Frau Kollegin Waschke, das, was Sie gerade eben vorgetragen haben, ist leider nur zum Teil die Wahrheit. Wenn ich daran denke, wie verantwortungsvoll im Petitionsausschuss mit Petitionen und Härtefällen umgegangen wird, dann muss ich sagen: Sie sind in Ihrem Redebeitrag der Arbeit des Petitionsausschusses nicht gerecht geworden.

Eine Kommission – oder auch ein Ausschuss – kann sich über geltendes Recht nicht hinwegsetzen. Deswegen ist es völlig sinnlos, eine Härtefallkommission einzurichten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, hier ist eine Petition angesprochen worden, bei der es um eine türkische Familie ging. Ich will diesbezüglich an die Themen Asyl und EU-Beitritt anknüpfen, die wir heute Morgen miteinander beraten haben. Das nur als Replik.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Petitionsausschuss des Hessischen Landtags befasst sich mit Einzelfällen und Einzelschicksalen. Die Abgeordneten, die in diesem Ausschuss sehr verantwortungsvoll arbeiten, sind selbstverständlich in der Lage, sich mit der Hilfe und Unterstützung des Ministeriums und des Petitionsreferats einen Einblick in die einzelnen Sachverhalte, aber auch in die Rechtslage zu verschaffen. Sie sind somit fähig, vernünftige und abgewogene Entscheidungen zu treffen. Wir müssen uns aber nach dem im Moment geltenden Ausländergesetz richten. Weder der Petitionsausschuss noch eine Härtefallkommission könnte sich darüber hinwegsetzen.

Wir haben bereits in der Aussprache zum Petitionsbericht vor einigen Wochen gemeinsam festgestellt, dass der Petitionsausschuss des Hessischen Landtags über Rechte verfügt, die weit über die Rechte hinausgehen, die die Petitionsausschüsse anderer Landtage haben. Die Betroffenen einer Ausländerpetition sind zunächst geschützt und nicht unmittelbar von Abschiebung bedroht. Die Behörden warten das Ergebnis des Petitionsverfahrens ab. Das kann man doch nicht einfach außen vor lassen, sondern man muss hier klar zur Kenntnis nehmen, dass wir in Hessen mit dem Petitionsausschuss bereits eine Art Härtefallkommission haben, die mit sehr weit reichenden Rechten ausgestattet ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich mir den Antrag der SPD-Fraktion anschau, dann sticht mir die unter Punkt 2 a vorgeschlagene Zusammensetzung der Härtefallkommission ins Auge. Wenn ich dann lese, die Personen, die sich um die Härtefälle kümmern, sollen „über eine gewisse fachliche und sachliche Qualifikation verfügen“, dann muss ich fragen: Was bedeutet „gewisse fachliche und sachliche Qualifikation“? Das sind aber dünne Ansprüche, die die SPD hier stellt. Ich denke, dass die Abgeordneten des Hessischen Landtags über ausreichende sachliche und fachliche Qualifikationen verfügen,

(Petra Fuhrmann (SPD): Da haben wir starke Zweifel!)

um in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium und dem Petitionsreferat vernünftige und gute Entscheidungen zu treffen – wahrscheinlich sogar bessere Entscheidungen, als sie eine Härtefallkommission treffen könnte, weil wir eine politische Einordnung vorzunehmen und die politische Verantwortung zu tragen haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Peter Beuth (CDU):**

Bei fünf Minuten Redezeit erlaube ich keine Zwischenfragen.

Lassen Sie mich noch einen Punkt aufgreifen, den ich ziemlich heftig finde. Wir haben in Hessen ein in der Verfassung verbrieftes Petitionsrecht. Man könnte jetzt, freundlich ausgedrückt, sagen, Sie formulieren in Ihrem Antrag die Großzügigkeit, dass sich das Verfassungsgremium Petitionsausschuss am Ende an eine Härtefallkommission, die in jedem Fall eine mindere Legitimation hätte, wenden darf. Meine Damen und Herren, wo sind wir denn? Der Petitionsausschuss ist so ziemlich das am besten legitimierte Gremium, das man sich in diesem Bereich vorstellen kann. Deswegen soll es auch so bleiben, dass sich der Petitionsausschuss mit diesen Fragen beschäftigt. Wir werden im Petitionsausschuss als Abgeordnete unsere Verantwortungsbereitschaft zeigen.

Wir haben im Petitionsausschuss in der Vergangenheit sehr verantwortungsvoll, in der Regel außerordentlich einig und ausgesprochen fair eine vernünftige und gute Arbeit geleistet. Diese Aufgabe sollten wir in diesem Gremium als Abgeordnete, die sich für die Menschen in unserem Lande einsetzen, auch weiterhin wahrnehmen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Peter Beuth (CDU):**

Ich komme zum Schluss. – Lassen Sie mich noch auf einen Artikel zurückkommen, der im März in der „Fuldaer Zeitung“ erschienen ist. Dort hat die Kollegin Waschke ein Expertenhearing gemacht. Darin ist ein so genannter Experte zitiert:

Ich habe noch nie erlebt, dass der Petitionsausschuss des Hessischen Landtages etwas gebracht hat.

Meine Damen und Herren, dieser Mensch ist unerträglich ahnungslos. Das ist eine grobe Missachtung der Arbeit des Petitionsausschusses, weil dieser Petitionsausschuss mithilfe der Abgeordneten vielen Menschen in unserem Land bereits geholfen hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Frömmrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Mit dem schließt sich das Thema Entbürokratisierung ab!)

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Beuth, nach Ihrer Rede muss ich wirklich sagen, dass Sie das Thema des heutigen Tages verfehlt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn man sich hierhin stellt und so tut, als sei die Einrichtung einer Härtefallkommission etwas Exotisches, dann sollte man vielleicht einmal den Blick in andere Bundesländer wenden: nach Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin. Genau in diesen Bundesländern existieren nämlich bereits Härtefallkommissionen, und zwar sehr positiv, wie uns berichtet wird.

(Zurufe von der CDU)

Ich würde Ihnen empfehlen, vielleicht den Blick einmal in diese Richtung zu wenden. Es ist schon ein bisschen unerträglich, dass Sie auf der einen Seite argumentieren, der gesetzliche Rahmen gebe es gar nicht her, deswegen gehe das alles nicht, und auf der anderen Seite in Berlin alles verhindern, was eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen würde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Hör doch auf!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es ist nicht das erste Mal, dass wir im Hessischen Landtag über Härtefallkommissionen reden. Das sage ich auch in Richtung SPD. Wir als GRÜNE haben zweimal im Hessischen Landtag versucht, Härtefallkommissionen einzuführen. Das ist damals leider am Widerstand und den Gegenstimmen der SPD gescheitert. Ich freue mich, dass in der SPD-Fraktion der Lernprozess eingesetzt hat.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich sehe es auch im Petitionsausschuss, dass mittlerweile erkannt wird, dass wir dringend eine Härtefallkommission brauchen. Es gibt in der Auslegung des Ausländergesetzes Anwendungsprobleme, die zu einer Härte für die Betroffenen führen, so z. B. in vielen Fällen bei geduldeten Ausländern. Der Grund für ihr aus integrationspolitischer Sicht bedenklich problematisches Versagen einer Aufenthaltsgenehmigung ist der Bezug von Sozialhilfe. Hier führten ein noch so langer Aufenthalt und eine gesellschaftliche Integration nicht zur Verfestigung des Aufenthalts. Dabei sind es oft nicht die Betroffenen, die den Sozialhilfebezug verschulden.

Vor diesem Hintergrund ist es daher besonders zynisch, wenn diesen Menschen, die versucht haben, eine Arbeitslaubnis zu erhalten und die gerne gearbeitet hätten, vorgeworfen wird, von Sozialhilfe zu leben, und aus diesem Grund der begehrte Aufenthaltstitel versagt wird.

Meine Damen und Herren, hier laufen auch die so genannten Altfallregelungen ins Leere und stellen keine adäquate Lösung dar. Die Bleiberechtsregelungen der Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder für Flüchtlinge und Asylsuchende von 1999 und 2001 führen zu Aufenthaltserlaubnissen und die wiederum zu Arbeitsberechtigungen. Sie haben zu einer erheblichen Reduktion der Belastung von Gerichten und einer Entlastung der Sozialkassen geführt. Ihre Voraussetzungen sind aber teilweise so eng, dass dennoch viele Ungerechtigkeiten bestehen und viele Menschen durch das Raster fallen.

In Hessen setzen sich seit 1997 auch Wohlfahrtsverbände, Kirchen, der Hessische Flüchtlingsrat, die AGAH, Pro Asyl, Gewerkschaften und andere Einrichtungen für die

Einführung einer solchen Kommission ein – leider bisher ohne Erfolg.

Die Forderung nach einer Härtefallkommission kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es uns gelingen muss, rechtliche Rahmenbedingungen zu ändern. Im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes ist im geplanten Aufenthaltsgesetz eine Härtefallregelung in Form eines Aufenthalts aus humanitären Gründen geplant. Sie sieht für die Bundesländer die Möglichkeit vor, Härtefallkommissionen einzurichten, die im Falle des Vorliegens einer dringenden humanitären oder persönlichen Härte eine Empfehlung an die zuständige Ausländerbehörde geben können. Das ist doch der gesetzliche Rahmen, der geändert werden kann. Sie tun in Berlin alles, um eine Verbesserung der gesetzlichen Regelung zu verhindern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Regelungen bieten die Möglichkeiten, auch Fälle zu lösen, in denen die allgemeinen Erteilungsvoraussetzungen nicht erfüllt werden, die Ausreise oder Abschiebung des Betroffenen aber trotzdem eine besondere Härte darstellt. Herr Kollege Beuth, wir sitzen zusammen im Petitionsausschuss des Hessischen Landtags. Wir alle haben diese Fälle liegen. Wir alle kämpfen darum, humanitäre Lösungen zu finden. Dann finde ich es an der Sache vorbei argumentiert, wenn Sie sich hierhin stellen und sagen: Das geht alles nicht; wir wollen das nicht; die Härtefallkommission ist Quatsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, jedes Mitglied im Petitionsausschuss wird sich oft wünschen, eine humanitäre Lösungsmöglichkeit für solche Fälle zu haben, auch die Damen und Herren von der CDU, Herr Kollege Gotthardt.

(Frank Gotthardt (CDU): Was meinen Sie, was die Härtefallkommission anders als der Petitionsausschuss machen soll?)

Vor diesem Hintergrund fordern wir nun noch einmal den Ministerpräsidenten dieses Landes auf, Regelungen im Vermittlungsausschuss nicht weiter zu blockieren. Hier wird auf eine unerträgliche Art und Weise auf Kosten wehrloser Menschen ein gesellschaftliches Spiel gespielt und gepokert. Das geht so nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ein letzter Satz. – Herr Kollege Beuth, wenn Sie mir nicht glauben, sollten Sie vielleicht die Briefe lesen, die vom Landeskirchenamt an Sie geschickt werden. Das schreibt nämlich:

Gestatten Sie mir als Mitglied der Härtefallkommission von Nordrhein-Westfalen, in der seit 1996 mehr als 4.000 Härtefälle im Rahmen des geltenden Rechts besprochen und entschieden wurden, für die Einrichtung einer Härtefallkommission in Hessen zu werben.



(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Wenn Sie uns das nicht glauben, dann glauben Sie es den Kirchen, denn die wissen auch, wovon sie reden. Die haben tagtäglich mit diesen Fällen zu tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Abg. Hahn, FDP-Fraktion.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei einem hat der Kollege Frömmrich Recht. Die GRÜNEN haben hier schon einmal einen Antrag eingebracht, und zwar im Jahre 2002. Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP abgelehnt worden. Dieser Vortrag ist richtig. Herr Kollege Frömmrich, ansonsten hat das, was Sie hier in relativer Erregung über dieses Thema vorgetragen haben, mit der Verfassungswirklichkeit und mit den Verfassungsworten nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir in unserer Hessischen Verfassung – ich schätze, das ist zwischen den Fraktionen bei der Reform unstrittig – einen Art. 16 haben. Art. 16 HV lautet:

Jedermann hat das Recht, allein oder gemeinsam mit anderen, Anträge oder Beschwerden an die zuständige Behörde oder an die Volksvertretung zu richten.

Das ist – darauf hat Kollege Beuth hingewiesen – die Grundlage für den Ausschuss, den wir hier haben und den wir Petitionsausschuss genannt haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist die verfassungsmäßige Grundlage für die Arbeit unseres hessischen Parlaments auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch für das Recht, das die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gegenüber uns, dem Parlament, haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Hahn, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein!)

– Gut.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Kolleginnen und Kollegen von Sozialdemokraten und GRÜNEN, wenn Sie das Recht aushöhlen wollen, dann sagen Sie es laut und deutlich.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nämlich nichts anderes, als das Recht des Art. 16 HV auszuhöhlen. Man kann nicht etwas daneben, darüber oder darunter stellen. Immer dann, wenn es um die Fragen geht, die verwaltungsmäßig nicht so abgearbeitet werden konnten oder wurden, wie es sich die Bürger erwünscht haben, haben sie ihre Anlaufstelle beim Petitionsaus-

schuss. Der Petitionsausschuss kann in der seit Jahrzehnten geübten Art und Weise hervorragend entscheiden. Alles das, was Sie daneben, darüber und darunter stellen, ist schlicht Murks, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Das hat mit der Hessischen Verfassung nichts zu tun.

Lassen Sie mich deshalb für die FDP-Fraktion sagen: Wir werden weiterhin dagegen sein, eine entsprechende Härtefallkommission einzurichten, weil wir die Arbeit des Petitionsausschusses nicht desavouieren wollen, weil wir der Auffassung sind, dass der Petitionsausschuss in den Jahren – Herr Frömmrich, ob das 4.000 Fälle sind – Entscheidungen hervorragend getroffen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema mit der Diskussion zu verknüpfen, die auf der Berliner Ebene stattfindet, wie es insbesondere Herr Frömmrich getan hat, das hat überhaupt nichts miteinander zu tun.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich!)

Ich bin mit Ihnen der Auffassung, dass es unerträglich ist, dass zwei Parteien in Deutschland zurzeit verhindern wollen, dass eine Einigung über das Einwanderungsproblem zustande kommt. Diese Parteien heißen Union und GRÜNE – damit das einmal vollkommen klar ist.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Frömmrich, es war gerade Ihr grandioser Bundesvorsitzender Bütikofer, der am letzten Montag erklärt hat, es sei Schluss mit lustig.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reißen Sie doch einmal die gelben Tennisbälle von den Augen!)

– Sie können noch so laut brüllen. Ganz Deutschland weiß, dass die GRÜNEN aus der Diskussion über einen Zuwanderungskompromiss ausgestiegen sind.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das wissen alle GRÜNEN. Wenn Sie es noch nicht wissen, empfehle ich Ihnen: Rufen Sie Herrn Schily an. Er kann es Ihnen in seiner Art und Weise bestätigen, dass die GRÜNEN ausgestiegen sind.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie sich auf Schily berufen! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass der grüne Parteirat am vergangenen Samstag genau dasselbe gemacht hat. Also hören Sie auf, hier Krokodilstränen zu verdrücken. Auf dieser Seite sitzen Blockierer, und auf jener Seite sitzen die Jung-Blockierer. Das ist die Thematik.

(Beifall bei der FDP – Wortmeldung des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

– Herr Kollege Bökel, auch ich werde Ihnen keine Zwischenfrage zubilligen. – Das hat aber alles nichts damit zu tun, und jetzt kommen wir wieder ganz entspannt zum Thema, dass wir einen hervorragend arbeitenden Petitionsausschuss im Landtag haben,

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass dieser Ausschuss seine Grundlage in Art. 16 unserer Verfassung hat und dass alles andere, was daneben gemacht werden soll, falsch ist, weil es nicht so erfolgreich



arbeiten kann wie der Petitionsausschuss. Deshalb wird Ihr Antrag abgelehnt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung verbleibt bei ihrer Auffassung, die wir in der Debatte vor zwei Jahren hatten. Ich kann das kurz machen; die Kollegen Beuth und Hahn haben die wesentlichen Gründe dargelegt.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wobei die „Blockade“ von Herrn Hahn zurückgewiesen wird!)

Ich darf hinzufügen: Auch die frühere Landesregierung und Herr Kollege Bökel haben immer diese Auffassung vertreten. Ich teile sie nach wie vor. Was hat sich eigentlich geändert? Was hat sich geändert, seit unter rot-grüner Verantwortung die Diskussion geführt wurde und die damalige Landesregierung zu dem Ergebnis gekommen ist, dies sei in der Sache nicht zielführend? Was hat sich seit 1997, als Sie die Verantwortung getragen haben, geändert? – Schlicht am Rechtsrahmen nichts.

Die Debatte, die wir hier führen, ist nicht zielführend. Herr Frömmrich, Sie möchten gern einen Hebel finden, um das geltende Recht in irgendeiner Weise zu umgehen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, um humanitäre Lösungen zu finden!)

– „Humanitäre Lösungen“ ist eine Chiffre. Sie ist nichts anderes als der Versuch, das, was nach dem Gesetz nicht möglich ist, irgendwie möglich zu machen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Ihnen einmal ein paar Akten geben!)

Wer das will, der muss das Gesetz ändern. Das ist hier mehrfach vorgetragen worden. Das ist ein eigener Sachverhalt; darüber kann man reden.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verhindern Sie doch! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ihr ja auch!)

Gar keinen Sinn macht das, was Sie hier vorschlagen. Es ist in jeder Hinsicht schädlich. Ich weiß, warum ich das so hart formuliere. Wir haben in Hessen ein beispielhaftes Verhalten, das es in der Bundesrepublik in dieser Form nicht mehr gibt, zwischen der Landesregierung und dem Petitionsausschuss, und zwar seit vielen Jahren. Was Sie hier fordern, ist in aller Regel die Verhaltensweise, die die Landesregierung mit dem Petitionsausschuss und den Wünschen des Petitionsausschusses übt, ganz egal, unter welcher politischen Flagge.

Wenn Sie z. B. in Ihrem Antrag unter Punkt 2 d schreiben: „Es ist sicherzustellen, dass jeder Ausländer, dem durch die Entscheidung einer hessischen Ausländerbehörde die Abschiebung droht, sich direkt an die Härtefallkommission wenden kann“, frage ich Sie: Was hat der Ausländer, was hat der Rechtsstaat, was hat das Parlament dadurch gewonnen? – Nichts. Denn, wie Herr Kollege Hahn zu

Recht betont hat, die Hessische Verfassung gibt jedermann die Möglichkeit, sich an das Parlament zu wenden, nicht an irgendeine Kommission, die keinerlei Verantwortung und keine demokratische Legitimation hat. Das alles hat das Parlament. Der Ausfluss dieses Parlamentsappells ist der Petitionsausschuss. Genau das wird seit Jahren intensiv getan.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Parlamentsmehrheit hat einen Einfluss auf die Anwendung des Rechts!)

– Da geht es nicht um die Parlamentsmehrheit, sondern wir wissen alle aus vielen Jahren, dass die allermeisten Entscheidungen sehr wohl einvernehmlich, wenn auch häufig nach schwieriger Diskussion gefallen sind.

Dann darf ich den Hinweis nicht unterschlagen: Wenn eine Ausländerbehörde die Abschiebung androht, ist in aller Regel das verwaltungsrechtliche Verfahren, nämlich dass die Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden ist, im Schnitt mindestens durch drei bis vier Gerichtsverfahren überprüft worden. Es ist nicht so, dass wir hier nur die Ausländerbehörden haben. In aller Regel haben wir jahrelange Gerichtsverfahren. Nur wenn alle Gerichte zu dem Ergebnis kommen, es besteht kein Aufenthaltsrecht, dann droht die Abschiebung. Das ist die gesetzliche Folge. Wenn Sie das auseinander nehmen wollen, müssen Sie sagen: Da gibt es ein Gesetz, die Verwaltung hat sich an das Gesetz gehalten. Da gibt es eine Anzahl von Gerichten, die haben das überprüft und haben gesagt, es ist okay. – Dann müssen Sie, wenn Sie fair sind, dazu sagen: Das ist uns egal, wir möchten es anders machen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum geht es denn in anderen Bundesländern?)

Dann kommen Sie auf eine völlig andere Debatte. Dann müssen Sie sagen: Wir wollen das Gesetz ändern. – Das mögen Sie tun. Aber es macht keinen Sinn, hier eine Nebeldiskussion zu führen, indem man sagt, die einen sind die guten Menschen, und die anderen haben kein Herz.

Ich will einfach noch einmal auf Punkt 2 d hinweisen, weil ich glaube, an dem Beispiel wird ganz besonders klar, wie töricht dieser Vorschlag ist. Sie möchten – Herr Kollege Beuth hat es angesprochen –, dass sich der Petitionsausschuss an die Härtefallkommission wenden kann. Die Härtefallkommission kann auf gar keinen Fall mehr als der Petitionsausschuss. Auch er ist an Recht und Gesetz gebunden. Das einzige Ergebnis, das wir hätten, wäre: Die unerträglich langen Verfahren, die doch für niemanden vernünftig sind, weder für die hier Lebenden noch für diejenigen, die unsicher sind, ob sie hier bleiben können

(Beifall bei der CDU)

– das ist doch für niemanden vernünftig; wir müssen rasch zu einem Ergebnis kommen –, würden noch länger. Das kann doch niemand mit Sinn und Verstand tatsächlich wünschen.

Meine letzte Bemerkung in diesem Zusammenhang. Herr Kollege Bökel, ich teile die Auffassung der früheren Landesregierung uneingeschränkt. Ich sehe keine veränderte Position.

Zum Schluss. Lieber Herr Frömmrich, es grenzt schon an Verwegenheit, was Sie hier vorgetragen haben.

(Frank Gotthardt (CDU): Frömmrich ist ein Härtefall!)

In der Innenministerkonferenz wird seit vielen Jahren die Frage diskutiert – das ist dann kein Einzelfall mehr, das ist nicht die individuelle Härte, sondern eine Menge von Fällen –: Wie können wir mit Menschen umgehen, die kein Aufenthaltsrecht haben, aber schon lange hier sind? – Das ist jenseits von Parteien eine schwierige Frage. In Berlin wird diese Frage seit Monaten ernsthaft erörtert, mit Kompromissbereitschaft auf allen Seiten. Ich lasse Ihnen hier nicht durchgehen, dass Sie vor Ihrem Länderrat und zur Befriedigung der grünen Seele, zum Ärger von Otto Schily und dem Bundeskanzler, mit großem Aplomb aussteigen und hier moralinsauer, tränenreich sagen: Leider wird in Berlin verhindert, dass etwas Großes dabei herauskommt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn Sie an einer vernünftigen Lösung interessiert sind,

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind doch nicht interessiert!)

dann verhandeln Sie dort, wo das Gesetz gemacht wird. An unserer Bereitschaft wird es nicht mangeln. Wenn wir dann die Einsicht zusammenbringen, dass wir bei einer Neuregelung auf Bundesebene versuchen, das vernünftig zu regeln, und Sicherheitslücken gemeinsam schließen, dann kommen wir in Deutschland weiter voran. Mit der erstrebten Härtefallkommission werden wir es nicht tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Waschke für die SPD-Fraktion.

(Frank Gotthardt (CDU): Wir wollten doch vor 13 Uhr noch vereidigen!)

#### **Sabine Waschke (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hat mich gedrängt, zu dem einen oder anderen Beitrag hier noch etwas zu sagen, besonders zu der Feststellung des Kollegen Beuth: Das Recht in Deutschland ist, wie es ist. – Herr Kollege Beuth, mit Erlaubnis des Präsidenten würde ich Ihnen gern einen Bericht aus der „Frankfurter Rundschau“ vorlesen.

(Zurufe von der CDU)

Es geht um asylrechtliche Schicksale von Frauen.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Herren, der Begriff „Frankfurter Rundschau“ muss keine Unruhe auslösen.

#### **Sabine Waschke (SPD):**

Es geht um zwei Gerichtsurteile, die in Deutschland zu ein und demselben Sachverhalt gefällt worden sind, nämlich zur Genitalverstümmelung. Ich zitiere:

Im Juli etwa befand das Verwaltungsgericht Frankfurt, zwar drohe in Sierra Leone mindestens 80 % der Frauen Genitalverstümmelung. Trotzdem schickte der Richter die Klägerin zurück. Von aus-

grenzender Verfolgung könne bei der Zwangsbeschneidung nämlich keine Rede sein, weil sie gerade den Zweck verfolge, das betreffende Mädchen in den Kreis der Frauen der Gemeinschaft als vollwertiges Mitglied aufzunehmen.

Ganz anders das Verwaltungsgericht Aachen im August: Zwangsbeschneidung sei sehr wohl politische Verfolgung; denn sie ziele darauf, die sich weigernden Betroffenen in ihrer politischen Überzeugung zu treffen. Sie sollten diesen Traditionen unterworfen werden und unter Missachtung ihres Selbstbestimmungsrechts zu verstümmelten Objekten gemacht werden.

(Frank Gotthardt (CDU): Also hat der Abg. Beuth doch Recht mit seiner Aussage: Das Recht ist so, wie es ist!)

Meine Damen und Herren, das sind zwei Urteile von deutschen Gerichten zu ein und demselben Sachverhalt.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Das gibt es aber häufiger!)

Jetzt frage ich Sie allen Ernstes: Ist es gerecht, dass das Schicksal von Frauen davon abhängig ist, vor welchem Gericht sie landen? – Genau für solche Schutzlücken brauchen wir eine Härtefallkommission.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt ist der Hinweis darauf, dass wir einen Petitionsausschuss haben und dass eine untergeordnete Kommission dem Petitionsausschuss niemals gleichgesetzt werden dürfe.

Meine Damen und Herren, das verlangen wir auch nicht. Aber was spricht bitte dagegen, wenn sich gewählte Abgeordnete von einer Härtefallkommission, in der Fachleute sitzen, beraten lassen?

(Frank Gotthardt (CDU): Das ist ein Kompliment!)

Unsere Entscheidung ist frei, aber eine Beratung wäre in dem einen oder anderen Fall ganz vernünftig.

Was ich noch sagen wollte, weil Sie den Hinweis auf unsere rot-grüne Regierung vor einigen Jahren gegeben haben:

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

In der Arbeit, die die Ausländerbehörden damals geleistet haben, gab es humanitäre Spielräume. Sie wurden von den Ausländerbehörden ausgenutzt. Da hatten wir keinen Bedarf an einer Härtefallkommission.

Heute hat sich das geändert. Im Vorlauf der Gespräche, die ich für diesen Antrag geführt habe, habe ich unisono aus allen Richtungen gehört, dass sich die Zeiten in Hessen geändert haben. Meine Damen und Herren, das merken wir auch im Petitionsausschuss. Im Petitionsausschuss ist deutlich zu merken, dass die CDU hier mit einer absoluten Mehrheit regiert und ihre ideologischen Gedanken durchziehen will.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wir sind nach wie vor unabhängig! – Frank Gotthardt (CDU): Abenteuerlich!)

Damit haben wir zu kämpfen. Es tut mir Leid, dass Sie diese Möglichkeit nicht im Interesse der Menschen geben,

die sich in Hessen an den Petitionsausschuss bzw. die Landesregierung wenden, damit wir da eine Lücke im humanitären Schutz schließen können.

(Zurufe von der CDU: Ungeheuerlich! – Frank Gotthardt (CDU): Das können Sie im Petitionsausschuss machen! Dafür ist er da!)

Denn in anderen Ländern funktioniert das auch. Das hat überhaupt nichts mit dem Petitionsausschuss zu tun. Es geht darum, Lücken im humanitären Schutz zu schließen. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie das unterstützen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, wir machen trotzdem nur bis 15 Uhr Mittagspause, damit das klar ist. – Das Wort hat Herr Beuth.

**Peter Beuth (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In aller Kürze. Ich weiß, hier vorne sind Stühle für ein wichtiges Ereignis aufgebaut, das gleich ansteht.

Frau Kollegin Waschke, das lasse ich Ihnen hier aber nicht durchgehen. Wir haben in den vergangenen fünf Jahren im Petitionsausschuss, den Sie jetzt seit einem Jahr begleiten, in dem aber schon viele, viele Kollegen waren, vernünftig und kollegial zusammengearbeitet. Das, was Sie hier aufbauen wollen, ist seit einigen Monaten absehbar. Das existiert nicht. Es stimmt nicht. Alle Regelungen, die in der Vergangenheit gegolten haben, gelten auch weiterhin. Ich habe Ihnen in der Debatte über den Petitionsbericht und eben gesagt, dass wir sehr weit gehende Schutzregelungen für die Ausländerinnen und Ausländer haben, die sich an den Petitionsausschuss wenden, sodass sie nicht von Abschiebung usw. bedroht sind. All das gilt weiter. Das, was Sie hier vortragen, was Sie hier aufbauen wollen, dass in irgendeiner Form mit anderer Härte vorgegangen wird, ist schlicht und ergreifend die Unwahrheit. Das muss ich hier sagen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Frömmrich für die Fraktion der GRÜNEN.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Es geht auch ganz schnell. – Ich bin wegen einer Ausführung des Ministers und von Ihnen, Herr Kollege Beuth, nach vorne gekommen. In der Debatte bestreitet keiner, dass im Petitionsausschuss an vielen Punkten sehr konzentriert und sehr gut zusammengearbeitet wird. Das bestreitet kein Mensch.

(Zurufe von der CDU)

Sie wissen ganz genau, dass wir immer – das haben wir alle, das haben Sie, das habe ich, das haben alle Mitglieder des Petitionsausschusses – schwierige Fälle haben, die sozusagen an der Grenze liegen. Frau Waschke hat versucht, es Ihnen noch einmal deutlich zu sagen: Was hindert uns

daran, eine Härtefallkommission zur Beratung der Ausschussmitglieder und dieses Ausschusses zu haben?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nicola Beer (FDP): Was hindert Sie daran, das im Petitionsausschuss zu sagen?)

Warum sind Sie in diesem Punkt so bärbeißig?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Beer?

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Nein. – Ein weiterer Punkt. Warum geht das in anderen Bundesländern mit dem gleichen Rechtsrahmen, dem Ausländergesetz, unter dem auch wir arbeiten? Warum soll das im Lande Hessen nicht gehen? Das haben Sie hier mit keinem Wort erklärt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU) – Nicola Beer (FDP): Weil Sie es im Petitionsausschuss genauso gut beraten können! Sie brauchen nicht noch ein Gremium!)

Da verstehe ich die fachliche Debatte nicht. Ich glaube, dass wir uns eigentlich in vielen Punkten in den Härtefällen auch einig wären. Wenn Sie hier vorne ehrlich argumentieren würden, würden Sie das auch so sagen.

Ein anderer Punkt. Herr Minister, es reizt mich nun wirklich, wenn Sie hier auf Berlin abheben und sagen, dass die GRÜNEN vor dem Länderrat ausgestiegen seien. Ich finde, das ist eine Frechheit.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Na!)

Sie sind im Vermittlungsverfahren. Sie haben die Latte beim Zuwanderungsgesetz von Sitzung zu Sitzung höher gelegt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Es war die Wahrheit! Ihr habt die Nerven verloren!)

Sie sind schuld daran, Sie und Ihre CDU, dass es in dieser Frage nicht weitergeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dann die Chuzpe zu haben, hier zu sagen, dass wir nicht an der Schaffung eines neuen Zuwanderungsgesetzes beteiligt sein wollen, ist wirklich der Hammer. Die Kompromissbereitschaft der GRÜNEN in dieser Frage ist wirklich ausgereizt.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Es gibt einen Punkt, an dem man sich fragen muss, ob man ein nach vorn gewandtes neues Zuwanderungsgesetz macht oder ob man das, was zurzeit existiert, verschärft. Wir sind eher dafür, dass wir ein nach vorn gewandtes modernes Zuwanderungsgesetz machen. Sie verhindern zurzeit, dass das in Deutschland umgesetzt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)



**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir überweisen diesen Antrag vereinbarungsgemäß an den Innenausschuss. – Wenn dem keiner widerspricht, ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Hinweis auf den bereits geleisteten Eid von zwei richterlichen Mitgliedern des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen nach § 9 Abs. 3 und 2 StGHG**

Ich bitte, den Mitgliedern des Staatsgerichtshofs Einlass zu gewähren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst einmal darf ich ganz herzlich die Mitglieder des Staatsgerichtshofs unter Leitung des Präsidenten Dr. Paul begrüßen. Herzlich willkommen im Hessischen Landtag.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, nachdem heute Morgen der Wahlausschuss getagt hat, ist zunächst festzuhalten, dass Herr Dr. Wilhelm Nassauer zum richterlichen Mitglied wieder gewählt und Frau Karin Wolski zum richterlichen Mitglied gewählt wurde. Herr Dr. Nassauer und Frau Wolski, zunächst einmal herzlichen Glückwunsch des Hauses zu dieser Wahl.

(Beifall)

Sie sind hier erschienen, um vereidigt zu werden bzw. auf den bereits geleisteten Eid hingewiesen zu werden. Dies wird von Herrn Präsidenten Dr. Paul nachher vorgenommen.

Vorab will ich auf Folgendes hinweisen. Nach § 6 Abs. 5 des Staatsgerichtshofsgesetzes kann niemand gleichzeitig richterliches und nicht richterliches Mitglied sein. Ist jemand sowohl aus einer Vorschlagsliste nach § 5 als auch aus einer Liste nach § 6 gewählt worden, so setzt die Wirksamkeit der Wahl den Verzicht auf eines der beiden Ämter voraus.

Frau Wolski, da Sie nunmehr als richterliches Mitglied gewählt wurden, frage ich Sie hiermit, ob Sie auf Ihr Amt als nicht richterliches Mitglied verzichten wollen.

**Karin Wolski:**

Ja.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Damit ist klar, dass Frau Wolski nun als richterliches Mitglied gewählt ist. Ich habe auch eine entsprechende schriftliche Erklärung vorliegen.

Meine Damen und Herren, nun darf ich Sie, Herr Präsident Dr. Paul, bitten, vorzutreten und als Präsident des Staatsgerichtshofs die wieder gewählten Mitglieder nach § 9 Abs. 3 Satz 1 Staatsgerichtshofsgesetz auf den bereits geleisteten Eid hinzuweisen. Das ist in diesem Fall gegeben. Ich darf Sie bitten, aufzustehen.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

**Dr. Günter Paul, Präsident des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen:**

Frau Karin Wolski, Sie sind als richterliches Mitglied in den Hessischen Staatsgerichtshof gewählt worden. Ich gratuliere Ihnen dazu herzlich.

Als Präsident des Staatsgerichtshofs habe ich Sie gemäß § 9 Staatsgerichtshofsgesetz zu vereidigen. In diesem Fall genügen der Hinweis auf den bereits geleisteten Eid und der Hinweis auf den Umstand, dass dieser Sie auch weiterhin bindet. Ihre erstmalige Vereidigung erfolgte am 5. Juni 2003 nach Ihrer Wahl zum nicht richterlichen Mitglied. Ich gratuliere Ihnen und wünsche uns eine gute Zusammenarbeit.

**Karin Wolski:**

Danke.

(Beifall)

**Dr. Günter Paul, Präsident des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen:**

Herr Dr. Wilhelm Nassauer, für Sie gilt Entsprechendes. Sie wurden wiederum als richterliches Mitglied in den Staatsgerichtshof gewählt. Ich gratuliere Ihnen dazu herzlich.

Ich habe Sie zu vereidigen. Auch hier kann ich es durch die Bezugnahme auf den bereits geleisteten Eid um den Hinweis auf den Umstand ersetzen, dass dieser Eid Sie auch weiterhin bindet. Sie haben Ihren Eid zuletzt am 8. Oktober 1997 geleistet, als Sie als Vertreter des Richters am Staatsgerichtshof, Herrn Dr. Wilhelm, vereidigt wurden. Das bindet Sie auch weiterhin. Ich gratuliere Ihnen und wünsche uns eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall – Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Präsident, vielen Dank. – Damit ist der Staatsgerichtshof wieder komplett. Das gilt auch für die Ebene der Vertreter.

Wir wünschen dem Staatsgerichtshof weiterhin gute Verhandlungen, und zwar nicht nur für ihr Wohl, sondern zum Wohle Hessens, für das Land und alle Bürgerinnen und Bürger. Herzlichen Dank.

(Präsident des Staatsgerichtshofs Dr. Günter Paul: Danke schön!)

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist geschlossen. Wir treffen uns um 15 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 13.11 bis 15.01 Uhr)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Meine Damen, meine Herren! Wir setzen die unterbrochene Plenarsitzung fort. Noch eingegangen und auf ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutz von Ehe und Familie für alle Menschen in Hessen, Drucks. 16/2271. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist das so.

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Kollege Al-Wazir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Herr Kollege, Sie haben drei Minuten Redezeit.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beantragen, dass der Dringliche Antrag nach dem jetzt anstehenden Setzpunkt der SPD-Fraktion aufgerufen wird. Wir halten es für sehr dringlich, dass die Landesregierung unverzüglich vor dem Landtag erklärt, wie es dazu kommen konnte, dass am 6. Mai 2004 ein Elternpaar in Usingen ohne dessen Kinder in die Türkei abgeschoben wurde. Frau Präsidentin, wir halten dies für dringlich, weil wir es nicht nur für einen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention erachten, sondern auch für einen Verstoß gegen das Grundgesetz, dass Behörden einfach hergehen und die Eltern losschicken, wenn eine Familie abgeschoben werden soll und sie die Kinder nicht erwischen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Innenminister, wir glauben, es ist an der Zeit, dass Sie uns hier und heute erklären, wie es denn geschehen konnte, dass ein Polizeibeamter, der darauf angesprochen wurde, erklärt, das sei doch kein Problem, die Kinder würden „nachgeliefert“. So war das heute in der Zeitung zu lesen.

Wir halten dieses Thema für sehr dringlich, weil wir glauben, es ist für das Ansehen des Landes Hessen nicht gerade förderlich, dass ein Sprecher der zuständigen Ausländerbehörde, nachdem die Eltern abgeschoben wurden, gesagt hat: „Nicht die Behörden haben die Familie getrennt, sondern die Eltern.“ Das sagte er, nachdem die Eltern von der Polizei zum Flughafen gebracht wurden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Herr Kollege Dr. Jung, wir glauben, dass dieses hier und heute debattiert werden muss, weil wir es für einen unglaublichen Vorgang halten, dass ein Polizist zur Begründung gesagt hat, wenn man immer warten würde, bis man alle Familienmitglieder habe, dann würde man ständig den Leuten hinterher rennen. So geht es nicht. Das, was dort passiert ist, ist ein Skandal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Regierung muss heute erklären, wie sie dafür sorgen will, dass sich auch hier wieder Behörden an Recht und Gesetz halten und im Zweifelsfall nicht einfach die Eltern wegschicken, ohne sich auch nur eine Sekunde darum zu kümmern, wer für die Kinder jetzt Sorge tragen soll.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sagen deshalb, dass das heute und hier debattiert werden muss. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Zur Geschäftsordnung hat Herr Kollege Gotthardt von der CDU-Fraktion das Wort.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss schon gestehen, dass es mich reizen würde, inhaltlich in die Debatte einzusteigen. Ich sage das vor dem Hintergrund, dass zu fragen ist: Wo waren die Kinder? Wussten die Eltern, wo die Kinder waren? Wäre es möglich gewesen, die Kinder mit den Eltern zusammenzubringen? Ich habe mich aber nicht zu einer inhaltlichen Debatte, sondern zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bei der Debatte zur Geschäftsordnung stelle ich dann fest, dass das Ereignis, über das wir hier reden, am 6. Mai dieses Jahres stattgefunden hat. Heute ist der 12. Mai 2004. Das heißt, es liegt bereits eine Woche dazwischen. Jetzt, eine Woche später, haben Sie diesen Dringlichen Antrag gestellt, weil heute Morgen in der Zeitung ein entsprechender Artikel erschienen ist. Das ist ja legitim. Aber ich sage auch ganz deutlich: Es passiert aber auch nichts, wenn wir diesen Punkt morgen inhaltlich im Landtag diskutieren. Denn während dieser 24 Stunden passiert inhaltlich nichts.

(Gerhard Bökel (SPD): Wann soll er morgen diskutiert werden?)

Der Dringliche Antrag wurde heute um 13 Uhr im Hessischen Landtag gestellt. Wir haben heute um 12 und um 12.30 Uhr noch über die Härtefallkommission diskutiert.

(Zuruf von der CDU: Zufall!)

Man muss dann schon auf die Idee kommen, dass da ein bisschen Böswilligkeit im Spiel gewesen ist, dass Sie versucht haben, das Thema hochzuziehen. Das können Sie gern machen. Das machen Sie aber nicht mit unseren Stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich finde, wir sollten diesen Punkt inhaltlich besprechen. Das sollte auch im Rahmen des Plenums geschehen. Dem stimmen wir gern zu. Aber das geschieht dann im Rahmen des Ablaufs der Tagesordnung und damit morgen und nicht heute. So dringlich, dass es heute um 16 Uhr behandelt werden muss, ist dieser Vorgang wahrlich nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner spricht Herr Abg. Kahl für die SPD-Fraktion.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es macht schon sehr betroffen, dass man in den Zeitungen lesen muss: „Abschiebung zerreißt türkische Familie“. Herr Kollege Gotthardt, wir sind uns darüber einig, dass das Thema dringlich ist. Sie sagten, das sei am 6. Mai 2004 passiert. Aber heute hat es in der Zeitung ge-

standen. Damit wurde es auch heute für den Hessischen Landtag aktuell.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss sich das einmal anschauen. Die entscheidende Frage ist doch: Wer soll sich jetzt um die Kinder kümmern? – Darauf erfolgte die Antwort – das hat etwas damit zu tun, warum diese Thematik dringlich ist –:

„Das ist nicht unsere Aufgabe“, sagt der Dienst habende Beamte der Polizei Usingen. „Die werden nachgeliefert.“

Allein schon die Art der Sprache ist schlimm und macht betroffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Gotthardt, Sie haben hier zu Recht Fragen als Teil der inhaltlichen Debatte stellen wollen. Umso mehr zeigt das aber auch, dass es wichtig ist, dass dies hier diskutiert wird und nicht mit dem Hinweis darauf – –

(Frank Gotthardt (CDU): Morgen!)

– Was heißt hier denn „morgen“? Sie haben doch gar keinen konkreten Antrag gestellt, wann das behandelt werden soll.

Es wurde der Antrag gestellt und gemeinsam beschlossen, dass dieser Dringliche Antrag auf die Tagesordnung genommen wird. Das ist klar. Sie wissen aber genauso gut wie ich, dass, wenn der Dringliche Antrag hinten an die Tagesordnung angehängt wird, es Freitagmorgen drei Uhr sein wird, bis er behandelt wird. Das kann doch nicht der Fall sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Das liegt an Ihnen!)

Deswegen wurde hier ganz klar der Antrag gestellt, dass dieser Dringliche Antrag heute nach der Behandlung des Setzpunktes aufgerufen werden soll.

Ich sage Ihnen dazu auch noch: Fragen der Familie werden hier in diesem Haus sehr oft diskutiert. Wenn es überhaupt ein dringliches Anliegen gibt, dann kann ich nur sagen: Es ist dringlich, genau darüber zu diskutieren. – Wir wollen Klarheit darüber, um was es sich bei dieser Sache handelt. Das darf so nicht stehen bleiben. Deswegen muss heute über diese Frage diskutiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Meine Damen, meine Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu dem Thema vor. Es wurde beantragt, den Dringlichen Antrag, Drucks. 16/2271, direkt hinter den Setzpunkt, Tagesordnungspunkt 52, einzusortieren. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Damit stelle ich fest, dass für den Antrag die Mitglieder der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestimmt haben. Dagegen haben die Mitglieder der FDP- und der CDU-Fraktion gestimmt. Letzteres war die Mehrheit. Damit ist das abgelehnt.

Der Dringliche Antrag wird somit Tagesordnungspunkt 81.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 52** auf:

#### **Antrag der Fraktion der SPD betreffend unzulässiger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung durch Veränderungen des Gemeindefinanzrechts – Drucks. 16/2224 –**

Es ist eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion vereinbart. Als erste Wortmeldung liegt mir die des Abg. Rudolph für die SPD-Fraktion vor.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der derzeit in der Diskussion befindliche Gesetzentwurf der Landesregierung zur Verschärfung des Gemeindefinanzrechts geht zulasten der hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise und führt zu einer Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Einführung einer strikten Subsidiaritätsklausel in das Gemeindefinanzrecht, welches sich vorrangig an den wirtschaftlichen Interessen privater Dritter ausrichtet, beeinträchtigt die Absicherung der Daseinsvorsorge und schadet der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen in Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es war und ist in Deutschland gute Tradition, dass die Kommunen nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht für die Selbstverwaltung verantwortlich sind. In Art. 28 des Grundgesetzes finden die Gemeinden auch die verfassungsrechtliche Absicherung ihrer Kompetenzen und Rechte.

Es gibt eine Diskussion darüber, was zur Daseinsvorsorge gehört, welche Aufgaben die kommunale Ebene wahrnimmt. Das sind zum einen Dienstleistungen im so genannten allgemeinen wirtschaftlichen Bereich, z. B. Sparkassen – daran sind Kommunen beteiligt –, die einen wichtigen Beitrag etwa zur Strukturförderung leisten, wenn es um die Ansiedlung von Betrieben geht. Das ist ein ganz wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung, aber auch der Regionalpolitik. Es ist also eine Aufgabe, die sinnvollerweise von Kommunen wahrgenommen werden sollte.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Schwerpunkt, in dem Kommunen wichtige Aufgaben wahrnehmen, sind der öffentliche Personalverkehr, die Entsorgung, aber auch die Energie- und Wasserversorgung. Das sind klassische, wichtige Aufgaben der so genannten Daseinsvorsorge.

Dann werden nicht wirtschaftliche Dienstleistungen wahrgenommen, die von allgemeinem Interesse sind. Hierzu zählen z. B. der Betrieb von Museen, Theatern, Bibliotheken, Kindergärten, Schulen, Sportstätten und Freizeiteinrichtungen, aber auch von anderen Einrichtungen, wie etwa Friedhöfen, zoologischen Gärten und botanischen Gärten.

Meine Damen und Herren, all das sind Bereiche, die für das öffentliche Leben, für die Menschen in diesem Lande wichtig und von zentraler Bedeutung sind. Mit diesen Dienstleistungen tragen die Kommunen eine besondere Verantwortung für die Sicherung der Daseinsvorsorge ihrer Bürger, für die Gestaltung des kommunalen Lebensraumes und für die Stabilität der infrastrukturellen Grundlage wirtschaftlicher Aktivitäten. Dies war – und dies ist richtig – bei den Kommunen angesiedelt, und des-



wegen gibt es keinen Grund, einen Gesetzentwurf einzu-  
bringen.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig ist – darauf legen wir Wert –, dass diese Dienstleistungen von den kommunalen Unternehmen und Einrichtungen örtlich erbracht und örtlich verantwortet werden, weil das eng zusammenhängt mit dem Status der jeweiligen Kommune. Über die grundsätzlichen Fragen bezüglich der Leistungserbringung über größere Investitionen, welche Leistungen welcher Qualität zu welchem Preis erbracht werden, darüber muss die kommunale Vertretungskörperschaft entscheiden. Das ist auch der richtige Ort, weil da die Kompetenz, aber auch die Verantwortung gegenüber dem Bürger angesiedelt ist. Auch dies muss so bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Denn ich denke, das kommunale Selbstverantwortungsorgan weiß am besten, was die Interessen der jeweiligen Stadt oder Gemeinde sind. Unabhängig davon war und ist es bisher auch schon möglich, zu entscheiden, ob man Private mit einbindet. Public Private Partnership ist nur ein Beispiel. Es gibt gemeinwirtschaftliche Unternehmen, also auch Möglichkeiten, durch die schon bisher Private zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben eingebunden werden können. Das ist bisher gängige Praxis. Es gibt Bereiche, in denen das in den letzten Jahren ausgeweitet wurde.

Meine Damen und Herren, jetzt zu argumentieren, zukünftig soll es eine flächendeckende Privatisierung bei den Aufgaben geben, ist nach unserer Auffassung der falsche Ansatz. Eine Privatisierung um jeden Preis bedeutet auch einen Verlust an gesellschaftlicher Gestaltungsfähigkeit, aber auch an demokratischer Legitimation. Da sagen wir als SPD-Fraktion: Das ist für uns an dieser Stelle der falsche Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Bereits im vergangenen Jahr – ich glaube, es war sogar im Mai 2003 – hat die FDP einen Gesetzentwurf mit der fast gleichen Zielsetzung eingebracht. Sie hat damals ebenso falsch wie heute der Innenminister behauptet, dass durch die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Unternehmen der Mittelstand, das Handwerk in ihrer Existenz bedroht würden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Behauptung war und ist eindeutig falsch und geht schlicht und einfach an der Lebenswirklichkeit in Hessen vorbei.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Sie haben keine Ahnung!)

– Herr Boddenberg, Sie haben jetzt auch die Funktion des wirtschaftspolitischen Sprechers übernommen. Aber deswegen haben Sie bei manchen Fragen trotzdem noch nicht mehr Sachverstand. Deswegen sollten Sie an dieser Stelle sehr vorsichtig sein.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Die unterstellte Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit gibt es vor Ort überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren, in Kommunalparlamenten gibt es eine Sperrklausel. Da dürfen Anträge, die schon einmal abgelehnt wurden, erst nach einer bestimmten Zeit wieder eingebracht werden. Das ist ein typischer Fall dafür. Wir haben zu diesem Antrag eine umfangreiche An-

hörung mit kompetenten Fachleuten durchgeführt. Das Ergebnis war: Es gibt überhaupt nicht die Situation, wie Sie sie hier darzustellen versuchen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist nicht zu fassen!)

Wo werden denn private Interessen durch kommunale Aktivitäten behindert? Das gibt es gar nicht. Es ist eine vorseiten der CDU rein ideologisch geführte Debatte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine rein ideologische Debatte. Es gibt überhaupt keine Belege für Missbrauch. Wo gibt es denn konkrete Fälle?

(Michael Boddenberg (CDU): Dann gucken Sie sich doch bitte in Frankfurt die Abfallentsorgung an!)

Meine Damen und Herren, das sind die üblichen Argumente. Wenn es konkret wird, kommt nichts. Warum?

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Der Innenminister kann bisher im Rahmen des Erlasses Missbräuche unterbinden. Nun hat der Steuerzahlerbund, ein Hort kommunaler Interessen, auch im Rahmen der Anhörung behauptet, in Hessen würden durch die Kommunen Nagellackstudios betrieben. Es ist völlig korrekt, ein Nagellackstudio muss nicht von einer Kommune betrieben werden. Aber leider war der Fall nicht in Hessen, sondern in irgendeinem anderen Bundesland.

(Beifall des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der Steuerzahlerbund hat kritisiert, ein städtisches Gartenamt würde Blumen verkaufen. Darüber kann man auch trefflich streiten. Für uns ist klar: Auch das muss eine Kommune nicht machen. Aber, meine Damen und Herren, wenn es solche Fälle gibt, kann der Innenminister im Rahmen der Kommunalaufsicht einschreiten und das unterbinden.

Aber darum geht es nicht. Vielmehr haben wir den Eindruck, Sie wollen aus ideologischen Gründen die wirtschaftliche Tätigkeit hessischer Kommunen einschränken und berühren damit fundamental das Element der kommunalen Selbstverwaltung, Art. 28 Grundgesetz. Das ist der zentrale Ansatz bei der Auseinandersetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nach unserer Auffassung ist die bisherige gesetzliche Regelung völlig ausreichend. Wie sieht denn die Praxis vor Ort aus? Vielfältig gibt es eine enge Kooperation zwischen Unternehmen, zwischen dem Mittelstand auf der einen Seite und den kommunalen Vertretungskörperschaften bzw. Magistraten/Gemeindevorständen auf der anderen Seite. Kommunale Unternehmen müssen auch im Rahmen der Daseinsvorsorge wirtschaftlich im Interesse der Bürger tätig sein können.

Meine Damen und Herren, geradezu absurd wird es, wenn die ohnehin schon durch die Kürzungen des Landes finanziell stark gebeutelten Kommunen nun von der Landesregierung gezwungen werden, dringend benötigte Finanzierungsquellen aufzugeben, damit private Dritte zusätzliche Finanzquellen erhalten. Das ist der falsche Ansatz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er wird dazu führen, dass Gewinne zugunsten Einzelner privatisiert werden und die übrig bleibenden kostenträchtigen Strukturmaßnahmen im Rahmen der Daseinsvorsorge bei den Kommunen und damit bei allen Steuerzahlern landen. Denn die Aufgaben, deren Erledigung für Private nicht interessant ist, nimmt dann auch keiner mehr. Genau das ist der falsche Weg. Das ist Rosinenpickerei. Auch diese Art von kommunaler Selbstverwaltung lehnen wir sehr deutlich ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen stellt eine wesentliche Säule der kommunalen Selbstverwaltung dar, in die das Land nicht einseitig zugunsten einzelner Begehrlichkeiten der Wirtschaft und zulasten des kommunalen Gemeinwesens eingreifen darf. Selbstverständlich ist in diesem Zusammenhang sicherzustellen, dass die kommunalen Vertretungskörperschaften ausreichend und angemessen und in transparenter Weise über die wirtschaftliche Betätigung informiert werden. Das ist keine Frage. Die Stadtverordneten müssen wissen, wo es Beteiligungsrechte gibt. Der Fall der Stadt Darmstadt, dass man dort als Stadtverordneter nichts über Auslandsbeteiligungen weiß, ist geradezu absurd. Das muss geändert werden.

(Michael Boddenberg (CDU): Aha, also doch!)

– Aber, Herr Boddenberg, das ist überhaupt kein Argument, deswegen eine solche gesetzliche Regelung im Rahmen von § 121 HGO durchzuführen, sondern das ist eine Sache der Information, der Aufklärung, der selbstverständlichen Rechte von Kommunalparlamentariern.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wenn Sie sagen, das sei der einzige Grund, § 121 zu ändern, dann könnten wir darüber reden, ob wir mitmachen. Aber das ist für Sie nur ein Randeffekt. Sie wollen das Kind mit dem Bade ausschütten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie sieht es in der Praxis aus? In den letzten Wochen und Monaten gab es Stellungnahmen führender CDU-Leute. Der Oberbürgermeister der Stadt Kassel, Herr Lewandowski von der CDU, derzeit amtierender Vorsitzender des Städtetages, hat klar gesagt, es gibt überhaupt keinen Grund, die Dinge zu ändern. Der CDU-Oberbürgermeister von Marburg, Herr Möller – Frau Oppermann ist Fraktionsvorsitzende in der Stadt Marburg – hat ebenfalls klar zum Ausdruck gebracht, es gebe keine sachliche Notwendigkeit, etwas zu verändern, es gebe keinen Missbrauch. Der Direktor des Städtetages, Herr Schlempp, auch von der CDU, hat auch schon ausgeführt, dass es keinen sachlichen Grund gebe, die wirtschaftliche Betätigung der kommunalen Seite einzuschränken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie auf unseren Sachverstand schon nicht hören, dann hören Sie wenigstens auf den Sachverstand Ihrer eigenen Leute. Die sagen: Es ist nicht nötig, irgendetwas an dieser Stelle zu ändern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist wirklich eine absurde Diskussion

(Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

– Herr Kollege Dr. Jung –, die wir in diesem einen Jahr schon führen. Es ist eine Mondscheindiskussion über eine Gefahr. Wo entstehen denn Aufträge für den Mittelstand? Vor ein paar Tagen habe ich mit Kollegen meiner Fraktion in Nordhessen mit Vertretern des Handwerks diskutiert. Wie sieht es denn derzeit aus? – Die Vergabe öffentlicher Aufträge auch an örtliche Handwerksbetriebe erfolgt z. B. durch kommunale Wohnungsbauunternehmen. Wenn das europaweit ausgeschrieben wird, verliert der örtliche Mittelstand Aufträge. Das ist der falsche Ansatz. Wir brauchen auch die örtliche Verankerung, und deswegen ist der richtige Ansatz, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen zu erhalten, damit das örtliche Handwerk auch weiterhin dringend benötigte Aufgaben bekommt.

(Zuruf des Abg. Klaus Peter Möller (CDU) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das hat er nicht verstanden! – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Unterhalten Sie sich mit den örtlichen Handwerkern. Sie sehen diese Initiative als eine ideologische Diskussion an, die völlig falsch ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei Ihnen ist es leider immer der Fall, dass Sie meinen, mit Ihrer ideologischen Debatte in diesem Land etwas verändern zu müssen.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Sie haben die Kommunen schon in vielfältiger Art und Weise gegängelt. Sie meinen auch jetzt noch, die letzten Daumenschrauben andrehen und die kommunale Selbstverwaltung aushöhlen zu müssen.

Was bleibt? – Nach den bisher vorliegenden Bewertungen des Gesetzentwurfs müssen wir Folgendes feststellen: Die geplante Novellierung stellt einen massiven Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar, die im Übrigen grundgesetzlich garantiert ist. Die Entscheidungsfreiheit der kommunalen Parlamente und Ebene wird stark eingeschränkt. Die Kommunen werden aus Gründen einer von Wirtschaftsinteressen behaupteten, aber bisher nie ernsthaft belegten Konkurrenzsituation in ihren Möglichkeiten zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge eingeschränkt. Der faire Wettbewerb, den Sie propagieren und der gleiche Wettbewerbsbedingungen voraussetzt, wird einseitig zulasten der kommunalen Ebene eingeschränkt.

(Zuruf des Abg. Klaus Peter Möller (CDU))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie uns schon nicht glauben, wenn Sie den kommunalen CDU-Vertretern schon nicht glauben, wenn Sie schon dem Sachverstand vieler Leute nicht glauben, dann müssten Sie eigentlich die Maßstäbe, die Sie von anderen verlangen, auch für sich gelten lassen. Warum betreibt eigentlich dann das Land Hessen noch eine Hessische Staatsweingüter GmbH?

(Gerhard Bökel (SPD): Höchster Porzellan!)

Die müssten Sie doch ganz konsequent privatisieren. Aber auch ist das ein Beleg für die Heuchelei und Doppelbödigkeit Ihrer Politik. Sie wenden noch nicht einmal Ihre eigenen Grundsätze an.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eigentlich schade, dass zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres der Hessische Landtag mit einem völlig überflüssigen Gesetzentwurf belästigt wird.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Es wird den Kolleginnen und Kollegen viel Zeit genommen. Wir müssen wieder Anhörungen durchführen. Das Ergebnis der Anhörung vom letzten Jahr war ein verheerender Verriss. Es gab nicht einen einzigen sachlich nachvollziehbaren Beleg, warum Sie die wirtschaftliche Betätigung der kommunalen Seite einschränken müssen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Thema, das nicht so sehr die kleine Kommune betrifft. Es ist ein Thema, das Städte wie Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, Kassel, Offenbach und Hanau betrifft. Unterhalten Sie sich einmal dort mit Verantwortlichen in der Kommunalpolitik. Ich habe mit Interesse gelesen, in Frankfurt wollten CDU-Leute deswegen den Aufstand probieren. Na, so weit wird es mit der CDU-Räson schon kommen, dass man die eigene Meinung in Frankfurt verbieten wird. Da gilt immer noch Parteiräson vor Sachverstand.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist der Wahlanspruch der SPD!)

– Wissen Sie, Herr Hahn, die Gesetzesinitiative findet Ihre breite Unterstützung, weil Sie kommunal nicht so verankert sind und dort keine Verantwortung tragen.

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf der Landesregierung gehört zurückgezogen. Das ist unsere Forderung. Herr Innenminister, am besten geben Sie ihn in den Papierkorb. Sie sollten aufhören, uns jetzt mit solchen Dingen zu belästigen. Nehmen Sie doch stattdessen die Belastungen der hessischen Kommunen vom letzten Jahr zurück, wie z. B. die Kürzungen des Finanzausgleichs und die Kürzungen der Betriebskostenzuschüsse für die Kindergärten. Geben Sie doch den Kommunen das Geld, das ihnen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zusteht. Das ist eine Aufgabe, die sich lohnt. An dieser Stelle haben wir dringenden Änderungs- und Handlungsbedarf, damit die Kommunen überleben können.

Aber führen Sie doch nicht beim Gemeindefinanzrecht eine ideologische Debatte, die völlig unnützlich ist. Die sachlichen Argumente liegen auf unserer Seite. Schließen Sie sich dem an, ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf zurück, und lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir die Kommunen wieder handlungsfähig machen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Florian Rentsch (FDP): Ein Skandal ist das! – Michael Boddenberg (CDU): Das war die Rede der SPD zur Staatswirtschaft!)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächste Rednerin hat Frau Abg. Kühne-Hörmann für die CDU-Fraktion das Wort.

#### **Eva Kühne-Hörmann (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD hat den Gesetzentwurf der Landesregierung über die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen zum Hintergrund. Wir haben in den letzten Monaten und auch schon vorher hier im Plenum und in den Ausschüssen oft über dieses Thema diskutiert. Der jüngste Anlass war der FDP-Entwurf zu diesem Thema. Wir haben eine umfassende Anhörung dazu durchgeführt.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den haben Sie abgelehnt!)

– Den haben wir aus strategischen Gründen abgelehnt, weil wir gesagt haben, die Novelle kommt in der HGO. Ja, es ist so.

(Demonstrativer Beifall bei der FDP)

Wir haben damals gesagt, dass wir mit den Grundsätzen der FDP einverstanden sind, aber möchten, dass es in einem Gesamtkonzept der Novelle der HGO geändert wird.

(Beifall bei der CDU – Michael Siebel (SPD): Welch strategischen Gründe! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Toller Umgang!)

Das habe ich vorher gesagt, und das sage ich auch heute. Ich weiß überhaupt nicht, was es da zu lachen gibt.

Der Zeitplan ist eingehalten. An erster Stelle ist mir wichtig, aufzuarbeiten, dass Herr Rudolph den Kommunen Angst macht, es würde sich sehr viel in ihren Bereichen ändern.

(Zurufe und Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An erster Stelle ist zu sagen, dass es einen Bestandsschutz gibt. Bestandsschutz bedeutet, dass bestehende Unternehmen von der neuen gesetzlichen Regelung nicht betroffen sind.

(Norbert Schmitt (SPD): Das wäre auch noch schöner!)

Alle bisher von den Kommunen oder in ihren Gesellschaften ausgeübten Tätigkeiten werden von der neuen Regelung nicht berührt.

(Michael Siebel (SPD): Reden Sie doch nicht darüber, was nicht passiert, sondern reden Sie darüber, was passiert!)

Herr Kollege Siebel, der zweite Punkt ist die Neuerung. Das ist die Einführung der echten Subsidiaritätsklausel für künftige Unternehmen. Herr Rudolph, es ist doch erstaunlich, dass wir das letzte Bundesland von allen sind, das eine solche Subsidiaritätsklausel einführt. Alle anderen SPD-geführten Bundesländer haben das bereits eingeführt, sodass Sie auch innerhalb der SPD mit Ihrer Meinung allein auf weiter Flur stehen. Das ist doch wirklich erstaunlich.

Das bedeutet, dass der Privatwirtschaft Vorrang gegenüber der Gemeinde eingeräumt wird, wenn sie den Zweck mindestens ebenso gut und wirtschaftlich erfüllen kann. Herr Rudolph, auch Sie von der SPD haben gesagt, es könne nicht sein, dass die Kommune z. B. eine Tankstelle oder ein Busunternehmen betreibt. Selbst Sie haben gesagt, dass es in diesem Bereich Missbrauchsfälle gebe.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nennen Sie die hessischen Missbrauchsfälle!)

Die hessischen Missbrauchsfälle, das hat der Minister auch schon einmal dargestellt, sind immer wieder mit den Kommunen diskutiert worden. Es ist darauf hingewirkt worden, dass die Kommunen dann aufgrund der Kommunalaufsicht, die mit ihnen geredet hat, diese Fälle eben nicht angegangen haben.

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der darauf bedacht ist, die widerstreitenden Interessen



der Kommunen und der privaten Wirtschaft in ein angemessenes Gleichgewicht zu bringen. Die öffentliche Regierungsanhörung läuft derzeit. Danach wird es eine Auseinandersetzung mit den Stellungnahmen geben, und seitens der Regierung wird zu prüfen sein, welche Vorschläge aus dieser Anhörung noch aufgenommen werden können.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dritter Punkt. Der Gesetzentwurf sieht eine Lockerung der örtlichen Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen vor. Das ist eine sehr kommunalfreundliche Lösung. Sie dient der Erhaltung der Chancengleichheit der kommunalen Unternehmen. Die kommunalen Unternehmen waren nämlich durch dieses Örtlichkeitsprinzip in ihrem Geschäftsbereich beschränkt und in einzelnen Bereichen nicht mehr konkurrenzfähig. In diesem Punkt sieht der Gesetzentwurf eine Lockerung vor und hilft den Kommunen, mit den privaten Unternehmen eine Chancengleichheit herzustellen.

Vierter Punkt. Für ein wirtschaftliches Tätigwerden der Gemeinde muss eine Marktanalyse vorgelegt werden. Das ist eine absolute Neuerung innerhalb der Entwürfe, die es in der Bundesrepublik gibt.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Gemeindevertretung muss sich vor ihrer Entscheidung mit den Chancen und Risiken der neuen Betätigung und auch mit den wirtschaftlichen Auswirkungen auf die private Wirtschaft auseinander setzen.

Der fünfte Punkt im Gesetzentwurf ist die überörtliche Prüfung. Darin sind sich in diesem Haus fast alle einig. Es war die Forderung des Rechnungshofs, eine überörtliche Prüfung einzuführen.

Der sechste Punkt betrifft die Beteiligungsberichte als Information für die Träger politischer Mandate. Ein jährlicher Bericht ist vorgesehen. In der Vergangenheit – Herr Rudolph hat das Beispiel Darmstadt genannt – war sogar den Stadtverordneten nicht bekannt, welche Beteiligungen eine Kommune hatte. Wir sind der Auffassung, dass diese Information dringend erforderlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Mitglieder der kommunalen Gebietskörperschaften sollen dadurch in transparenter und ausreichender Weise über die wirtschaftliche Betätigung der jeweiligen Kommune informiert werden.

Zum Schluss gilt mein Dank Innenminister Volker Bouffier, der das schwierige, seit langem virulente Thema aufgegriffen und in einen Gesetzentwurf gegossen hat.

(Beifall bei der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nur aus strategischen Gründen!)

– Sonst hat das noch niemand hinbekommen. Volker Bouffier hat das auf den Weg gebracht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die FDP auch!)

– Die FDP mit Jörg-Uwe Hahn auch, selbstverständlich.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Danke! Volker, wir beide!)

Die Vorbereitungen laufen seit langem. Mit den Kommunen an diesem Punkt eine Konfrontation zu wagen und den Gesetzentwurf einzubringen ist ein mutiger Schritt.

Die von der SPD geäußerte Kritik an diesem Gesetzentwurf – auch mit Blick auf andere SPD-geführte Bundesländer – halte ich für maßlos überzogen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat Herr Abg. Jörg-Uwe Hahn für die FDP-Fraktion das Wort.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir nicht träumen lassen, einmal von Frau Kühne-Hörmann gelobt zu werden. Ich bedanke mich ganz herzlich, dass Sie das an dieser Stelle getan haben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das würde ich mir schriftlich geben lassen!)

– Ich habe es schriftlich. Es steht im Protokoll. – Wenn sich der Kollege Rudolph hierhin stellt und sagt, die Landesregierung solle den Landtag nicht mit einem Gesetzentwurf belästigen, ist das – –

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Sie haben mindestens dreimal „belästigen“ gesagt.

(Günter Rudolph (SPD): Mit diesem!)

– „Mit diesem Gesetzentwurf belästigen“ haben Sie mindestens dreimal gesagt. Ich kann es auch wiederholen.

Wenn der SPD-Kollege Rudolph von diesem Pult aus sagt, die CDU solle den Landtag nicht mit diesem Gesetzentwurf belästigen, ist das staatsrechtlich sehr bedenklich und relativ unkollegial, zudem schiebt er das Verhältnis zwischen Landesregierung und Landtag offensichtlich beiseite.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Rudolph, noch beachtlicher finde ich Folgendes. Wenn Sie die Thematik schon auf diese Art und Weise aufarbeiten wollen, muss ich Ihnen sagen: Wenn jemand heute den Landtag belästigt hat – aber ich bin nicht unkollegial; die Kollegen dürfen im Landtag Anträge stellen –, dann sind Sie es. Sie haben das Thema auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Wir diskutieren nicht über den Gesetzentwurf, den die CDU-Fraktion bzw. die Landesregierung eingebracht hat, sondern wir diskutieren über Ihren Antrag, der darauf basiert, dass es entsprechende Erklärungen z. B. des Landkreistags gibt. Ganz offensichtlich wollen sich die Sozialdemokraten mit diesem Thema bei den kommunalen Fürsten, die es in diesem Land ja gibt, in Erinnerung bringen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Herr Jakoubek hat sich dazu geäußert. Ich schätze, dass er noch immer Präsident des Hessischen Landkreistags ist. Herr Kollege Rudolph, seien Sie doch nicht so nervös. Sie haben uns die Diskussion oktroyiert, und deshalb müssen wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Wir sind nämlich kollegial und beschäftigen uns mit Anträgen, die Sie – sogar in Form eines Setzpunktes – auf die Tagesordnung setzen.

Damit es alle Bürgerinnen und Bürger wissen: Jeder Fraktion steht es frei, ein ganz bestimmtes Thema als Setz-

punkt zu bestimmen. Die Sozialdemokraten haben es in dieser Plenarwoche als ihr wichtigstes Thema empfunden, sich mit diesem noch nicht eingebrachten Gesetzentwurf zu beschäftigen. In den Augen der Sozialdemokraten ist das etwas ganz Wichtiges, und deshalb müssen wir uns mit diesem Thema beschäftigen.

Die Kommunen sollen das tun, was sie können, und sie sollen das lassen, was sie nicht können. Die Kommunen sollen sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren. Dabei handelt es sich wahrlich nicht um das Geschäft eines Handwerkers oder eines Dienstleisters – all das können die Privaten besser betreiben. Das ist die Auffassung, die wir Liberalen – der Gesetzentwurf ist angesprochen worden – im letzten Jahr mit dem Änderungsantrag zu § 121 HGO konkret vorgetragen haben.

Herr Kollege Rudolph, wir sind nicht alleine. Es gibt sogar Sozialdemokraten, die diese Idee richtig finden. Sogar Sozialdemokraten finden es richtig, dass sich die Kommunen mit den Themen beschäftigen, die zu ihren Kernkompetenzen gehören, nicht aber mit anderen Themen.

So denken z. B. die Sozialdemokraten im rheinland-pfälzischen Landtag. Die Sozialdemokraten im rheinland-pfälzischen Landtag haben gemeinsam mit ihrem dortigen Koalitionspartner, den Liberalen, einen Gesetzentwurf verabschiedet, der mit dem Gesetzentwurf, den die FDP-Fraktion hier eingebracht hat, wortgleich ist. Er ist fast wortgleich mit dem Gesetzentwurf, der sich zurzeit im Anhörungsverfahren der Landesregierung befindet.

Herr Kollege Rudolph, wenn Sie jemandem von Ideologie geprägtes Handeln vorwerfen, müssen Sie wissen – auch die Menschen in Hessen und die Zuschauer in diesem Saal müssen das wissen –, dass Sie das damit auch Ihren eigenen Parteigenossen in Rheinland-Pfalz zum Vorwurf machen. Das läuft nicht ganz rund.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe das Gefühl, dass man in Hessen wieder einmal ganz besonders links und in seinem Denken an der Vergangenheit orientiert ist. Man meint, aus ideologischen Gründen irgendwelche Punkte hochhalten zu müssen, die jedoch mit unserem Staatssystem nichts zu tun haben und in ordnungspolitischer Hinsicht völlig unsinnig sind.

Noch einmal: Genau das, was unter dem Oberbegriff steht, dass sich die Kommunen auf das konzentrieren sollten, was sie können, ist in Rheinland-Pfalz Gesetzeslage. Der Gesetzentwurf ist dort unter Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Zuber mit den Stimmen der Sozialdemokraten verabschiedet worden.

Ich muss gestehen, dass ich mir seit dem letzten Dienstag von den Sozialdemokraten keinen Nachhilfeunterricht zum Thema kommunale Selbstverwaltung mehr anhöre. Spätestens seit dem Urteil des Staatsgerichtshofs vom letzten Dienstag, in dem die Frage der kommunalen Selbstverwaltung in Bezug auf die Region Rhein-Main diametral anders ausgelegt wird, als es Sozialdemokraten während der letzten drei Jahre getan haben, höre ich nicht mehr intensiv zu, wenn die Sozialdemokraten meinen, Nachhilfeunterricht zum Recht der kommunalen Selbstverwaltung geben zu müssen.

Was hat es denn mit kommunaler Selbstverwaltung zu tun, wenn eine Kommune Immobilien besitzt und sie vermietet? Liebe Freunde von der Union, das passiert in einer Stadt, die mit einer absoluten CDU-Mehrheit regiert wird. In Bad Vilbel, meiner Heimatstadt, wird bereits das zweite Gebäude – kein kleines, sondern ein großes Ge-

bäude mit vielen Tausend Quadratmetern Bürofläche – von den Stadtwerken, einer 100-prozentigen Tochter der Stadt, betrieben. Das muss nicht sein.

(Florian Rentsch (FDP): Etatisten!)

Warum gibt es denn – die Anhörung hat es gezeigt; ob das nun in Hessen stattfindet oder in anderen Bundesländern, wo die Kommunen noch machen können, was sie wollen – Nagellackstudios, das Recycling von Autos und das Angebot der Kommunen, die Gebäudereinigung bei Privaten durchzuführen? All das hat nichts mit Daseinsvorsorge zu tun. Es hat etwas damit zu tun, dass man auf einem Markt wildert, und zwar mit subventionierten bzw. quergeschriebenen Preisen. Das ist ungerecht. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Rudolph, das Risiko für den Bürger ist viel größer, wenn man den Kommunen gestattet, all das zu machen, was sie bisher schon tun. Wie viele Kommunen haben finanziell darunter gelitten, dass sie, weil es Pleiten gab, die Ausflüge ihrer kommunalen Mandatsträger – der Magistrate und der Kreisausschüsse – in eine Privatwirtschaft nachher bezahlen mussten? Das hat allein die kleineren Gemeinden in meinem Kreis Hunderttausende von D-Mark gekostet. Ich könnte Ihnen hier die Beispiele aufzählen.

Die Bürgermeister und die Landräte verstehen sich eben nicht gut darauf, privatwirtschaftlich zu arbeiten. Es ist auch nicht ihr Job. Ihr Job ist es, eine Stadtverwaltung zu organisieren. Wie wir seit letztem Dienstag wissen, ist es jetzt auch ihr Job, eine Region, nämlich das Rhein-Main-Gebiet, zu organisieren. Dafür werden sie bezahlt, und das können sie hoffentlich auch.

Meine Damen und Herren, wissen Sie, was die Menschen auch sehr ärgert? Es ärgert sie, dass sich alteingesessene Kommunalpolitiker nach ihrer Nichtwiederwahl oder nach ihrer vorzeitigen Pensionierung – wie auch immer – plötzlich als Direktor einer solchen Firma, z. B. als Chef der Stadtwerke, wieder finden.

Herr Kollege Rudolph, ich will einmal sagen – die Nähe ist immer am einfachsten –: Das betrifft jetzt – bedingt – nur einen ehemaligen Landesbeamten. Aber das ist ein Sozialdemokrat.

Der Oberbürgermeisterkandidat der Sozialdemokraten in Kassel hat auch einen solchen Job inne. Als Regierungspräsident wurde er abgelöst. Anschließend ist er zum Kommunalen Gebietsrechenzentrum gekommen.

Ich denke auch an den ehemaligen Oberbürgermeister von Gießen, Herrn Mutz, ebenfalls Sozialdemokrat. Das ist genau dasselbe Spiel: Er hat einen gut dotierten Vertrag mit dem Kommunalen Gebietsrechenzentrum bekommen – mögen sie es nennen, wie sie wollen.

(Florian Rentsch (FDP): Versorgungspolitik!)

An dem Beispiel Kommunale Gebietsrechenzentren kann man übrigens sehr schön deutlich machen, wie falsch es ist, dass sich die öffentliche Hand mit derartigen Sachen auseinander setzt. Das war ein 100-Millionen-€-Grab für die hessischen Bürgerinnen und Bürger. Meistens standen sozialdemokratische Ehemalige an der Spitze, manchmal aber auch christdemokratische Ehemalige.

Ich bin dankbar, dass die Union jetzt einsieht, dass all das abgeschafft werden muss. Es wird Zeit, dass wir uns in die-

sem Lande von der Meinung verabschieden, dass die öffentliche Hand mit quersubventionierten Preisen in Bereichen wildern darf, die Private sehr viel besser abdecken können. Deshalb sind wir sehr zufrieden, dass die Union endlich unsere Gesetzesinitiative übernimmt und dass es künftig in Hessen – genauso wie in dem sozial-liberal regierten Rheinland-Pfalz – verboten sein wird, dass sich die Kommunen derartig ausufernd wirtschaftlich betätigen können.

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen. Frau Kollegin Hörmann, Sie haben mich provoziert, als Sie sagten, der FDP-Antrag sei „aus strategischen Gründen“ abgelehnt worden. Ich hatte das ja befürchtet. Ich sage es noch einmal, damit es jeder in diesem Raume versteht: Die CDU in Hessen wollte nicht, dass diese sehr vernünftige, beim Handwerk und bei den IHKs sehr gut ankommende Gesetzesänderung von der FDP in die Wege geleitet wird; die CDU wollte, dass „CDU“ auf dem Gesetzentwurf steht. – Wenn euch das weiterhilft, stimmen wir trotzdem eurer Initiative zu.

(Beifall bei der FDP – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Aber, Herr Kollege Hahn, ich habe ein Angebot gemacht!)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Das Wort hat der Kollege Frömmrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hahn, wie Sie mit Ihren abgelehnten Anträgen umgehen, hat schon seine Besonderheiten. Wenn Sie die Maßstäbe, die Sie hier an die Kommunen anlegen, an sich selber und an die Landesregierung anlegen würden, dann würde mit diesem Antrag anders umgegangen. Herr Innenminister, wenn Sie die Sperrvorschriften, die die HGO bei kommunalen Anträgen entfaltet, die in ein Gemeindeparlament eingebracht worden sind – die sind erst einmal für ein Jahr gesperrt –, hier anwenden würden, dann wäre es unmöglich, den FDP-Gesetzentwurf „aus strategischen Gründen“ erst einmal abzulehnen und nach einem Vierteljahr einen eigenen Gesetzentwurf fast gleichen Inhalts einzubringen.

Wir haben schon am 6. Mai 2003 und am 18. Januar 2004 über diesen Themenkomplex diskutiert. Ich finde es aber, gelinde gesagt, komisch, wie in diesem Parlament mit einer Oppositionsfraktion umgegangen wird. Herr Hahn, ich sehe ein, dass Sie das nicht sagen können, weil Sie auf Kuschellinie mit der CDU sind, aber ich kann das sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Mai 2003 und im Januar 2004 lehnten Sie von der CDU einen Gesetzentwurf der FDP ab, um im Mai 2004 einen ähnlichen Gesetzentwurf in die Beratung bzw. in die Regierungsanhörung einzubringen. So darf eine Regierung meiner Meinung nach mit den Fraktionen in einem Parlament nicht umgehen. Das ist kein vernünftiger Umgang.

Damit hören aber die Gemeinsamkeiten mit den Kolleginnen und Kollegen der FDP auf. Es verwundert mich schon, dass der Innenminister nach der umfangreichen Anhörung im Innenausschuss zu diesem Themenkomplex einen solchen Gesetzentwurf in die Regierungsanhörung geben konnte. Entweder sind Sie in dieser Frage Über-

zeugungstäter, Herr Innenminister, oder Sie haben die Ohren in der Anhörung im Innenausschuss auf Durchzug gestellt.

(Florian Rentsch (FDP): Gesunder Menschenverstand!)

Ansonsten ist nicht zu erklären, wie Sie auf die Idee kommen, diesen Gesetzentwurf hier vorzulegen.

Wo besteht eigentlich einen Regelungsbedarf in dieser Frage? Die Anhörung hat eindeutig ergeben, dass die Problemfälle, die von Ihnen öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt werden, die Ausnahme und nicht die Regel sind. Sie sprechen von dem kommunalen Nagellackstudio und dem Betriebshof, der den Blumenschmuck für Hochzeiten liefert. Diese Fälle sind wirklich Ausnahmen. Oft werden Problemfälle vorgetragen, die in unserem Bundesland gar nicht vorkommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Sie passieren in Bundesländern, die in ihrem Gesetz bereits über eine Subsidiaritätsklausel verfügen. Der Vertreter der Bayerischen Staatsregierung hat dies in der Anhörung im Innenausschuss bestätigt. Warum sollen wir also jetzt eine Neuregelung in die HGO aufnehmen?

Ich denke, dass es Ihnen hier um eine rein ideologische Frage geht. Es geht Ihnen nicht um die Sache, denn es gibt keinen Regelungsbedarf. Es geht Ihnen von der FDP und der CDU um Klientelpolitik. Das haben Sie gerade mit dem Hinweis darauf bewiesen, dass die CDU Ihnen zuvorkommen wollte, damit sie beim Handwerk schön glänzen kann.

(Florian Rentsch (FDP): Das ist lächerlich!)

Dass Ihnen die Kommunen an dem Punkt Wurscht sind, kann man gut nachweisen. Wenn Sie z. B. die „Frankfurter Rundschau“ vom 3. Mai 2004 aufschlagen, dann lesen Sie: „202 städtischen Gesellschaften droht die Privatisierung“. Die Stadt Frankfurt ist von diesem Gesetz betroffen wie keine andere Kommune in Hessen, denn sie hält Beteiligungen an insgesamt 202 Gesellschaften. Das ist Landesrekord. Wer in Frankfurt regiert, welcher Partei die Oberbürgermeisterin angehört, brauche ich hier nicht zu erwähnen.

Meine Damen und Herren, Sie wollen die Gemeindegewirtschaft in Hessen nach dem Motto „Die Rosinen verlassen den Kuchen“ organisieren. Die Bereiche, die Gewinn bringend sind, sollen an Private vergeben werden, und die Bereiche, die bereits defizitär sind, sollen schön bei den Kommunen bleiben.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

Die Politik von CDU und FDP ist in höchstem Maße kommunalfeindlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierzu möchte ich jetzt den Präsidenten des Landkreistages zitieren, Herrn Jakoubek, der sagt: „Der geplante Gesetzentwurf legt Hand an die Daseinsvorsorge bisheriger Prägung, greift massiv in das verfassungsmäßig garantierte Recht auf kommunale Selbstverwaltung ein und beschleunigt zugleich den finanziellen Ruin der Kommunen in Hessen“. Das sagt der Präsident des Hessischen Landkreistages.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Die Kommunen haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie in dieser Frage verantwortungsbewusst agieren. Die hessischen Kommunen sind Partner des Handwerks und des Mittelstands. Mit diesem Gesetzentwurf schüren Sie Streit zwischen den Partnern, anstatt ein gutes, vertrauensvolles Miteinander zu organisieren. Fragen Sie sich doch einmal, an wen die Aufträge kommunaler Unternehmen vergeben werden. Ich kann Ihnen sagen: in der Regel an örtlich ansässige, mittelständische Unternehmen und an das Handwerk. Wo, bitte, besteht hier Regelungsbedarf? Ich will noch einmal den Kollegen Jakobeb zitieren: Die bisherigen Erfahrungen zeigten, dass gerade nicht der Mittelstand, den zu schützen sich diese Landesregierung vorgenommen habe und der derzeit in erheblichem Umfang von kommunalen öffentlichen Aufträgen profitiert, der Gewinner sein werde; vielmehr sei im Rahmen der Liberalisierung und Globalisierung der Wirtschaft zu erwarten, dass die herkömmliche Daseinsvorsorge am Ende wenigen nationalen und internationalen Großkonzernen überlassen bleiben, deren Agenda ausschließlich auf Gewinnerzielung organisiert ist.

Mit Verlaub: Sie schießen hier mit Kanonen auf Spatzen. Sie versuchen, an diesem Punkt einen Zwist zwischen den kommunalen Unternehmen auf der einen Seite und dem Handwerk und dem Mittelstand auf der anderen Seite zu konstruieren. Wir sollten lieber das partnerschaftliche Miteinander zwischen kommunalen Unternehmen, Handwerk und Mittelstand fördern. Dieses Miteinander brauchen wir gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Wir alle hatten neulich das große Vergnügen, beim Hessischen Handwerkstag zugegen zu sein, und wir hatten das mehr oder weniger große Vergnügen, die Reden von Wirtschaftsminister Rhiel, des Kollegen Hahn und des Kollegen Jung über die ausufernde wirtschaftliche Betätigung der Kommunen zu hören. Zu diesem Thema gab es eine Reihe von Vorträgen und viel Applaus vom Handwerk. Pikant an der Veranstaltung war aber, dass wir im Anschluss an die Reden Essen und Getränke genießen durften, die unter anderem von der Mainova gesponsert worden waren. Ich kritisiere das überhaupt nicht. Ich denke, dass dies die partnerschaftliche Zusammenarbeit zum Ausdruck bringt. Aber wenn man auf der einen Seite mit dem Finger auf die kommunalen Unternehmen zeigt und sich auf der anderen Seite an einem Buffet bedient, das von kommunalen Unternehmen gesponsert wurde, dann passt doch das eine oder andere nicht zusammen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt verstehen wir! Ihr wollt weiterhin am Buffet essen!)

– Fraport war im Übrigen auch da. Herr Kollege Hahn, es ist doch bekannt, dass Sie auf der einen Seite sagen, dass sich die Kommunen nicht wirtschaftlich betätigen sollen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich war zwar nicht da, aber ich hätte auch vom Buffet gegessen! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Auf der anderen Seite sitzen Sie im Aufsichtsrat der Fraport. Wenn Sie den Maßstab, den Sie an die Kommunen anlegen, auch an das Land Hessen anlegen würden, dann müssten Sie eine andere Debatte führen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hat sich bis Frankenberg noch nicht herumgesprochen, dass die Fraport privatisiert ist? – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will den Blick nochmals auf die kommunalen Beschäftigungsgesellschaften für Behinderte richten. Ich habe dies auch schon in der Debatte zu dem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion angesprochen und zitiere hier aus dem Entwurf des Programms der Kommunalen Spitzenverbände mit dem Titel „Partnerschaft zwischen Kommunen, Handwerk, Handel und Mittelstand“:

Kommunale Beschäftigungsgesellschaften bedürfen einer besonderen Betrachtung. Sie leisten einen erheblichen Beitrag zur Integration von Personen, die aufgrund geringer Qualifikation oder Leistungsfähigkeit nur schwer in den Arbeitsprozess wieder einzugliedern sind. Bei der finanziellen Förderung handelt es sich um Mittel, die in entsprechendem Umfang auch privaten Gewerbetreibenden zugewiesen werden könnten, wenn sie bereit wären, diesen angesprochenen Arbeitnehmerkreis zu beschäftigen. Erfahrungsgemäß verzichten jedoch die meisten Betriebe auf entsprechende Einstellungen, da sie die Mitarbeit solcher Arbeitnehmer für ihre Betriebsabläufe eher für abträglich halten. Mit der Einführung der echten Subsidiarität wäre die Begründung solcher Beschäftigungsgesellschaften demnächst nicht mehr oder nur noch schwer möglich.

Auch deshalb lehnen wir den Vorschlag ab, den Sie auf den Tisch gelegt haben.

Meine Damen und Herren, wo bitte sind die gravierenden Verstöße gegen das zurzeit geltende Gemeindefachschaftsrecht?

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Welcher Vorschlag eigentlich?)

Ich habe schon einmal auf die einschlägigen Urteile hingewiesen. Auswüchse und Versuche der Kommunen, sich in anderen Feldern als in der Daseinsvorsorge zu betätigen und sich über die Schrankentrias von öffentlichem Zweck, Leistungsfähigkeit und Subsidiarität hinwegzusetzen,

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Von was reden Sie eigentlich?)

wurden von Gerichten immer wieder zurückgewiesen und die Kommunen immer wieder in ihre Schranken verwiesen. Deshalb noch einmal die Aufforderung an die Landesregierung: Wo bitte sind die gravierenden Verstöße gegen das geltende Recht? Legen Sie doch endlich einmal offen, wo die Fehlentwicklungen in dem Bereich in Hessen wirklich sind.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wo laufen die Rosinen?)

Meine Damen und Herren – auch an Sie, Herr Kollege Hahn –, Sie sollen in Ihrem Fall jetzt die gelbe Filzbrille abnehmen und auf den Boden der Realität zurückkehren. Die hessischen Kommunen haben in der Tat schon Probleme genug. Wir sollten nicht noch weitere Probleme hinzufügen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner spricht Herr Kollege Boddenberg für die CDU-Fraktion.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt kommt die Sachlichkeit!)

**Michael Boddenberg (CDU):**

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst feststellen, dass wir uns alle miteinander sehr bewusst sind, dass die Diskussionen mit den Kommunen an dieser Stelle nicht nur notwendig, sondern auch in der Sache geboten sind. Denn wir alle wissen aus jeweils individueller kommunalpolitischer Erfahrung, was sich dort in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Aber genau das ist der Punkt. Deswegen wundere ich mich schon ein bisschen über das, was Herr Rudolph und auch Herr Frömmrich gesagt haben – im Grunde genommen im gleichen Atemzug –, nämlich: „Wo ist überhaupt Handlungsbedarf?“

Ich möchte Sie aufklären, Herr Rudolph, ganz besonders an Ihre Adresse, weil Sie nicht einen einzigen Fall für Hessen gesehen haben. Ich möchte schon ein paar eigene Erfahrungen schildern, die Sie mit Sicherheit auch an anderer Stelle auf kommunaler Ebene gemacht haben. Sie haben eben über die Stadt Frankfurt gesprochen. Allein die Tatsache, dass Sie das zitieren, was die „Rundschau“ dazu gemeldet hat, dass nämlich die Stadt Frankfurt befürchtet – das war sinngemäß die Überschrift –, dass sie jetzt bei 200 städtischen Unternehmen Probleme bekäme, ist in sich schon genug, hinzuschauen und zu fragen, was das für Unternehmungen sind – 200 Unternehmungen mit städtischer Beteiligung in einer, wenngleich auch großen, Stadt wie Frankfurt am Main.

Wenn man sich das anschaut und einzelne Unternehmen betrachtet – ich habe das an mehreren Stellen auch getan, weil ich im Aufsichtsrat bin –, dann kann man einen Bereich herausnehmen, die Abfallwirtschaft. Da hat die Privatisierung zugegebenermaßen sehr viel gebracht. Es ist also auch im kommunalen Miteinander mit der Wirtschaft sehr Gutes und Erfolgreiches geleistet worden. Aber ich will dabei nicht diejenigen Mittelständler vergessen, die bei einem Prozess wie diesem, der Umwandlung eines Amtes 70 mit 1.800 Mitarbeitern zu einer Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH – wie sie heute heißt –, auf der Strecke geblieben sind.

Sie sind auf der Strecke geblieben, weil es keine klaren Regelungen dahin gehend gab, was diese mit privaten Anteilen versehene, aber immer noch mehrheitlich im Besitz der Stadt Frankfurt befindliche Gesellschaft zukünftig tun und was sie nicht tun darf. Es gab immer wieder die Feststellung, dass aus einem Gebührenhaushalt, also aus Gebühren, die die Gebührenzahler zu bestreiten haben, quersubventioniert wurde, andere Geschäftsbereiche etabliert und aufgebaut wurden, die ausschließlich in privatwirtschaftlichen Bereichen versucht haben, Umsätze zu generieren. Wie oft hat die IHK in Frankfurt und wie oft haben Handwerkskammern an anderer Stelle genau diesen Punkt, wie ich meine, völlig zu Recht reklamiert?

Es kann nicht sein, dass wir wirtschaftlich funktionierende Branchen und Unternehmen im Einzelfall in den Ruin treiben, nur weil wir staatlich alimentierte Unternehmen in städtischer, kommunaler Trägerschaft in den Wettbewerb schicken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Übrigens in einen – das sage ich sehr deutlich – teilweise äußerst unseriösen, aber zumindest unfairen Wettbewerb. Meine Damen und Herren, nur darum geht es. Bauen Sie

hier nicht einen Popanz auf, als würden wir die Beschäftigungsgesellschaften abbauen. Wir sind diejenigen, die im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe immer gesagt haben: Wir wollen und müssen auch künftig mehr fördern.

Das heißt, wir wissen doch selbst um die Notwendigkeit, dass wir sogar an manchen Stellen zunehmend kommunale Beschäftigung schaffen müssen, um Problemgruppen und Randgruppen dieser Gesellschaft in Beschäftigung zu bringen. Genau das ist der Punkt. Weil das zum Teil an großartigen Aufgaben noch vor uns steht, wollen und müssen wir definieren, was die machen dürfen und sollen, damit nicht am Ende der Effekt eintritt, den wir immer wieder zu verzeichnen haben, dass nämlich mit Beschäftigungsgesellschaften und Beschäftigungsverhältnissen im so genannten zweiten Arbeitsmarkt Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt kaputtgemacht wird. Genau das ist der Punkt, über den wir hier miteinander zu reden haben.

(Zurufe von der SPD)

Noch zwei Sätze zu dem, was Sie vorgetragen haben, wir würden die kommunale Selbstverwaltung infrage stellen. Das genaue Gegenteil ist doch der Fall. Wir wollen, dass zukünftig die kommunalen Abgeordneten in den Stadtverordnetenversammlungen und in Kreistagen wesentlich mehr an Transparenz erfahren, als das heute der Fall ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Darmstadt ist von Ihnen selbst angesprochen worden. Es ist doch kein Einzelfall. Fragen Sie einmal Kreistagsabgeordnete, fragen Sie einmal Stadtverordnete, ob sie ein Bild über kommunale Beschäftigungsgesellschaften ihrer kommunalen Träger haben. Meine Damen und Herren, Sie werden ziemlich wenig erfahren.

Wir möchten, dass Stadtverordnete und Kreistagsmitglieder im Bewusstsein des Problems, das sie immer eingehen, wenn sie städtische Gesellschaften gründen, entsprechende Entscheidungen auch bewusst treffen und nicht etwa deswegen treffen, weil sie sich gar nicht darum kümmern konnten, entsprechende Informationen zu erfahren, weil sie ihnen vorenthalten wurden.

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege Boddenberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Frömmrich?

(Michael Boddenberg (CDU): Gern, bitte!)

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Boddenberg, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir jetzt gerade über den Bereich Gemeindefachdienst diskutiert haben?

(Zurufe von der CDU: Frage!)

– Das ist eine Frage: Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir im Zusammenhang mit der Diskussion über den Gesetzentwurf der FDP, sowohl was die Beteiligungsrechte angeht, als auch was den Vorgang der überörtlichen Rechnungsprüfung angeht, sehr wohl gesagt haben, dass es dort Regelungsbedarf gibt und dass das, was die FDP gefordert hat, in die richtige Richtung geht? Würden Sie das zur Kenntnis nehmen?

**Michael Boddenberg (CDU):**

Ich nehme das gern zur Kenntnis, weil das genau das ist, was wir – ich betone – unter anderem vorhaben, in diesem Gesetzentwurf klar zu regeln. Insofern gibt es hoffentlich an der Stelle keinen Streit. Aber den Streit gibt es mit Sicherheit bezüglich der Frage: Was soll zukünftig noch in kommunaler Trägerschaft stattfinden? – Da haben wir völlig andere Vorstellungen, als es der Kollege Rudolph hier skizziert hat. Das habe ich eben zugerufen, und Sie haben das hoffentlich auch gehört, Herr Rudolph: Das ist eine Staatswirtschaft, wie wir sie nicht wollen.

(Günter Rudolph (SPD): Ach du lieber Gott!)

Wir wollen kommunale Trägerschaft nur für den Fall, dass sie auf privatem Weg nicht stattfinden kann. Das hat etwas mit Freiheit der Marktwirtschaft zu tun. Das hat etwas mit Liberalität zu tun. Das ist nicht das, was Sie möglicherweise mit noch mehr Staat, noch mehr Bürokratie und noch mehr Verwaltung auch in Teilen der Wirtschaft wieder hervorholen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine letzte Bemerkung, damit das alle Kommunalen für die Debatten, die anstehen, wissen. Wir haben deutlich gesagt, es gibt so etwas wie einen Bestandsschutz. Außer den Prüfinstrumenten und Regularien, die wir heute schon haben, wird es bei bestehenden Gesellschaften keine Einschnitte geben, wie Sie versucht haben, als Horrorszenario hier zu skizzieren, Herr Rudolph. Wir werden künftig genau hinschauen, wohin sich solche Gesellschaften entwickeln. Da gibt es viele Beispiele. Der Kollege Möller hat das nämlich am Beispiel der Wohnungsbaugesellschaften im Bereich Mittelhessen und Gießen beschrieben, die sich völlig verselbstständigt haben, die Beratungsleistungen anbieten, die wiederum ihrerseits wirtschaftliche Anteile an anderen Kapitalgesellschaften erwerben, ohne dass das die Stadtverordneten im Einzelnen mitbekommen. Das kann und darf nicht sein. Das wird der richtige und überfällige Weg sein, den wir gemeinsam – ich hoffe, nicht nur mit der FDP, sondern auch mit einigen Kollegen der sonstigen Oppositionsfraktionen – einschlagen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat der Innenminister das Wort. – Bevor er spricht, möchte ich auf der Besuchertribüne recht herzlich unsere ehemalige Kollegin Inge Velte begrüßen. Es freut mich, dass sie wieder einmal im Hause ist.

(Allgemeiner Beifall)

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Diese Landesregierung und die sie tragende Mehrheit der CDU-Fraktion haben stets kommunalfreundlich gehandelt. Das ist so gewesen, und das bleibt auch so. Deshalb ist es eine kommunalfreundliche Regierung. Was wir hier heute diskutieren, ist ein kleiner Teil eines Kabinettsentwurfes, der weder als Gesetzentwurf noch sonst wie vorliegt.

Damit wir die Debatte einmal richtig einordnen: Herr Kollege Rudolf, Sie haben sich beklagt – wörtlich –, dass wir den Landtag mit so etwas belästigen. Herr Frömmrich,

Sie haben gesagt, das sei alles überflüssig, es gebe gar kein Problem.

(Günter Rudolph (SPD): Politisch, mit dem Antrag!)

Sie wissen doch beide, dass das Unsinn ist, was Sie hier erzählen. Deshalb möchte ich einige wenige Striche ziehen.

Es geht hier weder um Ideologie noch um Taktik. Der FDP-Antrag ist, wenn es um das kommunale Wirtschaftsrecht geht, in Teilen sehr ähnlich dem, was im Kabinettsentwurf steht. Da Sie ihn wahrscheinlich haben, hätten Sie sich einmal die Mühe machen sollen, ihn zu lesen. Es gilt der alte Spruch: Vertiefte Sachkenntnis verhindert fröhliche Polemik.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sollten Sie sich einmal merken, Herr Minister!)

Denn darin steht jede Menge über viele Fragen, zu denen Sie bedauerlicherweise kein Wort verloren haben. Das Wesentliche und Entscheidende in diesem Kabinettsentwurf ist nicht das, worüber hier diskutiert wurde, sondern ist die Neuordnung des kommunalen Haushaltsrechts, das alle kommunalen Verbände, alle Länder und der Bund gemeinsam verabschiedet haben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber nicht Bestandteil der heutigen Tagesordnung!)

Das ist der wesentliche Punkt. Das hatten wir bisher nicht. Wir haben dort Neuregelungen und Veränderungen zum Kommunalrecht, zum Kommunalwahlrecht. Es geht hier nicht um Strategie und Taktik nach dem Motto, den FDP-Antrag ablehnen und es drei Monate später selbst bringen. Das ist völliger Unsinn.

(Heinrich Heidel (FDP): Na, na, na!)

– Meine lieben Kollegen, lesen Sie dieses Werk, dann brauchen wir nicht mehr zu streiten.

(Roland von Hunnius (FDP) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Strategische Gründe!)

Es ist eine sehr breite Geschichte, die quer durch das Kommunalrecht geht.

Nun zu dem kommunalen Wirtschaftsrecht. Wenn das so wichtig ist, wie Sie hier vortragen, dann gehe ich davon aus, dass ich einen Moment Zeit habe, die Dinge zu beleuchten. Worum kann es eigentlich gehen? Dazu haben Frau Kollegin Kühne-Hörmann, Herr Kollege Boddenberg und auch Herr Kollege Hahn schon einiges ausgeführt.

Niemand kann doch ernsthaft behaupten, insbesondere nicht diejenigen, die 41 Jahre in diesem Land am Stück und unter Rot-Grün noch einmal acht Jahre regiert haben, dass das kein Problem sei. Ich habe im Innenministerium meterweise Akten, die sich ausschließlich mit dieser Frage beschäftigen, und zwar nicht unter meiner Amtsführung. Das war doch ewig ein Thema. Es ging immer um die Frage: Wie kann man kommunale Selbstverwaltung und kommunale Betätigungsrechte auf der einen Seite und den vernünftigen Anspruch der Wirtschaft, insbesondere des Handwerks und des Mittelstandes, nicht durch kommunales Handeln in seiner eigentlichen Arbeit in wettbewerbsverzerrender Weise benachteiligt zu werden, vernünftig auswiegen? Das ist die Aufgabe, um die es



geht. Das kann doch vernünftigerweise niemand bestreiten.

Wenn Sie sich jetzt in die Büsche schlagen und sagen, das sei nie ein Problem gewesen, weise ich nur darauf hin: Sie haben doch selbst ewig um das Thema gerungen. Der neue Zustand ist der, dass wir nun versuchen, es vernünftig zu lösen. In der letzten Legislaturperiode hatten wir uns abgesprochen. Unter meiner Führung gab es eine Arbeitsgruppe mit der Wirtschaft und den kommunalen Verbänden, um zu versuchen, jenseits einer gesetzlichen Regelung zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Das ist bedauerlicherweise nicht gelungen.

Es kann doch niemand ernsthaft darüber streiten, wenn wir tagtäglich darüber diskutieren, ob es noch einen Handwerker gibt, der jemanden einstellt, ob es noch einen Betrieb gibt, der weitere Ausbildungsplätze schafft, ob noch ein bestehender Betrieb sich erweitert oder ob ein junger Mann, eine junge Frau einen Betrieb gründet, dass es zunächst um die Frage gehen muss, dass wir alles tun, denjenigen zu ermuntern, sich tatsächlich eine Existenz aufzubauen und, wenn er sie denn hat, zu erweitern. Das ist die erste Aufgabe. An dieser Stelle ist es genau richtig, zu sehen: Ist das, was getan wird, klug oder unklug unter dem Aspekt, wie wir z. B. viereinhalb Millionen Arbeitslose wegbekommen? Wenn Sie das so herum sehen, können Sie doch nicht einfach das Problem vom Tisch wischen.

Muss ein kommunaler Stadtreinigungsbetrieb tatsächlich Reinigungs- und Winterdienstleistungen auf privaten Grundstücken anbieten? Ist das für kommunale Selbstverwaltung zwingend? – Wohl nicht. Muss eine kommunale Friedhofsgärtnerei zusätzlich Kunden für die private Grabpflege akquirieren? Ist das wirklich zwingend bei diesem Zauber, der hier veranstaltet wird, nach dem Motto, die Kommunen werden entmannt? – Das kann doch alles nicht wahr sein. Muss ein kommunales Versorgungsunternehmen wirklich eine umfangreiche eigene Serviceeinrichtung für so genannte Dienstleistungen hinter dem Zähler schaffen, wenn es jede Menge Handwerksbetriebe gibt, die das auch können? Ist das alles zwingend? – Da wird doch niemand mit Vernunft und Verstand antworten können, dass das zwingend sei.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht nicht um die kleinen Punkte!)

– Nein, das sind alles Punkte aus Hessen. Ich könnte noch mehr nennen.

Wenn wir solche Sachverhalte haben, geht es mir nicht darum – das ist der entscheidende Kern –, dass wir den Kommunen alles untersagen. Ich bin als Kommunalminister kein Freund davon, den Kommunen immer etwas zu untersagen. Das können Sie an meiner fünfjährigen Amtszeit nachvollziehen. Das Entscheidende ist die Transparenz, und derzeit fehlt es auf allen Ebenen an Transparenz.

(Heinrich Heidel (FDP): So ist es!)

Dieser Gesetzentwurf fügt die Dinge zusammen, die zusammengehören. Wir haben nämlich ein paar andere Probleme, die hier noch niemand angesprochen hat. Dazu gehört das Stichwort kommunale Schattenwirtschaft. Wir haben heute Schattenhaushalte, die viel höher als die eigentlichen Haushalte sind. Das ist doch ein Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Die Bürger haften dafür. Dann sollten sie es doch wenigstens wissen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Sie sind nicht einmal bereit, überhaupt etwas zu machen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist unwahr!)

Halten Sie es für richtig, dass sich die Stadtverordnetenversammlungen, die Kreistage und die Gemeindevertretungen in aller Regel nicht darüber austauschen? Halten Sie es für richtig, dass wir bei der bedrückenden Finanzlage der Kommunen, wenn wir das in einer Bilanz konsolidieren, auf vielen Feldern zu dem Ergebnis kommen, dass das, was die Gemeinden insgesamt, und zwar dann die Bürger, schultern müssen, häufig das Doppelte, gelegentlich sogar mehr als das ist, was im Haushalt ausgewiesen ist? – Das ist doch ein Sachverhalt, an dem keiner vorbeikommt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat aber mit dem anderen nichts zu tun!)

Wenn Sie das hinzunehmen, dann wird deutlich, worum es eigentlich geht. Es geht um Transparenz. Für mich ist der wichtigste Paragraph schlechthin – den empfehle ich jetzt wirklich Ihrer Lektüre; lesen Sie ihn genauestens durch – § 121 Abs. 6. Alles andere kann man vernachlässigen, weil es in der materiellen Rechtskraft relativ wenig Bedeutung hat. Darin steht, dass Kommunen für die Entscheidung, dass sie sich wirtschaftlich betätigen wollen, eine Marktanalyse machen müssen und dass sie dem Parlament vorlegen müssen, warum sie es tun wollen, mit einem Bericht von denen, die es vielleicht auch könnten, also der Handwerkskammer usw.

(Zuruf von der CDU: Das ist richtig!)

Was ist dagegen einzuwenden? Wenn ich der Überzeugung bin, dass das aus kommunaler Sicht richtig ist, dann werde ich doch die Argumente haben, die die Handwerkskammer, den Verband der Freien Berufe oder wen auch immer entkräften können, und dann entscheidet eine kommunale Mehrheit. Der wesentliche Unterschied ist, dass ein Zwang zur Prüfung besteht: Ist das, was wir tun, wirklich sinnvoll?

(Beifall bei der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Geht es vielleicht auch anders, geht es vielleicht sogar wirtschaftlicher? Wenn wir das dann im Sinne einer Partnerschaft zwischen Kommune und Wirtschaft ausgestalten, können beide Seiten nicht sagen, sie seien übervorteilt worden. Sagen die einen zur Sache nichts, brauchen sie sich auch nicht zu beschweren. Sagen sie etwas zur Sache, dann kann man sich miteinander austauschen. So herum wird ein Schuh daraus, und dann wird sich ein Stadtparlament mit diesen Fragen auseinander setzen müssen.

Deshalb ist die Transparenz in dieser Vorschrift das A und O. Darauf bitte ich Sie bei Ihren Bemerkungen in Zukunft besonders zu achten. Wenn Sie die neuen Vorschriften für das Haushaltsrecht dazunehmen, dann werden Sie sehen, worum es hier eigentlich gehen muss, und zwar im Interesse aller, völlig parteifrei.

In einem letzten Teil möchte ich ein paar Dinge zurechtücken. Wir werden die Angelegenheit sicher noch vertieft diskutieren. Ich weiß nicht, wer die „Frankfurter

Rundschau“ mit der Überschrift „202 städtischen Gesellschaften droht die Privatisierung“ zitiert hat. Mit Verlaub, das ist kompletter Blödsinn. Das ergibt sich weder aus diesem Gesetz, noch ist mir irgendeine Aussage meinerseits bekannt, dass es intendiert oder zwingend sei.

(Florian Rentsch (FDP): Aber richtig wäre es!)

Es ist schlicht alles falsch. Jetzt sage ich noch einmal: Lesen Sie doch wenigstens, was dort steht. Der erste Punkt ist erwähnt worden, aber er ist mir wichtig. Dieses Gesetz enthält eine umfassende Bestandsgarantie für die Gesellschaften, die bereits da sind. Wer auf die Idee kommen kann, es bestehe ein Zwang, bestehende Gesellschaften zu privatisieren, der hat entweder keine Kenntnis oder geht bewusst an dem Text vorbei.

Das Zweite, worauf zu achten ist: Werden neue Tätigkeiten aufgenommen, die begrifflich nicht dem Bestandschutz unterliegen, dann ist das für sich gesehen nicht verboten, sondern dann muss die Kommune nachweisen, dass sie es mindestens so gut macht wie ein Privater oder andere zwingende Gründe gegeben sind. Die kann es ja geben. Was ist dagegen einzuwenden?

Zum Stichwort Daseinsvorsorge. Hier wird das Pferd sozusagen totgeritten. In den meisten Bundesländern ist der Begriff der Daseinsvorsorge in der Gemeindeordnung nicht geschützt. Das ist nichts Neues. Ich räume ein, dass man über diesen Punkt miteinander sprechen und sich austauschen muss. Wir sind in der Anhörung. Aber ich will auch deutlich machen, nach der Definition des Begriffs des Wirtschaftens in diesem Entwurf sind weite Teile der Daseinsvorsorge in gar keiner Weise eingeschränkt. Die Daseinsvorsorge, um die es dabei geht, nämlich die kommunalen Felder, wie z. B. die Sozial- und Jugendhilfe, die Kultur, die Bildung, der Sport, der Hausmüll, das Wasser, die Straßenreinigung, sind im Sinne dieses Gesetzes keine wirtschaftliche Betätigung. Das ist Daseinsvorsorge. Man kann darüber streiten, ob wir noch vorschreiben sollen, dass die Daseinsvorsorge generell und darin besonders garantiert ist. Dabei bin ich vergleichsweise offen. Es geht aber nicht, sich hierhin zustellen und zu behaupten, die Daseinsvorsorge sei abgeräumt worden. Das steht nicht in dem Gesetzentwurf. Ich halte es schon für notwendig, dass wir das hier klarstellen.

Zusammenfassend: Es muss darum gehen, den Kommunen ihren existenziell notwendigen Handlungsrahmen zu gewährleisten, ihnen eine Garantie für ihre kommunale Entwicklung zu geben und das in ein vernünftiges Verhältnis dazu zu bringen, dass wir die Wirtschaft nicht unnötigerweise durch Wettbewerbsverzerrungen beeinträchtigen, weil unter dem Strich dann alle dabei verlieren.

Zum Schluss gehe ich auf den letzten Punkt des Antrags der SPD ein. Ich zitiere wörtlich:

Der Landtag stellt fest, dass im Rahmen der Regelungen des Gemeindefinanzrechts gewährleistet werden muss, dass die Mitglieder der kommunalen Gebietskörperschaften in transparenter und ausreichender Weise über die wirtschaftliche Betätigung der jeweiligen Kommune informiert werden.

Darüber sind wir uns völlig einig. Genau das ist ein wesentliches Anliegen des derzeit in der Anhörung befindlichen Kabinettsentwurfes. Meine Damen und Herren, deshalb bleibt es dabei: Man kann diese Themen nicht ignorieren, sondern man muss eine vernünftige Lösung finden. Wir sind auf dem Weg dazu. Diese Landesregierung

bedarf jedenfalls von niemandem Nachhilfe, was die Kommunalfreundlichkeit angeht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat Herr Abg. Frömmrich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Herr Frömmrich, der Gesetzentwurf wird noch eingebracht!)

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mich nur noch einmal zu Wort gemeldet, weil der Staatsminister hier etwas gesagt hat, was so nicht stehen bleiben kann. Sie haben eben von vertiefter Sachkenntnis gesprochen. Ich spreche jetzt davon, dass man, wenn man hier ernsthaft eine Debatte führt, vielleicht demjenigen, der redet, auch das eine oder andere Mal zuhört. Dann müsste man die Debatte nicht ein zweites Mal führen.

Sie haben hier gesagt, wir seien überhaupt nicht bereit, in diesem Themenkomplex etwas zu tun. Dann haben Sie sowohl in der Anhörung im Innenausschuss als auch hier in der Debatte nicht richtig gelauscht. Ich halte es für zwingend erforderlich, dass wir etwas bei den Beteiligungsberichten tun. Sie haben die Schattenhaushalte angesprochen. Der ganz normale Kommunalpolitiker in einem Stadtparlament oder in einem Kreistag weiß überhaupt nicht mehr, an welchen Firmen die Kommunen beteiligt sind, zumal wenn sie über ihre kommunalen Unternehmen noch an anderen Unternehmen beteiligt sind. Von daher ist das eine wichtige und richtige Sache, die die Kommunalparlamente überhaupt erst einmal in die Lage versetzt, Transparenz herzustellen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das ist vollkommen richtig. – Herr Boddenberg, keine Aufregung. Das haben wir schon beim Vorschlag der FDP gesagt. Richtig, abhaken, das machen wir.

Es wurde ein zweiter Punkt angesprochen. Da sollte man auch zuhören: der Themenkomplex der überörtlichen Prüfung der privaten und kommunalen Betriebe. Da besteht überhaupt kein Dissens. Wir haben damals gesagt, das sei im Prinzip eine richtige Sache. Wir haben alle gemeinsam die überörtliche Rechnungsprüfung beschlossen, wenn ich mich recht erinnere. Man müsste aber noch einmal ganz vertieft prüfen, wie man den Zugang der überörtlichen Rechnungsprüfung in Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Mehrheitseigentümer oder Eigentümer Private sind, rechtlich gewähren kann. Das Gleiche gilt für Aktiengesellschaften. Man müsste erst einmal prüfen, wie das in den Gesetzesrahmen passt. Ich habe im Prinzip nichts dagegen. Das halte ich für eine Sache, die man machen kann, wenn es rechtmäßig ist. Das ist überhaupt keine Frage.

Der dritte Punkt, zu dem ich sowohl im Ausschuss als auch vorhin gesprochen habe, betrifft eine Sache, die man überlegen muss. Sie sagen, Sie wollen bei der Haushaltsführung viele Dinge ändern. Ich halte es für vollkommen richtig, neue Steuerungsmodelle einzuführen, die Kamealistik abzulösen, die Doppik einzuführen. Dass man die Änderungen in den Gesetzesvorschriften nun einbringt,

ist vollkommen richtig. Man muss im Detail darüber diskutieren, ob man die eine oder die andere Variante wählt. Das war aber doch, wenn ich es richtig sehe, überhaupt nicht die Frage, die wir heute hier diskutieren, sondern wir haben heute auf Antrag der SPD-Fraktion über die Betätigung der Kommunen in Gesellschaften mit beschränkter Haftung diskutiert. Deswegen sind wir darauf nicht vertieft eingegangen.

Ich kann das nur so werten, dass Sie das in die Debatte als Ablenkungsmanöver eingebracht haben, um vom Kern der Debatte abzulenken. Herr Staatsminister, das haben wir doch im Innenausschuss hoch und herunter diskutiert. Wir haben doch wer weiß wie viele Verbände eingeladen und angehört. Nehmen Sie die Stellungnahme des Landkreistages, nehmen Sie die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes, oder nehmen Sie die Stellungnahme des Deutschen Städtetages. Alle haben Ihnen gesagt, es gebe keinen Regelungsbedarf in dieser Form. Alle haben Ihnen gesagt, Sie überregulieren hier etwas.

Es gibt in der Tat das eine oder andere Problem. Das kann man aber unterhalb von gesetzlichen Vorschriften lösen. Das können Sie als Minister mit Erlassen und anderem regeln. Dafür brauchen wir keine gesetzliche Regelung. Das war sozusagen die Tendenz der Anhörung. Dann stellen Sie sich hierhin und sagen: „Im Zusammenhang mit Kommunalfreundlichkeit brauchen wir von Ihnen keine Nachhilfe.“ Wenn Sie so kommunalfreundlich sind, dann müssten der Landkreistag, der Städtetag und der Städte- und Gemeindebund jubeln. Aber alle sind gegen den Gesetzesentwurf, den Sie vorlegen. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Meine Damen, meine Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Es ist vorgesehen, den Antrag der SPD betreffend unzulässiger Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung durch Veränderungen des Gemeindefortschrittsrechts, Drucks. 16/2224, an den Innenausschuss, federführend, und an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, zu überweisen. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend Absage der Finanzminister des Bundes und der Länder zu den Steuerreformmodellen der Oppositionsfraktionen im Deutschen Bundestag – Drucks. 16/1999 –**

Dazu wird **Tagesordnungspunkt 11** aufgerufen:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend unverantwortliche Vorschläge zur Vergrößerung der Steuerausfälle durch die Oppositionsfraktionen im Deutschen Bundestag – Drucks. 16/2057 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 16:**

**Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend neue Steuerkonzepte für den Aufschwung – Drucks. 16/2073 –**

und **Tagesordnungspunkt 19:**

#### **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend neues und einfacheres Einkommensteuergesetz für mehr Transparenz und höheres Wachstum – Drucks. 16/2099 –**

Als erster Redner hat Abg. Norbert Schmitt von der SPD-Fraktion das Wort. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Kartenhaus der Bierdeckelsteuerreform ist zusammengebrochen.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD) – Lachen bei der CDU)

– Lachen Sie nicht zu früh. – Die Konferenz der Finanzminister von Bund und Ländern – die Hessische Landesregierung war dort auch vertreten – hat einstimmig ein deutliches Fazit zu den vorliegenden Plänen einer radikalen Steuerreform gezogen: Sie sind sozial ungerecht, die Verteilungsgerechtigkeit ist nicht gewährleistet, und sie sind schlicht unbezahlbar.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Meine Damen und Herren, nach diesem einstimmigen Beschluss der Finanzministerkonferenz, der von Hessens Stimme mitgetragen ist, haben wir in der Steuerdebatte endlich Fakten statt Märchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Durch den Bericht „Grundlegende Reform des Steuerrechts – Bewertung der verschiedenen Steuerreformkonzeptionen – Bericht der Abteilungsleiter Steuer der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder“, der am 26. Februar einstimmig von den Finanzministern zur Kenntnis genommen wurde, wird deutlich – ich zitiere sinngemäß –, dass Steuerpflichtige mit geringen Einkünften und hohen Abzügen, z. B. Pendler, Feiertags- und Nachtarbeiter, tendenziell die Verlierer einer radikalen Steuerreform wären. Tendenzielle Gewinner wären hingegen Steuerpflichtige mit hohem Einkommen und wenigen Abzügen, z. B. leitende Angestellte.

Das können Sie auf Seite 85 des Berichts nachlesen. Weiter heißt es dann, dass die an eine große Steuerreform zu stellenden Anforderungen von keinem der untersuchten Modelle vollständig erfüllt werden.

(Beifall des Abg. Günter Rudolph (SPD) – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Kollege Milde, ich will Ihren Zwischenruf aufgreifen. Das Gleiche gilt für das neu vorgelegte Steuerpaket von CDU und CSU. Von wegen, dass man dann eine Steuerreform auf dem Bierdeckel machen könnte. Nach dem, was Sie vorgelegt haben, wird dazu ein Tischtuch nicht reichen. Am besten würden Sie ein Tischtuch von einer Bierzeltgarnitur nehmen,

(Heiterkeit des Abg. Günter Rudolph (SPD))

wenn das überhaupt ausreichen würde. Ich hoffe, das ist unstreitig: Die Union sieht 30 Ausnahmen vor. Das Steuerrecht würde also auch danach kompliziert bleiben.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wie viele sind es denn heute? Heute gibt es Tausende!)

Nach der Vorstellung der Union soll es weiterhin 30 Ausnahmen geben.



Herr Kollege Milde, wer danach noch sagt, man solle eine Steuerreform auf einem Bierdeckel machen können, der muss schon einige Striche auf dem Bierdeckel haben, damit er so etwas behaupten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Von wegen, das Modell sei sozial ausgewogen. Das Gegenteil ist der Fall. Das von der Union vorgelegte Modell ist sozial ungerecht.

(Reinhard Kahl (SPD): Richtig!)

Es ist sozial völlig unausgewogen. Es dürfte auch unstrittig sein, dass die Spitzenverdiener demnach deutlich stärker entlastet würden als gering Verdienende.

Meine Damen und Herren, zudem müssen Sie sich damit auseinandersetzen: Die Umsetzung des Modells würde in der ersten Phase einen Steuerausfall von mindestens 10 Milliarden € nach sich ziehen. Manche, die es exakter ausgerechnet haben, reden sogar davon, dass wir in der ersten Phase mit Steuerausfällen in Höhe von 16 Milliarden € rechnen müssten.

Eines will ich schließlich noch sagen: Sie haben auch Maßnahmen zum Kindergeld in die Debatte eingebracht. Darüber hinaus gibt es von Ihnen Vorschläge zur Kopfpauschale, also zum Gesundheitssystem und zum Pflegebereich. Des Weiteren gibt es von Ihnen Vorstellungen zur Kindererziehung. Wenn das alles umgesetzt würde, würde das am Ende zu Ausfällen in riesiger Höhe, nämlich von rund 70 Milliarden € pro Jahr führen. Die Konzepte der Union würden also zu Steuerausfällen in Höhe von 70 Milliarden € pro Jahr führen. Ich glaube, das macht deutlich: Sie haben hier leichtfertige Versprechen in die Welt gesetzt. Das, was Sie da auf den Weg geben wollen, ist wirklich völliger finanzpolitischer Irrsinn.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das passt auf keinen Bierdeckel!)

Diese Vorschläge stammen von der Landesregierung Hessens – und haben die Unterstützung der hessischen Union –, die seit drei Jahren keinen verfassungsgemäßen Haushaltsentwurf mehr vorgelegt hat.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das sagen die Richtigen!)

Seit drei Jahren gibt es keinen verfassungsgemäßen Haushalt mehr. Trotzdem machen Sie Vorschläge, die zu Steuerausfällen in Höhe von rund 70 Milliarden € pro Jahr führen würden. Das ist doch schwarze Zechprellerei.

(Beifall der Abg. Reinhard Kahl und Günter Rudolph (SPD))

Koch, Merz und Stoiber lassen auf dem Bierdeckel anschreiben. Am Ende zahlen die Zeche dann die Schichtarbeiter und die Menschen, die feiertags und sonntags arbeiten, sowie die Pendler. Das ist wirklich schwarze Zechprellerei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben eingewandt, es solle eine Übergangsvorschrift geben. Die Übergangsvorschrift soll sechs Jahre lang gelten. Am Ende der sechs Jahre würde es dann wirklich dazu kommen, dass die Schichtarbeiter und die Pendler die Zeche zahlen müssten.

Meine Damen und Herren, folgenden Teil Ihres Unionsmodells müssen Sie sich auch noch einmal genauer angucken. Die Senkung des Spitzensteuersatzes soll mit der

Streichung von Steuervorteilen für Nachtzuschläge finanziert werden.

(Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Herr Kollege, damit würde die Krankenschwester am Ende die Steuerentlastung für den Chefarzt finanzieren. Da ist es doch wirklich nicht die Frage, ob das sozial gerecht ist. Das ist es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das kann es doch wirklich nicht sein. In der Bevölkerung gibt es manche Hoffnungen. Es gibt die Hoffnung, dass die Steuererklärung einfacher wird und dass das Ausfüllen der Steuererklärung endlich leichter wird. Ich glaube, jeder von uns füllt seine Steuererklärung nur sehr unwillig aus. Erstens muss er meistens Geld zahlen. Zweitens müssen viele Belege zusammengetragen werden. Es besteht ja darin Übereinstimmung, dass es zu einfacheren Modellen kommen muss. Aber manche Hoffnung, die es aufgrund des Modells der CDU gibt, wird am Ende auf der Bierzeltgarnitur zusammenbrechen. Deswegen rate ich, sich eine Bank mit Rückenlehne auszusuchen. Denn dann kann keiner rückwärts von der Bank fallen, wenn er am Ende von den Segnungen der CDU-Steuerreform „beglückt“ würde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will das Fazit ziehen.

Erstens. Steuerschlupflöcher müssen geschlossen werden. Das betrifft die Diskussion hinsichtlich der Umsatzsteuer. Das ist hoch problematisch. Die dort bestehenden Lücken müssen geschlossen werden. Fehlgeleitete Steuersubventionen müssen abgeschafft werden. Ich denke, Sie werden sich da auf die Diskussion über die Eigenheimzulage einlassen müssen.

(Zuruf von der CDU: Die ist doch schon abgeschafft!)

– Nein, sie ist eben nicht abgeschafft. – Wir müssen uns aber die Frage stellen, ob die Eigenheimzulage eine Subvention ist, die am Ende auch mit dazu geführt hat, dass das Bauen in vielen Bereichen teurer geworden ist. Vor allem kommt sie aber auch überhaupt nicht denjenigen zugute, für die es ein entscheidender finanzieller Vorteil sein sollte. Vielmehr kommt es häufig zu Mitnahmeeffekten. Gucken Sie sich bitte einmal die Sätze an, aus denen hervorgeht, wer noch alles in den Genuss der Eigenheimzulage kommt. Ich frage Sie: Müssen Menschen, die über 140.000 € Einnahmen in zwei Jahren verfügen, noch zusätzlich Einkünfte aus der Eigenheimzulage haben? – Ich sage Ihnen deshalb: Es muss in stärkerem Maße als bisher untersucht werden, wo Steuersubventionen fehlgeleitet sind. Die Eigenheimzulage ist dabei ein wichtiger Punkt. Denn sie kostet den Staat viel Geld.

Ich komme zum zweiten Punkt. Auch wir wollen eine Vereinfachung der Steuern. Ich glaube, das ist notwendig. Das dürfte unstrittig sein. Das darf aber nicht zu neuen Ungerechtigkeiten führen. Ich glaube, das ist ein ganz zentraler Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Milde, ich komme zum dritten Punkt. Eine Steuerreform, die auf Kosten der Leute mit kleinem Geldbeutel geht, aber die mit dicken Brieftaschen stärkt, wird mit uns nicht zu machen sein. Das wäre eine völlig verkehrte Steuerreform.

(Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Dr. Jung, damit würde der zentrale Punkt verletzt, dass Steuern auch immer sozial gerecht erhoben werden müssen. Ein Ergebnis der Finanzministerkonferenz war, dass bei allen Steuermodellen die soziale Ausgewogenheit nicht gewährleistet ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum vierten Punkt. Eine Steuerreform, die zu hohen Steuerausfällen führen würde, ist nicht finanzierbar. Eine weitere Diskussion dazu werden wir morgen in der Aktuellen Stunde haben. Das ist ja auch eine aktuelle Debatte. Es ist aber so: Eine Steuerreform, wie sie Ihr Modell vorsieht, nämlich mit Steuerausfällen von 16 Milliarden € in der ersten Phase und von 30 Milliarden € am Ende, ist nicht finanzierbar. – Weder die Kommunen noch der Bund, und schon gar nicht das Land Hessen, das dreimal hintereinander einen verfassungswidrigen Haushalt hat,

(Widerspruch bei der CDU)

können sich eine Steuerreform auf Pump leisten. Deswegen fordern wir Sie auf: Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner spricht Herr Abg. Milde für die CDU-Fraktion.

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat beginnen. Das hing einige Zeit an der Tür des Herrn Kollegen Wintermeyer. Vielleicht haben es dort einige gelesen.

Es ist gerecht, dass jeder Einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen.

Das wollte ich so weit zum sozialdemokratischen Gedankengut sagen.

Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines Einkommens mit dem Staate teilen muss.

Das sagte Friedrich der Große bereits im 18. Jahrhundert. Das ist auch genau das Problem, weswegen wir uns heute hier herumstreiten müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Wer bezahlt denn 50 % Steuern?)

Ich will Ihnen noch Folgendes sagen. Sie haben es angedeutet. Der Unterschied zwischen den Modellen der CDU, der CSU und der FDP zu den Vorschlägen der SPD besteht darin, dass die SPD überhaupt kein Konzept hat.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Deswegen muss man sagen: Hier liegen wenigstens Vorschläge auf dem Tisch.

Von der SPD kommt z. B.: Kiel startet Vorstoß bei Erbschaftsteuer. Simonis will die Mehrwertsteuer erhöhen. – Wenn Sie eine Mehrwertsteuer von 21 % als sozial bezeichnen, dann würde man zu einer neuen Definition der Sozialdemokratie kommen.

Müntefering ist gegen weitere Steuersenkungen, Herr Schröder will die Mehrwertsteuer nicht anheben und

lehnt die Einführung eines Mindestlohns ab. So geht das dann weiter.

Vor allen Dingen ist es aber auch so, dass es bei der SPD keine Perspektive in der Steuerpolitik gibt.

(Beifall des Abg. Dr. Peter Lennert (CDU))

Ich komme dann auch noch auf die Äußerung der FDP zu sprechen. Eine Perspektive ist in dem von Herrn Merz vorgeschlagenen Steuermodell und auch bei den anderen Steuermodellen vorhanden.

(Mark Weinmeister (CDU): Chaos hat einen Namen: SPD!)

Das Geld soll bei den Unternehmen, den Bürgern, den Menschen bleiben. Die können es besser ausgeben als der Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen waren Steuersenkungen immer produktiv. Mittelfristig hat eine Senkung des Steuersatzes immer dazu geführt, dass die Steuereinnahmen gestiegen sind und dass die Wirtschaft angesprungen ist. Herr Kollege Schmitt, das Wichtigste, was wir in Deutschland brauchen, ist doch ein wirtschaftliches Wachstum. Dann werden die Einnahmen aus Steuern wieder sprudeln.

Hier kann ich auf den Antrag der GRÜNEN eingehen, die in einer Passage gesagt haben: Wir haben die Steuern gesenkt, es ist immer noch nichts passiert. – Sie haben in Berlin Steuersätze gesenkt und das Vorziehen der Steuerreform durchgesetzt, aber genau das ist eingetreten, was wir Ihnen im letzten Jahr gesagt haben. Das Vorziehen einer Steuerreform ohne wirkungsvolle andere Reformen am Arbeitsmarkt wird verpuffen. Genau das ist eingetreten. Deswegen brauchen wir nicht nur eine Perspektive für die Menschen in Deutschland, wo es mit den Steuern und den Steuersätzen hingehen muss, sondern wir brauchen vor allem eine Reform am Arbeitsmarkt im gleichen Zuge, damit Unternehmer wissen, warum sie ihr Geld investieren, und Bürger endlich wieder Geld ausgeben.

Ich möchte ganz kurz auf die Konzepte der Union eingehen. Die Presse schreibt, das Steuerkonzept der Union steht.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn das eine Nachricht ist? – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Bericht: Die steuerpolitische Diskussion ist erheblich dadurch vorangebracht worden, dass von verschiedenen Seiten Konzepte für eine grundlegende Reform des Steuersystems vorgelegt worden sind und auf der anderen Seite die steuerlichen Bemessungsgrundlagen grundsätzlich verbreitert werden und die Steuersätze erniedrigt werden.

Nehmen Sie einmal die Drucks. 15/2745 des Bundestags: „Ein modernes Steuerrecht für Deutschland – Konzept 21“. Hierin steht haarklein, was sich die Union vorstellt, wie es mit dem Steuerrecht weitergehen soll. Man muss wirklich einmal sagen, dass es am letzten Donnerstag beim Sparkassentag beeindruckend war. Herr Kollege Hahn ist jetzt nicht da. Wir saßen nebeneinander und haben Herrn Prof. Kirchhof gelauscht, der seine Vorstellungen dargelegt hat. Da ging es auch um den direkten Übergang von dem heutigen Steuersystem. Übrigens, mit der Steuergerechtigkeit ist es da auch so eine Sache. Alle Artikel, die im deutschen Steuerrecht vorhanden sind, wurden gemacht, um das Steuersystem gerechter zu gestalten.

Kirchhof hat eindeutig erläutert, dass es sinnvoll ist, dass man am Ende – nicht von heute auf morgen, das sagen auch alle Wirtschaftswesen – zu einem transparenten, einfachen Steuersystem kommen muss, damit es dann gerecht ist, weil es jeder versteht. Das heutige System ist ungerecht, weil kein Mensch es mehr versteht.

(Norbert Schmitt (SPD): Da sind wir einer Meinung!)

Kirchhof hat z. B. gesagt: Man kann seine Steuererklärung heute nicht mehr guten Gewissens unterschreiben. Denn darunter steht doch: „Ich versichere nach meinem besten Wissen und Gewissen ...“. – Nach meinem besten Gewissen kann ich es noch tun. Ein Wissen kann ich da aber nicht als Kronzeugen vorbringen, weil kein Mensch, nicht einmal der beste Steuerberater, weiß, was heute darin steht. Also muss dieses System geändert werden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das wird einhergehen mit einer Vereinfachung des Steuersystems und niedrigeren Steuersätzen. Das Ziel ist ein Stufenmodell mit 12, 24 und 36 %, und das unterscheidet sich nicht sehr von dem, was die FDP vorgelegt hat. Friedrich Merz hat das vorgelegt und gesagt: In einem Stufenmodell könnten wir es auf einem Bierdeckel ausfüllen. – Ein Kollege hat gesagt, der moderne Bierdeckel ist eine CD-ROM; wir wollen wiederum nicht, dass eine CD-ROM damit ausgefüllt wird.

Dass wir von heute auf morgen ein System schaffen, bei dem man eine Steuererklärung auf dem Bierdeckel macht, das wird in der Tat volkswirtschaftlich auch für die Länderhaushalte nicht verkraftbar sein. Aber es bleibt unser Ziel. Es ist beschlossene Sache. Wir haben im Bundestag einen realistischen Weg eingeschlagen. Wir wollen einen linearen Aufstieg von 12 bis 36 % und behalten die Perspektive bei, von der ich eben gesprochen habe, dass wir ein einfaches System mit Stufensätzen einführen. Das bleibt auch vorhanden.

Wenn Sie sagen, dass es 30 Ausnahmetatbestände aufweist, dann muss ich Ihnen sagen, dass wir heute Tausende von Ausnahmetatbeständen haben. Wenn die abgeschafft und durch 30 Ausnahmetatbestände ersetzt werden, dann ist immer noch jeder in der Lage, seine Steuererklärung zu machen. Dann wären wir einen Riesenschritt voran.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen bleibe ich dabei: Wir müssen beides tun. Wir müssen das Steuersystem schnell und grundlegend reformieren mit dem Ergebnis, dass es bei den Steuern Gewinner und Verlierer gibt. Es gibt den sozialistischen Grundgedanken einer Umverteilung von oben nach unten. Aber das ist Quatsch. Natürlich gibt es bei einem System, das viele Privilegien hat, die man abschaffen will, Verlierer auf der Seite derer, die Privilegien haben. Es gibt Gewinner auf der anderen Seite, z. B. bei jemandem, der heute einen sehr hohen Steuersatz hat und nichts abgeschrieben, kein einziges Privileg in Anspruch genommen hat. Wenn der am Ende weniger Steuern zahlt und dafür mehr ausgibt und die Wirtschaft antreibt, dann ist das richtig. Genau das wollen wir, Herr Schmitt, dass die Menschen das Geld haben und ausgeben können.

(Beifall bei der CDU – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das begreifen die nicht!)

Wenn jemand heute alle Privilegien in Anspruch nimmt und dafür zehn Steuerberater beschäftigt, ist das zwar gut

für die Zunft der Steuerberater. Aber es bringt dem Staat nichts, wenn er in Korea den Schiffsbau fördert. Wenn er in Zukunft ein einfaches, transparentes Steuersystem hat und weiß, wie er sich auch ohne seine Steuerberater im deutschen Steuerrecht zurechtfindet, dann kann er darauf verzichten. Dann verschmerzt er wahrscheinlich sogar, dass er unter dem Strich den einen oder anderen Euro mehr bezahlt. Er zahlt ihn wahrscheinlich gerne, weil er dann weiß, wofür er ihn ausgibt.

Deswegen bleiben wir dabei, dass die Steuern nicht nur gesenkt werden müssen, sondern dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Steuersystem und dem Arbeitsmarkt gibt. Wenn der Arbeitsmarkt keine Perspektive bietet, wird niemand, nur weil er 10 € weniger Steuern bezahlt, in Deutschland investieren. Es ist eine Einheit, und es bleibt dabei: Wenn nicht auch das andere gelöst wird, kann das eine nicht zu einem Erfolg führen. – Das ist die Antwort auf das, was im Antrag der GRÜNEN steht, nämlich der Vorwurf, wir würden durch Steuersenkungen keine Ergebnisse produzieren.

Natürlich wird es dazu führen, dass die Wirtschaft wieder anspringt. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Es ist höchste Zeit für Deutschland, ein einfaches, gerechtes Steuersystem dadurch zu bekommen, dass es jeder versteht. Die Wirtschaft wartet darauf, dass sie endlich weiß, woran sie ist. Mit unserem Konzept und dem der FDP – wir werden ein gemeinsames Konzept finden – ist Deutschland auf einem sehr guten Weg. Darum bitte ich Sie. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat Herr Abg. Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss sagen, die CDU ist steuerpolitisch immer wieder für eine Überraschung gut. Vor noch nicht einmal einem halben Jahr haben wir hier im Landtag darüber diskutiert, wie wir ganz konkret Steuersätze senken können. Vor einem halben Jahr haben wir darüber gesprochen, wie wir die Steuerreform vorziehen können. Ich erinnere mich noch lebhaft an die Redebeiträge der CDU. Da hieß es, das gehe alles nicht, das sei alles unfinanzierbar, das sei in unserem Landeshaushalt nicht verkraftbar, das könnten wir alles nicht machen.

Heute lesen wir den neuesten steuerpolitischen Vorschlag der CDU, zu dem Sie auf einmal sagen: Das geht alles, 10 Milliarden € Nettoentlastung, kein Problem in der ersten Stufe. In der weiteren Stufe sind es dann 30 Milliarden Nettoentlastung, auch kein Problem. – Sie sind wirklich in der Steuerpolitik immer für eine Überraschung gut.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie setzen mit dem, was Sie heute vorlegen, Ihren Schlingerkurs in der Steuerpolitik nahtlos fort, den Sie seit 1998 eingeschlagen haben.

(Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Schauen wir uns doch einmal an, Herr Kollege Klein, wie Ihr Schlingerkurs seit 1998 ist. Wie haben Sie denn die Bundesregierung verlassen? Wie wurden Sie abgewählt?



Damals gab es einen Spitzensteuersatz von 53 %, und die Kollegen von der FDP waren daran übrigens auch beteiligt. Es gab einen Spitzensteuersatz von 53 % und einen Eingangssteuersatz von 25,9 %. So haben Sie die Regierung verlassen. Es gab in der Bundesrepublik zwar einmal höhere Steuersätze, aber viele davon gab es nicht. Sie sind gegangen mit einem der höchsten Steuersätze, die wir in der Bundesrepublik jemals hatten. Das ist die Realität.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Dann sind wir angetreten und haben im Jahr 2000 eine Steuerreform auf den Weg gebracht. Wir werden mit dieser Steuerreform am Anfang des Jahres 2005 bei Steuersätzen von 42 % in der Spitze und 15 % im Eingangsbereich liegen. Das zu der Frage, wer hier Steuern senkt und wer populistische Anträge stellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was haben Sie in Ihrem Schlingerkurs im Jahre 2000 gemacht? Sie haben gesagt: Das machen wir nicht mit, das geht alles nicht, Blockade. – Am Ende haben Sie noch nicht einmal die Blockade durchgehalten und dann doch zugestimmt, zumindest ein Teil der CDU-regierten Länder. Also haben Sie die steuerpolitische Linie wieder etwas geändert.

Dann wurde es Ihnen ein bisschen peinlich, und im Wahlkampf 2002 haben Sie wieder große Steuersenkungen versprochen. Die CDU und die FDP gingen wieder als große Steuersenkungsparteien in den Wahlkampf. Vor noch nicht einmal einem halben Jahr wurde es konkret. Da ging es um das Vorziehen, und da haben Sie wieder gekniffen.

Was wollen Sie eigentlich steuerpolitisch? Mal das eine, mal das andere? Immer, wenn wir konkret Steuern senken könnten, dann kneifen Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP. Das ist die Situation.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim Vorziehen der Steuerreform ging es um einen Einmaleffekt für die Haushalte. Das ist ein wichtiger Unterschied.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ein negativer!)

– Herr Kollege Milde, natürlich mit negativen Auswirkungen auf die Haushalte, das ist doch überhaupt keine Frage, aber nur in einem Haushaltsjahr. – Sie haben damals gesagt: Das ist nicht zu machen. Das ist nicht finanzierbar, das können wir unseren Kindern nicht zumuten. Das geht alles nicht. – Das haben Sie bei einem Einmaleffekt gesagt.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Jetzt schlägt die gleiche Partei vor, die öffentlichen Haushalte dauerhaft, nicht nur in einem Jahr, sondern dauerhaft, erst mit 10 Milliarden € weniger Einnahmen und dann mit 30 Milliarden € weniger Einnahmen zu belasten. Das sagt die gleiche Partei, die einen Einmaleffekt für unmöglich gehalten hat.

(Zurufe der Abg. Mark Weinmeister und Dr. Peter Lennert (CDU))

Als wir über den Einmaleffekt geredet haben, hat der Ministerpräsident am 9. Juni, an die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gerichtet, gesagt:

..., Sie haben nur eines nicht begriffen. Sie legen in diesem Jahr im Bund und wir alle in den Ländern Haushalte vor, die jenseits der Verfassungsgrenze liegen, auch für das nächste Jahr. Deshalb haben wir weder bei der Bank noch bei unseren Kindern einen Kredit.

Jetzt haben Sie auf einmal die Kreditlinie. Wo kommt denn Ihre Kreditlinie in Höhe von 10 Milliarden oder 30 Milliarden € her? Entweder gilt das, was Sie vor einem halben Jahr gesagt haben, oder es gilt das, was Sie jetzt sagen. Aber Sie müssen sich in dieser Frage schon einmal entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Lennert?

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sicher!)

#### **Dr. Peter Lennert (CDU):**

Herr Kollege Wagner, haben Sie eigentlich mitbekommen, dass dieser Einmaleffekt eben keine Auswirkungen auf die Wirtschaft hat, also die Wirtschaft aufgrund dieses Einmaleffekts nicht anspringt?

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Bei dem Dauereffekt können wir damit rechnen, dass die Wirtschaft tatsächlich anspringt und deswegen die Steuereinnahmen für die öffentlichen Haushalte größer sind. Das, was Sie jetzt ausführen, zeigt mir eigentlich, deswegen habe ich Ihnen diese Frage gestellt, dass Sie das eventuell nicht mitbekommen haben oder nicht verstanden haben.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sie können zunächst einmal davon ausgehen, dass ich die Zusammenhänge schon verstanden habe, auch wenn ich Ihre Schlussfolgerungen aus diesen Annahmen nicht immer teile. Sie spielen auf den Zusammenhang an, dass man eine Steuerreform mit einer Strukturreform verbinden muss, damit sie eine Wirkung entfalten kann. Herr Kollege Milde hat das vorhin auch gesagt. Ich werde in meiner Rede noch darauf eingehen. Ich gebe Ihnen gleich die Antwort, wenn Sie sich noch zwei Minuten gedulden können.

Sie müssen aber die Frage beantworten, warum jetzt auf einmal das geht, was vor einem halben Jahr angeblich nicht gehen sollte. Wie wollen Sie denn die 10 Milliarden € und dann die 30 Milliarden € finanzieren? – Dazu haben wir von Ihnen nichts gehört. Es gibt nur zwei Wege, wenn Sie Nettoentlastung erreichen wollen: Entweder Sie finanzieren es über Schulden, oder Sie finanzieren es über Kürzungen.

(Dr. Peter Lennert (CDU): Durch Wirtschaftswachstum!)

Wenn Sie es über Kürzungen machen wollen, dann müssen Sie hier sagen, dass Sie eine weitere „Operation düstere Zukunft“ planen. Das ist die eine Möglichkeit, das zu finanzieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die andere Möglichkeit ist, das Ganze auf Pump zu machen.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Dann muss ich Sie aber wieder mit Ihrer Aussage von vor einem halben Jahr konfrontieren. Da hat der Ministerpräsident gesagt:

Wenn die Steuerreform wirklich nur auf Pump zu machen ist, dann geht sie nicht. Wenn jemand sagt, es geht ohne Pump, dann soll er ein Konzept vorlegen.

Exakt das erwarten wir von Ihnen. Solange Sie das nicht machen, ist es nicht glaubwürdig, was Sie heute hier veranstalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Jetzt kommen wir einmal zu der Verbindung mit der Strukturreform. Das ist ein Punkt, der auch Herrn Kollegen Milde sehr wichtig ist. Er hat gesagt, die Steuerreform könne nur wirken, wenn sie mit Strukturreformen verbunden ist. Da lohnt es sich, zu schauen, was die CDU an Strukturreform vorschlägt. Ich habe mir das einmal angeguckt, was Sie am 7. März im Bundesvorstand beschlossen haben. In diesem Bundesvorstand sitzen auch hessische Vertreter.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ich will nur einmal zwei Beispiele herausgreifen. Fangen wir einmal mit dem Bereich „Bündnisse für Arbeit, Abweichung von Tarifverträgen, Tarifautonomie“ an. Ich zitiere den zweiten Punkt aus Ihrem Beschluss:

Beschäftigungsorientierte Abweichungen von Tarifverträgen werden unter Beachtung der Tarifautonomie zugelassen.

Also sind Sie für die Tarifautonomie. Das steht im ersten Satz.

(Mark Weinmeister (CDU): Betriebliche Bündnisse!)

Im zweiten Satz steht:

Betriebliche Bündnisse für Arbeit und beschäftigungssichernde Betriebsvereinbarungen werden gesetzlich abgesichert.

Ja, was denn jetzt, gilt jetzt die Tarifautonomie – dann brauchen wir kein Gesetz –, oder wollen wir eine gesetzliche Regelung ergreifen? Dann haben Sie aber ein Problem mit der Tarifautonomie. Beides zusammen wird nicht gehen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Sie verstehen überhaupt nichts! – Weitere Zurufe von der CDU)

Dann geht es noch weiter:

Abweichende Abmachungen sind nur zulässig, soweit sie durch Tarifvertrag gestattet sind oder eine Änderung der Regelungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten und nicht über die Laufzeit des Tarifvertrags hinausreichen, von dem abgewichen wird.

Sie müssen sich schon einmal entscheiden. Solche Formelkompromisse, die Sie hier vorlegen, haben Joschka Fischer und Jutta Ditfurth zu ihren besten Zeiten nicht produziert, wie die Formelkompromisse, die Sie als Strukturreform verkaufen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Lieblingsstrukturreform ist der Punkt 8, den Sie vorgelegt haben. Da muss man wirklich genau zuhören, was Sie hier an Strukturreform vorlegen wollen:

Denjenigen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden, müssen Beschäftigungsmöglichkeiten vorrangig auf dem ersten Arbeitsmarkt angeboten werden.

Wer also keine Arbeit findet, dem muss Arbeit angeboten werden. Die Leute finden aber keine Arbeit, da keine da ist. Sie sagen, denen müssen Beschäftigungsangebote auf dem ersten Arbeitsmarkt gemacht werden. – Das ist Ihre Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Kollege Milde, Sie können mit dem Ablenkungsmanöver der Strukturreform nun wirklich nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie hier steuerpolitisch einen völligen Schlingerkurs vertreten, dass Sie immer, wenn es konkret ans Steuersenken geht, kneifen und Herrn Merz irgendwelche Bierdeckelreformen machen lassen, die nie Wirklichkeit werden.

Zum Schluss möchte ich Ihnen einen konkreten Vorschlag unterbreiten. Es deckt sich auch mit dem, was die Länderfinanzminister beschlossen haben. Verständigen wir uns in einem ersten Schritt darauf, welche Steuervergünstigungen wir abbauen.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Ich meine das ganz ernst. Verständigen wir uns darauf, was wir an Steuervergünstigungen abbauen und was wir brauchen, um ein einfacheres Steuerrecht zu bekommen. Das wäre wirklich des Schweißes der Edlen wert, sich darauf zu verständigen. Lassen Sie uns daran anschließend eine Debatte darüber führen, wie wir dieses Geld, das wir dann gewonnen haben, verwenden. Wir haben in diesem Land nämlich viele Aufgaben zu erledigen. Wir brauchen mehr Geld in der Bildung, wir haben nach wie vor eine viel zu hohe Verschuldung. Über diese Probleme müssen wir reden. Wenn wir dann noch Geld haben, können wir darüber reden, ob wir weiterhin in die Senkung von Steuersätzen gehen. Aber lassen Sie es uns doch bitte in dieser Reihenfolge machen. Das wäre der Sache sehr viel angemessener, als irgendwelche populistischen Vorschläge zu machen, die hauptsächlich den Spitzensteuersatz senken und damit nur Besserverdiener entlasten. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat Herr Abg. von Hunnius für die FDP-Fraktion das Wort.

**Roland von Hunnius (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es schon ausgesprochen bemerkenswert, mit welcher Dreistigkeit hier SPD und GRÜNE angesichts des steuerpolitischen Chaos, das in Berlin veranstaltet wird, auftreten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Schärfe! – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege, uns vorzuwerfen, wir hätten keine Steuerreform gemacht, und die SPD und die GRÜNEN hätten sie machen müssen, heißt doch schlicht und ergreifend, dass Sie gar nicht wissen, was gelaufen ist. Haben Sie denn vergessen, dass es eine Steuerreform gab, die der Deutsche Bundestag verabschiedet hatte? Haben Sie vergessen, dass diese Steuerreform von Lafontaine im Bundesrat blockiert worden ist? Haben Sie das alles vergessen?

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dann lassen Sie doch bitte diese unsinnigen Bemerkungen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worum geht es denn im Augenblick bei dem Steuerchaos in Berlin? – Der offizielle Bundesfinanzminister Hans Eichel hat die tolle Idee, die Konsumnachfrage durch eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer zu steigern. Grandios, kann ich da nur sagen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Der wirkliche Bundesfinanzminister Joschka Fischer plant dagegen, den Bundeshaushalt durch neue Milliardenschulden zu sanieren. Das ist eine noch tollere Idee.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihr Redekonzept für morgen!)

Der Noch-Bundeswirtschaftsminister Clement will das Wachstum ankurbeln, indem er die Steuern durch Abschaffung des Sparerfreibetrages erhöht. – Auch eine tolle Idee.

Meine Damen und Herren, alle diese drei Ideen strotzen wirklich vor Unvernunft.

(Beifall bei der FDP)

Diese Ideen sind abstrus, widersprüchlich und machen eines klar: Die Bundesregierung weiß nicht mehr ein noch aus und schlägt planlos um sich. Sonst kann man sich einen solchen Blödsinn überhaupt nicht mehr erklären.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Als Oppositionspolitiker könnte man darüber hämisch lachen. Aber damit gewinnt die Bundesregierung kein Vertrauen, sondern trägt gewaltig zu dem Klima bei, das sie selber beklagt. Investoren und Verbraucher warten nämlich ab, welcher Unsinn in der kommenden Woche vorgebracht wird und was sich der Superkanzler einfallen lassen wird, um bei Gewerkschaften und, man glaubte es kaum, auch bei Oskar Lafontaine Punkte zu sammeln.

(Beifall bei der FDP – Zurufe der Abg. Norbert Schmitt (SPD) und Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Es ist überhaupt nicht mehr die Rede davon, einen Kurs – geschweige denn einen marktwirtschaftlichen Kurs – zur Mobilisierung der wirtschaftlichen Eigendynamik einzuschlagen. Davon ist nichts mehr zu erkennen.

Der Mobilisierung der wirtschaftlichen Eigendynamik sollte eigentlich die am 01.01.2004 in Kraft gesetzte Stufe der Steuerreform dienen. Steuerreform – war da etwas? Wenn Sie in Wiesbaden 100 Bürgerinnen und Bürger auf der Straße ansprechen und sie fragen, ob sie eine Entlastung durch die Steuerreform spüren und jetzt ihren Konsum steigern wollen, werden Sie von mindestens 80 % der Befragten ein ungläubiges Kopfschütteln ernten. Was soll da gewesen sein – eine Steuerreform?

SPD und GRÜNE feiern, dass sowohl der Eingangs- als auch der Spitzensteuersatz gesenkt wurde. Aber die Steuerbürger haben das Gefühl, dass ihre Geldbörse nicht voller ist als früher. Ihr Gefühl trügt sie nicht. Nach einem Bericht der Deutschen Bundesbank lag die Abgabenlast aus Steuern und Sozialabgaben bei 42,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Das sind 2 Prozentpunkte unter dem Wert des Jahres 2000, aber 3,5 Prozentpunkte mehr als 1990. Netto ist also nicht mehr Geld in den Taschen der Bürger angekommen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war doch Ihre Regierung damals!)

Die versprochene Abgabentlastung kommt bei den Bürgern nicht an. Erst wenn die Abgabentlastung ankommt, wird der Bürger auch bereit sein, mehr zu konsumieren.

Im Gegenteil, der desolate Zustand der Staatsfinanzen – er wird morgen sicherlich ein aktuelles Thema sein – lässt neue Steuererhöhungen befürchten. In einem Umfeld, das sich dadurch auszeichnet, dass die SPD-Spitzenpolitiker wieder einmal miteinander wetteifern, wer die meisten und höchsten Steuern fordert, kann kein Vertrauen wachsen. Darüber braucht sich kein Mensch zu wundern.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen. Erbschaftsteuer – rauf damit. Vermögensteuer – so schnell wie möglich wieder einführen. Mehrwertsteuer – rauf damit. Nach Frau Simonis meint das offensichtlich auch Herr Eichel.

Um den Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement – zugegebenermaßen eine inzwischen tragisch zu nennende Randfigur der Bundesregierung; Sie erinnern sich, das ist derjenige, der den Sparerfreibetrag verfrühstückt will – wird es sehr einsam in der Regierung, wenn er auch nur eine Überprüfung der Ökosteuer im Jahr 2006 zur Sprache bringt. Schon eine bloße Überprüfung der Ökosteuer im Jahr 2006 ist Ihnen zu viel. Das Dementi des neuen SPD-Bundesvorsitzenden Franz Müntefering folgt unverzüglich, und sofort ist der Herr Minister wieder still.

Nein, nicht die Weltkonjunktur ist daran schuld, dass das Steuerreformchen vom Dezember 2003 keine Wirkung gezeigt hat. Schuld ist vielmehr in erster Linie die Kakophonie steuerpolitischer Erklärungen, verbunden mit der Unfähigkeit und dem Unwillen zu echten Reformen. Darum geht es.

(Beifall bei der FDP)



Lassen Sie mich ein paar Eckpunkte dessen nennen, was wir Freien Demokraten als Steuerreform bezeichnen. Eine Steuerreform muss das deutsche Steuerrecht international konkurrenzfähig machen.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei der SPD)

– Lachen Sie, das ist typisch für die SPD. – Sie muss dafür sorgen, dass Kapitalanlagen im Inland attraktiv werden. Sie muss Tarifsenkungen mit dem konsequenten Abbau von Ausnahmeregelungen verbinden. Sie muss den Steuerbürgern eine Vereinfachung und eine Transparenz des Systems bringen. Sie muss den privaten und den öffentlichen Haushalten sowie den Unternehmen Planungssicherheit gewähren, und sie darf die Belastung netto keinesfalls steigern. Das sind die Bedingungen, die wir an eine Steuerreform knüpfen. Diese Bedingungen sind gerechtfertigt.

(Beifall bei der FDP)

Zurzeit haben wir nämlich über 60 Steuergesetze sowie darüber hinaus Steuerrichtlinien, Steuerverordnungen und Steuererlasse. Allein das geltende Einkommensteuergesetz besteht aus 99 Paragraphen. Die Einkommensteuer-Durchführungsverordnung bringt es auf 42 Paragraphen. Die Einkommensteuerrichtlinie hat 191 Punkte. So viel zum Thema Transparenz. Auch wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, all das mit Häme begleiten – ich kann darüber wirklich nicht lachen.

In den vergangenen Monaten gab es ab und zu einen Tag, an dem es schien, als ob die SPD, mit den GRÜNEN im Schlepptau, und die CDU/CSU ernsthaft bereit wären, über eine Vereinfachung und Neukonzipierung des Einkommensteuerrechts zu sprechen.

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schmitt?

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Ich möchte fortfahren. – Leider sind diese Hoffnungen gänzlich verfliegen. Sie erinnern sich daran, dass Hermann Otto Solms für die FDP unter dem Stichwort „niedrig, einfach und gerecht“ das liberale Modell einer neuen Einkommensteuer, bestehend aus einem Stufentarif mit drei Grenzsteuersätzen, vorgetragen hat: 15, 25 und 35 %.

Der Hauptunterschied zu dem Modell, das vorzustellen sich Friedrich Merz anschließend beeilt hat, bestand darin, dass seine Grenzsteuersätze nicht bei 15, 25 und 35 % liegen, sondern bei 12, 24 und 36 %. Das ist sicher ein vertretbarer Unterschied. Auf dieser Basis hätte man sich einigen können. Wir hätten Herrn Merz vielleicht sogar die Ehre der Autorenschaft zugestanden.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie wollen Sie das finanzieren?)

Leider entpuppte sich Herr Merz anschließend als Ankündigungspolitiker. Herr Kollege Milde, da müssen Sie jetzt durch; denn man könnte Herrn Merz auch als „Steuerquir“ bezeichnen. Er wechselt seine Überzeugungen innerhalb kürzester Zeit, je nachdem, mit wem er gerade gesprochen hat.

(Beifall bei der FDP)

Man muss unterscheiden: Merz nach Solms, Merz vor Stoiber, Merz nach Stoiber, Merz vor Merkel, Merz nach Merkel. Bei dem Ganzen ist letztlich ein Konzept herausgekommen, das mit der ursprünglichen Idee nicht mehr allzu viel zu tun hat. Das müssen Sie bedauerlicherweise zugeben. Wir können es als Modell für einen Weg bezeichnen, um das zu erreichen, was Herr Merz will. Aber das ursprüngliche Modell ist es nicht mehr.

Wer Steuervereinfachung und Steuersenkung trennen will, macht den Bürgern etwas vor und riskiert schon wieder, unglaublich zu werden. Steuervereinfachung und Steuersenkung sind die zwei Seiten der Medaille Steuerreform.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Sie haben 16 Jahre Zeit gehabt!)

Wer Ausnahmeregelungen abschafft, ohne die Aufgabe der Vereinfachung anzugehen, nimmt in Kauf, dass der Konsum in Deutschland weiter sinkt und dass das Kapital ins Ausland fließt. Wer bei dem progressiven Tarif bleibt und lediglich verspricht, an einem unbekanntem Zeitpunkt in der Zukunft auf einen linearen Tarif überzugehen, vertröstet die Bürger auf den Sankt-Nimmerleinstag.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben 16 Jahre Zeit gehabt!)

– Darauf gehe ich nicht ein. Das, was Sie hier vortragen, ist purer Blödsinn. Aber das kennen wir von Ihnen, Herr Kollege Schmitt. Das ist für Ihre Äußerungen leider typisch.

(Norbert Schmitt (SPD): „Purer Blödsinn“ ist die Überschrift für Ihre Rede!)

Am 1. Mai 2004 wurde die Europäische Union um zehn Länder erweitert. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in der Europäischen Union eine durchschnittliche Steuerbelastung von 19,7 % gilt. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass es in Estland für einbehaltene Gewinne eine Steuerbelastung von 0 % gibt. Darauf müssen wir uns einstellen. Die Antwort kann und darf nicht sein – das schreibt Peffekoven in einem bahnbrechenden Beitrag –, die anderen Länder zu zwingen, den deutschen Unsinn nachzumachen. Die Antwort muss sein, dass wir uns dem Wettbewerb stellen.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege von Hunnius, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Vielen Dank für den Hinweis, Frau Präsidentin. Ich beeile mich, zum Schluss zu kommen.

Wir müssen uns dem Wettbewerb stellen und unser Steuerkonzept radikal entrümpeln. Dazu gehört auch eine Revision der Aufgaben, die der Staat zu übernehmen hat. Wir wollen zwei Drittel der Ausnahmetatbestände abschaffen und damit die Bemessungsgrundlage, bei gleichzeitiger Senkung der Tarife, verbreitern. Das ist fair.

Lassen Sie sich bitte nicht einreden – damit komme ich zu meinen letzten Ausführungen, Frau Präsidentin –, das sei

unfinanzierbar, nur weil dieser Zwischenruf mehrfach in der bekannten Lautstärke gekommen ist.

Erstens muss die Beseitigung von steuerlichen Ausnahmetatbeständen gegengerechnet werden. Zweitens hat die FDP konkrete Vorschläge zum Subventionsabbau gemacht. Bitte vergessen Sie das nicht. Drittens haben wir vorgeschlagen, das Umsatzsteuersystem vom Soll- auf die Istbesteuerung umzustellen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich spare mir jetzt, die Revision der Umsatzsteuer zu erläutern. Aber sie führt zu Mehreinnahmen für den Staat und trägt zur Finanzierung der Einkommensteuerreform bei.

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Schlussatz, Herr Kollege.

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Frau Präsidentin, ich fasse zusammen: Der SPD fehlt der Wille, und der CDU/CSU fehlt bedauerlicherweise die Kraft, sich zu einer wirklichen Einkommensteuerreform zu bekennen.

(Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

Wenn Sie anderer Meinung sind, kann ich Sie nur bitten, dem FDP-Antrag in diesem hohen Haus zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Dr. Lennert von der CDU-Fraktion hat sich noch einmal gemeldet.

#### **Dr. Peter Lennert (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist nötig, noch einmal auf zwei Vorwürfe, die der Kollege Wagner an den Kollegen Milde gerichtet hat, einzugehen.

Der erste Vorwurf lautete, dass man keine Arbeitsplätze anbieten könne. Herr Kollege Wagner, diesem Vorwurf liegt ein elementarer Gedankenfehler zugrunde. Sie – im Übrigen auch die Gewerkschaften – gehen davon aus, dass die Anzahl der Arbeitsplätze eine Konstante sei. Es ist aber gerade so, dass wir umso mehr Arbeit haben, je mehr es uns gelingt, konkurrenzfähig zu sein und Arbeitsplätze zu akquirieren. Wenn die Wirtschaft anspringt, dann nur auf diese Weise.

Der zweite Vorwurf war, dass die Steuerreform nicht finanzierbar sei. Dem liegt der Denkfehler zugrunde, dass das Bruttoinlandsprodukt konstant sei und damit – nach einem bestimmten Steuersatz – der öffentlichen Hand ein bestimmtes Einkommen zur Verfügung stehe. Auch das ist falsch. Die Steuerreformen der Vergangenheit, die die CDU umgesetzt hat, haben immer gezeigt, dass durch eine Senkung des Steuersatzes das Steueraufkommen gewachsen ist.

(Zurufe von der SPD)

Eine solche Reform finanziert sich also durch das Wirtschaftswachstum.

(Widerspruch bei der SPD)

Diese Denkfehler machen nicht nur Sie, sondern die ziehen sich durch die gesamte sozialdemokratische Politik wie auch durch die Politik der Gewerkschaften. Sie sagen, es könne immer nur so viel Arbeit verteilt werden, wie Arbeit vorhanden ist. Andersherum wird ein Schuh daraus. Wir müssen Arbeitsplätze schaffen. Das machen wir, indem wir alles dafür tun, dass die Wirtschaft anspringt, und indem wir die Strukturreformen und die Steuerreform umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat Herr Finanzminister Weimar das Wort.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Liebe Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich versuchen, bei der Gelegenheit einige Punkte herauszuarbeiten – soweit das in zehn Minuten möglich ist –, die mir im Hinblick darauf wichtig erscheinen, dass wir uns weniger um einzelne Details der Steuerpolitik streiten, über die man immer trefflich streiten kann. Ich versuche vielmehr, ein Gesamtbild zu zeichnen.

Uns liegt ein merkwürdiger Antrag der SPD vor. Meine Damen und Herren, wer regiert denn eigentlich in Berlin, und wer hat noch kein einziges Steuerkonzept vorgelegt?

(Beifall bei der CDU)

Sie machen es sich relativ einfach: Diejenigen, die einen Vorschlag machen, werden dafür kritisiert, dass sie etwas vorgelegt haben und dass das inhaltlich nicht hinreichend sei, aber Sie stehen selbst ohne Konzept da. Herrn Müntefering, der stellvertretende Bundeskanzler – oder sogar Oberbundeskanzler – hat erklären lassen, dass bis 2006 in der Steuerpolitik nichts mehr geschehen werde. Schon allein diese Erklärung führt zu schlimmsten Problemen für die Bundesrepublik Deutschland, weil sie den Stillstand festschreibt.

Zweitens. Erinnern Sie sich bitte einmal daran, dass wir vor etwa einem Dreivierteljahr hier heftige Debatten darüber geführt haben, ob man die Steuerreform vorziehen sollte oder nicht. Wir haben immer gesagt – ich formuliere es einmal drastisch –, das ist hinausgeschmissenes Geld, weil die Rahmendaten nicht stimmen. Daraus wird kein Wachstum entstehen. Bei jeder Steuersenkung, die Rot-Grün seit Sommer 2000 eingeführt hat, ist es in Deutschland immer schlimmer geworden. Das heißt, per se sind Steuersenkungen in der Tat kein Allheilmittel für eine Volkswirtschaft. Sie sind es nur dann, wenn man sie in einen vernünftigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Rahmen stellt.

Es ist inzwischen offenkundig, dass die rot-grüne Bundesregierung dieses Feld nicht beherrscht, sondern Steuersenkungen im Gegenteil dazu führen, dass sich die Sparraten erhöhen, dass Diskussionen über finanzielle Gerechtigkeit in unserem Land aufkommen, aber kein Wirtschaftswachstum entsteht. Deswegen muss man sagen: Nicht nur die Ankündigung, dass die SPD keine Reform-

vorschläge mehr vorlegen wird, ist schlimm, sondern auch das, was Sie in der Vergangenheit gemacht haben.

Ich will einen zweiten Hinweis geben. Diese Landesregierung und, mit Verlaub gesagt, auch dieser Finanzminister haben wahrscheinlich mehr zu vernünftigen steuerrechtlichen Regelungen auf Bundesebene beigetragen als manch anderer, insbesondere der Bundesfinanzminister. Das Koch-Steinbrück-Modell, das in erheblichem Umfang Steuertatbestände durch entsprechende Streichungen reduziert, ist nämlich von uns entwickelt worden. Ein großer Teil dieses Modell ist von meinen Mitarbeitern, die gerade auf der Tribüne zuhören, und mir entwickelt worden.

Die Einführung eines Körperschaftsteuermoratoriums war mein Vorschlag. Das habe ich damals in Berlin in einem Gespräch mit Herrn Steinbrück vorgeschlagen. Es ging in dem Gespräch um die Frage, wie man die katastrophalen Wirkungen der Körperschaftsteuerreform, die im Sommer 2000 eingeführt worden ist, mildern könnte. Wir haben damals – auf meinen Vorschlag hin – ein dreijähriges Moratorium auf die EK-Ausschüttung und die spätere Aufteilung der Geltendmachung auf fünf Jahre besprochen. Damit haben wir die öffentlichen Kassen mehr gerettet als durch alles, was vorher der Fall war, weil nämlich eine Verstetigung der Zahlungen an Körperschaftsteuer erfolgt ist. Ich darf darauf hinweisen, dass nach der Steuerreform 2000 die Zahlungen an Körperschaftsteuer von 28 Milliarden € ins Minus gerutscht sind.

Meine Damen und Herren, deshalb ist das, was die CDU/CSU auf Bundesebene vorgelegt hat, sehr positiv: die Bemessungsgrundlagen verbreitern und die Abschreibungsmodalitäten reduzieren. Die Volumina in beiden Bereichen – der Einkommensteuer und der Unternehmenssteuer – betragen jeweils rund 4,5 Milliarden €. Dies ist eine absolut vertretbare Größenordnung, wenn gleichzeitig die Volkswirtschaft anspringt. Das Problem ist aber doch, dass aufgrund der babylonischen Sprachverwirrung in Berlin alle steuerlichen Vorschläge, die man nach vorne bringt, zerredet und gleichzeitig Überlegungen aus der Mottenkiste geholt werden – Frau Ypsilanti ist diesbezüglich die „Steuerfachfrau“ der SPD –, z. B. die völlig tote Vermögensteuer wieder zu beleben oder die Erbschaftsteuer zu erhöhen. Da braucht sich doch keiner zu wundern, dass in Deutschland alles wirkungslos verpufft.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Deswegen könnten wir, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vernünftig gesetzt werden, insbesondere mit der FDP ganz schnell zu einem Modell kommen, das das Steuerrecht vereinfacht. Dazu muss man aber wissen, dass „Vereinfachung“ bedeutet – das ist hier schon dargelegt worden –, dass es subjektiv empfundene Ungerechtigkeiten geben wird. Es ist doch völlig klar, dass bestimmte Leute die Verlierer einer solchen Reform sind, wenn Privilegien gestrichen werden. Wer von Vereinfachung des Steuerrechts und Verbreiterung der Bemessungsgrundlage redet, der müsste eigentlich wissen, dass er dies in Kauf nehmen muss. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall. Immer wieder wird das Doppelspiel betrieben, zuerst zu sagen: „Wir alle wollen das“, aber dann, wenn die Auswirkungen bekannt werden, sofort zu sagen: „Um Gottes Willen, mit der ganzen Sache haben wir nichts zu tun“.

Wer ein einfacheres Steuerrecht haben will, der muss sehr bewusst auf eine Vielzahl von Privilegien in diesem Steu-

ersystem verzichten und wird Verlierer produzieren. Er wird im Übrigen auch Gewinner produzieren, aber die werden sich öffentlich nicht zu Wort melden. Wer dies will, der muss ein solches System auch gegen den Widerstand von Interessengruppen und Einzelpersonen durchsetzen können.

Eine Vereinfachung des Steuerrechts und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sind nur machbar, wenn am Ende die Leute daraus einen Ertrag haben.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir müssen uns anschauen, in welchem Bereich wir einen Ertrag brauchen. Da komme ich noch einmal auf die grundsätzliche Frage zurück: Warum müssen wir das eigentlich tun? Meine Damen und Herren, es ist doch nicht wahr, dass die kleinen steuerpolitischen Geplänkel, z. B. um die Entfernungspauschale oder die Eigenheimzulage, die Zukunft Deutschlands definieren. Ich gebe das sehr bewusst zu Protokoll. Unser eigentliches Problem ist doch, dass auf die Gewinne und auf das, was in unserem Land geleistet und produziert wird, eigentlich Steuern zu zahlen wären, aber durch die bröckelnde Mauer unserer Außensteuergesetzgebung alle Einnahmen aus Deutschland hinausfließen.

Meine Damen und Herren, warum haben wir Klimmzüge um den § 8a des Körperschaftsteuergesetzes gemacht? Weil der Europäische Gerichtshof den § 8a Körperschaftsteuergesetz mit der Begründung verworfen hat, er führe zu Diskriminierung. Warum beschäftigen wir uns mit der Wegzugsbesteuerung? Hat auch nur einer von Ihnen schon einmal darüber nachgedacht, was die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu der Wegzugsbesteuerung in Frankreich für Deutschland eigentlich bedeutet? Das bedeutet Milliardenverluste beim Steueraufkommen, weil nämlich in Zukunft Gewinne auf gehobene stille Reserven thesauriert werden können und man sich dann nach Belieben das Land aussuchen kann, wo es den geringsten Steuersatz auf stille Reserven gibt. Damit lassen sich natürlich riesige persönliche Vorteile erzielen.

Wir haben doch die Diskussion zu den bekannten Firmen geführt, die ins Ausland gegangen sind. Wir beobachten sehr genau, dass der Europäische Gerichtshof bei 95 % aller Verfahren Außensteuerrechtsregelungen der Länder für rechtswidrig erklärt – 95 % Erfolgsquote. Da steckt doch System dahinter. Das ist zum einen der EU-Vertrag, der gemacht worden ist. Das Zweite ist die Haltung der EU-Kommission in dieser Frage, die sehr offen sagt: Dieser europäische Raum ist international gegenüber Amerika und Asien steuerpolitisch nicht wettbewerbsfähig; wir forcieren bewusst den Steuerwettbewerb im Körperschaftsteuer- und Unternehmensbereich nach unten; wir wollen, dass die Steuersätze nach unten gehen; eine Nivellierung kann nur von ganz unten erfolgen, wenn wir am Boden sind.

Deswegen werden die EU-Kommission und der ECOFIN-Rat an keiner Stelle für uns eine Regelung aufgreifen, die Mindeststeuersätze oder Korridore festlegt, die für uns auskömmliche Steuereinnahmen bedeuten. Meine Damen und Herren, es findet derzeit in Europa und auf der ganzen Welt eine Schlacht um die Steuerressourcen statt.

Natürlich sind die zehn neuen EU-Staaten – jeder hat es hier angesprochen – mit den niedrigen Körperschaftsteuersätzen – in Estland z. B. brauchen Sie, wenn Sie nicht ausschütten, überhaupt keine Steuern zu bezahlen – eine Katastrophe für den Standort Bundesrepublik Deutsch-



land, übrigens auch für die mittelständische Wirtschaft. Wer sich im Außenbereich über Töchter und Sonstiges so refinanzieren kann, dass er gar keine Steuern bezahlt und den Betrag zur Binnenfinanzierung seines Unternehmens nutzen kann, der wird immer gegenüber dem Mittelständler, der nur hier in Deutschland ist und sich entsprechend refinanzieren muss und vielleicht wegen Basel II und dem Verhalten der Banken sowieso kein Geld mehr bekommt, der Gewinner und der Mittelständler immer der Verlierer sein. Es geht nicht nur um die Steuern, die uns verloren gehen, sondern es geht auch langfristig darum, dass wir unsere wirtschaftlichen Strukturen in Deutschland durch Wettbewerbsverzerrungen zerstört bekommen, die da stattfinden.

### Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Weimar, die Redezeit der Fraktion ist zu Ende.

(Minister Karlheinz Weimar: Ich würde es trotzdem --)

– Ich habe nichts dagegen und mache Sie nur darauf aufmerksam.

### Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Wenn das hohe Haus zu murren beginnt, höre ich auf. Ich wollte insgesamt vortragen, weil ich glaube, dass das sehr wichtig ist.

Wir unterstützen die ganze Sache noch dadurch, dass wir ein Steuersystem produziert haben, mit dem die Verluste in besonders guter Weise geltend gemacht werden können – besser als in fast jedem Land auf dieser Welt – und die Gewinne aus Deutschland heraustransferiert werden, so dass wir das gar nicht in dem Umfang bei Hunderttausenden von Vorgängen kontrollieren können. Was ist ein Patent wert, das intern verrechnet wird? Wie sind Lieferungen und Leistungen marktüblich? Wer soll das eigentlich alles kontrollieren?

Sie haben das Problem, dass durch unsere mangelnde Attraktivität die Firmen hinausgehen. Ich nenne Ihnen ein Beispiel zur Finanzierung. In Deutschland stehen Sie steuerlich wesentlich günstiger, wenn Sie Ihre Firma mit Fremdkapital finanzieren. Wenn Sie heute rechnerisch ein Eigenkapital von 2.000 € und einen Gewinn von 100 € haben, dann zahlen Sie in Deutschland 39 € Steuern. Wenn Sie 80 % dieser 2.000 € gegebenenfalls durch Fremdkapital ersetzen und 6 % Zinsen verrechnen, dann haben Sie 96 € Kosten bei 100 € Gewinn. Dann versteuern Sie gerade einmal 4 €. Sie kommen von einem Steuersatz von 39 % auf 1,5 % herunter. Sie müssen sich einmal vorstellen, was das in den Gestaltungsmöglichkeiten bedeutet und wie das aufzufangen ist.

Ich könnte Ihnen noch viele Beispiele nennen. Aber die Folgerung aus der Sache ist bitter für uns, und zwar für alle, die hier sitzen. Die Frage ist: Nehmen wir den Wettbewerb auf, oder sagen wir: „Es ist halt so, wir hoffen darauf, dass ECOFIN und EU irgendwann einmal zur Vereinheitlichung kommen“? – Ich sage Ihnen voraus, da wird gar nichts passieren. Nach der Erweiterung der EU wird im Moment erst recht nichts passieren, weil die neuen Länder, die teilweise ihre Körperschaftsteuersätze auf 17, 18, 19 % gesenkt haben, gerade die Hoffnung haben, dass sie durch diese niedrigen Steuersätze ein Stück vom Kuchen zusätzlich abbekommen. Deswegen müssen wir aus meiner Sicht den Kampf aufnehmen.

Das, was Kirchhof vorschlägt, begleite ich mit hoher Sympathie. Ich bin dem Mann unendlich dankbar, dass er die Steuerreformdiskussion in Deutschland in dieser Weise angestoßen hat. Sein System hat aber einen Fehler. Er will ein synthetisches Steuerrecht. Das werden wir nicht durchhalten. Wir werden in Zukunft Schuldenbesteuerung stärker noch als bisher brauchen. Um das auf Deutsch zu sagen, damit die ganze Brutalität der Wahrheit klar wird: Wir werden Unternehmensgewinne und Erträge aus Kapital deutlich niedriger besteuern müssen als bisher.

(Jürgen Walter (SPD): Das ist wohl so!)

Das sagen alle Wirtschaftsweisen. Alle Fachleute sagen das. Öffentlich ist das ein schwer zu vermittelnder Punkt. Das sage ich ausdrücklich. Aber die Realität ist, wenn Sie an der Stelle nicht wettbewerbsfähig sind, dass anschließend die Menschen über den Umweg davon betroffen werden, dass Arbeitsplätze aus Deutschland hinausgehen, dass keine Steuern mehr eingehen, dass der Staat kein Geld mehr hat und dass wir damit in erster Linie wieder die Ärmsten der Armen treffen.

Die, die reich sind, werden sich immer noch über Wasser halten können. Die, die arm sind, sind darauf angewiesen, dass ihnen der Staat solidarisch hilft. Wenn er das Geld nicht mehr hat, ist die Sache erledigt. Insofern müssen wir diesen Punkt tatsächlich im Auge behalten. Deswegen müssen wir auch über die Kapitalerträge reden. Meine Damen und Herren, die Frage, ob wir aufwändige Kontrollverfahren oder Sonstiges machen – ich sage hart und deutlich, wir brauchen eine Abgeltungsteuer auf Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wir können keine andere Entscheidung an der Stelle treffen. Übrigens, wenn wir nur Zinsen so besteuern, werden wir nur eines erleben: dass ganze Legionen von Fachleuten der Banken, Wirtschaftsprüfern und Rechtsanwälten Modelle schneiden und die Abgeltungsteuer herüberschoben wird. Wir werden Zehntausende von Rechtsstreitigkeiten über die Frage haben, ob etwas Dividenden, Zinsen oder Sonstiges sind. Das heißt, die Produkte werden wir nicht kontrollieren können.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch darüber reden, ob 25 % richtig sind. Wenn jemand 42 % als Spitzensteuersatz hat und ich eine 50-prozentige Besteuerung auf Dividenden habe, dann muss ich davon ausgehen, dass sich wahrscheinlich auch die Frage stellt, ob 20 % nicht richtiger als 25 % sind. Darüber kann man reden, weil 25 % schon etwas wäre. An der Stelle muss man auch eines sagen: Warum ist denn die Steueramnestie so wenig erfolgreich? Ich habe gesagt und meine das auch so, das Geschwätz in der SPD hat eine Menge an Vertrauen zerstört. Das ist noch nicht einmal der wichtigste Punkt. Der wichtigste Punkt ist, dass sich einer aus seiner bestimmten Motivationslage heraus

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– ich habe es doch schon sehr niedrig gehängt – in seiner Besteuerung überbelastet fühlt und das in anderen Ländern anders gehandhabt wird. Geld wird aus Deutschland legal transferiert und kommt nicht mehr zurück, solange sich die Bedingungen nicht ändern. Deswegen müssen wir darüber reden. Ich sage an der Stelle auch: Ich habe in der Zeitung gelesen, Bundesfinanzminister Eichel sei dagegen, dass es zu einer Abgeltungsbesteuerung kommt. – Das ist ausdrücklich falsch, weil ich den Brief kenne, den

er geschrieben hat. Er hat gesagt, er sei jetzt, nachdem er einen Gesetzentwurf nur zur Zinsabgeltungsteuer vorgelegt hat, auch dafür, Dividenden und Veräußerungsgewinne dazunehmen, er bitte aber darum, festzustellen, ob es eine ausreichende Mehrheit dafür gebe, weil sonst der Attentismus breit vorankomme.

Ich teile die Einschätzung und sage für uns: Wir sind für eine Abgeltungsteuer. – Sie ist auch im Vermittlungsausschuss so gemeinsam besprochen worden. Verdammte noch einmal – Sie entschuldigen, dass ich das so sage –, das müsste doch irgendwann einmal möglich sein, wenn sich Leute zusammengesetzt und quer über die Parteien vereinbart haben, das auch entsprechend hinzubekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich werde mich jedenfalls nicht damit abfinden, dass das jetzt aus welchen Überlegungen auch immer ein Problem ist. Ich weiß, dass ich mich in der Frage sehr weit aus dem Fenster hänge. Aber irgendwann muss in Deutschland etwas vorangehen. Die Abgeltungsteuer wäre ein Punkt, wo etwas vorangehen könnte.

Der zweite Punkt ist, wir müssen die Einkommensteuer möglicherweise unter Ausschaltung der großen strittigen Probleme, die ich schon genannt habe, reformieren. Es sagt doch niemand, wenn man das Einkommensteuerrecht vereinfachen und Bemessungsgrundlagen verbreitern und nicht gleichzeitig unsere gemeinsamen Belastungspunkte ausschalten könnte – ob die Frage Entfernungspauschale und Streichung der Eigenheimzulage –, dass man sie an dem Punkt nicht ausklammern kann. Deswegen braucht man die Arbeit nicht einzustellen. Wir können unendlich vieles für alle Beteiligten einfacher machen – für die Bürger, für die Finanzverwaltung, um insgesamt auch in diesem Punkt Luft zu schaffen. Deswegen bin ich sehr wohl dafür, dass man sich die Einkommensteuer vornimmt, wie das von der Finanzministerkonferenz entschieden worden ist, damit wir hier schnell vorankommen.

Wir müssen das Außensteuergesetz richtig reformieren. Auch dazu habe ich konkrete, sehr weit reichende Vorschläge – es scheint mir noch ein bisschen zu früh zu sein –, die sich über die Eigenkapitalbesteuerung der Unternehmen definieren. Ich halte es auch in dieser Frage für möglich, wenn die richtigen Leute zusammensitzen, dass wir relativ schnell zu einer Einigung kommen können.

Eines ist klar: Wir können es uns nicht leisten, hiermit noch jahrelang zu warten; denn es wird in Deutschland jedes Jahr schlechter. Die Leute haben einen Anspruch darauf, dass wir das Richtige tun. Diese Hessische Landesregierung wird im Steuerrecht alles unterstützen, unabhängig von taktischen Fragen, was notwendig ist, damit es Deutschland besser geht. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, uns liegen keine Wortmeldungen zu diesen Tagesordnungspunkten mehr vor. Damit ist die Debatte geschlossen.

Der Antrag der SPD, Drucks. 16/1999, unter Tagesordnungspunkt 7 soll an den Haushaltsausschuss überwiesen werden. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/2057, ebenso. – Kein Widerspruch.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend neue Steuerkonzepte für den Aufschwung, Drucks. 16/2073. Wer diesem Entschließungsantrag seine Stimme geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Damit ist der Entschließungsantrag bei Gegenstimmen von SPD, GRÜNEN und FDP durch die Mehrheitsfraktion angenommen.

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucks. 16/2099, unter Tagesordnungspunkt 19. – Bitte, Herr Dr. Jung, zur Geschäftsordnung.

#### **Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):**

Frau Präsidentin, ich bitte, insofern getrennt abzustimmen, als wir über Punkt 4 separat und ansonsten über den gesamten Antrag abstimmen.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Können wir über die Punkte 1 bis 3 und 5 bis 7 in einem abstimmen? – Gut.

Wer den Punkten 1 bis 3 und 5 bis 7 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen?

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wie in alten Zeiten!)

Dann sind die Punkte 1 bis 3 und 5 bis 7 bei Gegenstimmen der SPD und der GRÜNEN mit den Stimmen der CDU und der FDP angenommen.

Wir stimmen noch über Punkt 4 ab. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP und einige CDU-Stimmen. Ist das richtig? Herr Ministerpräsident, Herr Weimar, ich kann es nicht richtig erkennen.

(Roland Koch (CDU): Nein, nein, ich wollte nur Franz Josef etwas sagen!)

Darf ich die CDU-Fraktion noch einmal bitten, sich klar zu erklären, ob sie Punkt 4 zustimmt? Ja oder nein?

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Nein!)

Wer Ja sagen will, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Aha. Dann haben wir folgende Konstellation: FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren für Punkt 4, SPD und CDU dagegen; wieder eine neue Variante. Damit ist Punkt 4 abgelehnt, während die Punkte 1 bis 3 und 5 bis 7 angenommen sind. – Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, jetzt rufe ich die **Tagesordnungspunkte 9 und 13** auf:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Innenminister Bouffier als Sicherheitsrisiko – Drucks. 16/2052 –**

und

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend Gefährdung der inneren Sicherheit in Hessen durch Personalabbau bei der Polizei – Drucks. 16/2060 –**

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Das können wir sofort als unzutreffend zurückweisen!)

Erster Redner in der Debatte ist Herr Schaub für die Sozialdemokraten. Bitte sehr, Herr Kollege. Sie haben zehn Minuten Redezeit.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unser Antrag war der Erste!)

– Ich habe nur eine Wortmeldung gehabt. Gut, Ihrer ist früher. Können Sie sich verständigen? – Herr Al-Wazir, Sie haben das Wort.

(Manfred Schaub (SPD): Dafür gibt es einen zurück! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das macht die Berichterstattung nicht besser! Ihr kommt so oder so nicht in die Medien damit! – Gegenruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist klar! Nur, Ordnung muss sein!)

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In Sicherheitsfragen, in Belangen der öffentlichen Sicherheit in Hessen bekommt der Slogan „Hessen vorn“ eine ganz neue Bedeutung. Wir haben die Situation, dass in den vergangenen beiden Jahren die erfasste Kriminalität in Hessen um sage und schreibe 11 % gestiegen ist.

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Einen Moment, Herr Kollege. – Meine Damen und Herren, wer sich unterhalten will, möge das bitte außerhalb des Saales tun. Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner. Das gilt auch für die Regierung, für alle, die es betrifft.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, ich befürchte, die Regierung ist so vertieft in ihre Gespräche, dass sie Ihre Ermahnung nicht gehört hat.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Die haben es gar nicht gemerkt. Ich sage jetzt noch einmal: Herr Koch, Herr Corts, Herr Weimar, würden Sie bitte draußen reden?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich wiederhole es. Wir haben in den letzten beiden Jahren unter Ihrer Verantwortung, Herr Koch, einen Anstieg der erfassten Kriminalität in Hessen um über 11 % festzustellen, und das, nachdem seit 1993, d. h. in der längsten Regierungszeit von Rot-Grün, die Kriminalität in Hessen Jahr für Jahr gesunken ist. Wir stellen fest, dass die Sicherheitslage in Hessen in den letzten beiden Jahren durch nicht besetzte Polizeivollzugsstellen, durch zu wenig eingestellte Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter, durch den Ersatz von gut ausgebildeten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten durch weniger gut ausgebildete Wachpolizisten und durch den Ersatz von Profis durch Amateure, wie den freiwilligen Polizeidienst, schlechter geworden ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, dies wird auch nicht dadurch besser, dass wir einen Innenminister haben, der seit Amtsantritt landauf, landab erklärt, dass er technische Maßnahmen ergreifen will, und viele, viele Pressegespräche über die angeblichen Fortschritte durch Videoüberwachung führt. Dies wird auch nicht dadurch besser, dass dieser Minister, seitdem er im Amt ist, unter tätiger Mithilfe der „kleinen CDU“, die damals noch mit koaliert hat, eine Gesetzesverschärfung nach der anderen betrieben hat. Dies wird nicht dadurch besser, dass die 56 Abgeordneten der CDU in einer Landtagswahl gewählt worden sind, wo eines der Plakate war: „Sicherheitsland Nummer eins – Kriminalität gesenkt – Aufklärung gesteigert“. Alles Quatsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Aufklärung gesteigert, Sicherheit erhöht!)

Meine Damen und Herren, die Lage wird in den nächsten Wochen und Monaten nicht besser werden,

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Doch! Dass sie bei euch nicht besser wird, ist wahr!)

weil Sie im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ weitere 360 Stellen von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten nicht mehr besetzen, sprich: streichen werden, weitere 608 Polizeibeschäftigte an die Personalvermittlungsstelle melden werden und damit ebenfalls dazu bringen, dass sie ihre Arbeit nicht mehr da verrichten können, wo sie eigentlich erforderlich wäre.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den 360 Polizeivollzugsstellen kann ich nur feststellen, dass der Minister noch in einer Presseerklärung vom 10. Oktober 2003 versprochen hatte, dass bei der Vollzugspolizei keine Stelle gestrichen werde. Auch das alles Quatsch. Aber das macht es noch nicht einmal schlimmer, weil es gar nicht mehr schlimmer geht.

Meine Damen und Herren, unter anderem deshalb, damit nicht, wenn die Angestellten in die PVS gemeldet werden, gut bezahlte und gut ausgebildete Polizeikommissare die Post ausfahren müssen – das wird nämlich folgen, wenn Sie mit Ihrer Politik so weitermachen –, sondern sich ihrer eigentlichen Arbeit widmen können, fordern wir die Landesregierung auf, alle frei werdenden Stellen der Wachpolizei ab sofort nicht mehr mit Wachpolizistinnen und Wachpolizisten, sondern mit ausgebildeten Vollzugspolizistinnen und Vollzugspolizisten zu besetzen

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

und im Gegenzug von der Streichung von Vollzugsstellen Abstand zu nehmen.

Meine Damen und Herren, Sie hatten einmal vor der Landtagswahl davon geredet, dass Sie 850 Anwärterstellen pro Jahr schaffen wollen; jetzt sind es nur noch 250. Wir glauben, dass Sie sich ernsthaft Gedanken darüber machen müssen, ob Sie wirklich mit dieser Zahl hinkommen oder ob es in Anbetracht der Lage, die wir in Hessen haben, und der Steigerung der Kriminalität um 5,6 % – das ist ein Spitzenplatz in der Bundesrepublik Deutschland; wir werden in diesem Zusammenhang nur noch von Mecklenburg-Vorpommern übertroffen – nicht angebracht wäre, Ihre Politik zu ändern.



Meine Damen und Herren, noch einmal zur Begründung, warum das unserer Meinung nach so nicht weitergehen kann. Wir können es nicht hinnehmen, dass Sie vor der Landtagswahl erklären, das Ergebnis Ihrer Politik sei, dass Frankfurt den Spitzenplatz in der Kriminalitätsstatistik verloren hat. Ich zitiere den Ministerpräsidenten auf dem Landesparteitag der CDU Hessen im Jahre 2002. Da hat er Frankfurt als gelungenes Beispiel dargestellt und wörtlich gesagt:

Diese Stadt lag noch vor drei Jahren auf Platz 1 der Kriminalitätsstatistik. Vor zwei Jahren war es nur noch Platz 3. Nun liegt Frankfurt auf Platz 6, zwischen Kiel und Lübeck. Das ist Politik, die den Menschen dient, weil sie für mehr Sicherheit sorgt.

Sie können nicht so einfach nonchalant darüber hinwegtäuschen, wenn genau diese Stadt Frankfurt inzwischen wieder bundesweit Platz 1 als Stadt mit der meisten Kriminalität einnimmt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Als GRÜNE wissen wir sehr genau, dass Frankfurt eine der höchsten Einpendlerquoten der Republik bezogen auf die Einwohnerzahl hat und dass Frankfurt mit dem Flughafen und dem Hauptbahnhof über zwei bedeutende Verkehrsknotenpunkte verfügt, die ebenfalls dafür sorgen, dass die Kriminalität pro Einwohner in Frankfurt naturgemäß ein höheres Level hat als andere Städte. Nur, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz und Herr Innenminister, das war im Jahre 2002 genauso.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Hauptbahnhof und der Flughafen sind nicht im Jahre 2003 entdeckt worden. Deswegen sagen wir: Es hilft auch nichts, diese Zahlen wegzureden, indem Sie sagen, das liege alles an der häuslichen Gewalt. Wir alle wollten, dass das aufgeführt wird. Selbst wenn Sie alle Fälle häuslicher Gewalt, selbst die, die vor 2002 erfasst worden sind, herausrechnen, haben Sie immer noch einen deutlichen Anstieg der Kriminalität.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Davor sind sie noch gar nicht erfasst worden!)

Meine Damen und Herren, es hilft auch nichts, zu sagen, schuld seien das Internet und neue Formen der Betrugs-kriminalität. Ich wusste bisher nicht, dass das Internet nur in Hessen existiert. Das ist ein Problem, das alle Bundesländer haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb geht von unserer Seite ein sehr ernsthafter Appell an Sie: Überdenken Sie die Politik, die Sie hier betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir glauben, dass wir auf den Pfad zurückkehren müssen, den Rot-Grün ab 1991 beschritten hat. Es hat keinen Zweck, in Rabulistik zu machen und dauernd Gesetzesverschärfungen oder gar den Einsatz der Bundeswehr im Innern zu fordern. Man hat jetzt im Kosovo gesehen: Die können das wirklich nicht. Sogar der zuständige Ausschuss hat gesagt, das Problem der Bundeswehr im Kosovo sei, dass sie für Polizeiaufgaben nicht ausgerüstet und nicht ausgebildet sei. Genau so war es. Das konnte man auch sehen. Flüchten Sie sich nicht in Nebenkriegschauplätze – im wahrsten Sinne des Wortes –, sondern

kehren Sie zurück auf einen Pfad, der heißt: bessere Ausbildung, bessere Bezahlung, bessere Motivation. – Die Einführung der Wachpolizei bedeutet: weniger Bezahlung. Die Arbeitszeitverlängerung auf 42 Stunden bedeutet: weniger Motivation. Meine Damen und Herren, das Ergebnis können wir sicher weiter besichtigen, denn noch nie in der Geschichte Hessens war die Stimmung in der Polizei so schlecht wie momentan. Das ist Ihre Verantwortung. Wir haben das Problem, dass wir uns fragen müssen, wie man von solchen Menschen verlangen kann, dass sie auch weiterhin das Letzte geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, ich komme zum Ende. – Es ist nun an der Zeit, dass wir feststellen, dass die großen Reden über Gesetzesverschärfungen und über Videoüberwachung die Polizei, den Schutzmann auf der Straße, nicht ersetzen können. Das sehen wir an den Ergebnissen Ihrer Kriminalitätspolitik. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Nun hat für die SPD-Fraktion Herr Schaub das Wort.

#### **Manfred Schaub (SPD):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sich wegducken, sich den Realitäten nicht stellen, nicht nach wirklichen Lösungen suchen und durch lautstarkes Auftreten der tatsächlichen Diskussion ausweichen – das wäre eine Beschreibung für den Offenbarungseid in der Sicherheitspolitik, den wir im Augenblick erleben. Das trifft aber auch auf Ihr Parlamentsverständnis zu. Wenn wir über Innenpolitik reden, muss man auch noch ein paar Worte auf den Fall von heute Nachmittag verwenden. Sie glauben, Diskussionen und wichtigen Fragestellungen immer und immer wieder ausweichen und durch Mehrheitsentscheidungen unterdrücken zu können. Das war heute Nachmittag wieder ein unglaublicher Vorgang. Sie haben sich den aktuell anstehenden Fragen um die Abschiebung in Usingen nicht gestellt. Deshalb muss das an dieser Stelle auch angesprochen werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Bei allen Fragen, die wir morgen diskutieren werden, Herr Kollege Jung, bei allen Fragen, die sich sicher noch im Detail stellen werden, muss ich zu dem Thema Sicherheitspolitik an Herrn Bouffier die Frage stellen, ob die Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen möglicherweise durch das von oben eingeführte Befehl und Gehorsam schon derartig in ihrer Handlungsfreiheit und in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt sind, dass sie nicht mehr auf die Idee kommen, sich bei einem solchen Problem Rückfragen an anderer Stelle zu erlauben. Deshalb

ist es eine Frage der Struktur der Sicherheitspolitik und nicht allein dieses Vorgangs.

(Beifall bei der SPD)

Die Ankündigungen und die Wahlversprechen der CDU-Landesregierung werden in den letzten Tagen stündlich widerlegt. Herr Kollege Bouffier, Ihr aus Placebo-Instrumenten und Schauveranstaltungen bestehendes Konzept erweist sich als untauglich und als falsch. Wer nur auf Eindruck und auf subjektive Wahrnehmung zielt, gefährdet objektiv die innere Sicherheit in Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Die aktuellen Zahlen belegen, was wir Ihnen schon monatelang ins Stammbuch geschrieben haben. Ihre Politik schwächt die Polizei. Die aktuellen Zahlen dokumentieren den Offenbarungseid der Landesregierung in der Sicherheitspolitik. Jetzt rächt sich, dass Sie in den letzten Jahren allzu überheblich immer wieder mit Statistiken und Zahlen operiert haben. Jetzt müssen Sie mit dem Echo klarkommen. Jetzt müssen Sie sich der Auswertung dieser Statistiken stellen. Sie lassen im Augenblick überhaupt keinen Interpretationsspielraum zu. Tatsache ist nämlich, dass Hessen eben nicht sicherer geworden ist, dass die Straftaten, die die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar gefährden, stark zugenommen haben und dass z. B. insbesondere aus Osteuropa kurzfristig einreisende Tätergruppen auch durch das Mittel der Schleierfahndung nicht abgeschreckt wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie verantworten einen Kriminalitätsanstieg um 5,4 % im Vergleich zum Vorjahr und um 11 % im Vergleich zu den Zahlen vor zwei Jahren. Unter Herbert Günther und Gerhard Bökel

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Oh!)

war die Kriminalität seit 1993 kontinuierlich gesunken. Unter Bouffier steigt sie seit 2002 wieder.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da Sie so schmunzeln und nicken, freue ich mich schon auf die Replik. Das ist genau das, was Sie im vergangenen Herbst permanent an Statistiken und Zahlen ablesen wollten.

(Zuruf des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

Dann muss man mit dem Echo umgehen können. Sie sind durch eine gegen die Polizistinnen und Polizisten gerichtete Politik zum Sicherheitsrisiko geworden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU – Boris Rhein (CDU): Lächerlich! – Dr. Walter Lübcke (CDU): Darüber lacht er selber! – Zuruf des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

Der Kriminalitätsanstieg in Hessen ist real. Sie stehen vor dem Scherbenhaufen einer verfehlten Sicherheitspolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Hessen fehlen Hunderte von Polizeibeamten. Es ist dreist, wenn Sie, Herr Kollege Bouffier, 500 neue Beamte versprechen, die im Übrigen nur die vakanten Stellen ersetzen sollen, und zusätzlich trotz aller Mahnungen von der Basis, von denen, die die Arbeit erledigen müssen, 1.000 weitere Stellen gestrichen werden.

(Zuruf des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

Mehr Straftaten – das belegen die Zahlen – und weniger Polizei: Herr Kollege Bouffier, das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehe jetzt nicht auf die Zahlen aus Frankfurt ein. Das hat Herr Kollege Al-Wazir schon getan. Wir erwarten von Ihnen aber, dass Sie diese Negativbilanz nicht länger ignorieren und endlich einen sicherheitspolitischen Kurswechsel vornehmen, und zwar hin zu einer vernünftigen Personal- und Ausbildungs politik. Bei Ihnen müssen doch sämtliche Alarmglocken klingeln, wenn klar wird, dass der Abbau von Polizeistellen und der Anstieg von Straftaten in unmittelbarem Zusammenhang zu bringen sind.

Bis vor einigen Wochen haben Sie immer noch erklärt, es werde keinen Abbau von Stellen bei der Vollzugspolizei geben. Urplötzlich wurde aber aus dem Hut gezaubert, es gehe nun doch um 360 Stellen bei der Vollzugspolizei. Dazu soll es noch 608 Stellen von Angestellten weniger geben. Im Ergebnis heißt das: Es werden weniger Polizeibeamtinnen und -beamte zur Verfügung stehen. Es wird damit weniger Polizei vor Ort sein. Es wird weniger Streifen und damit auch eine weniger effektive Verbrechensbekämpfung geben. Das ist aus unserer Sicht genau der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD)

Dann werden von Ihnen in altbekannter Manier wieder Themen und Aktivitäten ausgesucht, mit denen Sie vom eigenen Versagen ablenken wollen. Da wird die Bundeswehr ins Spiel gebracht. Ich will es noch einmal sehr deutlich sagen. Das steht auch in unserem Antrag. Wir lehnen eine Ausweitung der Bundeswehreinätze im Inland ab.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen nachdrücklich zu der Trennung der polizeilichen und militärischen Aufgaben. Wir stellen auch fest, dass es nicht Aufgabe der Bundeswehr sein kann, die Versäumnisse, die die Kochs und Bouffiers gemacht haben, aufzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Auch Ihr zweiter Versuch der Ablenkung zieht nicht. Die freiwillige Polizei wird als Allheilmittel verkauft. Damit werden die Wachpolizistinnen und -polizisten in ihrer Funktion völlig überbewertet.

(Zuruf)

– Heinrich Heide, was in Baunatal gemacht wird, haben wir hier schon mehrfach erörtert. Das müssen wir hier nicht jedes Mal neu anführen. Wir werden dort keine freiwillige Polizei einführen.

Ich möchte es noch einmal sagen: Unser Dank gilt ganz explizit diesen Menschen für ihre Arbeit und für ihr Engagement, das im Übrigen überdurchschnittlich ist. Aber sie werden in ein System, das professionelle Arbeit verlangt, sozusagen ersatzweise als kostengünstigere Variante hereingebracht. Damit werden ihre Arbeit und ihr Engagement missbraucht.

Der Dank gilt auch allen Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten, die in bewundernswerter Weise den dauernd erfolgenden Nackenschlägen durch die Landesregierung trotzen. Was dort an Engagement und Einsatz gezeigt wird, was an Überstunden geleistet wird, verdient unser aller Respekt. Das erfolgt entgegen all der Demotivation, die aus Ihren Reihen kommt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie die Stimmung bei der hessischen Polizei ist, hat Herr Kollege Al-Wazir schon gesagt. Sie sollten einmal ohne Personenschutz und nicht mit drei Fahrzeugen vor und hinter Ihrem Wagen abgesichert in die Polizeireviere gehen. Dann würden Sie mitbekommen, wie dort die Stimmung ist. Herr Kollege Bouffier, inzwischen ist das Gefühl weit verbreitet, dass die Sicherheitspolitik in Hessen zum Spielball der Sparpolitik wurde.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wer sich dann immer noch so hinstellt, wie es der Herr Innenminister oder wie es auch Herr Koch gemacht haben – Tarek, das geschah übrigens nicht nur auf dem Parteitag des Jahres 2002, das gab es ungeachtet aller anderen Fakten selbst noch auf dem Parteitag des Jahres 2004 –, und sagt, die ergriffenen Maßnahmen würden die polizeiliche Arbeit überhaupt nicht einschränken, der Schutz der Bürger würde davon überhaupt nicht tangiert, der leidet entweder an Realitätsverlust, oder er täuscht die Öffentlichkeit bewusst.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der eigentliche Skandal, den diese Landesregierung zu verantworten hat. Sie unternimmt nichts gegen die Kürzungen. Sie tut nichts, trotz der Zahlen, die wir offensichtlich alle auf dem Tisch liegen haben.

Ich sage deshalb: Sie leisten einen Offenbarungseid, wenn Ihnen nichts anderes einfällt als die Wachpolizei und der freiwillige Polizeidienst. Wir werden auch in Zukunft dafür streiten, dass die Landesregierung endlich begreift, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also diejenigen, die vor Ort die Arbeit leisten müssen, das Kapital zur Wahrung der inneren Sicherheit sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sind sie an die Spitze aller Maßnahmen zu stellen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Zeimetz-Lorz hat für die Christlich Demokratische Union das Wort.

#### **Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verrate Ihnen sicherlich kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass wir selbstverständlich beide Anträge ablehnen werden.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) – Zuruf von der CDU: Bravo! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

Ich verrate Ihnen auch gerne, warum wir dies tun werden.

Zunächst möchte ich aber für meine Fraktion mit großer Empörung zurückweisen, was Sie hier gegenüber dem Innenminister behauptet haben.

(Beifall des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

Sie sagten nämlich, er sei ein Sicherheitsrisiko für dieses Land. Ich muss gestehen, dass sich bei mir von Debatte zu Debatte eher der Eindruck verfestigt, dass die Opposition dieses Hauses ein Sicherheitsrisiko für dieses Land darstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Na, na, na!)

– Ich möchte dabei natürlich den reizenden Herrn Kollegen Hahn ausdrücklich ausnehmen.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Hahn, ich hoffe, Sie vertragen so viel Lob von meiner Fraktion am heutigen Tage.

In beiden Anträgen erfährt der geneigte Leser, was SPD und GRÜNE dieses Hauses alles nicht wollen. Es soll keine Wachpolizei und keinen freiwilligen Polizeidienst geben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern richtige Polizei!)

Es soll keinen Einsatz der Bundeswehr im Inneren geben. So lautet die Antwort der SPD und der GRÜNEN auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dagegen hilft die Freiwilligen-Polizei, wunderbar!)

Ihre einzige Antwort lautet: mehr Personal. Ich muss schon sagen, dass das äußerst kreativ ist. Vor allen Dingen ist es das, wenn man bedenkt, wem wir die katastrophale Lage der öffentlichen Haushalte und den Zwang zum Sparen eigentlich zu verdanken haben.

(Beifall bei der CDU)

Man sollte sich dann auch in Erinnerung rufen, welchen Raubbau Sie bei der Polizei in den Jahren von 1991 bis 1999 betrieben haben.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Zeimetz-Lorz, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Dr. Jürgens zulassen?

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Aber gerne!)

– Bitte sehr.

#### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Zeimetz-Lorz, ich habe Ihre Äußerung, die im Hinblick auf unsere Politik erfolgte, so verstanden, dass Sie den internationalen Terrorismus mithilfe des freiwilligen Polizeidienstes bekämpfen wollen.

(Heiterkeit des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Herr Kollege, nein. Sie haben mich bewusst missverstanden. Aber das kennen wir voneinander.



(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum erzählen Sie dann so einen Unsinn?)

Wir bedauern zutiefst, dass auch die hessische Polizei nicht von den Einschnitten ausgenommen werden konnte, die im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ erfolgten. Allerdings wurde aufgrund der politischen Schwerpunktsetzung bei der inneren Sicherheit bei der Polizei, gemessen an dem Stellenanteil, den die Polizei am Gesamtaufkommen der Landesverwaltung hat, ein äußerst maßvoller Sparbeitrag vorgesehen. Die betroffenen 360 Stellen sind mit Beamten besetzt, die in den Jahren 2007 und 2008 in den Ruhestand gehen werden. Bis zu ihren Ausscheiden werden sie bei ihren Dienststellen verbleiben.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) – Dr. Walter Lübcke (CDU): So ist es!)

Es wird auch immer gerne unter den Tisch gekehrt, dass die Erhöhung der Wochenarbeitszeit rechnerisch einen Zuwachs und einen Kapazitätsgewinn von ca. 1.100 Polizisten ergibt. Zur Vollständigkeit soll auch das hier angeführt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die in der vergangenen Legislaturperiode gestartete und sehr erfolgreiche Ausbildungsoffensive für die hessische Polizei hat zur Folge, dass wir in den kommenden Jahren unter dem Strich 500 Polizeibeamte mehr haben werden, als während dieses Zeitraums in Pension gehen.

Wir werden auch in diesem Jahr trotz schwieriger Haushaltssituation wieder 250 Polizeianwärter einstellen. Wir werden sämtliche Polizeianwärter, die an der Fachhochschule ausgebildet werden, übernehmen. Ich denke, das ist ein wichtiges Signal zur Sicherung der Zukunft der hessischen Polizei. Darin unterscheiden wir uns auch deutlich von anderen Bundesländern. Die Beispiele wurden schon häufig genannt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Zusammenspiel von Effizienzgewinn, Arbeitszeitverlängerung und Ausbildungsoffensive ergibt sich bis zum Jahre 2006 trotz der Einsparungen ein Plus an Personal und Arbeitszeit.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Mit der Mengenlehre kann man das bei der SPD nicht ausrechnen!)

In diesem Zusammenhang muss auch genannt werden, dass Hessen im Gegensatz zu anderen Bundesländern seine Polizeianwärter vollständig übernimmt und sie nicht nach erfolgreicher Ausbildung auf die Straße setzt.

(Beifall der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Dr. Walter Lübcke (CDU))

Zur Wahrheit gehört auch, dass die hessische Polizei nach wie vor die bundesweit am besten bezahlte, ausgebildete und ausgestattete Polizei ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die 360 Wachpolizisten, deren Vorhandensein Sie immer wieder kritisieren, unterstützen die Vollzugspolizei bei ihrer Arbeit mit großem Erfolg. Das wird von niemandem außer von den Vertretern der SPD und der GRÜNEN dieses Hauses mehr bestritten.

Ich komme zum freiwilligen Polizeidienst. Dieser ist mittlerweile zu einem wichtigen Baustein in der Sicherheitsarchitektur dieses Landes geworden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einstürzende Neubauten!)

Ich glaube, dies wird allein durch die große Anzahl an Kommunen belegt, die den freiwilligen Polizeidienst mittlerweile eingeführt haben. Täglich kommen neue hinzu. Auch hier ist die Entwicklung deutlich an den dauernd Nörgelnden aus SPD und GRÜNEN vorbeigegangen.

Schlicht unzulässig ist die Behauptung, die Steigerung der registrierten Straftaten sei auf den Stellenabbau zurückzuführen. Alle Kriminologen sind sich darin einig, dass sich allein aus dem Umstand, dass die Kriminalstatistik der Polizei erhöhte Kriminalitätsraten ausweist, nicht ersehen lässt, dass es auch tatsächlich mehr Kriminalität gegeben hat. Herr Al-Wazir, Sie haben dazu ein paar Beispiele genannt. Ich will hier den Direktor des immerhin international anerkannten Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Herrn Prof. Dr. Christian Pfeiffer, anführen.

Der hat zur Zunahme der Gewaltkriminalität in der Kriminalstatistik ausgeführt, dass Bundesinnenminister Schily dem Irrtum aufsitze, man könne die Entwicklung der Kriminalität an der Statistik ablesen. Der Anstieg zeige vielmehr, dass mehr Gewaltdelikte angezeigt worden seien und dass das Vertrauen in die Politik gewachsen sei.

Herr Al-Wazir, Sie haben freundlicherweise selbst auf das Stichwort Schutz vor häuslicher Gewalt hingewiesen. Das haben wir in der Tat alle gemeinsam gewollt, und das ist eingetreten. Das können wir deutlich an der polizeilichen Kriminalstatistik ablesen.

Ich darf noch auf etwas anderes hinweisen, Herr Al-Wazir. Wir haben nämlich eine Reihe von besonders erfolgreichen Sonderermittlungsgruppen bei der Polizei. Ich nenne nur die Stichworte Graffiti oder jugendliche Intensivtäter. Das alles hat nicht nur zu einer Änderung des Anzeigeverhaltens geführt, sondern ist mit ursächlich für die historische Aufklärungsquote von 49,4 % im Jahre 2003, die Sie natürlich ungern nennen und lieber verschweigen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn sie mehr schnappen würden, würden die Zahlen doch heruntergehen!)

Herr Al-Wazir, Sie haben das Beispiel Frankfurt angeführt. Dort ermitteln mehrere Sondereinheiten der Polizei. Sie haben einige Beispiele genannt. Ich will Ihnen noch eine Zahl nennen. Sie haben es so hingestellt, als sei Frankfurt wieder die Hochburg der Kriminalität. Sie haben zu Recht auf den Flughafen, auf die vielen Einpendler hingewiesen. Ich weise Sie auf die Zahlen von 1996 bis 1998 hin. Da haben nachweislich SPD und GRÜNE im Lande Hessen regiert. Damals lagen die Fallzahlen zwischen 127.083 und 127.425, wohingegen wir im Jahre 2003 eine Gesamtzahl von 111.875 Fällen in Frankfurt haben. Sie werden nicht bestreiten können, dass wir immer noch deutlich unter dem historischen Höchststand von Mitte der Neunzigerjahre liegen. Auch das gehört zur Wahrheit hinzu.

(Wortmeldung des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Jederzeit gerne, Herr Al-Wazir, aber ich würde gerne noch etwas zur Bundeswehr sagen. Das nächste Mal. – Diese Zahlen belegen aus meiner Sicht sehr deutlich, dass wir seit Regierungsübernahme Hessen sicherer gemacht haben. Trotz gestiegener Häufigkeitszahlen liegen wir im

bundesweiten Vergleich immer noch auf niedrigem Niveau.

Geradezu abenteuerlich finde ich auch Ihre Haltung zum Einsatz der Bundeswehr für Zwecke der inneren Sicherheit. Nach dem Willen der SPD-Fraktion soll sich der Landtag nachdrücklich für die im Grundgesetz verankerte strikte Trennung von polizeilichen und militärischen Aufgaben aussprechen.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie verweisen zu Recht auf die historischen Erfahrungen in Deutschland. Bitte nehmen Sie aber auch endlich zur Kenntnis, dass sich in den letzten 60 Jahren die Bedrohungs- und Sicherheitslage in Deutschland und nicht nur in Deutschland erheblich geändert hat. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist doch vielmehr, wie wir uns den Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus stellen. Es gibt gute und gewichtige Gründe, die Bundeswehr zur Unterstützung in den Kampf gegen den internationalen Terrorismus einzubinden.

Ich sage an dieser Stelle ausdrücklich, es geht nicht darum, fehlende Polizeibeamte durch Soldaten zu ersetzen. Es geht auch nicht darum, vor sämtlichen Bahnhöfen und Flughäfen Soldaten aufmarschieren zu lassen. Es geht vielmehr darum, dass die Bundeswehr Aufgaben übernehmen soll, für die die Polizei weder ausgebildet noch ausgestattet ist. Ich denke, wir erinnern uns alle noch an den dramatischen Zwischenfall mit dem entführten Motorsegler in Frankfurt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch alles geregelt!)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

#### **Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Das hatte ich befürchtet. Ich bin auch gleich fertig. – Aber es hat lange gedauert, bis es geregelt werden konnte.

Es geht darum, die Ressourcen und Kräfte im Sicherheitsbereich zusammenzuführen. – Ich will abschließend für meine Fraktion feststellen, dass die innere Sicherheit seit 1999 in sehr guten Händen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Nächster Redner ist Herr Fraktionsvorsitzender Hahn für die FDP-Fraktion.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der Sozialdemokraten in diesem Hause hat unter dem 22. März einen Antrag betreffend eine Aktuelle Stunde eingereicht. Diesen Antrag haben wir in der letzten Plenarsitzung in gebührender Art und Weise erörtert. Es ist schon sehr spannend, dass dasselbe Thema heute noch einmal von den Sozialdemokraten und den GRÜNEN auf die Tagesordnung gesetzt wird und die Beteiligten eigentlich genau dieselbe Rede noch einmal gehalten

haben, die sie bereits in der letzten Plenarwoche am Donnerstagmorgen gehalten haben.

Wenn es Ihnen wirklich im Ernst um die innere Sicherheit und die Probleme der inneren Sicherheit in unserem Lande ginge, hätten Sie auf die Diskussion heute verzichtet, weil sie wirklich nichts Neues gebracht hat. Vielmehr wurde versucht, die alten Kamellen noch einmal aufzukochen, die Sie in der Aktuellen Stunde in der letzten Plenarsitzung bereits von diesem Pult aus diskutiert haben.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Lieber Kollege künftiger Bürgermeister oder auch nicht, Manfred Schaub, Sie sind ein bisschen über die Seriosität hinausgeschossen, als Sie dem Innenminister gesagt haben: Würden Sie nicht mit so vielen Sicherheitsbeamten, würden Sie nicht mit Polizeiautos vorne und hinten kommen, dann würde Ihnen das anders erzählt.

Zum einen sage ich, weil ich mit Volker Bouffier sehr eng befreundet bin: Der macht das nicht freiwillig mit den Sicherheitsbeamten vorne und hinten. Der macht es nicht freiwillig, dass vorne und hinten Polizei fährt. Herr Kollege Schaub, er ist gefährdet. Mit so etwas Polemik zu machen, das finde ich einen ganz schön miesen Stil.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Zum Zweiten bin ich mir sicher – das finde ich fast noch mieser –, dass sowohl die Polizeipräsidenten wie die Personalräte, wie jeder einzelne Polizeibeamte in diesem Lande Manns oder Frau genug ist, dem Innenminister das zu sagen, was er auch dem Herrn Schaub oder dem Herrn Hahn sagt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, das Bild, das Manni Schaub gerade zu skizzieren versucht hat, dass die hessischen Polizeibeamten vor dem Innenminister strammstünden, ist ein Bild, von dem Sozialdemokraten vielleicht vor hundert Jahren geträumt haben, aber nicht die Realität in diesem Lande.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Drittens zur Sache. Herr Kollege Schaub und Herr Kollege Al-Wazir, Sie haben einmal die Ehre gehabt, dieses Land verantwortlich mit zu regieren. Das ging bis zum Februar 1999, aber es ging nicht gut. Es ging überhaupt nicht gut für die innere Sicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was haben wir im April 1999 für ein Tohuwabohu im Bereich der Polizei übernehmen müssen? Warum haben wir, Herr Kollege Al-Wazir und Herr Kollege Schaub, in der vergangenen Legislaturperiode, FDP und CDU gemeinsam, mit Unterstützung der Finanzpolitiker – darauf waren wir Innenpolitiker stolz, Armin Klein und ich als Fachsprecher und Volker Bouffier als der zuständige Minister, als wir das durchgesetzt haben –, uns mit so viel Geld und mit so viel Einsatz im Bereich der Polizei engagieren müssen? Weil Sie vorher ein Chaos hinterlassen haben, weil Sie sich nicht darum gekümmert haben, dass die Ausstattung der Polizei ordentlich ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie sind mir vielleicht „glaubwürdige“ Wahrer der inneren Sicherheit in diesem Lande. Wer es acht Jahre lang versammelt hat, etwas für die Polizei in Hessen zu tun, der soll sich heute nicht hinstellen und meinen, dass er noch Tipps geben kann. Meine sehr verehrten Kollegen von

Rot und Grün, die Glaubwürdigkeit ist bei Ihnen zumindest bei diesem Thema vollkommen weg.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immerhin ist damals die Kriminalität gesunken!)

Ich darf daran erinnern: Wir haben 360 Wachpolizisten zusätzlich eingestellt. Was war das am Anfang für ein Theater. Rot und Grün haben gesagt, das gehe so nicht, das seien nur ... Die Gewerkschaft der Polizei Deutschland, Landesverband Hessen, mein lieber Namenskollege Jörg Stein ... – Jetzt sind sie alle damit zufrieden. Bis auf die Parteipolitiker von Sozialdemokraten und GRÜNEN sind alle damit zufrieden, auch die GdP in diesem Lande.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das sagen die nicht nur in internen Gesprächen mit mir, die wir gerade wieder in den Osterferien geführt haben. Das sagen Jörg Stein und die anderen auch öffentlich. Also hören Sie auf, Popanze aufzubauen.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Die Wachpolizei ist unstreitig eine gute Hilfe für die hessische Polizei.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Warum haben wir eigentlich 10.000 PCs gekauft? Können Sie mir das einmal erzählen? Warum haben wir das gemacht? Doch nicht, weil wir Fetischisten sind, dass die Computer irgendwie erneuert werden müssten. Nein, weil bis dahin noch schlechte Schreibmaschinen in den Polizeistuben in Hessen gewesen sind, die Sie hinterlassen haben, Herr Kollege Schaub und Herr Kollege Al-Wazir. Sie sind mir vielleicht „glaubwürdige“ Verfechter der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Warum haben wir eigentlich 1.100 Autos gekauft? Doch nicht, weil da schnell gefahren werden soll und wir das Klasse finden,

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

sondern weil die Polizeiautos eine wichtige Arbeitsstätte der Polizisten in unserem Lande sind und weil Sie uns einen vollkommen überalterten Fuhrpark bei der Polizei hinterlassen haben. Das ist doch die Realität der Kollegen Schaub und Al-Wazir.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Was soll denn das? Ein bisschen glaubwürdig, jedenfalls morgens, wenn Sie sich rasieren, müssten Sie doch sein und sich nicht – – Ich will nichts weiter dazu sagen.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Warum mussten wir eigentlich auf Kosten des Haushalts – ich kann mich noch daran erinnern, wie der Finanzminister und mein Kollege von Hunnius in den Beratungen zunächst sehr heftig dagegen gewesen sind – die Zahl der Ausbildungsplätze verdoppeln? – Sie haben sie doch heruntergefahren.

(Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU))

Es war doch Gerhard Bökel, der in den Jahren 1996, 1997 und 1998 die Zahl der Ausbildungsplätze heruntergefahren hat, sodass wir gar nicht so schnell gut ausgebildete neue Polizisten bekommen konnten. – Herr Kollege

Schaub, Sie sind mir vielleicht ein Verfechter der Glaubwürdigkeit der inneren Sicherheit. Herr Al-Wazir, Sie ganz genauso.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich könnte das Thema Umorganisation noch ein bisschen weiter diskutieren. Was war da am Anfang für ein Gezeter von Rot und Grün, was wir da alles falsch machen würden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo sind denn Ihre Synergieeffekte?)

Ich höre keinen – und ich höre viele aus diesem Bereich –, der meint, dass das jetzige Organisationssystem falsch ist. Jeder sagt, es sei besser als vorher. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da müsste man eben einmal den Mut haben, gegen die organisierte Behäbigkeit in der Verwaltung vorzugehen. Das haben wir gemacht, und natürlich haben wir damit Synergien erreichen können. Natürlich gibt es jetzt weniger Personen in dem Bereich, ich nenne es einmal so, der Häuptlingsschaft.

Aber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, wenn Sie jetzt meinen, mit „Sicherheitsrisiko Bouffier“ – in der Aktuellen Stunde waren es Koch und Bouffier, eigentlich hätten Sie noch Christean Wagner mit hereinnehmen müssen, bei ihm ging es in der Aktuellen Stunde um die Staatsanwälte – punkten zu können, dann hat das wirklich nichts mit Glaubwürdigkeit zu tun.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind mir ein Regierungersatzrad!)

Es ist jedem deutlich, dass hier versucht wird, einer Entwicklung hinterherzuecheln, die 1999 beginnend von FDP und CDU in diesem Lande durchgeführt wurde.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie noch nicht mitbekommen, dass Sie jetzt in der Opposition sind?)

In einem Punkt hätten wir dem Antrag der Sozialdemokraten sogar zustimmen können, nämlich in dem Punkt des Einsatzes der Bundeswehr.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir verzichten auf Ihre Zustimmung!)

– Ich will das nur fürs Protokoll sagen: So einen dämlichen Zwischenruf hätte ich sogar Norbert Schmitt nicht zuge-  
traut. Er ruft doch tatsächlich dazwischen: Auf diese Zustimmung können wir verzichten. – Meine Damen und Herren, das ist einmal wieder der Höhepunkt parlamentarischer Zwischenrufe. Lieber Norbert Schmitt, das ist eine Eins plus, du bist ein Hecht.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): So ein dummes Zeug!)

Wir hätten dem Antrag zugestimmt, wenn er sich ausschließlich mit dem Thema des Bundeswehreininsatzes auseinander gesetzt hätte. Wir Liberale – sowohl die Fraktion als auch der Landesverband und auch die Vorsitzende Ruth Wagner – haben seit dem Vorfall am 5. Januar 2003 in Frankfurt gesagt: Wir brauchen keine zusätzlichen Lösungen, um die Bundeswehr zur inneren Sicherheit einzusetzen. Wenn es am 5. Januar notwendig gewesen wäre, hätte man es auch anders machen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss etwas zur aktuellen Situation sagen. Alles



das, was ich eben positiv aufgezählt habe, ist in der Legislaturperiode von 1999 bis 2003 geschehen. Wir rufen der Landesregierung zu und sind enttäuscht darüber, dass sie es nicht macht: Weiter so.

Wir fordern die CDU auf, diese Dynamik, die Sie einst in die innere Sicherheit, sowohl in die objektive Bekämpfung als auch in die subjektive Lage gesteckt haben, wieder aufzunehmen. Sie haben die Priorität der inneren Sicherheit aufgegeben. Das merkt man daran, dass Sie die innere Sicherheit in dieser Größenordnung mit in den Personalabbau einbezogen haben.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Union, wir bitten Sie, wieder an das anzuknüpfen, was die Erfolgsstory der Koalition von CDU und FDP gewesen ist, nämlich den Bereich der inneren Sicherheit wieder zu einem Schwerpunkt zu machen, damit es weitergeht für mehr objektive Sicherheit und mehr subjektives Sicherheitsgefühl in diesem Land. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Staatsminister Bouffier, ich nehme an, dass Sie das Wort wünschen. – Bitte sehr.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Die Gewährung der inneren Sicherheit ist eine Grundverpflichtung für jeden, der öffentliche Verantwortung trägt. Darüber sind wir uns wahrscheinlich einig. Die Gewährung der inneren Sicherheit war, Herr Kollege Hahn, ist und bleibt Priorität dieser Landesregierung. Aus diesem Grund halte ich einmal ganz schlicht zur Beruhigung der Gemüter fest: Die hessische Polizei leistet eine hervorragende Arbeit, Hessen ist ein sicheres Bundesland, wir liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt in den Belastungszahlen, und dies ist ein Erfolg gemeinsamer Anstrengung der Beamtinnen und Beamten und des politischen Rahmens durch dieses Parlament und durch diese Regierung, die ich hier vertrete. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das waren wir immer schon!)

Frau Zeimetz-Lorz und Herr Kollege Hahn haben schon viele Punkte aufgegriffen. Ich bin ermahnt, im Hinblick auf die Zeit, dies in groben Strichen zu tun. Sie wollen ja auch keine konzeptionelle Debatte führen. Sie wollten das Thema einmal aufrufen, deshalb werden wir es jetzt auch politisch miteinander besprechen.

Wir müssen zunächst einmal festhalten: Das, was wir 1999 geerbt haben, waren weitgehend Trümmer.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Sie haben immer wieder vorgetragen, Sie seien so großartig gewesen. Sagen Sie mir irgendetwas, wo Sie großartig waren. Konzeptionell, ausbildungsmäßig, ausstattungs-mäßig, personell, nicht in einem einzigen Punkt waren Sie großartig.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Ergebnisse waren immerhin besser!)

Ich habe Ihnen jedes Mal angeboten, mit Ihnen zu jeder Stunde zu jeder Polizeistation zu gehen und zu diskutieren.

Im Gegensatz zu Ihnen behaupten wir nicht, dass wir grandios seien. Wir sind aber auch nicht großwahnsinnig. Aber wir sind stolz auf das, was wir geleistet haben. Wenn heute die hessische Polizeiorganisation, die hessische Polizeiausbildung – ein Stichwort, das mir sehr wichtig ist, Selbstschutz, Verteidigung und vieles andere mehr –, unsere technische Ausstattung, nicht nur Computer, unsere Munition, unsere IT in der Bundesrepublik Deutschland modellhaft sind, dann gibt es keinen Grund, dass man das madig macht. Wir können darauf stolz sein, und das ist die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie bei der Polizei sind, lassen Sie sich das doch einmal vorführen. Die finden das großartig. Was bleibt denn noch übrig? – Herr Al-Wazir, Sie haben doch tatsächlich gesagt, wir hätten zu wenig eingestellt. Ausgerechnet Sie. Gelegentlich fragt man sich ja, ob das mutig oder frech ist. Bei Ihnen ist es meistens beides. Aber dann müssen Sie auch die richtige Antwort bekommen: In der Zeit von 1995 bis 1999 haben Sie knapp 1.500 Anwärter eingestellt. In den nächsten vier Jahren haben wir 2.300 eingestellt, das waren 800 mehr.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere mich doch daran, als der verehrte Fraktionsvorsitzende der SPD, Armin Clauss, in die damalige Regierungsverhandlung gekommen ist und alles umgekippt hat. Auf einen Schlag waren Hunderte von Polizeistellen weg, mit dem Ergebnis, dass Sie Kriminal- und Polizeibeamte hatten, für die Sie keine Stellen hatten. In einem Haushaltstrick stand mit Sternchen: Anwärterstellen können auch kommissarisch geführt werden.

Als ich das Amt übernommen habe, gab es 176 Personen, für die Sie gar keine Stellen mehr hatten. So war doch die Wirklichkeit. Sie stellen sich hierhin und wollen sich nachträglich bejubeln. Wir haben eine Ausbildungsoffensive gemacht, deren Früchte wir jetzt ernten. Und wenn ich es nun zum 423. Mal sage: Die 534 Auszubildenden, die bis zum Jahr 2006 zusätzlich kommen, sind nicht Ersatz für Abgänge, sondern kommen zusätzlich. In der hessischen Vollzugspolizei wird bis zum Jahr 2006 die Zahl der Beamtinnen und Beamten um 534 – vielleicht steigen auch noch zwei aus – steigen. Das bedeutet, dass wir mehr Polizeibeamte haben werden. Nehmen Sie das doch jetzt einfach einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin weit entfernt davon, zu behaupten, ich wäre mit Glücksgefühlen versehen, wenn wir einsparen müssen. Natürlich nicht. Mir wäre es anders auch lieber. Aber wir haben einen Beitrag zu erbringen. Der Beitrag, den wir erbracht haben, ist im Vergleich zu anderen Ressorts ein zurückhaltender. Darin können Sie die Priorität sehen. Mit mir braucht niemand darüber zu streiten, ob die Arbeitszeitverlängerung 1 : 1 mit den 1.100 Stellen umzusetzen ist. Genauso wenig kann man aber bestreiten, dass eine Arbeitszeitverlängerung mehr polizeiliche Dienstleistungen und Polizeiarbeitskraft bringt. Das kann niemand bestreiten, plus die 500, die kommen.

Wir haben außerdem gesagt, dass wir wieder Anwärter einstellen. Wir werden in diesem Jahr 250 Anwärter einstellen. Wo in dieser Republik werden denn welche eingestellt, insbesondere unter rot-grüner Verantwortung?

Unter rot-roter Verantwortung in Berlin werden die Leute ausgebildet und anschließend in die Arbeitslosigkeit entlassen. Das ist doch die Wirklichkeit. In Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz haben sie die Lebensarbeitszeit verlängert, bei uns nicht. Aus diesem Grund ist die Stimmung der Polizei nicht so, wie Sie sie hier vortragen und den Eindruck erwecken wollen. Ich erwarte nicht, dass jemand glücklich ist, wenn er Belastungen bekommt. Aber man muss das Ganze sehen. Im Ganzen haben wir eine Menge geleistet, auf das wir gemeinsam stolz sein können.

Zu dem Stichwort Wachpolizei haben der Kollege Hahn und Frau Zeimetz-Lorz eigentlich alles gesagt. Sie werden nicht einen einzigen Polizeipraktiker finden, der Ihre These vertritt.

Ist es vernünftig, bestimmte Dienstleistungen von Kriminal- und Polizeioberkommissaren durchführen zu lassen, die wir drei Jahre lang ausbilden?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Wie z. B. die Post auszufahren!)

Ist es vernünftig, dass wir nach einer 20 Jahre dauernden Diskussion – nachdem eben 20 Jahre lang nichts geleistet worden ist –, den Gefangenentransport neu geordnet haben? Jeder Präsident und jeder Einsatzleiter schreiben, die Leute seien prima. Sie haben teilweise einen Einsatzwert von 1 : 1. Das waren 360 zusätzliche Kräfte. Der freiwillige Polizeidienst ist niemals ein Ersatz für die Vollzugspolizei, sondern er ist ein Supplement, ein Angebot an die Kommune.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Überall, wo das so gemacht und nicht etwa dümmlich zerredet wird, sagen die Leute: Prima, gebt uns mehr davon. Wir sind froh, wenn abends an der Bushaltestelle jemand steht und guckt, was da passiert. – Diese Kräfte sind kein Ersatz für einen Polizeikommissar. Es ist gut, wenn im Park jemand steht und aufpasst. Es ist gut, wenn sich die Menschen um andere kümmern.

Wir zwingen niemanden dazu, sondern wir machen nur ein Angebot. Dieses Angebot ist mittlerweile von über 40 Städten angenommen worden. Deshalb kann und muss man dieses Thema anders behandeln, als Sie es hier tun.

Letzter Punkt: Statistik. Auch das ist kein Anlass zum Jubeln. Jeder Betrachter weiß, dass man eine Entwicklung über einen längeren Zeitraum verfolgen muss, wenn man ernsthaft vorgehen will. Trotz dieser Einschränkung – darauf lege ich Wert – lässt sich erkennen, dass Hessen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt, was die Kriminalität betrifft.

Nehmen wir Frankfurt. Es wurde gesagt – das hat vielerlei Gründe –, wie man die Zahl der Straftaten im vergangenen Jahr errechnet hat. Wir haben vieles von dem, was vorher im Dunkeln geblieben ist, aufgeheitelt. Was die Statistik betrifft, sind wir zum Teil Opfer unserer eigenen Arbeit: Graffiti, jede Menge Kontrolldelikte, und zwar andere als vor Jahren. Manches wurde früher gar nicht verfolgt.

Die Zahl der Straftaten liegt bei ca. 110.000. In der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung, von 1991 bis 1998 oder – wenn Sie so wollen – bis 1999, haben Sie in Frankfurt am

Main kein einziges Mal einen so günstigen Wert erreicht. In Frankfurt am Main war die Kriminalität unter Rot-Grün immer deutlich höher, als sie heute ist. Wir befinden uns, was die Kriminalität angeht, auf dem Stand von 1983. Unter Ihrer Regierungsverantwortung hatten wir einen Spitzenwert von 140.000 Straftaten.

Ich behaupte nicht, das alles sei Anlass für Begeisterung. Nur um es richtig einzuordnen: Wer hier Kritik übt, muss sich an seinen eigenen Leistungen messen lassen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Al-Wazir zu?

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, ich möchte gerne im Zusammenhang vortragen. Außerdem ist die Zeit fortgeschritten. – Nehmen Sie zu dem Thema „Statistik und Frankfurt“ einfach einmal die zwei Botschaften auf.

Es ist gesagt worden – das gehört wie das „Ceterum censeo“ des alten Cato dazu –: Die hessische Polizei ist am besten ausgebildet, am besten ausgestattet und am besten bezahlt.

(Beifall bei der CDU – Manfred Schaub (SPD): Wir wollten das so! Das ist unglaublich!)

Wir wollten dies gemeinsam und haben es durchgesetzt.

(Weitere Zurufe von der SPD)

– Frau Präsidentin, es tut mir Leid, aber ich möchte gerne, dass das im Protokoll deutlich herauskommt: Mitglieder der SPD-Fraktion rufen „Unglaublich!“ Sehr gut, mehr sage ich dazu nicht. Außer der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag haben das mittlerweile alle begriffen.

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD)

– Herr Schaub, ich bin im Besitz des Mikrofons. Da Sie sich so aufregen – Sie wollten doch eine politische Debatte –, möchte ich auf eine Sentenz eingehen. Das möge Ihnen jetzt einmal deutlich werden, sehr verehrter Herr Schaub. Wenn ich „effektive Politik statt starker Sprüche“ sage, nicken Sie. Dann will ich Ihnen jetzt etwas sagen: Sie sind ein Pharisäer. – Ich will Ihnen auch sagen, warum.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

– Langsam, langsam. – In der Sache können wir immer streiten; das muss vielleicht auch sein. Aber eines lasse ich mir hier nicht vorhalten. Dabei beziehe ich mich auf die Truppe, die die politische Verantwortung für einen Ministerkollegen trägt, der woanders sitzt – ich meine Otto Schily.

Von wegen große Sprüche. Wir alle sehen uns der größten Herausforderung durch den Terrorismus gegenüber. „Wer den Tod haben will, kann ihn kriegen“, wurde verkündet. Ich habe noch nie etwas Martialischeres gehört. Ununterbrochen wird angekündigt, eine Sicherungshaft für diejenigen einzuführen, die wir zwar nicht strafrechtlich belangen, aber auch nicht ausweisen können.

Der Unterschied zwischen unserer Politik – die Sie kritisieren mögen – und dem, was Sie politisch verantworten, ist der: Das, was wir angekündigt haben, haben wir auch

durchgeführt. Das, was Sie in Berlin ankündigen, führen Sie nicht durch. Die Sicherungshaft kommt nämlich nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir eine politische Debatte über Sicherheitspolitik führen wollen, sage ich Ihnen: Wenn Sie ernst genommen werden wollen, stellen Sie sich einmal vor, ich oder ein anderer Amtsträger der CDU hätte diesen Spruch gebracht. Sie hätten sich vor Empörung nicht mehr einkriegen können. Sie hätten die Einberufung von Sondersitzungen verlangt. Heute ducken Sie sich feige weg. Das ist aber genau das, was man bei der Sicherheitspolitik nicht tun darf.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Es liegen uns keine weiteren Wortmeldungen vor. – Oder war das eine Wortmeldung? Ich dachte, Sie wollten etwas zur Geschäftsordnung sagen. Sie haben das Wort, Herr Al-Wazir.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das war eine Wortmeldung, Frau Präsidentin. – Ich glaube, dass es eines Innenministers nicht würdig ist, einen Abgeordneten dieses Hauses derart zu beleidigen, wie er es gerade mit dem Abg. Schaub gemacht hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich stelle fest, dass ein Innenminister, der glaubt, so etwas nötig zu haben, in der Sache große Probleme hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich stelle daher fest, dass unsere Anträge mehr als gerechtfertigt sind.

Herr Minister, ich sage einen einzigen Satz. Ich wollte Ihnen vorhin eine Zwischenfrage stellen. Jetzt stelle ich sie Ihnen von hier aus. Wären Sie bereit, zuzugeben, dass der Abg. Bouffier schreiend auf dem Kopf gestanden und mit den Ohren gewackelt hätte, wenn unter der Verantwortung von Gerhard Bökel die Kriminalität innerhalb von zwei Jahren um 11 % gestiegen wäre? – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Es gibt eine weitere Wortmeldung von Herrn Gotthardt. Bitte sehr.

#### **Frank Gotthardt (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass der Kollege Al-Wazir jetzt schon den Kollegen Schaub von der SPD verteidigt, ist in Ordnung. Ich will nur der guten Form halber darauf hinweisen, dass die Überschrift des Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „betreffend Innenminister Bouffier als Sicherheitsrisiko“ lautet. Wer einen Antrag mit solch einem Titel versieht, braucht sich dann nicht zu wundern, wenn es heißt: So, wie man in den Wald hineinruft, schallt es heraus.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Habe ich eine Wortmeldung übersehen? – Meine Damen und Herren, es wäre gut, wenn Sie uns gelbe Karten abgäben. Das ist in der Geschäftsordnung so festgelegt.

(Zuruf von der CDU: Skatturnier!)

– Nein, kein Skatturnier. Das schreibt die Geschäftsordnung des Hessischen Landtags vor. Die Karten sind gelb. Sie können sie aber auch gern anders einfärben lassen. – Herr Schaub, Sie haben das Wort für die SPD-Fraktion.

#### **Manfred Schaub (SPD):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich müsste längst in Gernsheim beim Fußball sein. Aber ein paar Behauptungen können hier nicht unwidersprochen stehen bleiben – vor allem diejenige nicht, bei der wir vorhin „Unglaublich!“ dazwischengerufen haben. Wenn einer von der Truppe, die die Einführung der zweigeteilten Laufbahn jahrelang verhindert und bekämpft hat,

(Frank Gotthardt (CDU): Was heißt „Truppe“?)

jetzt so tut, als ob er derjenige wäre, der die Einführung mit gefördert hätte, ist das unlauter, und man muss das an der Stelle deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Hahn, ich habe vorhin die Notwendigkeit des Personenschutzes für den Innenminister nicht in Zweifel gezogen. Wir brauchen uns darüber überhaupt nicht zu streiten. Das ist eine sachliche Frage. Das ist völlig korrekt.

Ich habe vorhin gesagt, dass er an einigen Stellen die tatsächliche Stimmung vor Ort nicht mehr vermittelt bekommt, weil zwischen ihm und denen, die das tatsächlich erleben, eine Reihe von Filtern eingebaut ist.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, wir sind fast am Ende der Tagesordnung. Wir sollten den Redner ausreden lassen. – Herr Schaub, Sie haben das Wort.

#### **Manfred Schaub (SPD):**

Er bekommt nicht mehr die Stimmung vermittelt, die vor Ort tatsächlich herrscht. Sie haben über Jahre hinweg sehr systematisch über Umstrukturierungen, über die Abschaffung von Regelungen im HPVG, über Anweisungen, über die Organisation bei Großeinsätzen, wo Sie mit teilweise viel zu hohen Zahlen operiert haben, eine Stimmung kreiert,

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Sie haben – im Klartext – das Prinzip „Befehl und Gehorsam“ wieder so stark in die Polizei eingepflanzt, dass dort wieder genau die Dinge möglich sind, die ich vorhin beschrieben habe.

Das war meine Kritik. Das muss ich an der Stelle deutlich sagen. Das war meine Empfehlung. Die hatte mit der Frage des Personenschutzes überhaupt nichts zu tun, son-



dern nur damit, dass der Faden zwischen denen, die das aushalten müssen, was Sie verordnen, und denen, die das zurückgemeldet bekommen, gerissen ist.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Debatte zu den Tagesordnungspunkten 9 und 13 geschlossen.

Es wird vorgeschlagen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/2052, an den Innenausschuss zu überweisen. Gibt es Gegenvorschläge? – Herr Gotthardt.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Frau Präsidentin, wir würden gern über beide Anträge direkt abstimmen.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Ich frage die Antragsteller: Sind Sie damit einverstanden, dass über beide Anträge sofort abgestimmt wird? – Das ist unstrittig.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Innenminister Bouffier als Sicherheitsrisiko, Drucks. 16/2052, auf. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Gefährdung der inneren Sicherheit in Hessen durch Personalabbau bei der Polizei, Drucks. 16/2060. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich möchte gerne noch **Tagesordnungspunkt 66** aufrufen:

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/2173 –**

Wer den Beschlussempfehlungen zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Alle vier Fraktionen stimmen den Beschlussempfehlungen zu.

Ich wünsche Ihnen einen erholsamen Abend.

(Schluss: 18.24 Uhr)